

2016

band 4, heft 1

www.zeitschrift-suburban.de

suburban

zeitschrift für kritische stadtforschung

riots

Zur Verortung eines
unscharfen Phänomens

*Janna Frenzel, Philippe Greif,
Fabian Klein, Sarah Uhlmann*

Anmerkungen zu
Begriff und Konzept

Dieter Rucht

aufsätze

Urbane *riots* in der
öffentlichen Wahrnehmung

Marilena Simiti

Wir sind voller Zorn
(*Exoume thn orgh*)

Dilan Köse

Spontan, gewaltsam,
von Hunger getrieben?

Bettina Engels

Die Chaostage 1995
als politisches Spektakel

Yannick Kalff, Katharina Warda

Keine *riots* in Deutschland?

Julika Mücke, Moritz Rinn

debatte

Riot - Gibt es keinen
deutschen Begriff dafür?

Fabien Jobard, Philippe Greif

Frankreich dekolonialisieren!

*Franco Lollia, Mehdi Meftach,
Philippe Greif*

magazin

ARCHIPLEX DREAMS - CITY RIOT

Alex Gürten

rezensionen

Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2016, Band 4, Heft 1

riots

ISSN 2197-2567

Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Mélina Germes, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

Gastherausgeber_innen

Philippe Greif, Janna Frenzel, Fabian Klein, Sarah Uhlmann

Heftkoordination für diese Ausgabe

Nikolai Roskamm, Lisa Vollmer

Autor_innen dieser Ausgabe

Volker Eick, Bettina Engels, Janna Frenzel, Philippe Greif, Alex Gürten, Fabien Jobard, Yannick Kalff, Fabian Klein, Dilan Köse, Franco Lollia, Mehdi Meftach, Julika Mücke, Anna-Lisa Müller, Moritz Rinn, Dieter Rucht, Marilena Simiti, Sarah Uhlmann, Katharina Warda

Lektorat, Gestaltung, Satz

Joscha-N. Barisch jnb@posteo.de, Theresa George th.george@posteo.de (Lektorat)

Robert Hänsch signtific@jpberlin.de (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

Titelbild

Originalbild von Karolina Sobel, verändert durch s u b \ u r b a n

Förderung

Diese Ausgabe wurde durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.



Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h. alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nichtkommerzielle Verbreitung.

Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de

Kontoverbindung

Kontoinhaber: sub-urban e.V.

Bank: GLS Bank

IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00

BIC: GENODEM1GLS

Kontakt

www.zeitschrift-suburban.de – info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

	Editorial	5
	<i>Riots – Zur Verortung eines unscharfen Phänomens</i> <i>Janna Frenzel, Philippe Greif, Fabian Klein und Sarah Uhlmann</i>	7
	<i>Riots – Anmerkungen zu Begriff und Konzept</i> <i>Dieter Rucht</i>	25
Aufsätze	Urbane <i>riots</i> in der öffentlichen Wahrnehmung. Die <i>riots</i> in England 2011 und die griechischen Dezemberproteste 2008 im Vergleich <i>Marilena Simiti</i>	31
	„Wir sind der Zorn“ (<i>Exoume thn Orgh</i>). Die Romanos-Bewegung 2014 in Griechenland als konstituierender Bruch im postpolitischen Krisenregime <i>Dilan Köse</i>	53
	Spontan, gewaltsam, von Hunger getrieben? Diskursive Rahmung von <i>food riots</i> und Protesten gegen hohe Preise in Burkina Faso 2008 <i>Bettina Engels</i>	75
	Die Chaostage 1995 als politisches Spektakel. Medialität und Materialität urbaner <i>riots</i> <i>Yannick Kalff, Katharina Warda</i>	91
	Keine <i>riots</i> in Deutschland? Die Ereignisse in Hamburg-Altona im Sommer 2013 <i>Julika Mücke, Moritz Rinn</i>	111
Debatte	„Riot – warum denn <i>riot</i> ? Gibt es keinen deutschen Begriff dafür?“ <i>Fabien Jobard, Philippe Greif</i>	131
	Frankreich dekolonialisieren! Politik und Aktivismus in Pariser <i>Banlieues</i> <i>Franco Lollia, Mehdi Meftach, Philippe Greif</i>	143
Magazin	ARCHIPLEX DREAMS – CITY RIOT <i>Alex Gürten</i>	155
Rezensionen	„I wouldn't start from here“ <i>Volker Eick</i>	157
	Auf dem Weg zu einer wissenssoziologischen Architektursoziologie? <i>Anna-Lisa Müller</i>	163

Editorial

Liebe Leser_innen,

pünktlich zum 1. Mai erscheint unser Themenheft *riots*. Darin werfen wir Blicke in Nachbarländer, auf andere Kontinente und in die Bundesrepublik. *Riots* sind ein vielschichtiges und in der Forschung umstrittenes Phänomen – diesem Umstand haben wir versucht mit vielfältigen empirischen Beispielen, disziplinären Zugängen und Blickwinkeln Rechnung zu tragen. Eines ist unseren Beiträgen aber gemeinsam: Sie betonen die politische Seite von *riots*, beschreiben sie als soziales und ökonomisch eingebettetes Phänomen und unterstreichen damit ihre Relevanz für die wissenschaftliche Analyse und die politische Bewegung.

Dass *riots* politischen Sprengstoff enthalten, zeigt auch die Debatte zu den französischen Unruhen 2005. Der Politikwissenschaftler Fabien Jobard und die zwei Aktivistinnen Franco Lollia (Brigade Anti-Nérophobie) und Mehdi Meftach (Parti des Indigènes de la République) äußern Thesen mit sehr verschiedenen Perspektiven auf die *riots* und laden zur weiteren Debatte ein.

Herausgegeben wird das Themenheft von Janna Frenzel, Philippe Greif, Fabian Klein und Sarah Uhlmann, die mit ihrem Text zur „Verortung eines unscharfen Phänomens“ inhaltlich in die Thematik einführen. Der Einleitung folgt ein Text von Dieter Rucht, der durch seinen definitorischen Anspruch ebenfalls einleitenden Charakter hat. Für die Zusammenarbeit mit den vier externen Herausgeber_innen – von der Konzeption des Call for Papers bis

zur Produktionsphase des Heftes – möchten wir uns herzlich bedanken. Gefördert wurde das vorliegende Heft durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wir freuen uns, euch bereits jetzt auf das nächste Heft hinweisen zu können: Die 10. Ausgabe von s u b \ u r b a n wird sich einem Thema widmen, dass uns allen sehr am Herzen liegt und nicht nur für die Stadtforschung relevant ist: Unter welchen Bedingungen entsteht (keine) kritische Wissenschaft? Wie wirken sich die Arbeitsbedingungen hier und anderswo auf uns und unsere Arbeit aus? Und wie kann man das besser machen?

Viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe!

Die Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Mélina Germes, Nina Gribat, Johanna Hoerning, Stefan Höhne, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer



Riots – Zur Verortung eines unscharfen Phänomens

Janna Frenzel, Philippe Greif,
Fabian Klein und Sarah Uhlmann

In den letzten Jahren berichteten die Medien immer wieder von *riots*, gewaltvollen Ausschreitungen, die sich in den Großstädten Europas und Nordamerikas ereigneten: in Frankreich (2005), in Griechenland (2008/2011), in England (2011), in Istanbul und Stockholm (2013) und Ferguson (2014/2015), aber auch im letzten Jahr in Kiew (2015). Auch in Deutschland lieferten sich Demonstrant_innen bei den *Blockupy* Protesten in Frankfurt (2015) heftige Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften.

Wir haben den Eindruck, dass es in verschiedenen Sprachen keine einheitliche Begrifflichkeit für das gibt, was umgangssprachlich unter dem englischen Begriff *riot* verhandelt wird. Zudem scheint nach wie vor unklar, welche Phänomene warum als *riots* bezeichnet bzw. nicht bezeichnet werden. Der *riot*-Begriff hat sich in den letzten Jahren auch zunehmend unter das sozialwissenschaftliche Vokabular gemischt, ohne dass dies mit einer entsprechenden Konzeptionierung einher gegangen wäre. Zwar gibt es sozialwissenschaftliche Arbeiten zum Thema, auf die wir im Folgenden noch genauer eingehen werden, eine systematische Untersuchung im Rahmen der Protestforschung steht jedoch noch aus. In der breiten Öffentlichkeit findet tendenziell nur eine oberflächliche Auseinandersetzung mit *riots* statt. Nach den Aufständen in Frankreich (2005) und in England (2011) wurden die Teilnehmenden in den Medien überwiegend als Kriminelle verurteilt und stigmatisiert, wodurch den *riots* jeglicher politischer Charakter abgesprochen wurde (siehe die Beiträge zu England und Frankreich in diesem Heft).

Bereits 1979 haben Piven und Cloward darauf hingewiesen, dass sich die Möglichkeiten zum Protest für verschiedene Gruppen in kapitalistischen Gesellschaften fundamental voneinander unterscheiden. Marginalisierte Gruppen hätten ihrer Ansicht nach nur sehr begrenzt Zugang zu institutionalisierter Macht und seien gewissermaßen gezwungen, *disruptive action* und *collective defiance* als Aktionsformen einzusetzen, um ihre Unzufriedenheit zu artikulieren. Es lohne sich für sie nicht, auf formalisiertem Wege (beispielsweise durch Wahlen oder Petitionen) Forderungen zu stellen, da dies keine substantiellen Veränderungen ihrer Lebensumstände bewirken könne.

Der Einordnung von *riots* als Protestverhalten schließen sich viele Sozialwissenschaftler_innen an, denn schließlich stellen *riots* gültige gesellschaftliche Regeln und Normen deutlich infrage. Eine systematische Analyse und Ursachenforschung wird dabei jedoch nur selten durchgeführt. Der begrifflichen Unschärfe des Begriffs steht die Schwierigkeit einer genaueren Bestimmung dessen, was *riots* sind, gegenüber. Einerseits verstellt seine polarisierende, entweder ablehnende oder zustimmende, Verwendung eine offene Auseinandersetzung. Andererseits erschwert die Überladung des Begriffes, der für unterschiedlichste Situationen gleichermaßen herangezogen wird, seine Verwendung als Analysekatgorie.

Das Anliegen des vorliegenden Themenheftes ist es, der öffentlich vorherrschenden Entdifferenzierung von *riots* theoretische Analysen entgegenzusetzen, in denen Akteur_innen, Ziele und gesellschaftliche Verhältnisse, in denen *riots* stattfinden, untersucht werden und nicht zuletzt auch nach dem politischen Gehalt von *riots* gefragt wird. Davon auszugehen, dass alle *riots* per se progressiv sind, wäre sicher falsch. Fatal ist es jedoch, wenn auf *riots* vorrangig ordnungspolitisch und repressiv reagiert wird, anstatt sie zum Anlass zu nehmen, gesellschaftliche Machtverhältnisse und soziale Ungleichheit kritisch in den Blick zu nehmen. Sinnvoll erscheint uns deshalb die Konzeptionierung von *riots* als „kollektive Bearbeitung der asymmetrisch stabilisierten Machtbeziehungen“, wie sie Julika Mücke und Moritz Rinn in diesem Heft vornehmen. Um an das Thema *riots* heranzuführen, möchten wir in dieser Einleitung zuerst auf die Analyseperspektive der Sozialen Bewegungsforschung sowie auf die Verwendung des Begriffs *riot* eingehen, bevor wir anschließend zwei Aspekte von *riots* herausgreifen, die wir in der Forschung als besonders zentral erachten: die Gewalt und der politische Gehalt.

***Riots* im Kontext der Sozialen Bewegungsforschung**

Obwohl Ereignisse, die *riot* genannt werden, regelmäßig zum Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen werden, hat sich bislang kein eigenständiges Forschungsfeld etablieren können. Vielmehr beschäftigen sich mit der Erforschung solcher Ereignisse Wissenschaftler_innen verschiedener Disziplinen, die ihre je eigenen Erkenntnisinteressen mit je eigenen Kategorien verfolgen, seien diese aus der Bewegungs- oder Protestforschung, der Stadt- bzw. Raumsoziologie oder der Gewaltsoziologie.

Die traditionelle Soziale Bewegungsforschung, in der *riots* als Forschungsgegenstand wohl am ehesten anzusiedeln wären, tut sich gerade im deutschen Forschungskontext schwer, *riots* als einen ihrer Untersuchungsgegenstände zu fassen. Das liegt zum einen an der verbreiteten Überzeugung, in Deutschland gäbe es keine – etwa mit den *banlieue*-Aufständen in Frankreich (2005) oder den *riots* in England (2011) – vergleichbaren Phänomene (vgl. dazu den Beitrag von Mücke und Rinn in diesem Heft). Zum anderen ist die Schwierigkeit, den Gegenstand zu fassen, aber auch einer spezifischen Perspektive und Kategorienbildung geschuldet.[1]

Soziale Bewegungen werden oft als kollektive Akteur_innen begriffen, die zielgerichtet und vor dem Hintergrund strategischer Überlegungen Einfluss auf die institutionalisierte Politik zu nehmen versuchen, um

sozialen Wandel zu erreichen (oder zu verhindern). Dabei bedienen sie sich bestimmter Aktionsformen wie Demonstrationen, Medienstatements und Versammlungen, um ihre politischen Forderungen öffentlich sicht- und hörbar zu machen (vgl. Tilly/Wood 2013: 8). Zwar erkennt die Soziale Bewegungsforschung an, dass gewaltsames Handeln eine mögliche Aktionsform sein kann. Wo sie aber mit einem Handeln konfrontiert ist, ohne dass sich zumindest ein informelles Netzwerk, eine Gruppenidentität und eine klare Gegnerschaft ausmachen lassen (vgl. della Porta/Diani 1999: 20) beziehungsweise wo sich politische Forderungen und Botschaften nicht unmittelbar aus Bewegungsdokumenten, Flyern, Postern und Transparenten erschließen, gerät sie häufig an ihre Grenzen.[2] Zwar wird das Geschehen auf der Straße teilweise auch als unorganisierter, spontaner und emotionaler Ausdruck der Unzufriedenheit mit gesellschaftlichen Verhältnissen interpretiert. Es scheinen diesem Handeln aber die Dauerhaftigkeit und Verstetigung, die Gerichtetheit auf eine gesellschaftliche Transformation und der an die institutionalisierte Politik appellierende Charakter wie auch das Ziel eines politischen Machtwechsels zu fehlen; also die Voraussetzungen, die es als Gegenstand der Sozialen Bewegungsforschung qualifizieren würden. So riskiert die Soziale Bewegungsforschung, *riots* als „sinnlose Gewalt“ abzutun, die sich zwar an gesellschaftlichen Missständen entzündet, selbst aber keine politisch motivierte Handlungsform darstellen kann (vgl. Dikeç 2004: 191).

Häufig wird versucht, *riots* – ebenso wie soziale Bewegungen – allein nach formalen Kriterien zu fassen (vgl. den Beitrag von Dieter Rucht in diesem Heft). Dabei bleibt, wie Rucht selbst anmerkt, „die thematische Seite unbestimmt“. Als zentrale Merkmale, um *riots* von sozialen Bewegungen zu unterscheiden, dienen dann die beim *riot* (tatsächlich oder scheinbar) fehlende Artikulation eines gemeinsamen Ziels, fehlende zielgerichtete strategische Überlegungen sowie ein geringer Organisationsgrad.

Keine dieser Bestimmungen scheint jedoch durchgängig auf alle als *riot* gelabelten Phänomene zuzutreffen: Vielfach formulieren *rioter* durchaus übereinstimmende Motive und Ziele ihres Handelns, wenn sie danach gefragt werden. Beispielsweise nennen in einer Studie 85 Prozent der interviewten *rioter* Ärger und Frustration über das alltägliche Polizeiverhalten, vor allem *stop-and-search*-Praktiken, als „wichtigen“ oder „sehr wichtigen“ Grund für die *English riots* (vgl. Guardian/LSE 2011: 4). Wenn der Blick auf subkulturelle Ausdrucksformen wie etwa Graffiti und Musik erweitert wird, scheint die Vorstellung, es gäbe keine verbindenden Überzeugungen und Ziele, kaum noch haltbar (vgl. für Frankreich RIAD 2012 und die Beiträge in Menzel/Nowotny 2014 sowie den Beitrag von Jobard und Greif in diesem Heft). Wenn es über soziale Medien einerseits zu (massenmedial skandalisierten) Koordinierungen von *riots* kommt und in Internetforen unter anderem Teilnehmende die *riots* diskutieren, muss auch die Vorstellung einer völlig abwesenden Organisation und Strategie als Unterscheidungsmerkmal zu sozialen Bewegungen relativiert werden. Unter Verweis auf Netzwerke (freundschaftliche, familiäre oder durch die *community* begründete) und den Einsatz von Mobiltelefonen oder Blogs zum Aufbau einer losen Protestinfrastruktur kommen auch Donatella della Porta und Bernard Gbikpi zu dem Schluss: „[R]iots haben einen höheren Organisationsgrad als gemeinhin anerkannt“ (2012: 89f.). In diesem Sinne weist Dieter Rucht in diesem Heft ganz richtig

darauf hin, dass „riots“ durchaus im Kontext einer sozialen Bewegung vorkommen oder auch deren Ausgangspunkt bilden“ können. Auch Frances Fox Piven (2012: 27) spricht in diesem Sinne davon, dass Gewalt und die Androhung von Gewalt auf komplexe Weise mit den Anstrengungen sozialer Bewegungen verwoben seien, Macht auszuüben.

Auch andere Beiträge des Themenheftes fragen auf unterschiedliche Weise nach dem Verhältnis von *riots* und sozialen Bewegungen, ohne dass sich eine allgemeinverbindliche Definition herauskristallisieren würde. Dies kann auch nicht Ziel der Auseinandersetzung sein. Es kann weder darum gehen, eine strikte, in jedem Fall gültige Abgrenzung von *riots* zu sozialen Bewegungen zu formulieren, noch darum, eine Unterscheidung vollständig aufzugeben: Nicht alle *riots* lassen sich notwendigerweise als (Teil) soziale(r) Bewegungen beschreiben, und nicht in jeder sozialen Bewegung sind *riots* Bestandteil eines Repertoires an Aktionsformen. Vielmehr scheint es geboten, in jedem Einzelfall danach zu fragen, von wem, in welchem Kontext, wie und aus welchen Gründen ein spezifisches Ereignis oder Phänomen das Label *riot* erhält und wie es um das Verhältnis des so Bezeichneten zu sozialen Bewegungen steht.

Eine Möglichkeit *riots*, soziale Bewegungen und andere friedlich oder gewaltsam verlaufende politische Auseinandersetzungen gemeinsam zu erfassen, bieten Tilly und Tarrow (2015) mit ihrem Konzept von *contentious politics*. Für Tilly und Tarrow bedeutet dies keineswegs eine Gleichsetzung von sozialen Bewegungen mit *riots*, im Gegenteil sprechen sie sich explizit gegen eine Ausweitung des Bewegungsbegriffs aus (ebd.: 11). Im Zusammenkommen von *contention*, *politics* und *collective action* sehen sie jedoch eine Gemeinsamkeit sozialer Bewegungen mit anderen Protestformen, wie beispielsweise mit *riots*. Dieses Gemeinsame bestehe in einem interaktiven, kollektiven Aufstellen von Forderungen, das sich auf die Interessen anderer Akteur_innen auswirke und in dem Regierungen als Anspruchsteller, -adressaten oder Dritte involviert seien (ebd.: 21), auch wenn sich die konkreten Handlungsweisen und Aktionsformen unterscheiden. *Riots* würden dann als eine konkrete Ausformung von *contentious politics* fassbar, sodass Seferiades und Johnston sich zurecht fragen, ob gewaltsamer Protest vielleicht die Art und Weise sei, wie sich *contentious politics* in Krisenzeiten wandle (2012a: 3).

Riot – ein diffuser Begriff zwischen Recht, Umgangssprache und Wissenschaft

Riots als Form von *contentious politics* zu fassen, kommt ihrem Wesen zwar vermutlich näher, aber es klärt immer noch nicht abschließend, wovon wir eigentlich sprechen, wenn wir das Wort *riot* benutzen. Ursprünglich ist die englische Bezeichnung *riot* ein juristischer Begriff, der Teil der Umgangssprache geworden ist und sich medial durchgesetzt hat. Betrachtet man eine juristische Definition aus Großbritannien, so stellt ein *riot* nach dem *Public Order Act* von 1986 folgenden Straftatbestand dar: Eine Gruppe von zwölf oder mehr Personen droht oder wendet absichtlich gesetzeswidrige Gewalt an, sodass anwesende Personen Grund haben, sich um ihre persönliche Sicherheit zu sorgen.[3]

Im Deutschen fände die Bezeichnung *riot* wohl am ehesten ihre Entsprechung in Begriffen wie „Aufruhr“, „Ausschreitung“, „Aufstand“ oder „Krawall“. Im juristischen Kontext finden sich historische Definitionen für den Begriff „Aufruhr“. Paragraph 115 des Reichsstrafgesetzbuches von 1871 regelte, dass „wer an einer öffentlichen Zusammenrottung, bei welcher eine der in den §113 und 114 bezeichneten Handlungen mit vereinten Kräften begangenen wird, Theil nimmt, [...] wegen Aufruhrs mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten bestraft [wird]“^[4]. Die genannten Paragraphen beziehen sich auf Vergehen, die die Tatbestände „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ bzw. „Störung von Amtshandlungen“ betreffen.

Während die angeführte britische Definition das Augenmerk auf das Thema „Sicherheit“ richtet, steht in der (historischen) deutschen Definition im Zentrum, dass sich ein „Aufruhr“ gegen den Staat und seine Amtsträger_innen richtet. Bemerkenswert ist, dass im britischen Gesetzestext bereits die Androhung von Gewalt Teil des Straftatbestandes ist. Ebenso fällt auf, dass von einer „gemeinsamen Absicht“ (*common purpose*) die Rede ist, auf die durch das Verhalten der Beteiligten geschlossen werden könne (Paragraph 1(2)). Dies hat sich allerdings nicht im wissenschaftlichen Gebrauch des Begriffes niedergeschlagen, insofern vor allem in der Sozialen Bewegungsforschung davon ausgegangen wird, dass *rioters* gerade kein explizites gemeinsames Anliegen haben und *riots* damit auch keine zielgerichteten Handlungen darstellen.

Jenseits einer Betrachtung der juristischen Begriffsverwendung stellt sich die Frage, welches Phänomen oder welche Phänomene der Begriff *riot* eigentlich fassen soll. Die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit *riots* bildet kein abgegrenztes (vielleicht auch kein abgrenzbares) Forschungsfeld und ist keineswegs kanonisiert. Der Begriff *riot* wird in der einschlägigen Literatur häufig verwendet, ohne dass er analytisch näher bestimmt oder von verwandten Begriffen abgegrenzt wird. Das Phänomen, das mit ihm beschrieben wird, wird meist nur implizit definiert, indem bestimmte Ereignisse und/oder Aktionsformen als *riots* bezeichnet werden. Oder es wird einfach vorausgesetzt, dass es sich bei bestimmten empirischen Fallbeispielen um *riots* handelt. Dies lässt sich am Beispiel der *riots* in England 2011 zeigen: So nimmt etwa Tom Slater in seinem Aufsatz „From ‚Criminality‘ to Marginality: Rioting Against a Broken State“ (2011) als gegeben an, dass es sich bei den Straßenkämpfen und Plünderungen um *riots* gehandelt hat. Ohne den Begriff zu klären, beginnt er, die politische Bedeutung dieser *riots* zu untersuchen. Andere Autor_innen wechseln relativ wahllos zwischen Alternativbegriffen wie *civil unrest* oder *violent urban disturbance* hin und her (vgl. Beiträge in Waddington/Jobard/King 2009). Oder sie greifen auf analytische Konzepte aus anderen Feldern zurück. So forderte Michael Keith (1993), *riots* mithilfe von Konzepten wie *local history* (lokale Geschichte) und *spatiality* (Räumlichkeit) zu analysieren. Er kritisiert, dass die Besonderheiten einzelner *riots* in Verallgemeinerungen verloren gingen und *riot* eben nicht gleich *riot* sei. Auch neuere Ansätze weisen darauf hin, dass *riots* nicht aus einem geschlossenen Handlungsset bestehen, sondern an verschiedenen Orten und in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Formen annehmen können. Phillips, Frost und Singleton (2013) beschreiben die *riots* in England 2011 als *disturbances* (Störungen), die sich von Demonstrationen gegen die

Polizei in gewaltsame Ausschreitungen (einschließlich Plünderungen und Vandalismus) transformiert hätten. Jenseits solcher kritischen Hinweise gibt es jedoch wenige Versuche, die definitorische Lücke zu füllen.

Einen Versuch, *riots* zu kategorisieren und voneinander abzugrenzen, unternahm Gary Marx bereits im Jahre 1970. Als zentrale Analyse Kriterien bestimmt er zum einen, ob es unter den *riotern* eine geteilte Überzeugung gibt, und zum anderen, ob ein *riot* geeignet ist, das Problem zu lösen, aufgrund dessen eine Gruppe an ihm teilnimmt. Anhand dieser Kriterien unterscheidet er drei Arten von *riots*: Erstens instrumentelle *riots*, bei denen eine gemeinsame Überzeugung vorhanden ist (als Beispiele werden *food riots* und *riots* in Fabriken genannt); zweitens *riots*, bei denen es zwar eine geteilte Überzeugung gibt, die aber nicht instrumentell die Probleme einer Gruppe lösen (angeführte Beispiele sind Pogrome und sogenannte *communal riots*); drittens *issueless riots*, bei denen die Teilnehmenden keine Überzeugung teilen und die keinerlei Auswirkungen auf einen sozialen Wandel haben (vgl. Marx 1970: 21). Eine solche Unterscheidung ist sicherlich ein lohnenswerter Versuch, unterschiedliche Phänomene voneinander abzugrenzen, die als *riots* gelten oder als solche bezeichnet werden. Ob es jedoch *issueless riots* überhaupt gibt, ist zu bezweifeln. Marx nimmt an, dass es zu gewaltsamen *riots* kommen kann, ohne dass die Teilnehmenden eine bestimmte Motivation für ihre Handlungen haben – und geht aus unserer Sicht fehl in der Annahme, dass der politische Gehalt von *riots* immer klar ersichtlich sein muss oder sich aus dem unmittelbaren Kontext (beispielsweise bei einem Streik in einer Fabrik) erschließen lässt.

Die neuere Forschung zu *riots* nimmt vor allem soziale Ungleichheiten in den Blick. Sie beschäftigt sich mit der sozialen und räumlichen Trennung von Arm und Reich im urbanen Raum, zunehmender Prekarisierung durch Prozesse neoliberaler Umstrukturierung (Arbeitslosigkeit, Rückgang staatlich finanzierter Sozialpolitik etc.), der rassistischen Stigmatisierung von Minderheiten und – allgemeiner gesprochen – der postkolonialen Situation in europäischen Metropolen.

Um *riots* besser zu verorten und uns dem Phänomen trotz oder gerade wegen der unklaren Begrifflichkeit zu nähern, greifen wir im Folgenden zwei zentrale Aspekte der wissenschaftlichen Debatte um *riots* heraus: Erstens die Gewaltförmigkeit und zweitens den politischen Gehalt von *riots*. Dadurch wollen wir nicht nur einige der Linien nachzeichnen, an denen sich die Forschung zu *riots* bisher orientiert hat, sondern hoffen gleichzeitig, mehr Klarheit über den Forschungsgegenstand selbst zu erzeugen.

Zum Verhältnis von Gewalt und *riots*

Das Sprechen über *riots* – in den Medien wie in der Forschung – ist geprägt durch ein Sprechen über die Gewalt, die in ihnen zum Ausdruck kommt. Der Gewaltaspekt ist entscheidend dafür, ob ein Geschehen überhaupt erst als *riot* in den Blick kommt. Es gibt natürlich Gewalt abseits von *riots*, umgekehrt aber wird der Begriff *riot* erst dann in Anschlag gebracht, wenn eine Auseinandersetzung durch kollektive physische Gewalt geprägt ist. Gerade diese Gewalt ist es, die *rioting* von anderen Formen kollektiven Handelns im öffentlichen Raum (etwa zivilem Ungehorsam) unterscheidet

bzw. die für diese Unterscheidung relevant gemacht wird und entsprechende Repressionen nach sich zieht. Das dynamische Wechselspiel von Provokation und Reaktion zwischen Teilnehmenden von *riots* und der Polizei stellt eine typische Verlaufsform eines *riots* dar. Sie ist teilweise in einer solchen Form ritualisiert, dass sie von beiden Akteuren geradezu erwartet wird.

Die von *rioters* ausgehende Gewalt richtet sich dabei typischerweise einerseits gegen Dinge, wobei diese „gegen Dinge gerichtete Gewalt“ vor allem medial häufig zur „Gewalt gegen Menschen“ umgedeutet wird, indem auf die Schädigung von Eigentümer_innen (von Geschäften, Autos etc.) hingewiesen wird. Andererseits sind *riots* durch gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen *rioters* und der Polizei charakterisiert. Die Ordnungskräfte werden dabei vor allem als Repräsentant_innen der gesellschaftlichen Verhältnisse wahrgenommen. Die Ablehnung dieser Verhältnisse als soziale Ausschlüsse produzierende und aufrechterhaltende Wirklichkeit (durch die Aufständischen) kann wohl als Gemeinsamkeit der allermeisten als *riot* gelabelten Phänomene gelten. Gerade im Kontext der *riots* in Frankreich 2005 oder in England 2011 ist die symbolisch-repräsentative Funktion der Polizei – als Ziel von Gewalt – nicht zu trennen von einem konfliktiven Alltag der *rioters*, in dem die Polizei vor allem als Instanz allgegenwärtiger Schikanen in Form von *racial profiling* und *stop-and-search*-Maßnahmen wahrgenommen und erlebt wird (Altenried 2012: 19ff., vgl. auch den Beitrag von Lollia, Meftach und Greif in diesem Heft sowie das sub\urban-Themenheft „Illegalität - Stadt – Polizei“ 2014).

In der weitgehenden Beschränkung der Gewalt auf Gegenstände und auf Auseinandersetzungen mit der Polizei scheint ein (idealtypisches) Charakteristikum von *riots* zu liegen, das sie von anderen Formen kollektiver Gewalt, etwa von Pogromen, unterscheidet. Allerdings schließt dies einerseits nicht aus, dass Menschen im Kontext oder am Rande von *riots* zu Schaden kommen und dass andererseits *riots* – dann häufig als *race riots* bezeichnet – existieren, in denen ethnisch motivierte Gewalt gegen Menschen eine Rolle spielen kann, so zum Beispiel bei den *LA riots* 1992 (vgl. allgemein zur Selektivität von Zielen im *riot*, auch hier mit einer Einschränkung in Bezug auf *ethnic riots*, della Porta/Gbikpi 2012: 89).

Im öffentlichen Diskurs dient die Bezugnahme auf die Gewaltförmigkeit von *riots* einerseits der Entpolitisierung solcher Ereignisse bzw. andererseits – da, wo sich politische Motive der Teilnehmenden nicht leugnen lassen – der Delegitimierung der politischen Anliegen. Welche Bedeutung der Gewalt im *riot* zugeschrieben oder zuerkannt wird, hängt aber wesentlich auch davon ab, was unter Gewalt verstanden wird, welcher Begriff oder welche Begriffe von Gewalt die Grundlage des Sprechens über sie sind.

Ein weites Gewaltverständnis dehnt den Begriff über die direkte physische Gewaltanwendung auf die den sozialen Verhältnissen innewohnende Gewalt aus. Für Johan Galtung umfasst die „strukturelle Gewalt“ all das, was eine potentiell mögliche menschliche Bedürfnisbefriedigung einschränkt (1969: 167ff.). Gegen den Begriff der strukturellen Gewalt könnte nun eingewandt werden, er mache die konkrete physische Gewaltanwendung ununterscheidbar von – sinnvollerweise als Macht und Herrschaft zu konzeptionierenden – sozialen Verhältnissen. Pierre Bourdieu unterscheidet hier zwischen konkretem physischen Gewalthandeln und einer „symbolischen

Gewalt“. Diese „symbolische Gewalt“ versteht er als eine im Habitus verankerte Form der Gewalt, die die soziale Wirklichkeit als ein auf Herrschaft gegründetes Verhältnis unsichtbar zu machen trachte und sie auf diese Weise legitimiere (1997; 2012: 369ff., vgl. auch Kraus/Gebauer 2010: 10; 52f.). Im Rückgriff auf weit gefasste Gewaltbegriffe kann die im *riot* zum Einsatz kommende Gewalt als eine gegen die gewaltvollen sozialen Verhältnisse gerichtete „Gegengewalt“ konzeptioniert werden (z. B. Fanon 1981 im Kontext antikolonialer Befreiungskämpfe). Diese Konzeptionierung kann dann, je nach Standpunkt, als ideologisch motivierte Legitimierung eigenen Gewalthandelns verurteilt werden oder aber als sinnvolle Möglichkeit erscheinen, durch gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse hervorgebrachte oder provozierte Gewalt fassbar zu machen und sie zur Gewaltförmigkeit der gesellschaftlichen Strukturen in Beziehung zu setzen.

Enggeführte Gewaltbegriffe schränken das Verständnis von Gewalt demgegenüber auf die konkrete Anwendung physischer Gewalt ein. Dies muss nicht zwangsläufig, kann aber in bestimmten Fällen damit einhergehen, Fragen von Macht und Herrschaft in der Analyse von Gewalterscheinungen auszublenden oder gar als irrelevant zu erachten. In mikrosoziologischen Spielarten der Gewaltforschung wird – abstrahierend vom sozialen und politischen Kontext sowie von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen – teilweise allein die Situation in den Blick genommen, die die Gewaltanwendung hervorzubringen scheint. Im Bestreben, alle Erscheinungsformen gewalttätigen Handelns von Menschen mit einem einzigen theoretischen Begriffsapparat beschreiben und erklären zu können, scheinen etwa bei Randall Collins (2011) die Gewalt der *rioter* und die ihnen typischerweise vorausgehende Polizeigewalt mit Todesfolge (aber auch krieglerische Konfrontationen, Gräueltaten und häusliche Gewalt) zumindest insofern das Gleiche zu sein, als dass sie im Rahmen einer einzelnen Theorie und eines einzelnen Kategoriensystems erfasst werden. Ein solches Vorgehen ist charakteristisch für die Gewaltforschung, welche die „Gewalt als solche“ als ihren zentralen Untersuchungsgegenstand begreift. Anders als andere Disziplinen, für die Gewalt nur *einen* Aspekt ihrer Untersuchungen darstellt, ist sie insofern legitimerweise bestrebt, ein theoretisches Modell zu entwerfen, mit dem sich verschiedenste Erscheinungsformen von Gewalt einordnen lassen. Dies gelingt im genannten Fall jedoch nur durch die weitgehende Ausblendung der Motive der Beteiligten und der zu Grunde liegenden sozialen Strukturen. Auf ähnliche Weise sehen etwa Paul und Schwalb unter anderem im ruandischen Genozid und den *riots* in England und Frankreich „im Hinblick zwar nicht auf das Ausmaß, aber [...] auf die Dynamik nicht-organisierter kollektiver Gewalt vergleichbare Beispiele“ (2015: 7). Unter explizitem Verweis auf massenpsychologische Vorstellungen sehen sie bei diesen Ereignissen eine „Gewaltmasse“ als ein „besonderes Täterkollektiv“ (ebd.: 11) am Werk. Die Erklärung dieser Ereignisse wird in der Logik und Dynamik der Situation sowie in der Theoretisierung der „Masse“ als eines „ephemeren Zustand[s] körperlicher, affektiver und vorreflexiver Vergemeinschaftung“ (Paul 2015: 57) gesucht (vgl. zum Begriff der Masse auch Günzel 2004, Gamper 2007).

Nun ist es weder illegitim, die Frage nach der spezifischen Beschaffenheit der Situation zu stellen, aus der heraus es zu einem *riot* kommt, noch ist es *per se* unberechtigt, nach der Rolle von Emotionen zu fragen oder danach, wie

sich die Erfahrung kollektiven Handelns auf das Individuum auswirkt (zur Rolle von Emotionen bei kollektiver Gewalt und zur falschen Gleichsetzung von Emotionalität und Irrationalität im Kontext von *riots* vgl. Seferiades/Johnston 2012a: 12f., vgl. allgemein auch das sub\urban-Themenheft „Gefühlsräume – Raumgefühle“ 2015). Im Gegenteil, ob und wie *riots* subjektstituierend wirken, ist eine oft vernachlässigte, aber entscheidende Frage (Trott 2014). In mikrosoziologischen Ansätzen – wie den oben genannten – können (und sollen) jedoch keine Aussagen darüber getroffen werden, wie *riots* überhaupt entstehen, von welchen sozialen Konfigurationen und Machtverhältnissen sie hervorgebracht und fortlaufend strukturiert werden. Für das Verständnis von *riots* geht der Erkenntnisgewinn solcher Ansätze über die Beschreibung von Regularitäten im Ablauf der konkreten Gewaltanwendung daher – so lautet unsere Einschätzung – nicht hinaus. Der mikrosoziologische Erkenntnisgewinn erfolgt – wie auch die Betonung vermeintlich rauschhafter Bewusstseinszustände und eines unreflektierten Handelns in der Masse – auf Kosten einer vorab vorgenommenen Entpolitisierung von *riots*.

Für uns steht außer Frage, dass der gesellschaftliche Kontext bzw. dass soziale Ungleichheit die Handlungen von Einzelnen oder Gruppen nicht unmittelbar determiniert. Solche „Hintergrundvariablen“ führen nicht automatisch zur Gewaltanwendung, und nicht jede_r strukturell marginalisierte beteiligt sich an *riots*. Die Makroebene der gesellschaftlichen Verhältnisse aber komplett auszublenden oder zumindest als nachrangig zu betrachten (Collins 2011: 204f., Paul/Schwalb 2015: 10), erscheint uns allerdings als ebenso wenig zielführend, um das Phänomen zu verstehen. Um das Politische im *riot* fassen zu können, ist nicht notwendigerweise ein weiter Gewaltbegriff erforderlich, wohl aber ein offener Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse, ein Blick also, der über die unmittelbare Situation der Gewaltanwendung hinausgeht (vgl. zur Frage des Politischen auch das sub\urban-Themenheft „Die postpolitische Stadt?“ 2013). Auseinandersetzungen zwischen *rioters* und Polizei als eine gewalttätig verlaufende Interaktion unter vielen zu betrachten, verkennt die mit dem staatlichen Gewaltmonopol einhergehende Legitimation der Polizeigewalt, die jede Situation von *riots* im Sinne eines asymmetrischen Machtverhältnisses vorstrukturiert und für *riots* charakteristisch ist.

Charles Tilly geht davon aus, dass kollektive Gewalt, sobald Regierungen als Beobachter, Anspruchsteller oder Adressaten in Erscheinung treten, zu einem Spezialfall von *contentious politics* wird (2003: 9f.). Dabei nimmt er eine relationale Perspektive auf kollektive Gewalt ein. Diese grenzt er von einer auf Ideen und Überzeugungen verengten Sicht ab, aber vor allem auch von reduktionistischen verhaltensorientierten Perspektiven, die Impulse und Opportunitäten betonen (ebd.: 5ff.). Auch ist Gewalt keineswegs das Gegenteil von Kommunikation. So schlägt etwa Daniel Briggs für die *riots* in Griechenland ein Konzept von „performativer Gewalt“ vor, die er als symbolisch expressiv fasst, insofern sie Forderungen und Ideen durch Gewalt zu kommunizieren und zu dramatisieren suche (2012: 366f.). Auch Fabien Jobard weist die Vorstellung zurück, *rioters* hätten keine Botschaft. Er betrachtet die Gewalt zudem als Mittel, um (teilweise durchaus erfolgreich) staatliche Ressourcen zu beanspruchen (vgl. dazu den Beitrag von Jobard und Greif in diesem Heft).

In diesem Sinne erscheint die lang vorherrschende Annahme einer aufgebrachtten Masse, die emotional und irrational zu ihrer eigenen Ungunst zur Gewalt greift und gebändigt werden muss, unzutreffend zu sein. Zudem versperrt sie die Sicht auf die Frage, warum *rioting* als Aktionsform auch das Ergebnis einer bewussten Entscheidung sein kann. Der Beobachtung, dass *riots* auch im Sinne eines progressiven Anliegens funktional sein können, trugen Frances Fox Piven und Richard Cloward bereits Ende der 1970er Jahre Rechnung. Sie argumentieren, dass *disruptive action* – also Handlungen, die Alltagsroutinen unterbrechen und normalisierte bzw. institutionalisierte Abläufe zum Stillstand bringen – entgegen der vorherrschenden Auffassung nicht nur rational, sondern auch strategisch einsetzbar und zielführend sein könnten; und zwar für diejenigen sozialen Gruppen, die wenig oder gar nicht von formalisierter Politik profitieren, sondern diese durchbrechen müssten, um ihren Anliegen überhaupt Gehör zu verschaffen (1979). In einem neueren Beitrag merkt Frances Fox Piven dazu an, dass ein Teil der Forschung seit den 1970er Jahren genau die gegenteilige Vereinfachung eingeschlagen habe. Die Protestbewegungen seien nun nicht mehr als irrational und damit als gefährlich wahrgenommen worden. Stattdessen sei die Gewalt, die manche Proteste begleitet, schlichtweg ignoriert oder allein den intervenierenden staatlichen Institutionen zugeschrieben worden (2012: 19). Piven bemerkt auch, dass die Analyse von kollektiver Gewalt als strategisch nicht ausschließen sollte, dass Handlungsformen wie *riots* auch einem expressiven bzw. emotionalen Zweck dienen könnten (ebd.: 24). Mit dieser Perspektive ist letztlich die Aufforderung verbunden, die Dichotomien rational-irrational und strategisch-emotional zu durchbrechen und genauer hinzuschauen, welche Beweggründe, Motivationen und Zielsetzungen *riots* jeweils zugrunde liegen. Dies erscheint sinnvoll, um einerseits der nicht zu leugnenden Rolle von Emotionen im Prozess des *rioting* gerecht werden zu können, und andererseits, um *riots* als (zumindest auch) strategisches Element im Raum des Politischen und als Protestform nicht aus dem Blick zu verlieren.

Riot als Protest? Das Politische im rioting

Wie Medien und politische Entscheidungsträger_innen *riots* interpretieren und wie die repressiven und sozialpolitischen Reaktionen aussehen, unterscheidet sich in den jeweiligen Ländern. Die Reduzierung von *riots* auf kriminelle Handlungen oder reinen Vandalismus ist dabei ein weit verbreitetes Muster. Nach den mehrtägigen *riots* in London im Sommer 2011 erklärte der britische Premier David Cameron, die Ereignisse hätten nichts mit Armut, sondern allein mit dem Verhalten der Beteiligten zu tun. Demnach hätte ein „krank“ Teil der Gesellschaft jegliche moralischen Bezugspunkte verloren (Shipman 2011). Die harschen Verurteilungen und einseitigen Deutungen der Geschehnisse als individuelles, gar krankhaftes Fehlverhalten – also als gerade nicht durch gesellschaftliche Strukturen hervorgerufen – sind symptomatisch für die Aufarbeitung der *riots* in der englischen Presse und Öffentlichkeit (vgl. dazu den Beitrag von Marilena Simiti in diesem Heft). Dementsprechend waren auch die sozialpolitischen Maßnahmen infolge der *riots* äußerst marginal. Bereits vor den landesweiten *riots* in französischen Vorstädten im Oktober 2005 bezeichnete der damalige Innenminister

Nicolas Sarkozy bei einem Besuch der Pariser *banlieue*-Stadt Argenteuil Vorstadtjugendliche als „Gesindel“, das man „mit dem Hochdruckreiniger“ (Zappi 2015) beseitigen müsse. Diese Äußerung heizte die ohnehin schon angespannte Situation in vielen Vorstädten weiter an. In der Debatte über die Ursachen der Aufstände verwies Sarkozy dann zwar auch auf Probleme wie Arbeitslosigkeit und Rassismus, bekräftigte jedoch im gleichen Atemzug seine vorherigen Äußerungen, es handele sich bei diesen Vorstadtjugendlichen um Kriminelle, die vor Gericht gestellt werden müssten. Wie Fabien Jobard im Interview in diesem Heft betont, gelang es den *rioters* jedoch durchaus auch, staatliche Investitionen in die Infrastruktur und die Förderung sozialer Projekte in den marginalisierten Vororten zu bewirken.

Eine Reihe von sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen widmete sich nach den Ausschreitungen in Frankreich, England, Griechenland und andersorts den Ursachen und politischen Dimensionen von *riots*. Im Folgenden stellen wir daher zwei politische Lesarten von *riots* in den Blickpunkt, die Ben Trott (2014) herausgearbeitet hat: Eine Lesart fokussiert den sozialpolitischen Kontext, in dem die *riots* stattfinden. Die andere Perspektive rückt die Frage ins Zentrum, inwiefern die *rioters* sich durch die Teilnahme am *riot* als politische Subjekte konstituieren.[5]

Der sozialpolitische Kontext von *riots*

Als eine Ursache für die *riots* in England, Frankreich und den USA wird von vielen Autor_innen die seit den 1980er Jahren wachsende soziale Ungleichheit benannt: Während das Bruttonettoprodukt und somit der durchschnittliche Wohlstand steigt, nimmt die sich auch räumlich niederschlagende Marginalisierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen zu (Wacquant 2006: 23). Hierfür wird vor allem eine neoliberale Wirtschaftspolitik verantwortlich gemacht (siehe Dzudzek/Müller 2013, Slater 2011, Sotiris 2010, Trott 2014), die Maßnahmen der finanz- und kapitalwirtschaftlichen Deregulierung, (Teil-) Privatisierung staatlicher Unternehmen sowie des öffentlichen Dienstes und die Reduzierung von staatlichen Sozialleistungen umfasst. Quantitative Daten bestätigen diese These: Thomas Piketty (2016) weist nach, dass die Bedeutung von Kapitalvermögen spätestens seit den 1970er Jahren in allen Ländern Westeuropas und Nordamerikas wieder zunimmt. In diesen Ländern macht das Privatkapital mittlerweile zwischen 400 und 600 Prozent des Nationaleinkommens aus, wobei Piketty eine weiter steigende Tendenz prognostiziert. Weil die Kapitalrendite höher als das Wirtschaftswachstum und der Einkommenszuwachs ist, werden Kapitalbesitzer_innen stets reicher und das Vermögen konzentriert sich immer stärker. Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich also zunehmend.[6] Zugleich verfügen immer weniger (vor allem junge) Menschen über ein geregeltes Einkommen. Die Jugendarbeitslosigkeit lag in den von *riots* betroffenen Stadtgebieten in Frankreich, in Großbritannien und in den USA weit über dem jeweiligen nationalen Durchschnitt.[7] In Griechenland stieg die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2012 von 22,1 auf 55,2 Prozent (OECD 2013).

Balibar sieht die entscheidende Transformation hin zu einer neoliberalen Wirtschaftsordnung darin, dass die Bedingungen von Klassen nicht mehr über die Arbeitsteilung, sondern über die Spaltung zwischen relativ sicheren und

prekären Jobs definiert würden. Da die Löhne nicht mehr vor Armut bewahren und viele Arbeitnehmer_innen keinen gewerkschaftlichen Schutz mehr genießen, werde der Lohnarbeitsvertrag, wie es Wacquant ausdrückt, „selbst zu einer Quelle von Fragmentierung und Unsicherheit“ (2006: 25f.). Darüber hinaus werde durch den Wandel der Arbeitswelt ein großer Teil der erwerbstätigen Bevölkerung überflüssig (ebd.: 25). Insofern erschienen manche *banlieues* als „Wohnräume für ein *neues Proletariat*, dessen Unsicherheit maximal ist und dem nur die Wahl zwischen unsicherer Arbeit und Arbeitslosigkeit bleibt“ (2007: 58, eigene Übersetzung, Hervorhebung im Original).

Die Frage nach dem politischen Gehalt von *riots* bzw. *rioting* in marginalisierten Stadtvierteln lässt sich nicht beantworten, ohne den diskriminierenden und konfliktiven Alltag zu betrachten. In vielen Arbeiten wird der Zusammenhang zwischen sozialökonomischer Ungleichheit und Rassismus als Ursache für *riots* herausgearbeitet (Balibar 2007, Waddington/King 2012). Insbesondere das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Polizei ist hier von grundlegender Bedeutung. In den meisten Fällen ist der Auslöser für *riots* eine eskalierende Konfrontation zwischen Jugendlichen und Polizei. Vor dem Hintergrund einer erhöhten Polizeipräsenz sowie einer zunehmend repressiv ausgerichteten Sicherheitspolitik (Fassin 2011, Garland 2008, Wacquant 2009) scheinen männliche Jugendliche mit familiärem Migrationshintergrund von Polizeikontrollen – sowohl in marginalisierten Stadtvierteln als auch in urbanen Zentren – am stärksten betroffen zu sein. Das ist eine oft betonte, zugleich aber wenig erforschte Beobachtung (Greif 2012). Der konfrontative Kontakt mit der Polizei ist für die Jugendlichen oft alltäglich. Dass sich die Aufmerksamkeit einer überwiegend weißen männlichen Polizei (Jobard 2008, hier bezogen auf den französischen Kontext) verstärkt auf männliche Jugendliche als Kollektivadressat polizeilicher Handlungslogik (vgl. Behr 2003: 195ff.) richtet, erscheint wenig verwunderlich, da die Polizei an der medialen Konstruktion von gefährlichen bzw. gefährdeten Jugendlichen als „dramatisierender Experte“ selbst aktiv beteiligt ist (Behr 2003; 2006, Jobard 2008; 2015). Neben einer Ethnisierung von Delinquenz und dem *racial profiling*, spielen für die diskriminierende Etikettierung von „verdächtigen“ Jugendlichen durch die Polizei auch territoriale Qualifizierungsmerkmale eine Rolle (Jobard 2008). Diese „Ortseffekte“ (Bourdieu 2002) marginalisierter Stadtviertel sind ebenfalls Bestandteil einer rassistischen Polizeipraxis gegenüber Jugendlichen. Aus einer alltagsorientierten konfliktsoziologischen Perspektive betrachtet, handelt es sich bei *riots* bzw. *rioting* folglich um Eskalationen eines alltäglichen Konfliktes zwischen Jugendlichen und Polizei. Allerdings führt dieses „In-Schach-Halten durch Strafe“ (Wacquant 2009: 51f.) als staatliche Technik, um sich verschärfende Marginalität zu managen, nicht bei jedem Kontakt mit der Polizei zu größeren Ausschreitungen. In den meisten Fällen eskaliert eine Konfrontation mit der Polizei dann, wenn Jugendliche dabei zu Tode kommen oder schwer verletzt werden.

Bei der Analyse der verschiedenen gesellschaftlichen Kontexte, aus denen *riots* hervorgehen, wird deutlich, dass es sich bei den ethnisierten Gruppen in Frankreich um andere Teilnehmer_innen handelt als beispielsweise bei den Antiglobalisierungsprotesten in Deutschland, Italien und Griechenland. Bei letzteren lassen sich die Protestierenden überwiegend dem weißen

Mittelstand und anarchistischen sowie anderen linksradikalen Kreisen zuzuordnen (Thompson 2010, Seferiades/Johnson 2012b, Martinez 2004). Ohne die sozialpolitischen Hintergründe und konkreten Ausgrenzungserfahrungen gleichsetzen zu wollen, lässt sich fragen, warum *rioter* mit unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergründen und Marginalisierungserfahrungen zu einem ähnlichen Ausdrucksmittel greifen, bei dem die „institutionalisierten juristisch-politischen Regeln sozialer Konfliktaustragung“ (Mücke/Rinn in diesem Heft) kollektiv ausgesetzt werden. Wie einige Veröffentlichungen zu den Ereignissen in England und Frankreich betonen, wird insbesondere in marginalisierten Stadtvierteln den *riots* ein politischer Charakter abgesprochen (siehe hierzu den Beitrag von Simiti in diesem Heft). Soziale Strukturen werden zwar als Ursachen anerkannt, die Ausschreitungen selbst aber meist als irrationale Gewalt gedeutet. Beim *rioting* eines *black bloc*[8] werden wiederum sozialstrukturelle Ursachen für das Handeln der Beteiligten fast immer ausgeschlossen, vielmehr werden dafür eine fehlgeleitete und destruktive politische Ideologie verantwortlich gemacht. Zu fragen ist jedoch, ob diese scharfe Trennung zwischen sozialen und politischen Beweggründen tatsächlich weiterführt. Lässt sich die auf die französischen *banlieues* bezogene These von Balibar, dass es sich bei den *riots* um einen Akt zur Erlangung von Repräsentation, Anerkennung und Partizipation handelt (2007: 58), nicht auch auf andere Kontexte des *rioting* beziehen?

Wie in Texten zu anarchistischen und linken *riots* deutlich wird (Thompson 2010, Seferiades/Johnston 2012b, Sotiris 2010), sind es nicht nur die klassisch Marginalisierten, die gegen Prekarisierung protestieren (Dörre 2015: 39). Auch die Mittelschicht in Europa und in den USA ist zunehmend mit einer steigenden sozialen Ungleichheit konfrontiert, denn weder Mittelschichtzugehörigkeit noch akademischer Bildungsgrad schützen heute vor unsicheren Arbeits- und Lebensverhältnissen (Dörre 2015: 68). Auch ist das Vertrauen in die repräsentative Demokratie nicht nur bei politischen Aktivist_innen stark geschwächt, vielmehr handelt es sich um ein allgemeines gesellschaftliches Phänomen, wie der Mitgliederschwund der etablierten Parteien nahelegt (siehe etwa für Griechenland Seferiades/Johnston 2012b: 150). Dementsprechend wird die Sprach- und Forderungslosigkeit, die als Charakteristikum für die *riots* in Frankreich und England angesehen wird (Castel 2009: 56), oft mit einem Repräsentationsdefizit begründet (auch Balibar 2007: 62). Während es in den 1980er Jahren noch soziale Organisationen in den betroffenen Stadtvierteln gab, die für ihre Bewohner_innen auch repräsentative Funktionen ausübten, änderte sich dies im Zuge einer zunehmenden Neoliberalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. Dzudzek/Müller 2013: 27). Doch *riots* werden nicht nur als Ausdruck einer Repräsentationskrise gewertet, sondern als Aufstand gegen eine Politik der Repräsentation (Altenried 2012: 53, ähnlich Dzudzek/Müller 2013: 31). *Riots* stellen, auf diese Weise interpretiert, eine „bewusste Absage an eine Mehrheitsgesellschaft und an ein politisches System“ dar, „von dem sich viele der Aufständischen nichts mehr erhoffen“ (Altenried 2012: 53). Vor diesem Hintergrund erscheint die Zukunft wenig hoffnungsvoll, sondern ausweglos, unsicher und prekär. Slater resümiert entsprechend: „[W]enn junge Menschen der Wahrnehmung beraubt werden, dass vor ihnen eine würdevolle Zukunft liegt, werden sie in kollektiver Wut auf die Straße gehen.“ (2011: 109, eigene Übersetzung)

Die subjektstituierende Wirkung von *riots*

Die Auseinandersetzungen mit *riots* beschränken sich nicht darauf, politische und soziale Ursachen herauszuarbeiten. Manche Autor_innen (z. B. Balibar, Trott und Altenried) betonen, dass *riots* in marginalisierten Stadtteilen nicht nur als Symptom gesellschaftlicher Missstände, sondern auch als politische Subjektartikulation gelesen werden sollten. *Riots* sind demnach „ein Moment (wie fragil, unsicher, umkehrbar dieser auch sein mag), in dem sich ein politischer Prozess entfaltet (...), der zum Bewusstsein und Handeln derjenigen gehört, die seine Träger sind“ (Balibar 2007: 61, eigene Übersetzung). Auch Dzudzek und Müller sprechen von *riots* als Aufhebung des „normalisierten Ausnahmezustands“, wodurch sich kurzzeitig politische Subjekte neu formierten, sich allerdings nicht langfristig etablieren könnten (2013: 32). Altenried sieht in den englischen *riots* hingegen deutliche Ansätze für ein neues politisches Bewusstsein. Die *riots* hätten ein „kollektives Gefühl des Widerstands“ und neue Solidaritäten geschaffen sowie alte gefestigt (2012: 51). Thompson formuliert die These noch eindrücklicher, wenn er behauptet, dass Gewalt immer ein Faktor in der Genese neuer politischer Subjektivität gewesen sei (2010: 132). Er folgert, dass weiße mittelständische Aktivist_innen durch die *riots* bei den Antiglobalisierungsprotesten wieder in den Bereich des Politischen getreten seien und sich nicht mehr mit dem Bestehenden arrangiert und einem reinen Selbstmanagement überlassen hätten. *Riots* böten in dieser Logik die Möglichkeit, die etablierte Form der Politik, nämlich jene der Repräsentation, zu überschreiten und so in einen post-repräsentativen Zustand der Politik einzutreten (ebd.:133).

Den hier wiedergegebenen Thesen zur politischen Subjektivität von *riots* ist gemeinsam, dass der *riot* keine politische Subjektivität voraussetzt, sondern diese erzeugt. Zu fragen bleibt dennoch, ob *riots* wirklich mit einer politischen Subjektwerdung einhergehen und nicht nur das Gefühl von Kollektivität und Authentizität vermitteln. Wie lässt sich aber der politische Gehalt von Handlungen (methodisch) erfassen, wenn sie sich traditionellen Protestformen entziehen? Die bisherige Forschung gibt auf diese Fragen nur unzureichende Antworten. Wir sind überzeugt davon, dass, um *riots* als Protestform besser zu verstehen und einordnen zu können, noch viele Fragen gestellt und beantwortet werden müssen. Die Soziale Bewegungsforschung bietet mit ihren analytischen Instrumenten und Begrifflichkeiten nur begrenzte Möglichkeiten, *riots* in all ihren Facetten zu betrachten, da sie sich häufig nur Bewegungsorganisationen untersucht. Daher wird die „Analyse expressiver und eruptiver Formen von Protest“ sogar als Blindstelle der Bewegungsforschung bezeichnet (Teune 2008: 541). Vor dem Hintergrund einer zunehmenden ökonomischen Ungleichheit und Marginalisierung großer Bevölkerungsteile stellt sich die Frage, ob Protest, der nicht mehr durch traditionelle Mechanismen der Repräsentation aufgefangen werden kann, entsprechend neue bzw. andere analytische Zugänge erfordert.

Wir hoffen, dass die Texte in diesem Themenheft dazu beitragen, eine solche Richtung einzuschlagen. Die Vielfalt der empirischen Beispiele und der analytischen Perspektiven in diesem Heft verweisen darauf, wie weit das thematische Feld *riots* ist und wie viele lohnenswerte Anknüpfungspunkte es für weitere Forschungen gibt. So zeigen Yannick Kalff und Katharina Warda in

ihrem Text über die Chaostage in Hannover (1995), wie die breite Öffentlichkeit jene *riots* als „stupide, sinnlose Unruhe“ wahrgenommen und auf individualisierende und psychologisierende Erklärungsmuster zurückgegriffen hat. Eine ähnliche Depolitisierung und Bagatellisierung konstatieren auch Julika Mücke und Moritz Rinn in ihrem Artikel über die Konfrontationen zwischen Polizei und einer Gruppe ethnisierten Jugendliche in Hamburg-Altona. Während die Konflikte in den meisten Medien primär auf die hohe Kriminalität, den gefährlichen Charakter des Stadtviertels und die dort lebenden frustrierenden und aggressiven Jugendlichen zurückgeführt wurden, argumentieren die Autor_innen, dass es bei den Auseinandersetzungen vielmehr um eine bestimmte Ausprägung von Rassismus und spezifische Polizeistrategien ging. Anders als die Ereignisse in Hamburg-Altona werden die *riots* von 2008 und 2011 in Griechenland, wie Marilena Simiti und Dilan Köse in ihren Beiträgen in diesem Heft darstellen, dagegen durchaus als politische Handlungsform interpretiert. Weite Teile der Bevölkerung teilen das Verständnis der *riots* als legitime sozialen Revolte. Schließlich untersucht Bettina Engels in ihrem Text, wie etablierte Bewegungsakteur_innen in Burkina Faso sich auf *food riots* beziehen, um ihre eigenen Forderungen zu legitimieren.

Endnoten

- [1] Vgl. z. B. Raschke 1987, Roth/Rucht 2008. So erklärt Raschke im Kontext seiner Abgrenzung von sozialen Bewegungen und „kollektiven Episoden“, „die Kategorie des ‚sozialen Protests‘“ sei „für die Bewegungsforschung nicht sehr hilfreich. Sie verwischt den hier wichtigen Unterschied zwischen Aktivitäten stärker strukturierter Kollektive, mit denen wir es bei sozialen Bewegungen zu tun haben, und schwach strukturierter Kollektive, die sich bei ad hoc-Aktivitäten zusammenfinden“ (1987: 79).
- [2] Siehe hierzu z. B. auch Bayat 2010. In seiner Analyse zu den Ländern des Nahen Ostens arbeitet Bayat heraus, dass subversive Alltagspraktiken von Subalternen eine Form von Protestartikulation darstellen, die die Bewegungsforschung nicht fassen kann und die er deshalb „social non-movements“ nennt.
- [3] Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871, nach der Novelle vom 26. Februar 1876, nebst Einführungs- und Abänderungsgesetz, 34-35. <https://archive.org/stream/dasstrafgesetzbuchgermgoog#page/n44/mode/2up> (letzter Zugriff am 19.3.2016).
- [4] Public Order Act 1986, Chapter 64, Part 1(1). <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1986/64> (letzter Zugriff am 19.03.2016).
- [5] Trott schlägt noch eine dritte politische Lesart vor, die sich darauf bezieht, wie *riots* zum Objekt von Politik werden (2014).
- [6] Beispielsweise besaßen in Großbritannien – dem Land, in dem die Schere zwischen Arm und Reich in Europa am weitesten auseinander ging – die reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung 1970 circa 1,2 Prozent des Gesamtvermögens. 2005 war dieser Prozentsatz auf 5 Prozent gestiegen (Dzudzek 2013: 26).
- [7] Die Jugendarbeitslosigkeit in französischen Vororten liegt im Durchschnitt bei 40 Prozent (Bareis/Bojadzjev: 846) und auch die von *riots* betroffenen Stadtviertel in England weisen eine erhöhte Jugendarbeitslosigkeit auf (Sutterlüty 2014: 41). In der Metropolenregion von St. Louis (also der Stadt, zu der Ferguson gehört) sind 47 Prozent der afroamerikanischen Jugendlichen arbeitslos (Trasher 2014).
- [8] Mit *black bloc* oder auch „Schwarzer Block“ bezeichnet man anarchistische und/oder antifaschistische Gruppen, die auf Demonstrationen oder Protestveranstaltungen überwiegend schwarz gekleidet auftreten und in militanter Weise agieren. Gewaltvolle Auseinandersetzungen mit der Polizei oder auch Sachbeschädigung gehören häufig zum Mittel ihrer Wahl.

Autor_innen

Janna Frenzel ist Politikwissenschaftlerin und forscht zu Narrativen über die Jugendaufstände in Stockholm 2013.
jannafrenzel@gmx.de

Philippe Greif ist Soziologe mit Interesse an urbaner Marginalität, Ethnographie, Intersektionalität/sozialer Ungleichheit und Geschlechterforschung. Er forscht aktuell zum Alltag von Jugendlichen in Pariser Banlieues.
phi.greif@googlemail.com

Fabian Klein ist Soziologe, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit sozialer Ungleichheit und forscht derzeit zu Diskursen während der English riots in England 2011.
fabian.klein-f44@ruhr-uni-bochum.de

Sarah Uhlmanns Forschungsinteressen liegen im Bereich der städtischen sozialen Bewegungen und der politischen Ökonomie.
sarah.uhlmann@hu-berlin.de

Literatur

- Altenried, Moritz (2012): Aufstände, Rassismus und die Krise des Kapitalismus. England im Ausnahmezustand. Münster: edition assemblage.
- Balibar, Étienne (2007): Uprisings in the Banlieues. In: *Constellations* 14, 47-71.
- Bareis, Ellen / Bojadzije, Manuela (2010): Jenseits von Forderungen und Organisation. Revolten in den französischen Vorstädten. In: *Das Argument* 52/289, 839-848.
- Behr, Rafael (2003): Die Polizei als Konstrukteur adoleszenter Konformität und Abweichung. In: DVJJ (Hg.), *Jugend, Gesellschaft und Recht im neuen Jahrtausend. Blick zurück nach vorn; Dokumentation des 25. Deutschen Jugendgerichtstages vom 28. September bis 2. Oktober 2001 in Marburg*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, 185-205.
- Behr, Rafael (2006): *Polizeikultur. Routinen – Rituale – Reflexionen. Bausteine zu einer Theorie der Praxis der Polizei*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Bourdieu, Pierre (1997): Eine sanfte Gewalt. Pierre Bourdieu im Gespräch mit Irene Dölling und Margareta Steinrück. In: Irene Dölling / Beate Kraus (Hg.), *Ein alltägliches Spiel*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 218-230.
- Bourdieu, Pierre (2002): Ortseffekte. In: Pierre Bourdieu (Hg.), *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. [Nachdr.]. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft (Édition discours, 9), 159-167.
- Bourdieu, Pierre (2012): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Briggs, Daniel (2012): Post-modern Greek Tragedy: Walking in the Steps of Thucydides in Athens. In: Daniel Briggs (Hg.), *The English Riots of 2011. A Summer of Discontent*. London: Waterside Press, 361-379.
- Castel, Robert (2009): *Negative Diskriminierung: Jugendrevolten in den Pariser banlieues*. Hamburg: Hamburger Ed.
- Collins, Randall (2011): *Dynamik der Gewalt. Eine mikrosoziologische Theorie*. Hamburg: Hamburger Edition.
- della Porta, Donatella / Diani, Mario (1999): *Social Movements. An Introduction*. Second Edition. Malden / Oxford / Carlton: Blackwell Publishing.
- della Porta, Donatella / Gbikpi, Bernard (2012): The Riots: A Dynamic View. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Farnham / Burlington: Ashgate, 87-100.
- Dikeç, Mustafa (2004): Voices into noises: ideological determination of unarticulated justice movements. In: *Space and Polity* 8/2, 191-208.
- Dörre, Klaus (2015): Génération Précaire – ein europäisches Phänomen. In: Michael Busch / Jan Jeskow / Rüdiger Stutz (Hg.), *Zwischen Prekarisierung und Protest: Die Lebenslagen und Generationsbilder von Jugendlichen in Ost und West*. Bielefeld: transcript Verlag, 39-74.

- Dzudzek, Iris / Müller, Michael (2013): Der Lärm des Politischen. Die Londoner riots 2011 und ihre politischen Subjekte. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, Band 2 Heft 1, 17-40.
- Fanon, Frantz (1981): *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Galtung, Johan (1969): Violence, peace and peace research. In: *Journal of Peace Research* 6/3, 167-191.
- Fassin, Didier (2011): *La force de l'ordre. Une anthropologie de la police des quartiers*. Paris: Éditions du Seuil.
- Gamper, Michael (2007): *Masse lesen, Masse schreiben. Eine Diskurs- und Imaginationsgeschichte der Menschenmenge 1765-1930*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Garland, David (2008): *Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Guardian / LSE (2011): *Reading the Riots: Investigating England's Summer of Disorder*. London: Guardian / LSE.
- Günzel, Stephan (2004): Der Begriff ‚Masse‘ in Philosophie und Kulturtheorie. In: *Dialektik* 2004/2, 117-135.
- Greif, Philippe (2012): London Calling Paris. Zur Relevanz der Kategorie Männlichkeit für eine intersektionale Analyseperspektive auf urbane Jugendaufstände in Europa. http://www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Frauen-M__nnerforschung/London_Calling_Paris_Zur_Relevanz_der_Kategorie_M__nnlichkeit_f__r_eine_intersektionale_Analyseperspektive_auf_urbane_Jugendaufst__nde_in_Europa/index.html (letzter Zugriff: 27.03.2016).
- Jobard, Fabien (2008): Ethnizität und Rassismus in der gesellschaftlichen Konstruktion der gefährlichen Gruppen. Polizeikultur und -praxis in den französischen Vororten. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 34/2, 261-280.
- Jobard, Fabien (2015): Police et Jeunesse. In: *Idées économiques et sociales* 181, 40-47.
- Keith, Michael (1993): *Race, Riots and Policing: Lore and disorder in a multi-racist society*. London: UCL Press.
- Krais, Beate / Gebauer, Gunter (2002): *Habitus*. Bielefeld: transcript.
- Martinez, Elizabeth Bettina (2004): Where Was the Color in Seattle? Looking for reasons why the Great Battle was so white. In: *Monthly Review* 52, 141-148.
- Marx, Gary T. (1970): Issueless Riots. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 391, 21-33.
- Mennel, Birgit / Nowotny, Stefan (Hg.) (2014): *Die Sprachen der Banlieues*. Wien: transversal texts.
- OECD (2013): *Employment and labour markets: Key tables from OECD*. http://www.oecd-ilibrary.org/employment/youth-unemployment-rate_20752342-table2 (letzter Zugriff am 21.03.2016).
- Paul, Axel T. (2015): Masse und Gewalt. In: Axel T. Paul / Benjamin Schwalb (Hg.), *Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt*. Hamburg: Hamburger Edition, 19-59.
- Paul, Axel T. / Schwalb, Benjamin (Hg.) (2015): *Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Phillips, Richard / Frost, Diane / Singleton, Alex (2013): Researching the Riots. In: *The Geographical Journal* 179/1, 3-10.
- Piketty, Thomas (2016): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H.Beck.
- Piven, Frances Fox (2012): Protest Movements and Violence. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Farnham / Burlington: Ashgate, 19-28.
- Piven, Frances Fox / Cloward, Richard A. (1979): *Poor People's Movements. Why they succeed, how they fail*. New York: Vintage Books.
- Raschke, Joachim (1987): *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*. Frankfurt a. M. / New York: Campus.
- RIAD RuhrgebietsInternationalismusArchiv Dortmund (2012): „Das Leben ist eine Demo, Frankreich eine Glasscheibe und ich bin ein Pflasterstein“. Versuch über das Verhältnis von Rap und Revolte. In: *Kollektiv Rage: Banlieues. Die Zeit der Forderungen ist vorbei*. Berlin / Hamburg: Assoziation A, 207-225.
- Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.) (2008): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt am Main / New York: Campus.

- Seferiades, Seraphim / Johnston, Hank (2012a): The Dynamics of Violent Protest: Emotions, Repression and Disruptive Deficit. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Farnham / Burlington: Ashgate, 3-18.
- Seferiades, Seraphim / Johnston, Hank (2012b): The Greek December. In: Seraphim Seferiades/Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Farnham / Burlington: Ashgate, 149-156.
- Shipman, Tim (2011): Parts of our society are not broken but sick - the Prime Minister's verdict on Riot UK. <http://www.dailymail.co.uk/news/article-2024709/David-Cameron-UK-riots-Parts-society-broken-sick.html> (letzter Zugriff am 28.03.2016).
- Slater, Tom (2011): From 'Criminality' to Marginality: Rioting Against a Broken State. In: *Human Geography* 4/3, 106-15.
- Sotiris, Panagiotis (2010): Rebels with a Cause: The December 2008 Greek Youth Movement as the Condensation of Deeper Social and Political Contradictions. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34, 203-209.
- sub\urban (2013): Die postpolitische Stadt? Themenheft, sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, Band 1 Heft 2. herausgegeben von Boris Michel und Nikolai Roskamm.
- sub\urban (2014): Illegalität – Stadt – Polizei. Themenheft, sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, Band 2 Heft 2.
- sub\urban (2015): Gefühlsräume – Raumgefühle. Themenheft, sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, Band 3 Heft 2, herausgg. von Benno Gammerl und Rainer Herrn.
- Sutterlüty, Ferdinand (2014): The hidden morale of the 2005 French and 2011 English riots. In: *Thesis Eleven* 121, 38-56.
- Teune, Simon (2008): „Gibt es so etwas überhaupt noch?“ Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 49, 528-547.
- Thompson, A.K. (2009): *Black Bloc, White Riot: Antiglobalization and the Genealogy of Dissent*. Edinburgh: AK Press.
- Tilly, Charles (2003): *The Politics of Collective Violence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tilly, Charles / Wood, Lesley J. (2013): *Social Movements, 1768-2012*. Third Edition. London / New York: Routledge.
- Tilly, Charles / Tarrow, Sidney (2015): *Contentious Politics*. Second Edition. New York: Oxford University Press.
- Trasher, Steven W. (2014): The real looting of Ferguson: its black citizens never had a chance to get by. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/aug/19/ferguson-looting-national-guard-black-citizens-get-by> (letzter Zugriff am 21.03.2016).
- Trott, Ben (2014): Research and the Riots: Politics and England's 2011 Urban Uprisings. <http://councilforeuropeanstudies.org/critcom/research-and-the-riots-politics-and-englands-2011-urban-uprisings> (letzter Zugriff am 10.03.2016).
- Wacquant, Loïc (2006): *Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays*. Basel: Birkhäuser Verlag.
- Wacquant, Loïc (2009): *Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*. Opladen / Berlin / Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Waddington, David / Jobard, Fabien / Mike King (Hg.) (2009): *Rioting in the UK and France. A comparative analysis*. Cullompton: Willan Publishing.
- Waddington, David / King, Mike (2012): Contemporary French and British Urban Riots : An Exploration of the Underlying Political Dimensions. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Farnham / Burlington: Ashgate.
- Zappi, Silvia (2015) : Dix ans après, que reste-t-il des émeutes urbaines de 2005? http://www.lemonde.fr/societe/article/2015/03/16/dix-ans-apres-que-reste-t-il-des-emeutes-urbaines-de-2005_4594328_3224.html?xtmc=sarkozy_racailles_2005&xtcr=1 (letzter Zugriff am 27.03.2016).

Riots – Anmerkungen zu Begriff und Konzept

Dieter Rucht

Einer soziologischen Definition zufolge versteht man unter *riots* „Unruhen größeren Ausmaßes, die mit der Zerstörung von Eigentum und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei einhergehen.“ (Jary/Jary 1991: 419, Übers. d. A.). *Riot* wird hier einerseits sehr breit gefasst, nicht gebunden an eine bestimmte Trägergruppe (z. B. Gefängnisinsassen), bestimmte Motive (z. B. moralische Empörung) und Zielsetzungen (z. B. einen revolutionären Umsturz), bestimmte Adressaten (z. B. die herrschende Klasse) und bestimmte soziale Kontexte (z. B. Ghettos). Andererseits verweist diese Definition auf eine in ihrer Größenordnung signifikante Störung der öffentlichen Ordnung, namentlich die gewaltsame Einwirkung auf Eigentum und Polizeikräfte. Als Charakteristikum wird also allein das äußere Erscheinungsbild von *riots* benannt.

Zumal wenn sie mit Brandstiftungen, Plünderungen oder gar Tötungsakten einhergehen, stehen Riots im Brennpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit. Typischerweise rücken dabei die Aktionsformen, insbesondere das Gewaltspektakel und das Erschrecken darüber, in den Vordergrund. Dagegen kommen die Motive und Interessen der Träger dieser Aktionen in der medialen Rezeption und öffentlichen Debatte kaum zur Geltung.

Riots evozieren Besorgtheit und Ablehnung auf Seiten derer, die an der gesellschaftlichen Normalität festhalten wollen. In dieser dezidiert normativen Sichtweise, ganz zu schweigen von juristischen Definitionen von *riots*, erscheint die öffentliche Ordnung implizit oder explizit als ein schützenswertes Gut, wobei – meist unausgesprochen – die Perspektive von staatlichen Organen und/oder von bedrohten beziehungsweise geschädigten Personen eingenommen wird. Aus der Warte des ordnungsliebenden Bürgertums ist der *riot* eine Revolte im Kleinformat: Bloß episodischer Natur, mit polizeilichen Mitteln letztlich beherrschbar und, anders als größere Revolten oder gar Revolutionen, folgenlos für die Gesellschaft als Ganze.

Riots als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analyse

Der Fixierung auf das Erscheinungsbild entsprach – und entspricht teilweise heute noch – eine simple Deutung der Triebkräfte oder Mechanismen von *riots* im Sinne einer kruden Massenpsychologie, wie sie um die Wende zum 20. Jahrhundert florierte: Von Emotionen beherrschte amorphe Massen, angeheizt durch Agitator_innen und ‚Führer_innen‘, erleiden einen Kontrollverlust und geben sich ihren destruktiven Trieben hin. Entsprechende Stimmungen breiten sich seuchenartig aus. So sei es auch zu erklären, dass *riots* häufig nicht isoliert, sondern in Wellen auftreten – etwa bei den New Yorker *Draft Riots* von 1863, den Lynchaktionen in den Südstaaten der USA, bei denen zwischen 1889 und 1918 rund 2.800 Afroamerikaner_innen getötet wurden, oder dem *Red Summer* von 1919 in 26 US-amerikanischen Städten.

Die Häufung solcher *riots* in den USA führte dazu, dass sich zwischen 1917 und 1943 immerhin 21 Untersuchungskommissionen mit den Abläufen und insbesondere mit der künftigen Bekämpfung beziehungsweise Vermeidung von *riots* befassten (Lipsky/Olsen 1977: 38). Das vorherrschende Deutungsmuster, das nur vereinzelt durchbrochen wurde, sah in *riots* nichts weiter als eine gesteigerte Form von Vandalismus und ungezügelter Aggression. Entsprechend simpel fiel die Handlungsanweisung aus: Es bedürfe der entschiedenen Repression von Seiten der staatlichen Ordnungskräfte, um das Übel einzudämmen.

Erst mit sogenannten *grievance*-Theorien, in denen auf die Ursachen von *riots* in Form von konkreten Belastungsfaktoren eingegangen wird (so im Report über die *Harlem Riots* von 1935), werden naive massenpsychologische und verschwörungstheoretische Deutungen zugunsten einer differenzierteren, mehrdimensionalen Erklärung zurückgewiesen. Man könnte zusammenfassend von einem Dampfkesselmodell sprechen: Verschiedene sich addierende Faktoren sorgen für einen wachsenden, aber zunächst latent bleibenden Druck. Ein kleiner zusätzlicher Faktor bringt dann den Kessel zur Explosion. Dieser Auslöser ist nicht mit den Ursachen gleichzusetzen.

Implizit ist im genannten Modell bereits eine Erklärung enthalten, die über eine Theorie der *absoluten* Deprivation hinausweist. Letztere nimmt an, dass – *ceteris paribus* – ein *riot* dort am wahrscheinlichsten ist, wo die objektiven Belastungen am größten sind, also bei den Gruppen, die am stärksten unterdrückt und entrechtet sind, die sich also in einer besonders elenden Lage befinden. Tatsächlich zeigt sich jedoch in vielen historischen Fällen, dass fast nie die Ärmsten und die am meisten Unterdrückten aufbegehren. Entscheidend, so die Theorie der *relativen* Deprivation, sei vielmehr die Wahrnehmung der eigenen Lage im Hinblick auf die Diskrepanz zwischen Erwartungen und tatsächlicher Lage. Hierbei spielt die Art, wie Vergleichsgruppen wahrgenommen werden, eine große Rolle. Erst mit der Auffassung, dass andere Menschen ohne guten Grund besser gestellt sind, entsteht ein starkes Motiv, die eigene Situation zu ändern. Ginge es allen gleichermaßen schlecht, so gäbe es kaum einen Grund zum Aufbegehren.

Theorien der relativen Deprivation finden sich andeutungsweise bereits gegen Ende der 1940er Jahre, wurden jedoch erst in den 1960er Jahren ausformuliert und auch auf verschiedene Formen kollektiver Gewalt einschließlich

von *riots* angewandt (insbesondere Gurr 1970). Empirische Studien zeigen, dass die überwiegende Mehrzahl der im *riot* Aufbegehrenden keineswegs dem Typus entfremdeter und verängstigter Einzeltäter_innen entspricht und nicht die Ärmsten der Armen den Aufstand proben.

Doch auch Theorien relativer Deprivation geben keine zureichenden Erklärungen für die Entstehung kollektiver Gewalt. Dies aus mindestens drei Gründen: *Erstens* kann auch für *riots* nicht unterstellt werden, dass die Beteiligten kopflos, also ohne jegliches *rationale Kalkül*, zur Gewalt greifen. Es ist nicht anzunehmen, dass mehrtägige oder gar mehrwöchige *riots* ohne eine Reflexion der Beteiligten, ohne eine wenngleich oft nur intuitive Abschätzung der zu erwartenden Kosten (z. B. Verletzungen, Verhaftung, Verurteilung, Tod) und der möglichen Gewinne (nationale Medienaufmerksamkeit, längerfristige Verbesserungen der kollektiven Lage) ablaufen. Das Handeln in *riots* ist kein völlig blinder Ausdruck von Wut (Skolnick 1969). Das zeigt sich schon daran, dass bei Plünderungen in Städten der USA die als ‚*black property*‘ gekennzeichneten Läden zumeist verschont wurden. Protest einschließlich kollektiver Gewalt ist fast immer eine auch instrumentell eingesetzte Ressource (Lipsky 1968; Tilly 2003) – oft sogar die einzige, die den Revoltierenden zur Verfügung steht, um auf sich aufmerksam zu machen.

Zum zweiten brauchen die Handelnden ein Bewusstsein von *agency*, das im Falle von *riots* auch ein Bewusstsein gemeinsamer Betroffenheit sowie der Möglichkeit und Notwendigkeit gemeinsamer Gegenwehr einschließt. Das setzt in aller Regel vorgängige soziale Kontakte und zumindest ein rudimentäres Gemeinschaftsgefühl voraus.

Drittens erklären Theorien der relativen Deprivation weder den spezifischen Zeitpunkt des Gewaltausbruchs noch die Tatsache, dass nicht alle, die sich als relativ depriviert wahrnehmen, an Gewaltakten teilnehmen. Zum einen werden Gewaltausbrüche dann wahrscheinlicher, wenn die *rioter* durch vorausgegangene *empörende Ereignisse* – „precipitating incidents“ (Smelser 1962: 268ff.) – stark emotionalisiert worden sind. Der Freispruch der vier Polizisten, die Rodney King in Los Angeles im Jahr 1992 zusammengeprügelt haben, ist ein solches Ereignis. Zum anderen muss aber auch die *Gelegenheit* zum *riot* als günstig eingeschätzt werden. Hierzu gehören konkrete situative Faktoren, etwa die zunächst fehlende Polizeipräsenz, ein unsicheres Verhalten der Ordnungskräfte, die zahlenmäßige Überlegenheit der Menge. Hierzu gehören aber auch dauerhaftere Faktoren, etwa inkonsistente Strategien der Behörden im Umgang mit Protestpotentialen, die Spaltung lokaler Eliten im Hinblick auf Maßnahmen für die betroffene Bevölkerung sowie die Abwesenheit von Gruppen und Institutionen, die im Konflikt vermitteln könnten.

Stellt man diese Faktoren in Rechnung, so landet man bei komplexeren, multidimensionalen und multikausalen Erklärungen, wie sie auch mit Blick auf jüngere *riots* in Frankreich 2005 und eine Reihe von *riots* in England, zuletzt 2010, zur Geltung kamen (Waddington/King 2012). Diese Erklärungen haben nichts mit Verschwörungstheorien und nur wenig mit Ansteckungstheorien zu tun, obgleich das Moment einer sich rasch ausbreitenden Stimmungslage, einer kollektiven Wut und möglicherweise auch der Euphorie („Jetzt zeigen wir es den Schweinen.“) im Falle von *riots* kaum von der Hand zu weisen ist.

Derartige Erklärungsmodelle unterstellen – ähnlich wie das *value-added*-Modell kollektiven Handelns von Neil Smelser (1962) – eine Sequenz von

Bedingungen, die erst auf der letzten Stufe den Ausbruch kollektiver Gewalt zur Folge haben. Keine der einzelnen Stufen, wie etwa hohe objektive Belastungen oder ein provokatives Ereignis, ist für sich genommen hinreichend.

Ich nehme an, dass sich mit einem solchen Erklärungsrahmen die Mehrzahl von *riots* halbwegs plausibel nachvollziehen lässt. Dies bedeutet keineswegs, dass *riots* vorhersagbar seien; dies kann schon deshalb nicht behauptet werden, weil der besonderen Konstellation von Bedingungsfaktoren wohl immer auch etwas Zufälliges anhaftet. Das heißt aber nicht, dass man keine Bedingungen angeben könnte, unter denen *riots* mehr oder weniger wahrscheinlich sind. Allgemein formuliert: *Riots* werden dann wahrscheinlicher, wenn

1. ein hohes Maß an objektiver und/oder subjektiver Deprivation besteht,
1. diese Deprivationen als offenkundiges Ergebnis von externen Versäumnissen, Gleichgültigkeit oder Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen und/oder als Ausdruck von eklatantem Unrecht gedeutet werden,
1. ein Bewusstsein kollektiver Handlungsfähigkeit vorliegt,
1. die strukturellen und situativen Bedingungen für Gewalthandeln als relativ günstig erscheinen und insofern auch der erwartete Ertrag dieses Handelns die befürchteten Kosten und Risiken übersteigt,
1. konfliktauslösende beziehungsweise konfliktbeschleunigende Ereignisse hinzutreten, welche die kollektive Empörung steigern.

Zur Definition von *riot*

Das umgangssprachliche wie auch das sozialwissenschaftliche Verständnis von *riots* beruht auf Abgrenzungen, die wohl zwangsläufig im Hinblick auf mehrere Dimensionen unscharf sind. Allerdings bleibt, ebenso wie bei der Definition von sozialer Bewegung, die thematische Seite unbestimmt. *Riots* umfassen so unterschiedliche Anliegen wie die der Brotunruhen und des Getreidesturms im 18. Jahrhundert, der Maschinenstürmer im 19. Jahrhundert, der Springer-Blockaden der Student_innen an Ostern 1968, der massiven Auseinandersetzungen zwischen britischen Bergarbeitern und der Polizei in der Thatcher-Ära, der Revolten in den südafrikanischen Townships und der Brandanschläge Jugendlicher in den Vorstädten Frankreichs.

Hinter den Motiven, die derartige Konflikte antreiben, steht der Eindruck, Normen von Gerechtigkeit, Fairness und Würde seien in einer nicht hinnehmbaren Weise verletzt. Solche Normen können auf einer universalistischen Moral, aber auch auf reaktionären, diskriminierenden Wertvorstellungen, etwa im Sinne einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, beruhen. In ihrer Normenbezogenheit lassen sich *riots* von der lustvollen Randalie abgrenzen, wie sie beispielsweise testosterongetriebene und (meist) alkoholisierte Hooligans zu befeuern scheint. Dieses engere Verständnis von *riots* wird jedoch nicht allgemein geteilt (siehe z. B. Marx 1970).

Mit Blick auf den Eskalationsgrad der Auseinandersetzung können *riots* nach ‚unten‘ hin von moderateren Formen kollektiver Aktion, etwa dem Gerangel mit Polizeikräften, dem disziplinierten zivilem Ungehorsam und schwachen Formen der Sachbeschädigung (etwa dem wilden Plakatieren, den Graffiti, dem Beschmieren jüdischer Grabsteine), unterschieden werden. Nach ‚oben‘ hin sind *riots* von Terrorismus, blutigen Staatsstreichen und

Bürgerkriegen abzugrenzen. Selbst wenn sie den Tod von Menschen zur Folge haben sollten, werden *riots* (meist) nicht mit dieser Absicht in Gang gesetzt. Eine mehr oder weniger planvolle Lynchaktion wäre somit eher als eine Variante des Terrorismus anzusehen.

Auch bezogen auf die Zahl der Beteiligten und regionale Ausdehnung sind *riots* in einer mittleren Dimension anzusiedeln. *Riots* sind Aktionen von zumeist losen, sich opportunistisch zusammenfindenden Kollektiven. Einerseits gehen *riots* über die Handlung eines Einzeltäters (z. B. eines Amokläufers) oder die nächtliche Randalie einer kleinen Clique von Jugendlichen deutlich hinaus. Andererseits wird nicht mehr von *riots* gesprochen, wenn im Rahmen eines Volksaufstands versucht wird, den Sturz des Regimes herbeizuführen.

In zeitlicher Hinsicht reichen *riots* über einen kurzen und einmaligen Gewaltakt hinaus; sie manifestieren sich als eine Serie von Ereignissen, welche über Stunden, Tage oder gar Wochen anhalten. Sofern sich jedoch Konflikte, etwa gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien und Religionsgemeinschaften, zu einer Dauererscheinung verstetigen oder gar kriegsähnliche Formen annehmen, erscheint der Begriff *riots* nicht mehr angemessen.

Schließlich sind *riots* durch einen hohen Grad an Spontaneität und eine weitgehend fehlende Organisation charakterisiert. Dem entspricht die Unkalkulierbarkeit des Zeitpunkts ihres Auftretens und weiteren Verlaufs.

Zusammenfassend lautet der Definitionsvorschlag: *Ein riot wird angetrieben von Wut oder Empörung über verletzte Vorstellungen von Gerechtigkeit bzw. Würde und manifestiert sich als eine ungeplante und unkoordinierte Serie von zeitlich verdichteten kollektiven Gewaltakten gegen Sachen und/oder Personen.*

Im Unterschied zu einer sozialen Bewegung (einschließlich einer revolutionären Bewegung) fehlen beim *riot* die Deklaration eines gemeinsamen Ziels, darauf ausgerichtete strategische Überlegungen und eine organisatorische Infrastruktur. Allerdings können *riots* durchaus im Kontext einer sozialen Bewegung vorkommen oder auch deren Ausgangspunkt bilden.

Sind *riots* politisch?

Eine Antwort auf diese Frage setzt die Explikation eines Begriffs von Politik voraus. Folgte man dem weit verbreiteten Verständnis von Politik als dem Prozess der Herstellung gesamtgesellschaftlich bindender Entscheidungen, so wären *riots* wohl kaum als politisch zu charakterisieren. Diese Sichtweise kommt denen entgegen, die *riots* als eine Variante des Vandalismus beziehungsweise krimineller Gewalt verbuchen wollen und insofern auch Erscheinungen des Hooliganismus einschließen. Wird der Politikbegriff jedoch aus guten Gründen breiter gefasst, indem darunter auch Handlungen verstanden werden, die von wie auch immer gearteten Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und dadurch legitimierten Ansprüchen geleitet werden und in denen kollektiv und öffentlich eine Auflehnung gegen bestehende sozio-politische Verhältnisse und Normalitätsvorstellungen zum Ausdruck gebracht werden, so sind *riots* als eine besondere, Gewaltakte einschließende Form des Aufbegehrens zu verstehen (Waddington/King 2012). Dies

schließt nicht aus, dass es im Kontext von *riots* auch zu Situationen (etwa Plünderungen) kommt, in denen sich Einzelpersonen – ganz ohne kritisches Motiv – bereichern oder Aggressionen ausleben, die von keinerlei Gerechtigkeitsvorstellungen geleitet sind.

Erst die Deutung von *riots* als – wenngleich meist diffus bleibenden – sozio-politischen Interventionen erzwingt einen sozialwissenschaftlich wie politisch gebotenen Perspektivwechsel: Ausgehend von einem nüchternen Blick auf die tatsächlichen Erfahrungen, Werte, Gründe und Motive der *rioter* wird der Fokus auf die strukturellen gesellschaftlichen Bedingungen gelenkt, welche *riots* hervorbringen. Die Analyse von *riots* birgt damit das Potenzial, nicht nur zur Selbstaufklärung, sondern auch zur Selbstkritik der Gesellschaft beizutragen.

Autor_innen

Dieter Rucht ist Sozialwissenschaftler und beschäftigt sich mit Protest, sozialen Bewegungen, politischer Partizipation sowie politischer Öffentlichkeit.
dieter.rucht@wzb.eu

Literatur

- Gurr, Ted Robert (1970): *Why Men Rebel*. Princeton: Princeton University Press.
- Jary, David / Jary, Julia (1991): Riot. In: David Jary / Julia Jary (Hg.): *The Harper Collins Dictionary of Sociology*. New York: Harper Perennial, 419-420.
- Lipsky, Michael (1968): Protest as a political resource. In: *The American Political Science Review* 62, 1144-1158.
- Lipsky, Michael / Olsen, David J. (1977): *Commission Politics: The Processing of Racial Crisis in America*. New Brunswick (New Jersey): Transaction Books.
- Marx, Gary T. (1972): Issueless Riots. In: James F. Short Jr. / Marvin E. Wolfgang (Hg.): *Collective Violence*. Chicago und New York: Aldine-Atherton, 47-59.
- Skolnick, Jerome H. (1969): *The Politics of Protest*. New York: Simon and Schuster.
- Smelser, Neil (1962): *Theory of Collective Behavior*. New York: The Free Press of Glencoe.
- Tilly, Charles (2003): *The Politics of Collective Violence*. New York: Cambridge University Press.
- Waddington, David / King, Mike (2012): Contemporary French and British urban riots: An exploration of the underlying political dimensions. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.): *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Farney (UK) und Burlington (USA): Ashgate, 119-132.

Urbane *riots* in der öffentlichen Wahrnehmung

Die *riots* in England 2011 und die griechischen Dezemberproteste 2008 im Vergleich

Marilena Simiti

Urbane *riots* sind politische Ereignisse. Sie rütteln an den Grundfesten der institutionellen Ordnung und bringen die tieferliegenden Konflikte des ritualisierten gesellschaftlichen Lebens zum Vorschein. Nach wie vor kreisen öffentliche Debatten um die Frage, ob es sich bei dieser Form der Auseinandersetzung um sinnvollen Protest oder um sinnlose Gewalt handelt. Dieser Aufsatz gibt einige vorläufige Antworten auf diese Frage, in dem er zwei Beispielen vergleicht: die *riots* in England 2011 und den griechischen Dezemberprotesten 2008. Diese beiden höchst unterschiedlichen Beispiele wurden ausgewählt, da sie in der Öffentlichkeit sehr unterschiedlich wahrgenommen wurden. Während die englische Öffentlichkeit die *riots* als ‚sinnlose Gewalt‘ ablehnte, ergaben Meinungsumfragen im Fall Griechenlands, dass die Ausschreitungen dort weitgehend als ‚soziale Revolte‘ anerkannt wurden. Der Aufsatz versucht, den Ursachen dieser gegensätzlichen Auslegung auf dem Grund zu gehen, indem er 1) die Muster der *riots* (insbesondere das Überwiegen ‚individualistischer‘ beziehungsweise ‚kollektivistischer‘ Elemente) und 2) die soziale und politische Identität der Beteiligten untersucht.

Ersteinreichung: 21. Juli 2015; Veröffentlichung online: 1. Mai 2016
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Riots sind politische Ereignisse.[1] Sie rütteln an den Grundfesten der institutionellen Ordnung. Sie verletzen öffentlich bestehende gesellschaftliche Normen und definieren sie neu. Sie bringen die tieferliegenden Konflikte des ritualisierten gesellschaftlichen Lebens zum Vorschein, indem sie sich dem Anschein von Geschlossenheit widersetzen. Während der *riots* erscheinen neue, zuvor ausgeschlossene Subjekte durch die Aneignung des öffentlichen Raums auf der politischen Bühne. *Riots* erobern gewaltsam die politische Szene und rufen starke Reaktionen (Repression, Zugeständnisse oder beides) von Seiten der politischen Institutionen hervor. Warum entzünden sich bis heute heftige öffentliche Debatten an der Frage, ob es sich dabei um sinnvollen Protest oder um sinnlose Gewalt handelt? Welche Faktoren bestimmen die Wahrnehmung von *riots* entweder als politischen Protest oder ungezielten Aufruhr? Die Forschung sucht die Ursachen für die unterschiedlichen Lesarten urbaner *riots* vor allem im größeren soziopolitischen Zusammenhang, offiziellem und medialem *framing*, bei den Zuschreibungen der beteiligten Individuen (etwa aufgrund ihrer politischen Prädisposition)

sowie bei soziopsychologischen Faktoren (Smith 2013, Snow/Vliegthart/Corrigall-Brown 2007, Campbell et al. 2004, Jeffries/Turner/Morris 1971, Buys/Bebeau 1971). Zwar ist die Deutung der *riots* durchaus von diesen Faktoren abhängig, dieser Aufsatz geht jedoch einer anderen Frage nach: Wie hängen die öffentliche Wahrnehmung von *riots* mit ihren jeweiligen Eigenarten zusammen? Wie andere Formen kollektiver Handlungen beeinflussen *riots* die öffentliche Meinung durch die ihnen innewohnenden kommunikativen Aspekte.[2] Wie zahlreiche empirische Fälle zeigen, können *riots* zudem sowohl ähnliche Attribute als auch Unterscheidungsmerkmale aufweisen. Dieser Aufsatz untersucht daher, ob es bestimmte Attribute von *riots* gibt, die ihre jeweilige Lesart als politischen Protest beziehungsweise ungerichteten Aufruhr begünstigen. Dementsprechend werden die *riots* selbst in der Analyse als unabhängige, die öffentliche Meinung als abhängige Variable betrachtet. Der Zusammenhang zwischen den Attributen der *riots* und ihrer jeweiligen öffentlichen Lesart soll an zwei ausgewählten Fallbeispielen untersucht werden: den englischen *riots* von 2011 und den Dezemberprotesten in Griechenland 2008. Die beiden Fälle bilden einen starken Gegensatz, da sie sich in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich voneinander unterscheiden. Während die *riots* in England überwiegend als ‚sinnlose Gewalt‘ abgelehnt wurden, zeigten Meinungsumfragen im Fall Griechenlands, dass die Ausschreitungen dort weitgehend als ‚soziale Revolte‘ anerkannt wurden – und das trotz der weitaus gravierenderen Missstände im Umfeld der Beteiligten im ersten Fall. Auf der Grundlage dieser beiden empirischen Beispiele ist die Hauptthese dieses Aufsatzes, dass 1) das Überwiegen ‚individualistischer‘ beziehungsweise ‚kollektivistischer‘ Aspekte und 2) die soziale und politische Identität der Akteure die öffentliche Wahrnehmung von *riots* beeinflussen können. Anhand der beiden Fälle wird deutlich, dass *riots*, die von der Öffentlichkeit als Akte individuellen Profitstrebens wahrgenommen werden, eher als Devianz oder Kriminalität abgelehnt werden. Im Gegensatz dazu ist die Öffentlichkeit in Fällen, in denen sie die Interessen Einzelner einem größeren Gesamtinteresse untergeordnet sieht, eher bereit, den *riots* einen politischen Anspruch zuzugestehen. Der niedrige oder marginale soziale Status der Beteiligten führt jedoch trotz der mit sozialer Marginalität einhergehenden akuten Missstände nicht dazu, dass die Öffentlichkeit den politischen Anspruch von *riots* anerkennt.

Zunächst sollen die den *riots* innewohnende Ambiguität dargelegt und die diskursiven Konflikte um ihre Bedeutung ausgeführt werden. Dann werden die beiden empirischen Fallstudien vorgestellt und ihre besonderen Merkmale herausgearbeitet. Im darauf folgenden Abschnitt werden die Muster der *riots* sowie die Identität der *rioters* in den beiden Fallstudien analysiert. Abschließend werden die Hauptthesen zusammengefasst und Fragestellungen für weiterführende Forschung präsentiert.

2. Diskursive Konflikte um *riots*

Urbane *riots* sind äußerst schwer zu dechiffrieren. Sie haben viele Eigenschaften mit dem von Turner beschriebenen Liminalzustand gemeinsam (Turner 1974). Wie das Phänomen der Liminalität in Turners Analyse stellen *riots* eine Stufe der Abspaltung sowie eine Phase intensiver Ambiguität

dar. Die *rioters* widersetzen sich ihrem sozialen Status und stellen bestehende institutionelle Normen in Frage, indem sie ihre sozial konstruierten Verpflichtungen gegenüber Anderen aufkündigen. Somit weicht *rioting* von jenem strukturierten Handeln ab, das „einen Teil der sozialen Ordnung bildet“ und „kraft seiner Stellung im systemischen Ganzen bedeutsam ist“ (Haugaard 2015: 149). *Riots* bringen das organisierte und ritualisierte öffentliche Leben zum Erliegen und verkehren die institutionelle Ordnung. Damit führen urbane *riots* zu einem vorübergehenden Zwischenzustand, einem Bereich des „*betwixt and between*“ (Turner 1974: 73), in dem die Regeln und Normen des organisierten gesellschaftlichen Lebens außer Kraft gesetzt sind. Das fragmentarische und episodische Wesen kollektiven Handelns und das Fehlen vernehmlicher Forderungen steigert die Ambiguität von *riots* zusätzlich. Daher werden Ziel und Bedeutung der *riots* meist nachträglich aus der Analyse ihrer strukturellen Ursachen, den Rechtfertigungen der Beteiligten für ihr Handeln sowie der Mikrodynamik des *riot*-Prozesses abgeleitet. Infolgedessen stellt jeder Versuch, *riots* Struktur und Bedeutung zuzuweisen, ein höchst umstrittenes Unterfangen dar.

Urbane *riots* ziehen intensive diskursive Konflikte über ihre Ursachen und Bedeutung nach sich. Dabei geht es auch um die Frage, ob die *riots* als Akte des Protests anerkannt werden oder nicht. Die politische Auseinandersetzung um die Bedeutung von *riots* folgt meist zwei Konfliktrahmungen (Cavanagh/Dennis 2012, Budarick 2011, Lee 2007, Snow et. al. 2007, Campbell et. al. 2004, Turner 1969).

Im ersten werden *riots* als kollektive Reaktionen auf soziale Ungerechtigkeit und Entrechtung begriffen. In diesem Fall wird die Verantwortung meist dem Staat und dem breiteren sozioökonomischen Zusammenhang zugeschrieben. Die *rioters* werden als neu auftretende Subjekte wahrgenommen, die gegen die bestehenden Missstände protestieren und ihre Ansprüche geltend machen.

In der zweiten Rahmung gelten urbane *riots* als sinnlose Gewalt oder kriminelle Handlungen. Der Blick verlagert sich vom sozioökonomischen Kontext auf die Eigenschaften und Gewalthandlungen der Individuen, das Geschehen wird historisch wie sozial dekontextualisiert. In diesem Fall überwiegt die Rede von ‚Irrationalität‘, ‚individuellem Fehlverhalten‘ sowie der Notwendigkeit, ‚Recht und Gesetz‘ wiederherzustellen. Die Verantwortung wird vom größeren Zusammenhang zurück auf die *rioters* und ihre Gemeinschaften verschoben. Die *rioters* werden meist als unmoralische und kriminelle Individuen verurteilt, *rioting* als Form des politischen Protests delegitimiert. Welche Rahmung sich in der jeweiligen Auseinandersetzung schließlich durchsetzt, hängt sowohl vom größeren soziokulturellen und politischen Kontext als auch von medialen Diskursen ab (Polletta/Kai Ho 2009). Rahmungen, die mit den bestehenden Wertvorstellungen, Meinungen und Erfahrungen der Bevölkerung korrespondieren, können die öffentliche Meinung wirksamer formen (Gamson 1988, Snow/Benford 1988, Schemer et. al. 2012). Zwar hat die Forschung schon seit Längerem den Einfluss kontextueller und vermittelnder Faktoren (etwa die Berichterstattung in den Medien) auf die Interpretation von *riots* analysiert, jedoch fehlt bislang die Verbindung der Attribute von *riots* mit ihrer jeweiligen öffentlichen Wahrnehmung. So betont etwa Buenor Hadjor (1997: 16),

dass das Bild, das in der Öffentlichkeit „zu einer bestimmten Zeit vorherrscht, wenig oder nichts mit den spezifischen Eigenarten des untersuchten Aufruhrs zu tun hat, sondern mehr mit dem allgemeinen Klima, in dem die Debatte stattfindet, mit der herrschenden politischen Stimmung“. Die Analysen von Marx und Murphy, in denen eine Reihe von Attributen im Verlauf von *riots* benannt wird, die die Auslegung von *riots* als politischen Prozess begünstigen, bilden da seltene Ausnahmen. Marx zufolge lassen folgende Faktoren die Definition als Protest zur Anwendung kommen: Die Unruhen entstanden aus einem länger bestehenden gesellschaftlichen Konflikt und aus einem konzentrierten Kontext heraus; es bestehen personelle Überschneidungen zwischen etablierten politischen Aktivist_innen und an den *riots* Beteiligten; es gibt Wortführende, die Forderungen stellen; die Angriffe sind zielgerichtet (Marx 1970: 27). In seiner vergleichenden Analyse zweier Fälle von Bürgerunruhen in Frankreich verweist Murphy auf den Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen öffentlichen Bewertungen der beiden Konflikte und der Präsenz von „bekannten Aktionsformen [...], Bezügen auf vergangene Fälle akzeptierten Protests und dem glaubwürdigen Anspruch, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten“ (Murphy 2011: 1002). Zur weiterführenden Analyse der „komplizierten Beziehung zwischen den Eigenschaften von Ereignissen und dem Erfolg bestimmter Rahmungen“ (Gamson 1992: 70) werden im folgenden Abschnitt zwei empirische Fälle vorgestellt. Dabei werden ihre jeweils unterschiedlichen Eigenschaften hervorgehoben und in Bezug zu ihrer Lesart gesetzt. Zunächst werden die *riots* in England 2011 analysiert, und anschließend die Dezemberproteste in Griechenland 2008.

3. Die *riots* in England 2011

Die *riots* in England ereigneten sich nach dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise, die von zunehmender sozialer Ungleichheit, Kürzungen bei Sozialleistungen und sozialer Infrastruktur sowie von massiven kollektiven Mobilisierungen begleitet war.[3] Am Samstag, dem 6. August 2011 fand vor der Polizeiwache in Tottenham eine friedliche Kundgebung gegen die tödlichen Schüsse auf Mark Duggan durch Beamte der Londoner Metropolitan Police statt. Etwa 200 Menschen beteiligten sich an der Demonstration und forderten die Aufklärung der Ereignisse, die zu Duggans Tod geführt hatten (Waddington 2012). Drei Stunden später brachen in Tottenham Unruhen aus. Einsatzkräfte der Polizei, die zur Auflösung der Versammlung anrückten, wurden heftig angegriffen (Home Office 2011). Am frühen Sonntagmorgen kam es in Wood Green und Tottenham Hale zu Ausschreitungen und Plünderungen. In den darauf folgenden Stunden griff die Gewalt auf verschiedene Orte in London über. Am dritten Tag der *riots* (Montag, 8. August) hatten die Ausschreitungen 22 der 32 Londoner Bezirke sowie weitere englische Städte (Bristol, Birmingham, Liverpool) erfasst und in London ihren Höhepunkt erreicht. Am folgenden Tag (Dienstag, 9. August) ließen die Ausschreitungen in London allmählich nach, während in Reading, Milton Keynes, Leeds, Leicester, Salford und Manchester zahlreiche neue ausbrachen. Die *riots* in Bristol, Liverpool und Birmingham hielten weiter an. Am Mittwoch (dem fünften Tag) kam es in Birmingham, Nottingham, Leicester und Merseyside zwar weiterhin zu Ausschreitungen, jedoch ging das Ausmaß insgesamt

zurück. In den folgenden Tagen lösten sich die *riots* allmählich auf und es kam nur noch zu vereinzelt Vorfällen (Home Office 2011). Die Ausschreitungen in London hatten etwa fünf Tage gedauert, in anderen Städten weniger. Fünf Menschen starben. In den folgenden zwölf Monaten wurden mehr als 3.100 Personen aufgrund von Verstößen im Zusammenhang mit den *riots* verurteilt (Lamble 2013).

Die *riots* in England 2011 zeigen, wie in gesellschaftlichen Strukturen und im kollektivem Bewusstsein verfestigte soziale Missstände durch eine Kette von Ereignissen verstärkt werden und schließlich zum Ausbruch von *riots* führen können. Die tödlichen Schüsse auf Mark Duggan fielen in Tottenham, dem Ort, an dem 1985 nach dem Tod einer afro-karibischen Frau während eines Polizeieinsatzes die Broadwater-Farm-*riots* ausgebrochen waren (Stone 2012).

Nach den tödlichen Schüssen auf Mark Duggan veröffentlichte die Polizei einen Bericht, demzufolge Mark Duggan unter polizeilicher Überwachung gestanden hatte. In dem Bericht hieß es, die Polizei habe den Minivan, in dem Mark Duggan unterwegs gewesen sei, angehalten, worauf dieser das Feuer eröffnet und einen Polizisten verletzt habe. Tatsächlich töteten die Polizisten Mark Duggan bei einem Schusswechsel. Am folgenden Tag wurde Mark Duggan in Teilen der lokalen und nationalen Presse als Krimineller dargestellt. Seine Freund_innen, Angehörigen und die Mitglieder seiner *community* wollten nicht glauben, dass Mark Duggan den Schusswechsel eröffnet hatte und forderten von der Polizei Aufklärung über die genauen Hergänge der Schießerei. Da die Polizei auf diese Forderungen nicht einging, organisierten sie eine Protestveranstaltung vor der Polizeiwache. Ein Teilnehmer, der sich noch an die *riots* von 1985 erinnern konnte, erklärte, die schwarze *community* wolle gegenüber der Polizei deutlich machen, dass die ungerechte und schlechte Behandlung von Schwarzen ein Ende haben müsse (Briggs 2012). Die vor der Polizeiwache versammelten Demonstrierenden forderten ein Treffen mit einem hochrangigen Polizeivertreter, der ihnen Auskunft über die Vorgänge erteilen sollte. Stattdessen wurde ein örtlicher Hauptkommissar entsandt, der keine weiteren Informationen über die Schießerei preisgab. Es waren wohl Gerüchte über Polizeigewalt gegen ein sechzehnjähriges Mädchen, die schließlich zum Ausbruch der *riots* führten (Waddington 2012).

Die englischen *riots* von 2011 entfachten eine hitzige Debatte über ihr Wesen, ihr Verhältnis zu früheren Ausschreitungen sowie über die Lektionen, die aus diesem jüngsten Ereignis großflächiger Unruhen zu ziehen wären. Politik und Medien verbreiteten einen stark moralisierenden Diskurs, in dem die *rioters* als bloße Kriminelle oder als verrohte Unterschicht dargestellt (Grover 2011) und die *riots* mit dysfunktionalen Familien, alleinerziehenden Müttern, dem Einfluss von Gangs sowie mit Habgier und sittlichem Verfall in Verbindung gebracht wurden (Briggs 2015). Es folgten rigorose Strafmaßnahmen. Die Polizei „führte eine Reihe scharfer frühmorgendlicher Razzien durch“, Polizei und Medien animierten die Bevölkerung dazu, mutmaßliche *rioters* anzuzeigen, und „Mieter von Sozialwohnungen, die wegen Verstößen im Zusammenhang mit den Ausschreitungen verurteilt wurden, erhielten Räumungsbescheide von der Gemeinde“ (Lamble 2013: 579f). Diese repressive Reaktion des Staates war möglich, weil die *riots* ausschließlich auf unpolitische Motive (etwa Kriminalität und Habgier) zurückgeführt und

die Strafmaßnahmen auf soziale Gruppen (arme Wohngegenden, schwarze *communities*, Alleinerziehende) angewandt wurden, die im öffentlichen Diskurs bereits stigmatisiert waren (Lamble 2013). Somit bereiteten die *riots* in England „die politische Arena vor, in der die soziale Spaltung unter Zuhilfenahme bestehender Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen weiter vorangetrieben werden konnte“ (Briggs 2015: 81).

In der offiziellen Darstellung wurden die August-*riots* als „Welle von Unruhen, die sich durch das Land wälzte“ (Cavanagh/Dennis 2012: 376), die *rioters* als homogene Gruppe präsentiert. Dabei sind *riots* dieses Ausmaßes schon aufgrund der Vielzahl der an ihnen beteiligten Akteur_innen sowie ihrer wechselhaften Dynamik extrem schwer zu dechiffrieren. So kann ein Angriff auf die Polizei einmal Ausdruck der Wut gegen die Institutionen einer rassistischen Gesellschaft sein, beim nächsten Mal ein Akt des Widerstands gegen staatliche Kontrolle. In beiden Fällen jedoch spielt Hass auf die Polizei sowie Rache für erlittene Polizeigewalt eine Rolle. So rief ein junger Mann in Hackney den Einsatzkräften der Polizei zu: „Ihr wisst doch selbst, dass ihr alle Rassisten seid! Ihr wisst es!“ (Landon/Somaiya 2011) In London hingegen beschrieb ein 21-jähriger *rioter* den Machtkampf zwischen den *rioters* und der Polizei: „Wir hatten endlich mal die Überhand [...]. Wir liefen nicht vor der Polizei davon. Diesmal waren sie die Kriminellen.“ (Cavanagh/Dennis 2012:380). Colin Sumner zufolge hatten die August-*riots* „eine zeitliche Dimension, verschiedene Phasen in den verschiedenen Nächten, das heißt, die anfänglichen Ursachen der Proteste waren nicht zwingend die Ursachen der zweiten Phase der Plünderungen.“[4]

Auch wenn ein wichtiges Charakteristikum urbaner *riots* ihre Fragmentiertheit ist, sind *riots* doch alles andere als willkürlich. Sie entstehen durch die Interaktion verschiedener Akteure. Zudem bestehen Elemente von Organisierung und Koordinierung. Die an den August-*riots* Beteiligten benutzten flächendeckend den Blackberry Messenger (BBM), um sich gegenseitig über Aktionen auf dem Laufenden zu halten, um Andere zu geplanten Ausschreitungen oder Plünderungen herbeizurufen oder um über den Verkauf gestohlener Güter zu informieren (Jefferson 2015). Jedoch fanden Organisierung und Koordinierung hier vor allem auf kurzzeitiger Ebene statt.

Die Forschungsliteratur über urbane *riots* ist sich grundsätzlich darüber einig, dass *riots* trotz ihrer jeweils unterschiedlichen Kontexte eine Reihe gemeinsamer struktureller Variablen aufweisen, darunter etwa Arbeitslosigkeit, Armut, ungerechte Einkommensverteilung, Marginalisierung, Demoralisierung, Spannungen zwischen Polizei und Bürgern, rassistische Diskriminierung etc. (Jefferson 2015, King 2013, Waddington/King 2009, Katz 2008). Dies lässt sich auch für die *riots* in England nachweisen. Daten der OECD zufolge lag die Einkommensungleichheit in Großbritannien in den letzten drei Jahrzehnten deutlich über dem OECD-Durchschnitt, die Ungleichheit bei der Verteilung der Vermögen war sogar noch höher (OECD 2015a,b). Die Finanzkrise verschärfte die Konzentration von Vermögen in den oberen Schichten der Gesellschaft noch weiter. Der Poverty Site (2011) zufolge zählt die Region London zu den Regionen mit den höchsten Einkommensunterschieden in Europa. Das gilt auch für einige Londoner Bezirke, in denen wohlhabende und benachteiligte Wohngegenden direkt nebeneinander liegen (Sutherland et. al. 2013). In Hinblick auf die *riots* stellte das Institute

for Public Policy Research (IPPR) fest, dass in fast allen Gebieten, in denen es zu Ausschreitungen kam, die Arbeitslosenquote in der Gruppe der 16 bis 24-Jährigen über dem Landesdurchschnitt lag. In vielen dieser Gebiete stellte Jugendarbeitslosigkeit bereits vor der Rezession ein anhaltendes Problem dar (Ben-Galim/Gottfried 2011). Eine gemeinsame Studie von Guardian und LSE ergab, dass 59 Prozent der *rioters* im erwerbsfähigen Alter, die sich nicht in einer Ausbildung befanden, arbeitslos waren (Lewis et al. 2011). Ähnliche Muster zeigten sich im Bereich Bildung (Allen et al. 2011). Bei einem Großteil (zwei Drittel) derer, die sich wegen der Ausschreitungen vor Gericht verantworten mussten, bestand irgendeine Form von schulischem Förderbedarf. Damit liegt die Quote bedeutend über dem Landesdurchschnitt (21 Prozent). Hinzu kommt, dass im Schuljahr 2009/2010 mehr als ein Drittel der Betroffenen zeitweise vom Schulbesuch ausgeschlossen waren, einer von zehn war sogar endgültig der Schule verwiesen worden (Hedge/MacKenzie 2015).

Eine der Haupterkenntnisse der Guardian/LSE-Studie bestand darin, dass die an den Ausschreitungen Beteiligten im ganzen Land ‚Überwachung‘ und ‚Armut‘ als die beiden wichtigsten Ursachen für die *riots* angegeben hatten (Lewis et al. 2011). Neben Geld-, Arbeitsplatz- und Chancenmangel, neben Polizeigewalt und Schikanen^[5] nannten die für die Untersuchung Befragten eine Vielzahl weiterer Motive, etwa die Erhöhung der Studiengebühren, die Streichung der Ausbildungsförderung (Education Maintenance Allowance (EMA)), die Schließung von Jugendeinrichtungen sowie allgemein die Art, wie sie von der Gesellschaft behandelt werden. Die Aussagen der *rioters* lassen darauf schließen, dass neben langfristigen strukturellen Faktoren auch kurzfristige politische Entscheidungen die Wahrscheinlichkeit von *riots* beeinflussen, da diese bestimmen, in welche Richtung sich eine Gesellschaft entwickelt. So sahen sich im Fall der August-*riots* viele junge Menschen aufgrund politischer Entscheidungen (wie etwa der Kürzungspolitik der Regierungskoalition) mit der Aussicht auf eine hoffnungslose Zukunft konfrontiert, in der sich ihre Marginalisierung noch weiter verschärfen würde (Allen et al. 2011). Bei den englischen *riots* war die Marginalisierung mit dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit, aber auch der ungerechten Behandlung, Entwürdigung und Wut verbunden (Ray 2014). Diese Gefühle wurden durch die Allgegenwärtigkeit sozialer Stereotype verstärkt, die die ökonomisch Unterprivilegierten als ‚wertlos‘ und ‚unwürdig‘ darstellten, sowie von offenkundigen Skandalen. So verwiesen junge Menschen häufig auf die Spesen der Abgeordneten und die Boni der Banker (Grover 2011, Tyler 2013).^[6]

Ein heftig umstrittener Aspekt der August-*riots* war das Ausmaß der Plünderungen. Im öffentlichen Diskurs galten die ausufernden Plünderungen sowie die Vorstrafen einiger *rioters* als deutliche Belege dafür, dass es sich bei den *riots* um nichts weiter als kriminelle Akte handelte. Selbst Kommentatoren, die sich dieser Lesart nicht anschließen wollten, betonten die Unterschiede der August-*riots* zu vorangegangenen *riot*-Wellen, die vor allem als Kämpfe gegen Ungerechtigkeit und Rassismus galten (Wallace 2012). Die August-*riots* hingegen bezeichneten sie als „Shopping mit Gewalt“ und „*riots* gestörter und ausgeschlossener Konsumenten“ (Žižek 2011). Dieser Lesart zufolge ging es den *rioters*, die Geschäfte und Einkaufszentren ins Visier nahmen, nur um die Verbesserung ihres sozialen und materiellen Status. Individuation und Konsumismus wurden als Hauptantriebe der *rioters*

identifiziert. Die Plünderer jedoch nannten andere Gründe für ihr Handeln, sie folgten anderen Handlungsmustern und anderen moralischen Codes (Briggs 2012, Jefferey/Jackson 2012). Zwar bekannten sich einige Plünderer eindeutig zu ihren finanziellen Motiven, andere jedoch brachten ihre Wut über die bestehende Ungerechtigkeit und die politischen Institutionen zum Ausdruck (Newburn 2011). So rechtfertigte Jamie ihr Plündern folgendermaßen: „Im Grunde genommen stiehlt die Regierung doch auch immer, warum dürfen wir sie dann nicht bestehlen? Es ist nur gerecht [...]. In dieser Gesellschaft gibt es kein ‚Wir‘“ (Briggs 2012).

Die Frage, ob derartige Rechtfertigungen einer echten moralischen Empörung über soziale Ungerechtigkeit entspringen oder ob es sich lediglich um eine nachträgliche Rationalisierung des eigenen Tuns handelt, wurde in öffentlichen Debatten über *riots* oft gestellt. Dabei gibt es selten eine eindeutige Antwort. Useem betont, dass die „menschliche Komplexität nicht zu Hause bleibt, wenn die Menschen auf die Straßen strömen“ (Useem 1998: 232). Diese Komplexität trat auch in den englischen *riots* zutage. Ein Befragter in der Guardian/LSE-Studie gab zu Protokoll: „Beim *riot* war ich wütend. Beim Plündern, da war ich aufgeregt“ (King 2013: 33). Großflächige *riots*, stellt King in Hinblick auf die *riots* 2011 in Birmingham fest, können durchaus ein „Wechselspiel von Protest und Opportunismus“ beinhalten (King 2013: 42). Die Darstellung von Regierung und Medien konzentrierte sich jedoch ausschließlich auf die Plünderungen. Die Aussagen der *rioters* über ihre alltäglichen Erfahrungen mit ungerechten Machtverhältnissen wurden entweder ignoriert oder diskreditiert (Nunes 2013).

Die August-*riots* brachten, ebenso wie andere großflächige *riots*, das Bestehen eines schwerwiegenden demokratischen Defizits auf nationaler wie kommunaler Ebene zum Vorschein. Die an den *riots* beteiligten jungen Menschen waren von den politischen Institutionen wie von ihren *communities* ausgeschlossen. Sie brachten ihren Ärger über die Politiker zum Ausdruck und lehnten formale politische Beteiligung als wirkungslos ab (Haleem/de Silva 2012). Lewis zufolge gaben nur 51 Prozent der für die Guardian/LSE-Studie befragten *rioters* an, sich als Teil der britischen Gesellschaft zu fühlen (Trott 2013). Das bestehende demokratische Defizit zeigt sich im Fall der August-*riots* von 2011 besonders deutlich in dem krassen Gegensatz zwischen den Verlautbarungen offizieller Stellen und den Aussagen der *rioters*: Im offiziellen Diskurs stellten die *riots* eine von unten ausgehende Bedrohung dar, während sie nach Ansicht der *rioters* die Reaktion auf eine von oben (das heißt von den staatlichen Autoritäten) ausgehende Bedrohung waren. Das Bestehen eines demokratischen Defizits lässt sich auch in dem großen Bruch in Griechenland im Dezember 2008 erkennen. Allerdings wurde den Ereignissen hier – vor allem aufgrund der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik, der Beteiligung nicht-radikaler Jugendlicher an den Protesten sowie der Präsenz von Gruppen, die klare Forderungen stellten – ein politischer Anspruch viel bereitwilliger zugestanden.

4. Die griechischen Dezemberproteste 2008

Die Debatte infolge der Dezemberunruhen beschäftigte sich vor allem mit den Ursachen der Unruhen und den Forderungen der Protestierenden. Dennoch

wurden weder während noch nach den Ereignissen umfassende empirische Sozialforschung oder Befragungen durchgeführt. Dementsprechend kann sich ihre Analyse auf weniger empirische Belege stützen als die der englischen *riots* von 2011.

Als die Dezemberproteste 2008 in Griechenland ausbrachen, waren die gesellschaftlichen Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise noch nicht in ihrem ganzen Ausmaß sichtbar. Da die Unruhen das Bestehen einer latenten Krise noch vor der endgültigen Manifestierung der Finanzkrise offenbarten, bezeichnete man sie auch als die „Krise vor ‚der Krise““ (Dalakoglou 2012: 24). Im Gegensatz zu den englischen *riots* von 2011 war den Unruhen von 2008 keine Abfolge von Ereignissen vorausgegangen, die schließlich zum Gewaltausbruch führte. Die Ausschreitungen begannen innerhalb weniger Stunden nach dem sie auslösenden Ereignis. Die großflächigen Unruhen dauerten beinahe drei Wochen an und an zahlreichen Orten im ganzen Land fanden Proteste statt. Plünderungen wurden am dritten Tag verzeichnet, hielten sich aber in Grenzen. Die folgende kurze Darstellung der zeitlichen Abfolge beschränkt sich auf die wichtigsten Mobilisierungen der ersten sechs Tage.

Am Samstag, dem 6. Dezember 2008 kam es im Athener Innenstadtbezirk Exarchia zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen zwei Polizisten einer Sondereinheit und einer Gruppe Jugendlicher. Nach dem Streit stellten die Polizisten ihren Streifenwagen in der Nähe ab und machten sich zu Fuß an die Verfolgung der Gruppe. In Exarchia trafen sie auf eine weitere Gruppe Jugendlicher. Nach einem kurzen Wortgefecht feuerte einer der Polizisten drei Mal in Richtung der Gruppe und tötete einen der Jugendlichen (Kanellopoulos 2012). Das Opfer, Alexis Grigoropoulos, war ein 15 Jahre alter Schüler.

Die Nachricht von den Schüssen verbreitete sich rasch (über Textnachrichten und im Internet) unter Einzelpersonen und in Gruppen und Netzwerken der antiautoritären und anarchistischen Szene (Vradis 2009). Innerhalb kurzer Zeit versammelten sich Protestierende in und um Exarchia. Kaum drei Stunden später wurden an den Hauptstraßen Barrikaden errichtet und im Stadtzentrum Demonstrationen abgehalten. Protestierende besetzten die in der Nähe von Exarchia gelegene Universität (Iakovidou et al. 2010). In der Nacht fanden Straßenkämpfe zwischen Protestierenden und der Polizei statt. Auch in der zweitgrößten Stadt Griechenlands Thessaloniki fanden Demonstrationen statt, die in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und der Polizei ausufernten. Ähnliche gewaltsame Auseinandersetzungen wurden aus Patras, Alexandroupolis, Ioannina, Mytilini, Xanthi, Agrinio und Kreta gemeldet (Kanellopoulos 2012).

Am zweiten Tag der Unruhen (Sonntag, 7. Dezember) fand im Stadtzentrum Athens eine Kundgebung statt, die in Richtung des Polizeihauptquartiers zog. Von Beginn der Demonstration an warfen Demonstrierende Brandsätze auf die Einsatzkräfte der Polizei. Diese reagierten mit dem massiven Einsatz von Tränengas und die Menge zerstreute sich. Im Laufe des Tages kam es in ganz Athen zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei (Eleftherotypia 2008).

In Thessaloniki zogen etwa 1.000 Demonstranten zu zwei Polizeiwachen und besetzten die Gebäude der Anwaltsvereinigung sowie der Schauspielschule.

In zahlreichen griechischen Städten fanden Demonstrationen statt, in Patras und auf der Insel Korfu kam es zu Gewaltausbrüchen.

Am Montag erreichten die Mobilisierungen ihren Höhepunkt (Kotronaki/Seferiades 2012). An diesem Tag schlossen sich tausende Schüler_innen den Protesten an. Sie schwänzten den Unterricht und versammelten sich auf öffentlichen Plätzen. Viele von ihnen griffen Polizeiwachen an und gerieten mit der Polizei aneinander. Am Montagabend kam es in Athen im Anschluss an eine große Demonstration zu Gewaltausbrüchen. Banken, Autos, Geschäfte, Büros, Hotels, Bushaltestellen, Regierungsgebäude und Ampeln wurden angegriffen oder in Brand gesetzt. Aus etwa 20 Städten in Griechenland wurden Demonstrationen gemeldet. In vielen Städten (zum Beispiel in Xanthi, Patras, Iraklio) besetzten Studierende ihre Hochschulen. In Piräus, Korfu und Thessaloniki wurden Polizeiwachen angegriffen.

Am Dienstag, dem 9. Dezember hielten Schüler_innen und Studierende Demonstrationen im Stadtzentrum von Athen ab. Am selben Tag lieferten sich Demonstrierende im Anschluss an die Beerdigung von Alexis Grigoropoulos Gefechte mit der Polizei. In Patras und Larisa griffen rechtsextreme Gruppen die Protestierenden an und veranstalteten Gegen-riots (Koel 2008).

Am Mittwoch marschierten mehrere tausend Menschen durch Athen und brachten ihren Ärger über die Regierung zum Ausdruck. Auch in anderen Städten des Landes wurden weiterhin Demonstrationen abgehalten, etwa in Thessaloniki und Patras (Johnston/Seferiades, 2012).

Am Donnerstag, dem 11. Dezember belagerten Schüler_innen mehr als 20 Polizeiwachen in Athen (Vradis 2009). Die Protestierenden begannen auch, sich lokal zu vernetzen und Nachbarschaftsversammlungen abzuhalten. In den folgenden Wochen beteiligten sie sich an vielfältigen Aktionsformen, etwa an Sit-ins, Straßenschlachten, Nachbarschaftsversammlungen, Streiks, Hausbesetzungen, kurz- oder langfristigen Besetzungen öffentlicher und privater Gebäude (etwa eines Radiosenders, des allgemeinen griechischen Arbeiterbundes, Rathäuser, eines Instituts für Meinungsumfragen) (Sotiris 2010, Charitatos-Synodinou 2010). Es kam weiterhin landesweit zu Demonstrationen sowie Schul- und Universitätsbesetzungen. Seit dem Beginn der Proteste hatten Sekundarschüler_innen mehr als 800 Schulen besetzt (Douzinas 2010). Die Aktionen hielten bis Ende Dezember an.

Am Montag, dem 22. Dezember kam es zu einem Vorfall, der die Proteste erneut anfachte: Die Wanderarbeiterin und Gewerkschafterin Konstantina Kouneva wurde bei einem Säureattentat schwer verletzt. Zwei weitere Ereignisse gegen Ende der Mobilisierungen ließen die Wiederkehr eines Guerillakriegs in Griechenland befürchten: Unbekannte beschossen einen Bus der Bereitschaftspolizei, und ein weiterer Bereitschaftspolizist, der das Kultusministerium im Athener Stadtzentrum bewachte, wurde durch Schüsse schwer verletzt.

Die Unruhen von 2008 waren mehr als nur ein weiterer Fall großflächiger Ausschreitungen in Griechenland (Douzinas 2010, Sotiris 2010). Sie waren in vielerlei Hinsicht beispiellos. „Allein die Schnelligkeit, die Wucht, mit der grundverschiedene Einzelpersonen und Gruppen sich spontan vereinigten [...] und konzertiert handelten“ war außergewöhnlich (Kalyvas 2010: 351). Auch die politische Geografie der Proteste war bemerkenswert. Bereits in der Vergangenheit war es in und um den innerstädtischen Bezirk Exarchia

– einem Bezirk mit zahlreichen Kollektiven, Initiativen, alternativen Buchhandlungen und Freiräumen des anarchistischen und antiautoritären Spektrums – zu gewaltsamen Zusammenstößen von anarchistischen beziehungsweise antiautoritären Gruppen mit der Polizei gekommen. Die tödlichen Schüsse auf Alexis Grigoropoulos fielen im Zentrum von Exarchia. Daher war es nicht überraschend, dass anarchistische und antiautoritäre Aktivist_innen sofort die bestehenden Netzwerke aktivierten und unmittelbar auf das Geschehene reagierten. Das Besondere an den Dezemberunruhen war jedoch, dass sich an diese ursprünglichen Mobilisierungen massive Proteste verschiedener Akteure anschlossen, so dass sich die Mobilisierungen schließlich „über das gesamte Land erstreckten und Kundgebungen und Ausschreitungen über ganz Griechenland hinwegfegten“ (Kalyvas 2010: 352). Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt war die Tatsache, dass verschiedene Aktionsformen – etwa gewaltsame Protestaktionen und traditionelle Massenkundgebungen – gleichzeitig durchgeführt wurden (Psimitis 2011). So fanden die *riots* parallel zu Mobilisierungen organisierter Gruppen wie Gewerkschaften, Studierendenvereinigungen und Elternvertretungen statt (Lountos 2012).

Die zunächst spontanen Mobilisierungen entwickelten sich nach und nach zu festen und längerfristigen Organisationsformen (Iakovidou et al. 2010). Am 14. Dezember wurde im Athener Stadtbezirk Nea Smyrni das Galaxy-Gebäude, ein leer stehendes ehemaliges Kulturzentrum, besetzt. Die Besetzer_innen wollten damit einen politischen Raum zur Unterstützung und Koordinierung der Mobilisierungen schaffen. Sie hielten Versammlungen ab, organisierten offene Diskussionen, richteten einen eigenen Blog ein, verteilten Informationsmaterial und schufen eine (kurzlebige) Allianz mit migrantischen Gruppen (Kampouri/Chatzopoulos 2009). In der anarchistischen/antiautoritären Linken waren kollektive Organisationsstrukturen und systemkritische Ansichten bereits überwiegend etabliert. Daneben konnten jedoch viele der anderen an den *riots* Beteiligten eigene Strukturen schaffen und Blogs, Stellungnahmen, Pamphlete oder Manifeste veröffentlichen. So verfasste etwa die Gruppe „Netzwerk Albanischer Migrant_innen“ ein Manifest mit dem Titel „Dies ist auch unsere Zeit“. Darin hieß es unter anderem: „für uns organisierte Migrant_innen ist dies der zweite französische November 2005“ (Kornetis 2010: 180). Die starke Präsenz organisierter Gruppen sowie die Etablierung neuer kollektiver Identitäten wurden so zu einem bedeutenden Merkmal der Dezember-*riots*.

Neu waren auch die Heterogenität der Akteure sowie ihre Bereitschaft, sich an gewaltsamen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Ganz unterschiedliche Akteure traten auf den Plan und brachten ihren Ärger auf den Staat, die politische Klasse, die Parteienwirtschaft, auf die Polizei, die Mainstream-Medien, die Finanzeliten etc. zum Ausdruck. Unter dem Dach der systemkritischen Proteste kamen Studierende, Schüler_innen, Arbeitslose, prekär Beschäftigte, Linke, Anarchist_innen, Antiautoritäre, Migrant_innen der ersten und zweiten Generation, Roma-Jugendliche und eine Vielzahl weiterer Akteure (etwa Fußballhooligans) zusammen, die sich vereinzelt oder auch dauerhaft an den Aktionen beteiligten (Vradis 2009). Ökonomisch Marginalisierte protestierten an der Seite von Jugendlichen aus der Mittelschicht. Die Mobilisierungen von 2008 setzten sich weitgehend über

die Klassenschranken hinweg. Der klassenübergreifende Aspekt der Proteste war bereits in dem auslösenden Ereignis angelegt: Das Opfer der tödlichen Schüsse war ein Schüler aus der Mittelschicht, der in keiner Weise in gewaltvolle politische Auseinandersetzung verwickelt war. Der Fall von Alexis Grigoropoulos machte deutlich, dass jede_r Jugendliche zum Opfer von Polizeigewalt werden kann. Sowohl die junge Generation als auch deren Eltern verstanden das Ereignis als direkte Verletzung ihrer persönlichen Grundrechte. Daher waren die Dezemberunruhen nicht ausschließlich das Produkt unterprivilegierter oder marginalisierter sozialer Gruppen (Papa-*giannides* 2009). Darin unterschieden sie sich von anderen großen urbanen *riots* wie etwa denen in Frankreich 2005 oder in Los Angeles 1992. Ein weiteres bedeutendes Merkmal war die Beteiligung von Migrant_innen der zweiten Generation (*Dalakoglou* 2012). Die meisten Angehörigen dieser Gruppe sind junge Menschen, die in Griechenland geboren wurden, aber keine griechische Staatsbürgerschaft besitzen und daher besonders von Polizeischikanen und -gewalt bedroht sind (*Bratsis* 2010). Durch ihre aktive Teilnahme an den Protesten wurden sie zum ersten Mal für die Öffentlichkeit als „de facto, aber nicht de jure-Staatsbürger“ sichtbar (*Kalyvas* 2010: 358).

Die Dezemberunruhen kamen für die griechische Gesellschaft zwar überraschend, jedoch herrschte bereits im Vorfeld ein gesellschaftliches Klima der Resignation und des Zerfalls. Bei der Bevölkerung machte sich allmählich das Bewusstsein für die sich anbahnende Finanzkrise breit. Eingeschränkte Berufsaussichten für die jüngere Generation und niedrige Einstiegsgehälter (die in dem Begriff ‚700-Euro-Generation‘ Niederschlag fanden), zunehmende Prekarisierung am Arbeitsmarkt, eine abstiegsgefährdete Mittelschicht, hohe Privatverschuldung und schließlich die Aussicht auf tiefgreifende Sparmaßnahmen – all dies schuf ein Klima der Verunsicherung. Zu dieser Verunsicherung gesellte sich die Wut der Bevölkerung über Polizeiwillkür und deren jahrelange Straffreiheit. Seit den 1980er Jahren hatte es 18 ungeklärte Todesfälle (vor allem unter Migranten) gegeben, die der Polizei zugeschrieben wurden (*Karamichas* 2009). Die Wut der Bevölkerung richtete sich jedoch vor allem gegen die Politik. Vielen galten die Regierung und die politischen Parteien als korrupte Institutionen, die weder willens noch in der Lage waren, die Probleme, vor denen die griechische Gesellschaft stand, anzugehen (ebd.). In den Jahren 2007 und 2008 hatten zwei wichtige Ereignisse den Unmut auf die Regierung noch vergrößert. Im August und September 2007 starben mehr als 60 Menschen aufgrund des Unvermögens der Behörden, die Waldbrände im Süden Griechenlands zu bekämpfen (*Memos* 2010). Im folgenden Jahr kam der finanzielle und politische Skandal um das Kloster Vatopedi ans Licht, in den Regierungsbeamte und Priester verwickelt waren. Der Vorfall war nur der jüngste in einer Reihe politischer und finanzieller Skandale im politischen Leben Griechenlands.

Vor allem in der jüngeren Generation war das Gefühl der politischen Entfremdung weit verbreitet, zumal das etablierte Zweiparteiensystem das historische Resultat gesellschaftlicher Spaltungen war, die sich Jahrzehnte zuvor entwickelt hatten. Im Zuge der Wiederherstellung der Demokratie nach dem Ende der Militärjunta 1974 etablierte sich das neue Parteiensystem auf der Grundlage einer Rechts-Links-Spaltung. Diese Spaltung war Ausdruck der politischen und sozialen Zerwürfnisse in der griechischen Gesellschaft nach

dem Ende des Bürgerkriegs 1949. Die jungen Menschen der Gegenwart fühlten sich ausgeschlossen von den politischen Institutionen, die auf den Interessen, Überzeugungen und Lebenserfahrungen der älteren Generationen beruhten. Obwohl sie den politischen Parteien fern standen, waren die Parteien in ihrem Leben dennoch allgegenwärtig und prägend. In ihrer schulischen und beruflichen Laufbahn sahen sie sich immer wieder mit einer weitverzweigten Parteienwirtschaft konfrontiert. Die griechische Gesellschaft deutete die Ablehnung der politischen Parteien durch die junge Generation als Zeichen für deren unpolitische Identität. Auch aus diesem Grund kamen die Dezemberunruhen, die die tiefe Kluft zwischen den Generationen sichtbar machten, für die griechische Gesellschaft überraschend.

Während der kollektiven Mobilisierungen bildete sich nach und nach ein „facettenreiches und komplexes Subjekt“ (Psimitis 2011:117). Dieses kollektive Subjekt war die junge Generation, der bei der Transformation der ursprünglichen gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen anarchistischen/antiautoritären Gruppen und der Polizei zu lang anhaltenden landesweiten sozialen Unruhen eine wichtige Rolle zukam. Die Erfahrung der (subjektiven oder objektiven) Ausgrenzung war vielen jungen Menschen gemein, obwohl nicht alle von ihnen unterdrückten oder marginalisierten Gruppen angehörten. Sie schlossen sich zusammen, bestimmten gemeinsame Gegner (vor allem die Polizei) und entwickelten ein gemeinsames Selbstverständnis. So waren die kollektiven Mobilisierungen trotz der unterschiedlichen politischen und sozialen Identitäten der Protestierenden von Einigkeit getragen.

Die Dezemberunruhen waren nicht das Ergebnis einer organisierten sozialen Bewegung, die zur Durchsetzung ihrer Ziele strategisch kollektive Störaktionen einsetzte. Sie waren auch kein repräsentativer Fall urbaner *riots*. Sie bildeten vielmehr den Raum, in dem organisierte Gruppen und Individuen zusammenfinden und Bündnisse schmieden konnten. Hier wurden Verbindungen zwischen den verschiedenen Akteuren geknüpft, die sich konfrontative Aktionsformen aneigneten; es entstanden neue kollektive Identitäten und informelle Institutionen, die über die folgenden Jahre bestehen blieben.[7]

5. Öffentliche Wahrnehmung und Muster der Ausschreitungen

Sowohl die englischen *riots* 2011 als auch die griechischen Dezemberproteste 2008 waren Manifestationen bestehender gesellschaftlicher Konflikte. Dennoch wurden die beiden Ereignisse in der Öffentlichkeit unterschiedlich gelesen. Im Anschluss an die englischen *riots* wurden verschiedene Meinungsumfragen zu den Ereignissen durchgeführt. Ein großer Teil der Befragten (61 Prozent) der Guardian/ICM-Umfrage (10./11. August) bekundete Vertrauen in die Polizei, während fast die Hälfte (45 Prozent) einen möglichen Grund für die *riots* in der Kriminalität der *rioters* sah (Glover 2011). In der Guardian/ICM-Umfrage (19.-21. August) befürwortete eine Mehrheit von 70 Prozent eine härtere Bestrafung der an den *riots* Beteiligten – und das trotz der bereits verhängten harten Strafen (Gabbatt 2011). In der R3-Meinungsumfrage zu den August-*riots* hingegen glaubten 47 Prozent der Befragten, Schulden und finanzieller Druck hätten zu den Ausschreitungen und Plünderungen beigetragen (in der Gruppe der 18-24-Jährigen lag der

Anteil bei 71 Prozent (R3 August Riots Poll 2011)). Die eDigital Umfrage „England Riots Survey – August 2011“ ergab unter anderem, dass eine überwältigende Mehrheit (94%) es befürworteten würde, wenn wegen Bagatelldelikten wie Diebstahl oder Vandalismus Verurteilte gemeinnützige Arbeit als Teil ihrer Strafe verrichteten (eDigital Research 2011). Diese Erkenntnis wurde durch die Untersuchung von Roberts und Hough gestützt, die der Bevölkerung ein „hohes Maß an Aufgeschlossenheit für Alternativen zu Haftstrafen“ (Roberts/Hough 2013: 254) attestierte. Auch bestätigte die Untersuchung den Glauben der Bevölkerung an härtere Strafen für Verstöße, die im Zusammenhang mit *riots* begangen wurden. In Griechenland führte das Meinungsforschungsinstitut Public Issue zwei Umfragen durch: die erste während der Unruhen (im Dezember 2008) und die zweite ein Jahr darauf (im Dezember 2009). In der ersten Umfrage beurteilten 60 Prozent der Befragten die Ereignisse als ‚soziale Revolte‘. 36 Prozent waren gegenteiliger Meinung. Die Öffentlichkeit war der Meinung, die Unruhen seien ein Massenphänomen (60 zu 36 Prozent) und nicht aufgeheizt gewesen (47 Prozent). Zerstörung und Vandalismus sei nur von ‚wenigen‘ bis ‚sehr wenigen‘ Beteiligten ausgegangen (42 bzw. 26 Prozent) (Public Issue 2008). Die zweite Umfrage ein Jahr später verzeichnete einen Meinungsumschwung. Nun war die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass die Unruhen nur von einer Minderheit getragen wurden (51 zu 45 Prozent). Dennoch beurteilte eine knappe Mehrheit der Befragten die Ereignisse weiterhin als ‚soziale Revolte‘ (52 Prozent), die nicht aufgeheizt war (51 Prozent) (Public Issue 2009).

Aus den Umfragen geht hervor, dass die britische Bevölkerung die *riots* als Ausdruck unpolitischen und abweichenden Verhaltens verstand, in Griechenland hingegen eine Mehrheit den *riots* einen politischen Anspruch zugestand. Diese unterschiedlichen Lesarten hängen eindeutig mit den unterschiedlichen Reaktionen von Regierung und Medien in beiden Fällen zusammen. Während in Großbritannien die *rioters* dämonisiert und die *riots* schlicht als kriminell abgetan wurden, reagierte die Regierung in Griechenland zurückhaltender, und bei den Medien reichte die Reaktion von Verwirrung über Bestürzung bis hin zu Sympathie (Kovras/Andronikidou 2012). Zusätzliche Faktoren begünstigten die Deutung der *riots* in Griechenland als soziale Revolte: die in der Gesellschaft insgesamt herrschende Unzufriedenheit, eine lange Tradition zweifelhafter politischer Methoden, ein steter Informationsfluss von Seiten der Protestierenden[8] und nicht zuletzt die Tatsache, dass niemand bei den *riots* zu Tode kam. Neben kontextuellen und vermittelnden Faktoren trugen auch die verschiedenen Verhaltens- und Bewegungsmuster sowie die sozialen und politischen Identitäten der Protagonisten zu den unterschiedlichen Lesarten der beiden *riots* bei.

5.1. ‚Kollektivistische‘ vs. ‚individualistische‘ riots

Bei den griechischen Dezemberunruhen waren Gruppen, die vernehmbare Forderungen stellten, stark präsent, wohingegen Plünderungen begrenzt blieben. Im Gegensatz dazu waren bei den englischen *riots* von 2011 organisierte Gruppen unterrepräsentiert, es kam jedoch zu massenhaften Plünderungen. Diese beiden Fälle können als exemplarisch für zwei unterschiedliche

riot-Muster gelten: das ‚kollektivistische‘ und das ‚individualistische‘. *Riots*, die als Akte individuellen Profitstrebens (auch emotionalem, etwa im Sinne von Aufregung) wahrgenommen werden, werden eher als abweichendes Verhalten abgelehnt. In diesem Fall werden die *riots* als selbstsüchtige, instrumentelle Akte Einzelner aufgefasst, die die Interessen der Allgemeinheit missachten und verletzen. Umgekehrt ist die Öffentlichkeit, wenn sie individuelle Interessen einem größeren Gesamtinteresse untergeordnet sieht, eher bereit, die *riots* als politische Akte des Protests zu lesen, weil die Idee des ‚Politischen‘ den „Willen voraussetzt, private Interessen zugunsten ihrer öffentlichen Wiedereinsetzung als ‚gemeinsame‘ Interessen zu überwinden“ (Sandilands 1992: 85). So wird der *riot* in diesem Fall als von den selbstsüchtigen Interessen der Individuen losgelöster Protest gegen die drängenden Probleme der Allgemeinheit begriffen. Im Gegensatz dazu werden „abweichendes Verhalten und Kriminalität grundsätzlich vom Individuum her gedacht“ (Turner 1969: 816). Aus diesem Grund trägt das Auftreten von Plünderungen in hohem Maß dazu bei, dass die Öffentlichkeit *riots* als ‚individualistisch‘ liest. Obwohl Plünderungen sich durchaus zwischen bewusstem Profitstreben und dem gewalttätigen Ausdruck eines tieferliegenden Konflikts (etwa einem interethnischen Konflikt, Rassen- oder Klassenungerechtigkeit) bewegen können, werden sie meistens als Belege für die selbstsüchtigen und zynischen Motive der *rioters* gelesen (Dynes/Quaranteil 1968).

Während der englischen *riots* von 2011 waren die einzelnen Episoden fragmentiert, Gruppenbezüge waren wenig präsent, und es kam in großem Maßstab zu Plünderungen. Diese Merkmale förderten die Einordnung der *riots* als „das Werk individueller Subjekte“ (Nunes 2013: 569). Selbst Kommentatoren aus der politischen Linken, die die *riots* als unpolitisch verstanden, verwiesen auf die tiefgreifenden individualisierenden Tendenzen in den gegenwärtigen Konsumgesellschaften. Bei den griechischen Dezemberunruhen hingegen beförderten die strukturierten, organisierten Aktionen, die deutliche Sichtbarkeit kollektiver Akteure sowie das Repertoire der Teilnehmenden (etwa öffentliche Versammlungen und Debatten) deren Einschätzung als ‚kollektivistisch‘. Entsprechend begriff die Öffentlichkeit die Ereignisse als soziale Revolte‘ und gestand ihr damit einen politischen Anspruch zu. In jedem *riot* sind immer sowohl ‚individualistische‘ als auch ‚kollektivistische‘ Elemente präsent. Selbst in Fällen mit koordinierter kollektiver Mobilisierung schießen sich meist Akteure an, die sich von der Situation persönliche Vorteile erhoffen (Martin et al. 2009). Jedoch können die jeweiligen Bestandteile in unterschiedlichem Maß überwiegen. Ein großflächiger *riot* kann durchaus verschiedene Formen politischen Protests enthalten. Wenn aber das vorherrschende Verhaltensmuster eines *riot* für dessen Einordnung als ‚individualistisch‘ spricht, dann werden die Protesthandlungen einfach ignoriert. Umgekehrt kann die Öffentlichkeit, wenn die Attribute eine ‚kollektivistische‘ Lesart befördern, über einzelne Akte individuellen Profitstrebens hinwegsehen.

Neben den vorherrschenden Verhaltensmustern der Beteiligten kann auch das räumliche Verhalten von *riots* ihre Lesart als ‚kollektivistisch‘ bzw. ‚individualistisch‘ beeinflussen. Während der griechischen Dezemberproteste von 2008 war „die Gewalt [...] hochgradig symbolisch und oft begrenzt, in

einem breiteren Repertoire anderer Aktionsformen, wie etwa dem Marsch auf Polizeistationen, Sit-ins, Generalstreiks, 800 Schulbesetzungen“ (Della Porta/Gbikpi 2012: 89). Im Gegensatz dazu waren die August-riots in England „dezentralisierte, zusammenhangslose und verstreute Unruhen, denen es vollkommen an Konzentrierung mangelte“ (Milington 2012). Die Protestelemente gingen unter, weil die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf isolierte ‚sensationelle‘ Akte der Gewalt gelenkt war. Diani (2012: 73) bemerkt dazu: „[...] unzusammenhängende gewalttätige und zerstörerische Ereignisse werden mit größerer Wahrscheinlichkeit als Beispiele für abweichendes Verhalten herausgehoben.“

5.2. Die soziale und politische Identität der Protagonisten

Die Beurteilung des politischen Anspruchs von *riots* hängt eng mit der Auffassung der Öffentlichkeit darüber zusammen, wer als politisches Subjekt zu gelten hat und wer nicht. *Rioters* beteiligen sich üblicherweise nicht an der offiziellen Politik oder an außerinstitutionellem Protest. Deshalb erscheinen sie plötzlich als neue, Ansprüche stellende Subjekte. Ihr Abstand zu den alltäglichen Funktionen des politischen Systems (zur offiziellen Politik oder anderweitigem politischem Engagement) erschwert ihre Einordnung in die bestehenden Kategorien des öffentlichen Lebens (etwa politisch/unpolitisch). Auch deshalb stellen urbane *riots* unsere Vorstellung vom Politischen, die sich an den organisierten und ritualisierten Abläufen des politischen Lebens orientiert, infrage.

Während der englischen *riots* von 2011 bekundeten die *rioters* deutlich ihre Distanz zu den politischen Institutionen; Beteiligung an der offiziellen Politik lehnten sie als bedeutungslos ab. Im Fall Griechenlands hingegen waren viele der Beteiligten zuvor in verschiedenen Formen politisch engagiert (etwa in Studentenvertretungen, Gewerkschaften, anarchistischen/antiautoritären Gruppierungen). Die an den beiden untersuchten Fällen Beteiligten unterschieden sich jedoch nicht nur in ihren politischen, sondern auch in ihren sozialen Identitäten. An den griechischen Dezemberprotesten 2008 beteiligten sich Jugendliche aus der Mittelschicht Seite an Seite mit Angehörigen ökonomisch und sozial marginalisierter Gruppen. Die soziale Diversität der Protestierenden förderte die Wahrnehmung als ‚soziale Revolte‘. Im Fall Englands hingegen stammten die *rioters* vorwiegend aus ökonomisch, sozial und symbolisch marginalisierten Gesellschaftsschichten. Ihre Probleme (etwa Arbeitslosigkeit, geringe Einkommen, Marginalisierung, Demoralisierung) waren schwerwiegender als die im Fall Griechenlands. Und doch war ihr niedriger sozialer Status ein Faktor, der eine Deutung ihrer Handlungen als Protest unterminierte. In der Darstellung von Regierung und Medien galt der niedrige soziale Status der Beteiligten als deutlicher Hinweis auf deren individuelle Unzulänglichkeit und moralische Verkommenheit. Die mediale Rhetorik von einer „mental gestörten Unterschicht“ „degenerierten Rowdies“ und „wilden Tieren“ reproduzierte aktiv die bestehenden Vorurteile gegenüber bereits stigmatisierten Gruppen.[9] Das Verhalten der Beteiligten während der *riots* wurde als Fortsetzung ihrer verkommenen und parasitären Lebensweise dargestellt. Im offiziellen Diskurs war es für die *rioters* also schlicht unmöglich, zu politischen Subjekten zu werden. Ähnlich

gelagerte Debatten in Griechenland bezogen sich auf die aktive Beteiligung von Migrant_innen an den Unruhen (Kalyvas 2010).

Die beiden Fallstudien legen nahe, dass die Identität der Beteiligten für die öffentliche Wahrnehmung von *riots* von grundlegender Bedeutung ist. Dabei führen bestehende Missstände jedoch nicht automatisch zur öffentlichen Anerkennung von *riots* als politischem Protest. Das Befinden über den politischen Anspruch von *riots* ist offenbar eng mit der Auffassung der Öffentlichkeit darüber verknüpft, wer als politisches Subjekt zu gelten hat und wer nicht.

6. Schluss

Urbane *riots* ziehen intensive diskursive Konflikte um ihre Ursachen und Bedeutung nach sich. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob sie als politischer Protest anerkannt werden oder nicht. In der politischen Auseinandersetzung lassen sich zwei gegensätzliche Rahmungen unterscheiden: In der ersten werden *riots* als kollektive Reaktionen auf soziale Ungerechtigkeit und Entrechtung gelesen, in der zweiten als individuelle Akte von Gewalt oder Kriminalität. In diesem Aufsatz wurden zwei empirische Fälle urbaner *riots* mit jeweils unterschiedlichen Lesarten vorgestellt. Im Fall der englischen *riots* sah die Öffentlichkeit in den Ereignissen eine Aufeinanderfolge von Akten individueller Devianz und Kriminalität. Damit galten die *riots* nicht als politischer Protest. Im Gegensatz dazu erkannte die Öffentlichkeit im Fall der griechischen Dezemberunruhen den politischen Anspruch der *riots* an. Die *riots* wurden als kollektive Reaktionen auf bestehende materielle oder symbolische Ausschlüsse verstanden. Die verschiedenen Rahmungen, die in diesen beiden Fällen jeweils überwogen, hängen sowohl von den Kontexten ab, in dem die *riots* ausbrachen, als auch von ihren je spezifischen Attributen. So waren bei den Dezemberunruhen jene Umstände gegeben, die Marx und Murphy in ihrer Untersuchung als für die Einordnung als Protest förderlich beschreiben: die Beteiligung politischer Aktivisten, überwiegend gezielte Angriffe, bekannte Aktionsformen – und auch wenn die *rioters* zwar nicht von sich behaupteten, das Interesse der Allgemeinheit zu vertreten, wandten sie sich doch an die gesamte Bevölkerung (etwa in zahlreichen öffentlichen Versammlungen und Debatten).

Die Untersuchung des Zusammenhangs von Erscheinungsform und öffentlicher Wahrnehmung von *riots* ergab zwei weitere die öffentliche Meinung beeinflussende Faktoren: 1) die Verhaltens- und Bewegungsmuster der *riots* und 2) die politischen und sozialen Identitäten der Beteiligten. Wie die beiden Fälle zeigen, werden *riots*, deren Verhaltens- und Bewegungsmuster auf persönliches Gewinnstreben schließen lassen, eher als individuelles Fehlverhalten oder Kriminalität abgelehnt. Im Gegensatz dazu fördert strukturiertes, organisiertes und abgestimmtes Handeln während eines *riot* dessen Lesart als politischer Protest. Schließlich trugen im Fall der englischen *riots* der Abstand der *rioters* zur offiziellen Politik und zu politischer Beteiligung sowie ihr niedriger sozialer Status dazu bei, dass ihre Handlungen nicht als Protest anerkannt wurden. Ein niedriger oder marginaler Status der Beteiligten führt also nicht dazu, dass die Öffentlichkeit den politischen Anspruch eines *riot* anerkennt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass *riots* keine homogenen Ereignisse sind. Ihre öffentliche Wahrnehmung wird nicht nur von externen Faktoren bestimmt; auch ihre je unterschiedlichen Erscheinungsformen korrespondieren mit den bei der Bevölkerung bestehenden Vorstellungen von ‚Devianz‘ oder ‚Protest‘. Diese Untersuchung war auf zwei Fallstudien beschränkt. In weiterführenden vergleichenden Analysen ließe sich noch weiter erkunden, wie die Wahrnehmung von *riots* von deren jeweiligen Attributen beeinflusst wird. Dies würde zu einem besseren Verständnis eines Zusammenhangs beitragen, der in der Literatur zu urbanen *riots* bislang wenig erforscht ist.

Übersetzung aus dem Englischen von Josefine Haubold.

Endnoten

- [1] Der Begriff „*riot*“ ist umstritten und wird häufig negativ wertend verwendet. Dennoch verwende ich ihn im Folgenden, um zwischen *riots* einerseits und organisierten sozialen Bewegungen andererseits zu differenzieren. Dies bedeutet nicht, dass *riots* hier als irrationale, unorganisierte und unpolitische Fälle von Aufruhr gelten sollen. Bereits am Anfang dieses Aufsatzes stelle ich klar, dass es sich bei *riots* um politische Ereignisse handelt.
- [2] Zur kommunikativen Dynamik kollektiven Handelns vgl. Ganesh/Stohl (2014).
- [3] Im Winter und Frühjahr 2010/11 protestierten Studierende in ganz Großbritannien gegen die Entscheidung der Regierung, die Obergrenze für Studiengebühren anzuheben (Ibrahim 2011).
- [4] Zitiert in Moxon (2011).
- [5] In den Jahren 2000/ 2001 führte die Polizei 18.900 Personenkontrollen durch, bei denen Passanten auf der Straße angehalten und durchsucht wurden („*stop and search*“). Bis 2009/2010 stieg die Zahl der Kontrollen auf 118.000 (Dzudzek/Müller 2013).
- [6] Seit dem Beginn des neuen Jahrtausends war die öffentliche Haltung gegenüber Armen und Empfänger_innen von Sozialleistungen immer stärker von der Vorstellung individueller Unzulänglichkeit und moralischen Niedergangs geprägt (Mooney 2009).
- [7] „Zwischen 2009 und 2011 entstanden mehr als 30 neue Autonome Zentren, besetzte Häuser und Nachbarschaftsversammlungen“ in der Hauptstadt (Tsavdaroglou/Makrygianni 2013: 29).
- [8] Die Protestierenden führten einen „Informationskrieg (ihre Waffen waren Twitter, Athens.indymedia, Indy.gr, Flickr, Delicious, Friendfeed, You Tube, Facebook, Blogs und Wikimedia)“ (Psimitis 2011: 128).
- [9] Zur Rhetorik in den englischen Medien vgl. Dzudzek/Müller (2013).

Autor_innen

Marilena Simiti ist Soziologin (Politische Soziologie) und arbeitet zur Zivilgesellschaft und alternativen Modellen von Partizipation.
fiona1@hol.gr

Literatur

Allen, James / Stuffins, Charlotte / Wilding, Karl (2011): After the riots: Evidence from the voluntary and community sector on the causes of the 2011 riots and the next steps for policy and practice. <http://www.lcv.org.uk/res/media/pdf/AftertheRiots.pdf> (letzter Zugriff am 16.6.2015).

- Ben-Galim, Dalia / Gottfried, Glen (2011): Exploring the relationship between riot areas and deprivation – an IPPR analysis. www.ippr.org/articles/56/7857/exploring-the-relationship-between-riot-areas-and-deprivation--an-ippr-analysis (letzter Zugriff am 16.2.2013).
- Bratsis, Peter (2010): Legitimation crisis and the Greek explosion. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34, 90–196.
- Briggs, Daniel (2012): What we did when it happened: A timeline analysis of the social disorder in London. In: *Safer Communities* 11/1, 6 – 16, <http://hdl.handle.net/10552/1608> (letzter Zugriff am 15.12.2015).
- Briggs, Daniel (2015): Violence, global unrest and advanced capitalism. In: *Contention* 2/2, 75-87.
- Budarick, John (2011): Media narratives and social events: The story of the Redfern Riot. In: *Journal of Communication Inquiry* 35/1, 37–52.
- Buenor Hador, Kofi (1997): Race, riots and clouds of ideological smoke. In: *Race & Class* 38, 15-31.
- Buys, Christian / Bebeau, Charles (1971): Prejudice, socio-economic status, and public attitudes toward riots and demonstrations. In: *Psychological Reports* 29, 451-458.
- Campbell, Shannon / Chidester, Phil / Bell, Jamel / Royer, Jason (2004): How mass media delegitimize rioting as social protest. In: *Race, Gender & Class* 11/1, 158-176.
- Cavanagh, Allison / Dennis, Alex (2012): Behind the news: Framing the riots. In: *Capital & Class* 36/3, 375–381.
- Charitatos-Synodinou, Melina (2010): Στάχτη και...Burberry: Ο Δεκέμβρης 2008 μέσα από συνθήματα, εικόνες και κείμενα. Athen: Publications ΚΨΜ.
- Dalakoglou, Dimitris (2012): Beyond spontaneity. In: *City: Analysis of Urban Trends, Culture, Theory, Policy, Action* 16, 535-545.
- Della Porta, Donatella / Gbikpi, Bernard (2012): The riots: A dynamic view. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Surrey und Burlington: Ashgate, 87-100.
- Diani, Mario (2012): The ‚Unusual Suspects‘: Radical repertoires in consensual settings. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Surrey und Burlington: Ashgate, 71-86.
- Douzinis, Costas (2010): The Greek tragedy. In: *Journal of Modern Greek Studies* 28/2, 285-292.
- Dynes, Russell / Quarantelli, Enrico L. (1968): What looting in civil disturbances really means. In: *Trans-action* 5/6, 9-14.
- Dzudzek, Iris / Müller, Michael (2013): Der Lärm des Politischen. In: *s u b / u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/2, 17-40.
- Eleftherotypia (2008): Το χρονικό της Δολοφονίας και της οργής. http://archive.enet.gr/online/online_text/c=110,dt=08.12.2008,id=36969988 (letzter Zugriff am 21.2.2013).
- Gabbatt, A. (2011): British public supports harsher sentences over riots. <http://www.theguardian.com/uk/2011/aug/23/british-supports-harsher-sentences-riots> (letzter Zugriff am 15.7.2015).
- Gamson, William (1988): A constructionist approach to mass media and public opinion. In: *Symbolic Interaction* 2, 161-74.
- Gamson, William (1992): The social psychology of collective action. In: Aldon Morris / Carol McClurg Mueller (Hg.) *Frontiers of Social Movement Theory*. New Haven (Connecticut): Yale University Press, 53-76.
- Ganesh, Shiv / Stohl, Cynthia (2014): Collective action, community organizing and social movements. In: Denis K. Mumby / Linda L. Putnam (Hg.): *Sage Handbook of Organizational Communication* (3. Auflage). Newbury Park (Kalifornien): Sage Publications, 743-765.
- Glover, Julian (2011): Riots poll reveals public back police more than politicians. <http://www.theguardian.com/uk/2011/aug/12/riot-poll-public-back-police> (letzter Zugriff am 15.7.2015).
- Grover, Chris (2011): Social protest in 2011: Material and cultural aspects of economic inequalities. In: *Sociological Research Online* 16, www.socresonline.org.uk/16/4/18/18.pdf. (letzter Zugriff am 16.6.2015).
- Haleem, Saalik / De Silva, Don (2012): *After the Riots Forum: From Blame to Positive Action*. London: The Cordoba Foundation; Burning2Learn; Civil Society Forum.

- Haugaard, Mark (2015): Concerted power over. In: *Constellations* 22/1, 147-158.
- Hedge, Nicki / MacKenzie, Alison (2015): Riots and reactions: Hypocrisy and disaffiliation? In: *Journal of Philosophy of Education* 49/3, 329-346.
- Home Office (2011): *An Overview of Recorded Crimes and Arrests Resulting from Disorder Events in August 2011*. London: Home Office.
- Iakovidou, Josephine / Kanellopoulos, Kostas / Kotronaki, Loukia (2010): The Greek uprising of December 2008. In: *Situations* 3, 145-157.
- Ibrahim, Joseph (2011): The new toll on higher education and the UK student revolts of 2010-2011. In: *Social Movement Studies* 10/4, 415-421.
- Jefferey, Bob / Jackson, Will (2012): The Pendleton Riot: A political sociology. In: *Criminal Justice Matters* 87, 18-20.
- Jefferson, Tony (2015): The 2011 English riots: A contextualized, dynamic, grounded exploration. In: *Contention* 2/2, 5-22.
- Jeffries Vincent / Turner, Ralph / Morris, Richard (1971): The public perception of the Watts Riot as social protest. In: *American Sociological Review* 36/3, 443-451.
- Johnston, Hank / Seferiades, Seraphim (2012): The Greek December 2008. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Surrey und Burlington: Ashgate, 149-157.
- Kalyvas, Andreas (2010): An anomaly? Some reflections on the Greek December 2008. In: *Constellations* 17, 351-365.
- Kampouri, Nelli / Chatzopoulos, Paulos (2009): Ένας Μεταναστευτικός Οδηγός για το Γαλαξία: καταλαμβάνοντας το Δημόσιο Χώρο. Re-public: Re-imagining democracy. www.re-public.gr?p=2501 (letzter Zugriff am 17.2.2013)
- Kanellopoulos, Kostas (2012): The accidental eruption of an anarchist protest. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Surrey und Burlington: Ashgate, 171-182.
- Karamichas, John (2009): The December 2008 Riots in Greece. In: *Social Movement Studies* 8, 289-293.
- Katz, Michael (2008): Why don't American cities burn very often? In: *Journal of Urban History* 34, 185-208.
- King, Mike (2013): Birmingham revisited – causal differences between the riots of 2011 and 2005? In: *Policing and Society* 23/1, 26-45.
- Koel (2008): Δεκέμβρης 2008: Το χρονικό του ξεσηκωμού – Τρίτη, 09/12/2008. http://www.koel.gr/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=152&Itemid=130 (letzter Zugriff am 21.2.2013).
- Kornetis, Kostis (2010): No more heroes? Rejection and reverberation of the past in 2008 events in Greece. In: *Journal of Modern Greek Studies* 28, 173-197.
- Kotronaki, Loukia / Seferiades, Seraphim (2012): Along the pathways of rage: the time-space of an uprising. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Surrey und Burlington: Ashgate, 157-170.
- Kovras, Iosif / Andronikidou, Aikaterini (2012): Cultures of Rioting and anti-systemic politics in Southern Europe. In: *West European Politics* 35/4, 707-725.
- Lamble, Sarah (2013): The quiet dangers of civilized rage: Surveying the punitive aftermath of England's 2011 riots. In: *South Atlantic Quarterly* 112/3, 577-585.
- Lee, Murray (2007): Framing dissent at Macquarie Fields. In: *Current Issues in Criminal Justice* 19/2, 211-21.
- Lewis, Paul / Newburn, Tim / Taylor, Matthew / McGillivray, Catriona / Greenhill, Astor / Frayman, Harold / Proctor, Rob (2011): *Reading the Riots: Investigating England's Summer of Disorder*. London: The London School of Economics and Political Science; The Guardian.
- Lountos, Nikos (2012): Radical minorities, a decade of contention and the Greek December 2008. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.), *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Surrey, Burlington: Ashgate, 183-191.
- Martin, Andrew / McCarthy, John / McPhail, Clark (2009): Why targets matter: Toward a more inclusive model of collective violence. In: *American Sociological Review* 74, 821-841.
- Marx, Gary (1970): Issueless riots. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 391, 21-33.
- Memos, Christos (2010): Neoliberalism, identification process and the dialectics of crisis. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34, 210-16.

- Millington, Gareth (2012): ‚Man Dem Link Up‘: London’s anti-riots and urban modernism. In: Sociological Research Online 17/4, www.socresonline.org.uk/17/4/12.html (letzter Zugriff am 17.7.2015).
- Mooney, Gerry (2009): The ‚Broken Society‘ election: Class hatred and the politics of poverty and place in Glasgow East. In: Social Policy and Society 8, 437-450.
- Moxon, David (2011): Consumer culture and the 2011 ‚riots‘. In: Sociological Research Online 16, www.socresonline.org.uk/16/4/19.html (letzter Zugriff am 17.7.2015).
- Murphy, John (2011): Protest or riot? Interpreting collective action in contemporary France. In: Anthropological Quarterly 84/4, 977-1009
- Newburn, Tim (2011): Reading the riots. In: British Society of Criminology Newsletter 69, 12-14.
- Nunes, Rodrigo (2013): Building on destruction. In: The South Atlantic Quarterly 112/3, 568-576.
- OECD (2015a): Income inequality data update and policies impacting income distribution: United Kingdom. <http://www.oecd.org/unitedkingdom/OECD-Income-Inequality-UK.pdf> (letzter Zugriff am 25.6.2015)
- OECD (2015b): In It Together. Why Less Inequality Benefits All...in the United Kingdom. <http://www.oecd.org/unitedkingdom/OECD2015-In-It-Together-Highlights-United-Kingdom-Embargo-21May11amParisTime.pdf> (letzter Zugriff am 26.6.2015).
- Papagiannides, Antonis (2009): A glimpse from the future – but what sort of future? In: Spyros Economides / Vasilis Monastiriotis (Hg.), The Return of street politics? Essays on the December Riots in Greece, London: The Hellenic Observatory (LSE), 53-56.
- Polletta, Francesca, / Ho, M. Kai (2009): Frames and their consequences. Oxford Handbooks Online, <http://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780199270439.001.0001/oxfordhb-9780199270439-e-010> (letzter Zugriff am 24.6.2015).
- Psimitis, Michalis (2011): Collective identities versus social exclusion: The December 2008 Greek youth movement. In: The Greek Review of Social Research 136, 111-133.
- Public Issue (2008): How public opinion views the ongoing revolt of Greek youth. <http://www.publicissue.gr/en/category/surveys/page/12/> (letzter Zugriff am 15.7.2015).
- Public Issue (2009): Δεκέμβριος 2008 – Ένα έτος μετά. Ανατομία ενός γεγονότος. <http://www.publicissue.gr/wp-content/uploads/2009/12/december-2009.pdf> (letzter Zugriff am 15.7.2015).
- R3 August Riots Poll (2011): A public opinion poll on behalf of R3. <http://www.comres.co.uk/polls/r3-august-riots-poll/> (letzter Zugriff am 15.7.2015).
- Ray, Larry (2014): Shame and the city – looting, emotions and social structure. In: The Sociological Review 62, 117-136.
- Roberts, Julian/ Hough, Mike (2013): Sentencing riot-related offending. In: British Journal of Criminology, 53, 234-256.
- Sandilands, Catriona (1992): Is the personal always political? Environmentalism is Arendt’s age of ‚the social“. In: William Carroll (Hg.), Organizing Dissent. Toronto: Garamond Press, 76-93.
- Schemer, Christian / Wirth, Werner / Matthes, Jörg (2012): Value resonance und value framing effects on voting intentions in direct-democratic campaigns. In: American Behavioral Scientist 56/3, 334-352.
- Smith, Evan (2013): Once as history, twice as farce? The specter of the summer of ‘81 in discourses on the August 2011 Riots. In: Journal for Cultural Research 17/2, 124-143.
- Snow, David / Benford, Robert (1988): Ideology, frame resonance, and participant mobilization. In: International Social Movement Research 1, 197-217.
- Snow, David / Vliegenthart, Rens / Corrigall-Brown, Catherine (2007): Framing the French riots: A comparative study of frame variation. In: Social Forces 86/2, 385-415.
- Sotiris, Panagiotis (2010): Rebels with a cause: The December 2008 Greek Youth Movement as the condensation of deeper social and political contradictions. In: International Journal of Urban and Regional Research 34, 203-9.
- Stone, Nigel (2012): Legal commentary: Responding to riot: Lessons from August 2011. In: Youth Justice 12, 134-143.
- Sutherland, Alex / Brunton-Smith, Ian / Jackson, Jonathan (2013): Collective efficacy, deprivation and violence in London. In: British Journal of Criminology 53/6, 1050-1074.

- Thomas, Landon / Somaiya, Ravi (2011): London Riots Put Spotlight on Troubled, Unemployed Youths. New York Times Online, http://www.nytimes.com/2011/08/10/world/europe/10youth.html?_r=0 (letzter Zugriff am 2.4.2016).
- Trott, Ben (2013): Reading the 2011 Riots: England's urban uprising – an interview with Paul Lewis. In: South Atlantic Quarterly 112/3, 541-549.
- Tsavaroglou, Charalampos / Makrygianni, Vasiliki (2013): Athens urban space riots: From December 2008 Revolt to mobilizations in the era of crisis. In: QuAderns-e, Institut Catala d'Antropologia 18/2, 22-39.
- Turner, Ralph H. (1969): The public perception of protest. In: American Sociological Review 34/6, 815-831.
- Turner, Victor (1974): Liminal to liminoid in play, flow, and ritual: An essay in comparative symbology. In: Rice University Studies 60/3, 53-92.
- Tyler, Imogen (2013): The riots of the underclass? Stigmatization, mediation and the government of poverty disadvantage in neoliberal Britain. In: Sociological Research Online 18/4.
- Useem, Bert (1998): Breakdown theories of collective action. In: Annual Review of Sociology, 38, 215-238.
- Vradis, Antonis (2009): Greece's winter of discontent. In: City 13, 146-149.
- Waddington, David (2012): The law of moments: understanding the flashpoint that ignited the riots. In: Criminal Justice Matters 87/1, 6-7.
- Waddington, David / King, Mike (2009): Identifying common causes of UK and French riots occurring since the 1980s. In: The Howard Journal 48, 245-256.
- Wallace, Andrew (2012): The 2011 'riots': Reflections on the fall and rise of community. In: Sociological Research Online, www.socresonline.org.uk/17/2/15.html (letzter Zugriff am 16.6.2015).
- Žižek, Slavoj (2011): Shoplifters of the world unite. In: London Review of Books, www.lrb.co.uk/2011/08/19/slavoj-zizek/shoplifters-of-the-world-unite (letzter Zugriff am 16.6.2015).

Public Readings of Urban Riots: Comparing the English riots of 2011 to the Greek December of 2008

Urban riots are political events. They question the very foundations of the institutional order and render visible the underlying conflicts of ritualized social life. Why then do urban riots continue to spark fierce public debate about whether they are meaningful protests or meaningless violence? This article essays some preliminary answers to these questions by comparing the English riots of August 2011 with the Greek December of 2008. The two cases are selected as most different cases because public readings of the riots differed so widely. The English riots were rejected as 'meaningless violence', whereas in the Greek case public surveys documented widespread acknowledgement of the riots as 'social revolt'. The article tries to pin down the origins of these antithetical interpretations by delving into: 1) the patterns of rioting (especially the prevalence of 'individualistic' or 'collectivist' elements in the episodes of rioting) and 2) the rioters' social and political identity.

„Wir sind der Zorn“ (*Exoume thn Orgh*)

Die Romanos-Bewegung 2014 in Griechenland als konstituierender Bruch im postpolitischen Krisenregime

Dilan Köse

Ausgelöst durch den Hungerstreik des 21-jährigen griechischen Anarchisten und Gefängnisinsassen Nikos Romanos fanden im Zeitraum November-Dezember 2014 landesweite Solidaritätsproteste in Griechenland statt. Dieser Artikel liefert einen umfangreichen Einblick in die Protestereignisse und stellt dabei, in Anknüpfung an das Verständnis von Politik im Sinne der Neueren Theorien des Politischen, für Griechenland die Entwicklung hin zu einer postpolitischen Ordnung fest, in welcher es keinen Raum für politische Subjektivierung und die Artikulation von Dissens gibt. Der Artikel vertritt die These, dass es der Romanos-Bewegung gelang, diesen postpolitischen Zustand temporär zu unterbrechen, indem sie mithilfe mehrerer politischer Praktiken, Demonstrationen, Besetzungen und *riots*, ihren eigenen Raum konfigurierte, in welchem die Protestierenden als politische Subjekte ihren Streit mit dem Staat austragen konnten. Damit schreibt der Artikel *riots*, entgegen hegemonialer Deutungen von *riots* als isolierten apolitischen Ereignissen, eine politische Dimension zu.

Ersteinreichung: 14. Juni 2015; Veröffentlichung online: 1. Mai 2016
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Die Geschichte von Nikos Romanos liest sich wie ein Drehbuch: Am Abend des 6. Dezember 2008 ist Nikos Romanos Augenzeuge, als sein Freund Alexandros Grigoropoulos kaltblütig von einem Polizisten im Athener Stadtteil Exarchia erschossen wird. Der Mord an dem fünfzehnjährigen Alexandros, der in den Armen seines Freundes Nikos stirbt, löst die größten Proteste in Griechenland seit Jahrzehnten aus. Als Dezemberproteste 2008 markieren sie den Beginn eines neuen globalen „Protestzyklus“^[1] (Seferiades/Johnston 2012). Nikos Romanos, der den Mord an seinem besten Freund als „Exekution aus kürzester Entfernung“^[2] (The Press Project 2014) bezeichnet, lehnt es anschließend ab, in den Gerichtsverhandlungen zum Mord an seinem Freund anwesend zu sein.

Mehr als vier Jahre später befindet sich der bekennende Anarchist selbst vor Gericht. Gemeinsam mit drei seiner Genossen versucht er im Februar 2013 einen, eigenen Aussagen zufolge politisch motivierten, bewaffneten Überfall auf eine Bankfiliale in Kozani, im Norden Griechenlands, durchzuführen. Beim anschließenden Fluchtversuch werden Nikos Romanos, Andreas-Dimitris Bourzoukos, Giannis Michailidis und Dimitris Politis von

der Polizei gestellt. Im anschließenden Gewahrsam werden sie von Polizeibeamten dermaßen misshandelt, dass die Fahndungsfotos vor ihrer Veröffentlichung[3] digital überarbeitet werden müssen, um die Verletzungen zu kaschieren (Papoutsis 2013). Die vier jungen Männer, denen unter anderem vorgeworfen wird, Mitglieder der Stadtguerilla-Gruppe „Sunomosia Puriontis Fotias“ („Verschwörung der Feuerzellen“, kurz: SPF) zu sein, werden unter dem Vorwurf des bewaffneten Banküberfalls zu Haftstrafen zwischen zehn und sechzehn Jahren verurteilt[4] (Limneou 2014). Nikos Romanos, der sich während seiner Haftzeit auf das nationale Examen zur Studienzulassung vorbereitet hat, wird dann im Frühjahr 2014 offiziell zum Studium an der technischen Hochschule in Athen (TEI) zugelassen. Laut Gesetz steht ihm daher ab Semesterbeginn im September 2014 Bildungsurlaub zu, um regelmäßig an den Vorlesungen teilnehmen zu können. Im Herbst soll Nikos Romanos neben anderen Insassen sogar bei einer staatlichen Zeremonie für seine akademischen Leistungen geehrt werden. Romanos, der aus politischen Gründen an der Veranstaltung nicht teilnimmt, erhält bald darauf eine Absage für seinen Antrag auf Bildungsurlaub. Laut Gesetz muss der Antrag von einem speziellen Richter genehmigt werden. Dieser lehnt den Antrag jedoch ab – mit Hinweis auf das Vorstrafenregister Romanos‘ und angebliche Fluchtgefahr (The Toc 2014a).

Nikos Romanos tritt daraufhin am 10. November 2014 in einen Hungerstreik, um sein Recht auf Bildung einzufordern. In einer ersten öffentlichen Erklärung mit dem Titel „Ersticken für einen Atemzug Freiheit“ schreibt er:

„Im vorigen Frühling beteiligte ich mich vom Gefängnis aus an Aufnahmeprüfungen verschiedener Universitäten und wurde an einer Fakultät in Athen angenommen. Ihren Gesetzen entsprechend habe ich seit September 2014 das Recht auf Bildungsurlaub [...]. Wie erwartet trafen meine Anfragen hierfür auf taube Ohren, was mich dazu bringt, meiner Forderung nach Hafturlaub Nachdruck zu verleihen, indem ich meinen Körper als Barrikade benutze [...]. Ich verteidige nicht ihre Legitimität; im Gegenteil, ich verwende das politische Mittel der Erpressung, um Atemzüge der Freiheit aus den vernichtenden Bedingungen der Einkerkierung zu gewinnen [...]. Keinen Schritt zurück, mit Anarchie für immer in meinem Herzen. SOLIDARITÄT HEISST ANGRIFF.“ (Romanos 2014a)

In den folgenden Wochen finden in Griechenland landesweit Proteste in Solidarität mit dem Nikos Romanos‘ Hungerstreik statt. Dabei deuten Reichweite, Intensität, Kontinuität sowie die Zusammensetzung der Proteste und die Solidarität innerhalb der Bevölkerung darauf hin, dass die Proteste über die bloße Forderung von Bildungsurlaub für Nikos Romanos hinausreichen und in einem breiteren gesellschaftspolitischen Kontext zu verstehen sind. Die Bewegung, die sich nun formiert, setzt sich zusammen aus unterschiedlichen sozio-politischen Hintergründen. So beteiligen sich neben breiten Teilen der Anarchistischen und Antiautoritären Bewegung (kurz: AA/AK[5]) und Mitgliedern linker Gruppen und Parteien auch Student_innen, Schüler_innen, Eltern, Arbeiter_innen und Arbeitslose. Neben zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und temporären Besetzungen von Universitäten, Rathäusern, TV- und Radiosendern und anderen öffentlichen

Institutionen sind die Proteste zudem immer wieder durch Phasen von *riots* geprägt, in welchen Protestierende gezielt Angriffe gegen die Polizei, öffentliche Institutionen und Banken ausüben.

Dieser Artikel ist der Versuch eines umfangreichen Einblicks in die Protestereignisse, welche hier vor dem Hintergrund politischer Entwicklungen in der heutigen Ära europäischer Austeritätspolitik diskutiert werden. Es wird argumentiert, dass die Situation Griechenlands, insbesondere in der letzten Dekade, durch eine Zunahme staatlicher Repression und damit einhergehend einer Eliminierung jeglichen Widerspruchs (Shantz 2014) gekennzeichnet ist. In Anknüpfung an das Verständnis von Politik im Sinne der neueren Theorien des Politischen (Rancière 2014; 2008, Žižek 2006) führt der Artikel diese theoretischen Überlegungen weiter aus und diagnostiziert für Griechenland die Entwicklung hin zu einer postpolitischen Ordnung, in welcher es keinen Raum für politische Subjektwerdung und die Artikulation von Dissens gibt.

Der Artikel vertritt die These, dass es der Romanos-Bewegung gelang – und damit ist sie in den Kontext der griechischen Krisenbewegung seit 2008 einzubetten – diesen postpolitischen Zustand temporär zu unterbrechen, indem sie mithilfe eines Zusammenspiels verschiedener politischer Praktiken – Besetzungen öffentlicher Institutionen, Demonstrationen, Kundgebungen und *riots* – ihren eigenen Raum konfigurierte, in welchem die Protestierenden als politische Subjekte ihren Streit mit dem Opponenten austragen konnten (Rancière 2014: 41). Damit kommt den *riots*, entgegen hegemonialer Deutungen als „anomische, spontane und apolitische“ (Della Porta/Gbikpi 2012: 88; Übers. d. A.) Ereignisse, durchaus eine politische Dimension zu. *Riots* werden hier keinesfalls als isolierte oder abgegrenzte Ereignisse verstanden, sondern als Teil des Prozesses der Wiederaneignung und Umgestaltung von Raum zur Austragung des Streits und politischer Subjektconstitution, welcher sich innerhalb des Protestzyklus der Romanos-Bewegung vollzog (Simiti 2012: 2). Ferner argumentiert der Artikel, dass sich die Romanos-Bewegung in Phasen des *rioting*, anders als bei Demonstrationen und Kundgebungen, welche sich insbesondere durch im institutionellen Rahmen herangetragene Forderungen auszeichneten (Day 2006:89), vor allem durch die Anwendung kollektiver physischer Gewalt (Della Porta 1995) als Gegenspieler im politischen Streit mit dem Staat konstituierte.

Riots sind im Folgenden definiert als räumlich und zeitlich begrenzte Protestereignisse mit geringem Organisationsgrad (Simiti 2012: 1f.), welche aus der „Radikalisierung eines Konflikts zwischen verschiedenen Akteuren, institutionell oder nicht-institutionell“, entstehen und durchaus die Fähigkeit besitzen, Protestakteuren als „politisches Instrument zur Verhandlung“ zu dienen sowie als Strategie, um sich Anerkennung und Gehör zu verschaffen (Della Porta/Gbikpi 2012: 88ff.; Ü. d. A.). Als eine kollektive Form „politischer Gewalt“ kommen sie dabei oft zielgerichtet zur Anwendung gegen die Polizei, öffentliche Institutionen, Banken sowie gegen Privateigentum, mit dem Ziel, das Eigentum zu zerstören oder zu entwenden (ebd., Della Porta 1995: 4). *Riots* werden daher von der hegemonialen Ordnung als illegitim aufgefasst (Della Porta 1995: 3f.)[6]. Als ideologisch gefärbter Begriff werden *riots* von sozialen Bewegungen oder politischen Gruppen meist jedoch durch das Prinzip der „Gegengewalt“ (Marcuse 1966) theoretisch legitimiert.

Die empirische Analyse der Protestereignisse bedient sich verschiedener Datenerhebungsmethoden. So wurden vor allem Dokumente der Romanos-Bewegung gesichtet und ausgewertet, die im Zeitraum November und Dezember 2014 digital und in Druckform erschienen sind. Recherchiert und analysiert wurden zudem zahlreiche Artikel in den digitalen Archiven verschiedener griechischer und internationaler Tageszeitungen und Nachrichtenmagazine.

Eigenes empirisches Material wurde einerseits mithilfe von leitfadengestützten Einzelinterviews erhoben, welche im Mai 2015 mit vier Bewegungsmitgliedern geführt wurden[7]. Darüber hinaus wurden im Zeitraum November-Dezember 2014 weitere Daten in Athen im Rahmen teilnehmender Beobachtungen in Vollversammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen der Bewegung gewonnen. Das gesamte Datenmaterial wurde anschließend mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet. Die methodische Triangulation der Analyse gewährleistet eine Verdichtung des empirischen Datenmaterials.

Zusammen mit den aus der Literaturanalyse gewonnenen Ergebnissen bieten die Interviewaussagen und die Notizen der Feldprotokolle einen tiefen Einblick in die Protestereignisse, welche in Abschnitt 2 in Form einer Ereignischronologie detailliert dargelegt sind. Abschnitt 3 liefert eine ausführlichere Diskussion der zuvor dargelegten zentralen Thesen dieses Artikels, während Abschnitt 4 einen Blick auf die Wirkungen der Proteste wirft und einen vorsichtigen Ausblick vornimmt.

2. Zwischen Forderung und Aktion – Eine Chronologie der Ereignisse

Solidarische Akte für Nikos Romanos

Bereits wenige Tage nachdem Nikos Romanos seinen Hungerstreik beginnt, üben verschiedene politische Untergrundgruppen kleinere Angriffe auf öffentliche Institutionen aus, die sie nach eigener Aussage in Solidarität mit Nikos Romanos und mit dem ebenfalls in Haft sitzenden Iraklis Kostaris durchführen (Athens Indymedia 2014a). Iraklis Kostaris, Gründungsmitglied der Stadtguerilla-Gruppe 17N[8], befindet sich bereits seit dem 29. Oktober 2014 ebenfalls im Hungerstreik, weil ihm der Bildungsurlaub entzogen worden ist. Am 17. November schließt sich dann auch Giannis Michailidis, der im Februar 2013 gemeinsam mit Romanos verhaftet worden war, seinem Freund und Genossen im Hungerstreik an (Limneou 2014).

In den Folgetagen führen Unbekannte weitere Aktionen in Solidarität mit den hungerstreikenden Gefängnisinsassen durch. Unter anderem wird am 19. November das Büro der Regierungspartei Nea Dimokratia (ND) in Athen angegriffen (Athens Indymedia 2014a). Am 23. November bringt eine Gruppe Unbekannter eine aus Gaskanistern gebastelte Bombe vor dem Haus des Präsidenten der Polizeigewerkschaft in Thessaloniki zur Detonation. In einem Bekennerschreiben betonen die Täter_innen, dass es notwendig sei, in einer Zeit, in welcher der Staat „massive Angriffe“ auf diejenigen ausübt, die kämpfen, sich solidarisch mit dem Kampf von Nikos Romanos zu zeigen, da sein Kampf „im Falle eines Sieges als ein Bollwerk

gegen den Repressionsangriff und als Sprungbrett für neue Kämpfe dienen wird“ (Asirmatista 2014).

Aufgrund der Verschlechterung seines Gesundheitszustands wird Nikos Romanos am 24. November 2014 ins staatliche Krankenhaus Gennimatas in Athen eingeliefert, wo er sich unter strenger polizeilicher Bewachung befindet. Am nächsten Tag findet sich eine erste Protest-Versammlung mit circa 200 Mitgliedern der Anarchistischen/Antiautoritären Bewegung vor dem Krankenhaus ein. In den folgenden Tagen finden weitere Solidaritätsaktionen statt. Unter anderem beteiligen sich am Sonntagabend, den 30. November, circa 200 Mitglieder der AA/AK-Bewegung in Athen an einer Motorrad-Patrouille. Die Patrouille fährt auch am Parlamentsgebäude vorbei, wo sie einen kurzen Zwischenstopp macht, um ihre Solidarität mit den circa 300 syrischen Flüchtlingen zu bekunden, die seit dem 19. November vor dem Parlament zelten[9]. Noch am selben Abend kommen circa 2.000 Menschen zu der bereits dritten Kundgebung vor dem Krankenhaus zusammen.

In der Nacht finden im Stadtteil Exarchia im Athener Zentrum in kleinerem Ausmaß *riots* statt. Protestierende zünden mehrere Autos und Mülltonnen an. Es kommt zu Ausschreitungen zwischen den *riotern* und der Polizei. In weiteren Städten im Land finden Motorrad-Patrouillen und Kundgebungen in Solidarität mit den Hungerstreikenden statt (Athens Indymedia 2014a).

Aus den Reihen des Parlaments werden zu diesem Zeitpunkt erste Stimmen laut, die den Antrag von Romanos als gerechtfertigt betrachten und sich daher für eine Gewährung des Bildungsurlaubes aussprechen. So fordert die damalige Oppositionspartei Syriza die Regierung auf, „das Leben und die Gesundheit eines jungen Menschen“ zu schützen, während die Menschenrechtsgruppe der sozialdemokratischen Koalitionspartei PASOK in einem Statement betont, dass Romanos „alle Rechte, die durch das Gesetz unterstützt werden“ zustehen und „Demokratie“ sich „nicht durch Rache“ erzielen lasse, nicht einmal wenn es dabei um einen „Todfeind“ geht (To Vima 2014a).

Wenig beeindruckt von den Äußerungen der anderen Politiker_innen unterbreitet Justizminister Athanasiou am 1. Dezember den Vorschlag, dass Nikos Romanos und Iraklis Kostaris ihr Studium per Fernunterricht durchführen können – ein Akt der „Machtdemonstration“, wie die Professorin für Politikwissenschaft Anastassia Tsoukala ihn einen Tag später bei einer Pressekonferenz interpretiert (The Toc 2014b). Fast prophetisch äußert Giorgos Romanos, der im Verlauf des Hungerstreiks seines Sohnes immer häufiger in den Fokus der Presse gerät, in einem Interview zu dem Vorschlag von Justizminister Athanasiou, dass der Justizminister und die Regierung „die alleinige Verantwortung für das tragen, was von jetzt an geschieht“ (The Toc 2014b).

Tatsächlich führen Protestierende, welche die Reaktion des Justizministers als rachsüchtige Taktik und als Versuch der Depolitisierung des Kampfes von Nikos Romanos interpretieren, noch am selben Tag weitere Protestaktionen durch. Unter anderem versammeln sich mehrere Mitglieder der AA/AK-Bewegung am Abend des 2. Dezembers zu einer Intervention vor dem Haus des Vizepräsidenten Evangelos Venizelos (To Vima 2014b).

Gleichzeitig treten nun auch Andreas Bourzoukos und Dimitris Politis, die beide ebenfalls im Februar 2013 an dem Überfall auf die Bank beteiligt waren, solidarisch in den Hungerstreik. Am selben Abend wird die polytechnische

Hochschule, die ihren Standort im Athener Stadtteil Exarchia[10] hat, von Mitgliedern der AA/AK-Bewegung besetzt. In ihrem ersten Statement interpretieren die Besetzer_innen die andauernden Hungerstreiks als Teil des Widerstands gegen repressive Staatspolitiken und nehmen Bezug auf die Dezemberproteste 2008:

„Seit heute, 1. Dezember 2014, ist das Athener Polytechnikum besetzt, um ein Zentrum der Solidarität und des Engagements für den anarchistischen Hungerstreiker Nikos Romanos [...] und den Rest der Genossen, die sich in Solidarität mit Nikos im Hungerstreik befinden, [...] zu werden. [...] Die politischen Entscheidungen von Nikos Romanos und sein militantes Engagement für den Kampf markieren die Fortsetzung der Revolte im Dezember 2008 [...] Der Kampf der hungerstreikenden Gefangenen um einen Atemzug Freiheit, gegen die Brutalität der Einkerkering und die stetig zunehmende Repression des Gefängnissystems (z. B. die Aussetzung und Verweigerung des Urlaubs, der umfassende Gebrauch der Einzelhaft, der Bau von neuen Typ-C-Maximum-Sicherheitsgefängnissen) geht Hand in Hand mit dem Kampf aller unterdrückten Menschen gegen die Unterwerfung und Verwüstung unserer Leben [...]“ (Versammlung des besetzten Polytechnikums 2014a)

Innerhalb der Gefängnisse treten landesweit zahlreiche Häftlinge für mehrere Tage in den Hungerstreik, während sich Petros Damianos, der Schullehrer von Romanos, der ihn während seiner Haftzeit unterrichtet hatte, an die Öffentlichkeit wendet und um Unterstützung für den Kampf seines Schülers für das Recht auf Bildung bittet (Prifti 2014).

Die Solidarität weitet sich aus

Es sind diese Ereignishintergründe, vor denen die gesellschaftliche Reichweite der Solidaritätsproteste eine neue Dimension gewinnt. Der Hungerstreik von Nikos Romanos erfährt Zustimmung von Teilen der Bevölkerung, die sich nicht unbedingt mit den politischen Überzeugungen und Aktionen der anarchistischen Gefängnisinsassen identifizieren, jedoch das willkürliche Verhalten des griechischen Staates als Unrecht empfinden, durch das Romanos und anderen Häftlingen wesentliche Grundrechte verweigert werden.

Neben Mitgliedern der AA/AK-Bewegung, linker Gruppen und Parteien beteiligen sich immer mehr Schüler_innen, Student_innen, Eltern, Lehrer_innen und Ärzte an den Protesten. Die Motive für die Partizipation verschiedener Bevölkerungsteile in der Solidaritätsbewegung gehen besonders deutlich hervor aus der öffentlichen Erklärung des besetzten Rathauses in Agia Paraskevi, im Norden Athens. Demnach scheint sich im Zuge der Austeritätspolitik und der damit einher gehenden Verschärfung staatlicher Repression eine allgemeinere politische Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung verbreitet zu haben:

„Es ist kein Zufall, dass angesichts des Kampfes von Nikos Romanos Arbeiter_innen, Arbeitslose und Student_innen in Solidarität heute

hier zusammengekommen sind, um sich dem [...] Autoritarismus der Notstandsregierung zu widersetzen, der heutzutage unser aller Alltagsleben bestimmt [...]“ (Athens Indymedia 2014b).

Die Protestierenden Dimos und Danai beschreiben die Motive für ihre Partizipation wie folgt:

„Ich bin in keiner politischen Gruppe organisiert oder so. Aber ich nehme an Protesten teil [...]. Die Situation mit Romanos hat mir nicht gefallen [...], dass er keinen Bildungsurlaub bekommen hat. Ich meine, die gesamte politische Situation in Griechenland gefällt mir nicht. Der Staat foltert uns. Und mit Folter meine ich nicht Folter, wie wir sie normalerweise verstehen. Ein Monatslohn von 500 Euro ist Folter.“ [11]

„Für mich war die Sache ziemlich simpel. Ich wollte nicht, dass Nikos stirbt. Ich war beeindruckt von seinem Kampf. Der Staat fühlte sich erpresst und wollte nicht nachgeben. Nikos war bereit, *für sein Grundrecht auf Bildung zu sterben. Es war ein symbolischer Kampf* [...]. Dafür brauchte er unsere Unterstützung. Sein Kampf war unser aller Kampf. Sein Scheitern wäre eine Niederlage für uns alle gewesen.“ [12]

Die Solidaritätsbewegung tritt Anfang Dezember in eine durch *riots* dominierte Protestphase. Die Bewegung, welche das Verhalten des Staates gegenüber dem Hungerstreik von Romanos als Angriff und als systematischen Versuch interpretiert, die gesamte Protestbewegung in Griechenland zu unterdrücken und zu schwächen, erklärt das Anzünden von Autos und Anschläge auf Banken zum legitimen Mittel der politischen Verhandlung mit dem Staat, wie Protestteilnehmer Arsenis beschreibt: „Du schaffst deine eigenen Bedingungen für die politische Debatte. Du diskutierst nicht, du kommunizierst mit anderen Mitteln. Du zwingst sie [die Regierung und den Staat], auf deinem Terrain zu spielen.“ [13]

Am 2. Dezember findet im Zentrum von Athen die erste große Massendemonstration mit circa 15.000 Menschen statt, wobei sich im Stadtteil Exarchia anschließend mehrere hundert Demonstrant_innen Straßenschlachten mit der Polizei liefern. Dutzende Autos werden dabei von den Demonstrant_innen angezündet. Vor dem besetzten Polytechnikum halten die *rioter* einen öffentlichen Bus an, bitten die Passagiere und den Fahrer, den Bus zu verlassen und setzen den Bus anschließend in Brand.

Mehrere Demonstrant_innen werden an diesem Abend verletzt. Zehn Personen werden festgenommen und zur Haupt-Polizeiwache abgeführt, wo sie von der Polizei misshandelt werden. Zwei Abgeordnete der Syriza, welche die Festgenommenen in der Nacht besuchen wollen, berichten später von „blutüberströmten Zwischengängen“ in dem Stockwerk, in dem die Festgenommenen sich aufgehalten hätten (Left.gr 2014). Informationen über Zustand oder Aufenthalt der Verhafteten werden den Abgeordneten von der Polizei verweigert. Die Festgenommenen dürfen weder mit ihren Familien noch mit ihren Anwälten kommunizieren.

Die Besetzer_innen der polytechnischen Hochschule nehmen Stellung zu den Ereignissen am Abend und fordern in einer weiteren Erklärung unter anderem zur Anwendung jeglicher – auch gewalttätiger – Aktionsformen auf:

„Wir rufen alle Kämpfenden dazu auf, jede notwendige Initiative zu ergreifen, um dem Hungerstreikenden Nikos Romanos zum Sieg zu verhelfen: von Universitätsbesetzungen zu Blockaden der Produktion; von Verstößen gegen die Omertà der Medien bis zu Angriffen gegen die Wächter der Ordnung [...]“. (Versammlung des besetzten Polytechnikums 2014b)

Noch in derselben Nacht wird der Antrag von Romanos offiziell ein zweites Mal abgelehnt. Justizminister Athanasiou äußert sich dazu wie folgt: „Auch wenn Gott selber herunter käme, würde Romanos seinen Bildungsurlaub nicht genehmigt bekommen“ (Farmakidis/Marchetos/Laskaridis 2014). Damit unterstreicht er die Entschlossenheit der Regierung, der Forderung von Romanos nicht nachzugeben.

Doch auch Nikos Romanos zeigt sich entschlossen, seinen Hungerstreik fortzuführen. In einem Statement mit dem Titel „Tanz mit dem Tod seit 24 Tagen“ schreibt er am 3. Dezember: „Ich meinerseits werde weitermachen, ich gehe an jeder Wahrscheinlichkeit, klein beizugeben, vorüber und antworte mit den Worten: KAMPF BIS ZUM SIEG, ODER KAMPF BIS ZUM TOD.“ (Romanos 2014b)

Einen Tag später gibt die Verwaltung des Krankenhauses Gennimatas bekannt, dass Nikos Romanos das Bewusstsein verloren hat. Die Zahl der landesweiten Solidaritätsaktionen nimmt daraufhin schnell zu. Noch am selben Tag finden in mehr als zehn griechischen Städten Demonstrationen statt. Protestierende besetzen kurzweilig zahlreiche TV- und Radiosender im ganzen Land (Athens Indymedia 2014a). In Athen wird die TEI, die Hochschule, zu der Romanos zugelassen ist, von Student_innen und politischen Gruppen besetzt. Als Zentrum der Koordination und Organisation der Bewegung dient fortan jedoch vor allem die von AA/AK-Gruppen besetzte Zentrale der GSEE (Dachverband der Gewerkschaften im Privatsektor) in Athen. In ihrer ersten Erklärung interpretieren die Besetzer_innen den Kampf von Nikos Romanos vor dem Hintergrund einer verschärften staatlichen Repression und im Kontext europäischer Austeritätspolitik:

„Heute, am 04.12., haben wir das Gebäude des Gewerkschaftsverbands GSEE in Solidarität mit [...] Nikos Romanos besetzt [...]. Jene, die versuchen, ihn zu zerstören oder zum Aufgeben zu zwingen, sind:

- die Regierung, die sich loyal zu den Anordnungen des lokalen und internationalen Kapitals verhält und die Umsetzung des Sparpakets, eine Politik schärfster Austeritätsmaßnahmen und die Entwertung der Arbeitskraft anregt.

- der Staat, der einen Ausnahmezustand auferlegt, um die gesellschaftliche Zustimmung zu erpressen und Angst zu verbreiten. Die Sammel-lager für Migrant_innen, die Knäste des Typs C [...], die gewaltsame Unterdrückung von Demonstrationen [...] ergeben ein Puzzle von Griechenland als Festung.

Die Spitze der repressiven Politik heute ist der Fall des anarchistischen Hungerstreikenden Nikos Romanos. Durch seine Vernichtung verfolgt der Staat den Zweck der Neutralisierung von revolutionären Projekten

der Selbstorganisation, des Widerstands und der Solidarität. All jener Projekte, die den Gegenangriff von Gesellschaft und Klasse, die Revolution, entzünden könnten [...]. KAMPF BIS ZUM SIEG ODER KAMPF BIS ZUM TOD.“ (Besetzung GSEE 2014)

In den abendlichen Vollversammlungen der verschiedenen Besetzungen diskutieren hunderte Protestteilnehmer_innen über den Gesundheitszustand von Nikos Romanos und organisieren neue Solidaritätsaktionen. Noch in derselben Nacht kommt es im Großraum von Athen zu mehreren Anschlägen auf Banken, Gerichtsgebäude und auf eine Polizeistation (Protothema 2014). Am 5. Dezember sind bereits zahlreiche Hochschulen, Rathäuser und Arbeiterzentren^[14] im ganzen Land besetzt (Athens Indymedia 2014a). Über Indymedia und andere soziale Medien werden Informationen zu den verschiedenen Solidaritätsaktionen in Windeseile im Internet^[15] veröffentlicht.

Die Produktion eines Ausnahmezustands

Anlässlich des Hungerstreiks von Nikos Romanos und der bevorstehenden alljährlichen Demonstration in Gedenken an den ermordeten Grigoropoulos befürchtet die griechische Regierung Ausschreitungen unberechenbaren Ausmaßes. „Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit“ ruft sie für den Zeitraum vom 5. bis zum 6. Dezember ein offizielles Kundgebungs- und Demonstrationsverbot im Zentrum von Athen aus (TvXs 2014). Im Internet werden trotzdem bereits Orte und Zeitpunkte der landesweit geplanten Demonstrationen bekannt gegeben.

Im Vorfeld des erwarteten Protestwochenendes kommt es am Freitagabend im Zentrum von Athen zu Ausschreitungen zwischen der Polizei und Protestierenden, welche unter anderem die Zentrale der PASOK in Exarchia angreifen (Athens Indymedia 2014a). Inzwischen sind die Straßen von Athen plakatiert mit Postern zur Demonstration am 6. Dezember. Neben dem ermordeten Alexis Grigoropoulos ist in diesem Jahr auf vielen Plakaten auch Nikos Romanos abgebildet.

Am Morgen des 6. Dezember werden landesweit weitere Rathäuser und andere öffentliche Institutionen in Solidarität mit den Hungerstreikenden besetzt. In allen größeren griechischen Städten Griechenlands finden seit dem Morgen Demonstrationen statt. An der ersten Demonstration in Athen, welche – wie in den Vorjahren auch – überwiegend von Schüler_innen und Student_innen organisiert wird, nehmen mehr als 5.000 Menschen teil. Dabei kommt es zu ersten Ausschreitungen zwischen Demonstrant_innen und Polizist_innen, von denen an diesem Wochenende im Namen der staatlichen „Null-Toleranz“ allein in Athen 8.000 im Einsatz sind (TvXs 2014). Auch in vielen Städten außerhalb der nationalen Grenzen demonstrieren Menschen in Solidarität mit Romanos und im Gedenken an Alexis (Athens Indymedia 2014a).

Gegen 18 Uhr findet die zweite, diesmal von politischen Gruppen und Parteien initiierte, Demonstration im Zentrum Athens statt. Der Demonstrationzug führt vorbei an Geschäften und Banken, von denen ein Großteil in den folgenden Stunden durch meist vermummte Demonstrant_innen zerstört oder angezündet werden. Bis auf kleinere Kiosks, die von Angriffen verschont bleiben, haben an diesem Abend alle Geschäfte im Athener Zentrum

bereits geschlossen. Als die Großdemonstration das Parlament erreicht, fangen die *riot*-Einheiten der Polizei an, mehrmals hintereinander Tränengas abzufeuern und erstmals seit dem Ende der Militärdiktatur 1973 wieder Wasserwerfer gegen die meist friedlichen Demonstrant_innen einzusetzen. Während die Demonstration beginnt, sich langsam aufzulösen und viele Demonstrant_innen sich auf den Nachhauseweg machen, bleibt eine große Zahl von Menschen auf den Straßen, darunter auch Danai, eine von hundert an diesem Abend festgenommenen Demonstrant_innen. Sie berichtet von der Polizeigewalt im Athener Zentrum:

„[...] Plötzlich schossen Polizist_innen aus allen Ecken [...], verletzten einige Demonstrant_innen [...], schlugen [...] wahllos auf einige Leute, vor allem Frauen, ein [...]. [Sie] versuchten uns Angst zu machen, indem sie einigen auf die Köpfe schlugen mit ihren Schlagstöcken [...]. Ich hatte in dem Moment keine Angst vor den Schlägen. Ich war voller Zorn. Wir mussten uns auf den Boden setzen und auf den Polizeibus warten, der uns abführen sollte. Ein Mädchen neben mir hatte ein blutüberströmtes Gesicht [...].“ [16]

An diesem Abend herrscht absoluter Ausnahmezustand im Zentrum Athens. Insbesondere in Exarchia, das an diesem Abend zum „Schlachtfeld“ wird, ist die Verschärfung der Sicherheitspolitik der Regierung deutlich zu spüren (Hit and Run 2014). In der Gegend rund um die polytechnische Hochschule liefern sich Protestierende mehrstündige gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei, welche „alles angreift, was sich bewegt“ (ebd.). Einige Protestierende klettern auf Hausdächer, von wo aus sie Molotowcocktails auf Polizist_innen werfen. Später in den abendlichen Fernsehnachrichten werden die von den Wärmekameras der Polizeihubschrauber erfassten Protestierenden von den NachrichtensprecherInnen aufgrund ihrer äußerst organisierten „Parkour-Techniken“ allen Ernstes als „Luftlandtruppen der Anarchist_innen“ bezeichnet (To Koumpouri 2014). Die Polizeikräfte verschaffen sich an diesem Abend gewaltsam Zugang zu mehreren Wohnungen in Exarchia. Neben den Hausdurchsuchungen und dutzenden Ausweiskontrollen auf den Straßen ist es vor allem eine von der Polizei verhängte nächtliche Ausgangssperre für alle Bewohner_innen des Stadtteils, welche an Zustände wie in Zeiten der Militärdiktatur erinnert.

Nicht weit entfernt von Exarchia, vor dem Gebäude der besetzten GSEE-Zentrale, kommt es zeitgleich zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Besetzer_innen und Polizist_innen, als Polizeieinheiten versuchen, das Gebäude zu räumen.

Das Ergebnis der tränengasreichen Nacht in Athen: dutzende Verletzte und circa 300 Personen, die ohne Vorliegen des Verdachts einer Straftat stundenlang in der Hauptpolizeiwache Athens ausharren müssen, bevor sie freigelassen werden.

Reaktionen der Regierung – Von Gleichgültigkeit zur Panik

Während die meisten festgenommenen Protestierenden in der Nacht auf den 7. Dezember freigelassen werden, verbringen circa 40 Personen die Nacht in Untersuchungshaft. Am Mittag des 7. Dezember versammeln sich

daraufhin Hunderte in Solidarität mit den Festgenommenen vor Athener Gerichtsgebäuden. Gemeinsam mit Arbeitslosen, Arbeiter_innen und verschiedenen Gewerkschaften versammeln sich Mitglieder der Romanos-Bewegung um 17 Uhr vor dem Parlament, um gegen den neuen Haushaltsplan und damit verbundene weitere Sozial- und Stellenkürzungen zu protestieren (Smith 2014). An der anschließenden Vollversammlung der GSEE-Besetzung partizipieren mehr als 500 Personen, darunter viele Menschen, die nicht in der AA/AK-Bewegung organisiert sind. Auch Nikos Romanos' Vater ist anwesend. Solidaritätsspenden werden gesammelt, um die Kaution von Personen zu bezahlen, die in den vorigen Tagen verhaftet wurden. Spenden werden auch für eine Protestteilnehmerin gesammelt, der am 6. Dezember von Polizist_innen die Vorderzähne ausgeschlagen wurden und die nun Zahnprothesen benötigt.

Vollversammlungen finden auch am nächsten Tag in allen landesweiten Besetzungen statt. Während Romanos' Gesundheitszustand sich weiter verschlechtert, plant und organisiert die Bewegung weitere Solidaritätsaktionen. Weitere Rathäuser im ganzen Land werden besetzt. In Paris, Berlin und Zypern finden Kundgebungen in Solidarität mit Nikos Romanos statt (Athens Indymedia 2014a).

Unterdessen versuchen regierungsnaher Medien, von den Inhalten des Hungerstreiks und den Motiven für die Proteste abzulenken, indem sie den tragischen Abstieg des bürgerlichen „Jungen“ portraituren, welcher sich mit den „Helden von Dostojewski“ identifiziere und viel zu früh „zur Kalaschnikow griff“ (Mandilara 2014).

Nikos Romanos seziert in einem späteren Brief im Januar 2015 die Haltung der Regierung während seines gesamten Hungerstreiks in vier Übergangsstadien: „Provokative Gleichgültigkeit“, „Überlegenheit“, „Demonstration von Macht“ und „Panik“ (Romanos 2015a). Tatsächlich scheint im griechischen Parlament langsam Panik aufzukommen. Die Regierung befürchtet: Sollte Nikos Romanos sterben, könnte es zu einer landesweiten Revolte unberechenbaren Ausmaßes kommen. Zwischen Dienstagabend und Mittwochmorgen wird im Parlament pausenlos über den Antrag von Nikos Romanos beraten.

Giorgos Romanos ruft aus diesem Grund zu einem Protest am Dienstagabend vor dem Parlament auf, dem sich mehrere hundert Menschen anschließen. In weiteren Städten im Land finden Kundgebungen und kleinere Demonstrationen statt.

Im Anschluss an den Protest vor dem Parlament ziehen die Protestierenden zum Krankenhaus weiter, in dem sich Nikos Romanos befindet. Als die Protestierenden ihre Slogans rufen, ist Nikos Romanos bereits nicht mehr in der Lage, ans Fenster zu kommen. Noch immer steht keine Entscheidung über den Antrag fest. Der Zorn über die Unentschlossenheit der Regierenden findet seinen materiellen Ausdruck wenige Stunden später in Form von Anschlägen. Zum einen wird im Athener Zentrum ein städtischer Bus von Protestierenden angehalten, die alle Personen bitten, aus dem Bus auszusteigen, bevor sie einen Molotowcocktail hineinwerfen. In einem Vorort von Athen wird außerdem eine Bank angegriffen. Zu dem Angriff auf die Bank bekennt sich wenig später eine Stadtguerilla-Gruppe, die in ihrem Bekenner schreiben die „Anwendung von Mitteln der Gewalt“ für notwendig erklärt, um „wesentliche Schläge gegen den Staat und seine Institutionen“ auszuüben (EfSyn 2014).

Auch am nächsten Morgen versammeln sich wieder Menschen vor dem Krankenzimmer von Nikos Romanos, während im Parlament über dessen Antrag beraten wird. Zu diesem Zeitpunkt ist Nikos Romanos bereits in den Durststreik getreten.

Gegen Mittag – es ist der 31. Tag des Hungerstreiks von Romanos – stimmt das Parlament fast einstimmig zugunsten einer vom Justizminister eingebrachten neuen Gesetzesnovelle ab. Demnach wird künftig allen Strafgefangenen, die das Recht haben, ein Studium an einer höheren Bildungsinstitution aufzunehmen, Bildungsurlaub gewährt, sofern die Gefangenen zuvor in einem Semester eines Fernkurses 1/3 der Kurse erfolgreich abgeschlossen haben. Bei ihren Bildungsfreigängen müssen die Insassen jedoch eine elektronische Fußfessel tragen (Farmakidis/Marchetos/Laskaridis 2014). Nikos Romanos, Giannis Michailidis und Andreas Bourzoukos beenden daraufhin ihre Hungerstreiks.

3. Brüche in der postpolitischen Ordnung

Die Eliminierung von Widerspruch

Ein zentrales Merkmal neoliberaler Gouvernamentalität in der heutigen Ära kapitalistischer Globalisierung ist die ‚Kriminalisierung von Dissens‘ durch eine Reihe autoritärer Herrschaftstechniken, die seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in vielen westlichen liberalen Demokratien, darunter Griechenland, Anwendung finden. Sie zielen häufig auf eine Eindämmung oder gar Eliminierung von Bürgerrechten – darunter Verfahrensrechte politischer Gefangener – sowie die Einschränkung der Mobilität von Migrant_innen durch strengere Grenzkontrollen und eine Verschärfung von Einwanderungsgesetzen ab (Shantz 2014:17).

In Griechenland wurde der Weg zum „Polizeistaat“ zunächst durch die Einführung spezieller Gesetzgebungen geebnet (Tsimitakis 2014). So führte die PASOK-Regierung im Jahre 2001 das „Gesetz gegen das organisierte Verbrechen“ ein, mit dessen Anwendung in Griechenland erstmals ein „Terroristenprozess“ gegen Mitglieder der 17N geführt wurde (Schrader 2004). Kurz vor Beginn der Olympischen Spiele 2004 in Athen wagte die neue Regierung unter der Nea Dimokratia den Versuch, das Strafvollzugssystem zu reformieren. Aufgrund von Protesten von Gefängnisinsassen verzögerte sich die Umsetzung der Reformen zunächst. Trotzdem wurde kurz darauf das „Antiterrorgesetz“ verabschiedet – eine verschärfte Variante des im Jahre 2001 verabschiedeten Gesetzes, demgemäß künftig 22 Arten von Verbrechen in die Kategorie „terroristische Handlung“ fallen sollten (Schrader 2004).

Die neue Gesetzgebung leitete eine Sicherheitspolitik im Land ein, die nicht nur die Verfolgung von Mitgliedern sogenannter Terrorgruppen zum Ziel hatte, sondern auch die systematische Überwachung des Alltagslebens der Bürger_innen. In deren Rahmen wurde die Polizeipräsenz in Griechenland stark erhöht, insbesondere in den Wohngegenden im Zentrum Athens (vgl. Matsas 2010: 58).

Im Zuge der Austeritätspolitik hat sich das repressive Sicherheitsdogma der griechischen Regierung weiter verschärft. Insbesondere die im Frühjahr

2012 gewählte Koalitionsregierung unter Premierminister Antonis Samaras, welche im Anschluss an die von der Troika eingesetzten, nicht parlamentarisch gewählten Experten-Übergangsregierung antrat (Schirmacher 2011, Kritidis 2014: 94f.), versuchte die Umsetzung weiterer Austeritätsmaßnahmen mit Ideen des „Fortschritts“ und des „Wandels“ hin zu etwas „Neuem“ und „Besserem“ zu legitimieren (Kallianos 2014: 72f.). Gegen jene, die diesem Fortschritt mit Protesten im Weg standen und eine Bedrohung für das „Krisenregime“^[17] darstellten (Christopoulos 2014), wurden in der Periode nach den Wahlen im Frühjahr 2012 gezielt staatliche Angriffe vorgenommen (Kallianos 2014: 75). So wurden seit Dezember 2012 zahlreiche autonome Sozialzentren der AA/AK-Bewegung unter massivem Polizeieinsatz geräumt und Gegeninformationsmedien der Bewegung zensiert und verboten. Die Kriminalisierung von Protesten fand vor allem auch Ausdruck in zahlreichen willkürlich von der Regierung erteilten Protestverboten. Neue rechtliche Definitionen wie „Terrorismusverdächtiger“ ermöglichen es, Protestierende bis zu 36 Monate in Untersuchungshaft zu halten, bevor sie einer Tat für schuldig gesprochen werden (Tsimitakis 2014). Die jüngste Reformierung des griechischen Justiz- und Strafvollzugssystems im Sommer 2014 ist paradigmatisch für diese Entwicklungstendenzen.

Gegen die von der Regierung geplante Errichtung eines neuen Hochsicherheitsgefängnisses protestierten bereits im Sommer 2014, im Vorfeld des Hungerstreiks von Nikos Romanos, 4.500 Gefängnisinsassen in Form eines zehntägigen Hungerstreiks.

In dem neuen Typ-C-Gefängnis (ähnlich den Typ-F-Gefängnissen in der Türkei), welches von Insassen auch als „griechisches Guantanamo“ bezeichnet wird, werden seit Winter 2014 „gefährliche Kriminelle“ und „ideologische Feinde des Staates“ untergebracht (Limneou 2014). Als gefährlich gelten unter anderem Gefängnisinsassen, die Proteste oder Hungerstreiks initiieren.

Was sich hier abbildet ist eine „Ausweitung des Sicherheitsparadigmas als normaler Technik des Regierens“ (Agamben 2004: 22) – eine Tendenz, die sich gegenwärtig in allen westlichen Staaten abbildet. Gegen all jene, die eine Bedrohung der staatlichen Ordnung darzustellen scheinen, wird ein „Ausnahmestand“ etabliert, eine „Zone, in der die *Anwendung* des Rechts suspendiert wird“ (Agamben 2004: 41).

Wenn wir die These der Kriminalisierung von Dissens beziehungsweise die Eliminierung jeglichen Widerspruchs im Sinne der neuen Theorien des Politischen (Rancière 2008, Žižek 2006) weiterdenken, so können wir für Griechenland die Entwicklung hin zu einem „Zustand der Postpolitik“ diagnostizieren, in welchem „das Politische, der Raum des Streits, in dem die Ausgegrenzten gegen das Unrecht oder die Ungerechtigkeit protestieren können, die man ihnen antut – verworfen“ ist (Žižek 2006: 72). Das bedeutet also, dass es innerhalb der postpolitischen Ordnung keinen Platz für politische Subjektwerdung beziehungsweise für Auftreten der Ausgegrenzten zur Artikulation von Dissens gibt – und folglich auch keine Politik (Rancière 2014).

Brüche im postpolitischen Regime – Die Krisenbewegung seit 2008

Als sich in Folge der Ermordung von Alexandros Grigoropoulos die Dezemberproteste 2008 in Griechenland formierten, wurde der entpolitisierte

Konsens-Zustand der bestehenden Ordnung, „die Reduktion der Politik auf das Staatliche“, erstmals unterbrochen (Rancière 2008: 8). Breite Teile der Bevölkerung, darunter Student_innen, Arbeiter_innen, Arbeitslose und erstmals auch Migrant_innen, stellten die bestehende Aufteilung, die sie ausschließende Ordnung, in Frage (Matsas 2010: 54).

Durch ihre selbstorganisierten Praktiken wie die Besetzungen und Selbstverwaltungen von öffentlichen Räumen, gelang es der Bewegung, ihren eigenen Raum zu konfigurieren, in welchem die Protestierenden als neue radikale politische Subjekte ihr Sprachrecht einfordern und ihre politische Auseinandersetzung führen konnten (Rancière 2014: 41). Dabei integrierten die Bewegungsmitglieder ihre politischen Praktiken, wie die Selbstverwaltung autonomer Zentren und Nachbarschaftsversammlungen, im Anschluss an die Revolte in ihren Alltag. Auf diese Weise gelang es den Dezemberprotesten 2008 über eine Hinterfragung der Legitimität der bestehenden Ordnung hinaus ihre „radikale politische Erfahrung“ zu erweitern und ein „militantes politisches Kapital“ auszuformen, welches auf neue Generationen übertragen werden konnte (Memos 2009: 220). Im Rahmen des Protestzyklus der Anti-Austeritätsproteste setzte sich der Prozess der Wiederaneignung von Raum zur Austragung des Streits und politischer Subjektwerdung in den folgenden Jahren in Form zahlreicher Kämpfe gegen die hegemoniale Ordnung fort. Insbesondere die landesweite Platzbewegung im Sommer 2011 konstituierte sich mit ihren selbstorganisierten Praktiken dabei als Versuch eines Gegenentwurfs zur staatlichen Organisation, welcher die Legitimität des repräsentativen Demokratiemodells herausforderte (Stavrides 2012, Douzinas 2013).

Die Romanos-Bewegung 2014 muss in diesem historischen Kontext interpretiert werden als ein sich fortsetzend konstituierender „Bruch“ im postpolitischen Krisenregime (Rancière 2014: 41, Holloway 2010). Dabei waren es weniger die Forderungen als vielmehr die politischen Praktiken, durch welche sich das „Bild der Zukunft“ (Schwarz et al. 2010) – ein Versprechen der Dezemberproteste 2008 – mit der Romanos-Bewegung auf ein Neues materialisierte.

Die Besetzungen öffentlicher Institutionen, die Demonstrationen und das *rioting*, durch welche die Romanos-Bewegung den Raum der politischen Auseinandersetzung umgestaltete, waren jene politische Akte, die den Ort, der ihnen zugewiesen war, verweigerten und „den Rahmen“ veränderten, „der festlegt, wie die Dinge funktionieren“ (Žižek 2001: 273).

Dabei fungierten *riots* innerhalb des Protestzyklus der Romanos-Bewegung als eine Handlungspraxis, mithilfe derer die Bewegung sich im eigens konfigurierten Raum, nach eigenen Regeln und jenseits von Forderungen, durch die Anwendung physischer Gewalt im politischen Streit mit dem Staat als Gegenspieler konstituierte.

Als der Polizist der Protestteilnehmerin Lydia am 6. Dezember 2014, nachdem er sie zusammengeschlagen hatte, in patriarchalischer Manier zurief: „Und jetzt geh nach Hause, wo du hingehörst“ [18], vermittelte er ihr damit, dass der öffentliche Raum, die Straße, kein Raum zur Austragung eines politischen Streits ist, schon gar nicht für eine Frau. Die verschiedenen politischen Praktiken der Protestierenden stellten insofern egalisierende Akte im Sinne Rancières dar, als dass durch die Umgestaltung des Austragungsortes

des Streits jene Logik der „Aufteilung von Öffentlichem und Privatem“ bekämpft wurde, „die die doppelte Herrschaft der Oligarchie im Staat und in der Gesellschaft gewährleistet“ (Rancière 2010: 68).

Folglich handelte es sich bei den Praktiken der Wiederaneignung von öffentlichem Raum als Ort der Selbstbestimmung und des Widerstands gegen die bestehende Ordnung (Hobsbawm 1969 und Lefebvre 1991), als „Kundgebungsraum eines Subjekts“ (Rancière 2000: 107), um den Versuch, Räume zur politischen Mitbestimmung zurück zu gewinnen.

4. Movement to be continued...

Noch am selben Tag, an dem Nikos Romanos seinen Hungerstreik beendete, lösten sich alle landesweiten Besetzungen auf. Viele Protestteilnehmer_innen kehrten aus den Straßen und den besetzten Räumen in den Alltag zurück. Bei einigen Bewegungsmitgliedern begann sich ein Gefühl der Frustration zu verbreiten. Den Ausgang der Protestereignisse interpretierten sie als wenig erfolgreich, weil die Forderung von Nikos Romanos unter vom Staat festgelegten Bedingungen erfüllt wurde. Umso wichtiger war es für diesen Teil der Bewegung, sich zukünftig stärker für politische Häftlinge zu engagieren:

„Im Gegensatz zum weitverbreiteten Gefühl des ‚Sieges‘, empfinden wir, dass [...] wir alle Formen des Kampfes gegen die Knastgesellschaft intensivieren müssen, und zwar nicht irgendwann in ferner Zukunft sondern jetzt [...]. Die Solidarität mit Gefangenen muss jetzt mehr als jemals zuvor und mit allen nötigen Mitteln in die Offensive gehen.“
(Contra Info 2014)

Andere Protestteilnehmer_innen, wie Protestnewcomerin Danai, empfanden ihre Partizipation an den Protesten als Teil eines Prozesses der Konstituierung einer kollektiven Identität:

„Als der Staat [...] nachgab und Nikos sich bei allen [...] bedankte, war ich stolz. Ich fühlte, wie ich zum ersten Mal Teil von einem kollektiven Kampf gewesen war, der etwas bewirkt hatte. Ich bin sicher, dass Nikos ohne unsere Solidarität jetzt tot wäre.“[19]

Verschiedene Teile der Protestbewegung in Griechenland hatten sich seit Langem erstmals wieder gemeinsam im Kampf organisiert. Mit Sicherheit war es der Romanos-Bewegung gelungen, die ohnehin schwindende Legitimität der Regierung unter Premierminister Antonis Samaras herauszufordern, welche im Winter 2014 unwissentlich ihre letzten Monate im Amt verbrachte. Bereits während der Romanos-Bewegung hatten Mitglieder der Syriza in einer Erklärung geschrieben: „[...] diese Regierung von Reaktionären hängt am seidenen Faden, es fehlt ihr an Legitimität, selbst nach ihren eigenen Maßstäben, und sie ist sicherlich eine Regierung ohne verfassungsmäßige und moralische Rechte [...]“ (Syriza 2014).

Am 25. Januar 2015 gewann zum ersten Mal in der Geschichte Griechenlands eine linke Partei, Syriza, mit einer Mehrheit von 36.34 % die Parlamentswahlen. Da sie nicht die absolute Mehrheit erreichte, bildete sie eine Regierungskoalition mit der rechtskonservativen populistischen ANEL (Unabhängige Griech_innen) (TPTG 2015). Während die neue Regierung in

ihren ersten Amtswochen eine Abkehr vom repressiven Kurs der Vorgänger-Regierung demonstrierte – unter anderem indem sie die Polizeipräsenz bei Protesten drastisch reduzierte – scheinen die Sicherheitsmaßnahmen der Regierung inzwischen wieder ihr altes Niveau zu erreichen. So sah sich die neue Regierung, die bei ihrem Amtsantritt unter anderem versprochen hatte, das neue Hochsicherheitsgefängnis zu schließen, im Frühjahr mit neuen Hungerstreiks zahlreicher Gefängnisinsassen – darunter Insassen des neuen Typ-C- Gefängnisses – konfrontiert, welche eine Abschaffung der noch immer bestehenden Anti-Terrorgesetze forderten. Wieder fanden solidarisch mit den Hungerstreikenden Demonstrationen, temporäre Besetzungen und Attacken auf Polizeistationen statt, diesmal jedoch in kleinerem Umfang. Das von circa 30 Mitgliedern der neu gegründeten „Versammlung für die Hungerstreikenden“ besetzte Rektorat der Universität Athen wurde von Polizeikräften nach über einer Woche geräumt und 14 Personen wurden verhaftet (To Vima 2015).

Innerhalb der Protestbewegung in Griechenland löste jedoch vor allem die Tatsache Zorn aus, dass Nikos Romanos' Antrag auf Bildungsurlaub im Juni 2015 erneut abgelehnt wurde. Justizminister Athanasiou, der im Dezember 2014 die neue Gesetzesnovelle eingebracht hatte, stellte damals sicher, dass die entsprechenden Disziplinarkammern den Antrag auf Bildungsurlaub immer noch ablehnen können, sofern sie eine „besondere Rechtfertigung“ für ihre Entscheidung geltend machen (Contra Info 2014). Die aktuelle Regierung hat sich zu der Ablehnung des Antrags nicht geäußert. Im Juni 2015 fanden in Athen einige kleinere *riots* in Solidarität mit Nikos Romanos statt.

Anfang Juli 2015 schien der Fall Romanos vergessen und überschattet von den Ereignissen um die sich zuspitzenden Verhandlungen zwischen der neuen Regierung und der Troika über die Unterzeichnung eines weiteren Memorandums.

Die Regierung unter Syriza wagte dabei mit dem Vorschlag eines Volksreferendums zur Abstimmung über das neue Austeritätspaket einen „Bruch“ mit europäischen Austeritätspolitikern (Sotiris 2015a). Ende Juni fanden mehrere Massendemonstrationen in Unterstützung des Vorschlags der Regierung statt, wobei wenige Tage vor dem Referendum mehrere hunderttausend Menschen an einer Massenkundgebung vor dem Parlament teilnahmen und Slogans riefen wie „Wir haben keine Angst“ und „Nein“. Letztendlich stimmten 62 Prozent der Wahlbeteiligten mit „Nein“ gegen das neue Memorandum (Kouvelakis 2015).

Obwohl die Syriza-Führung zuvor bekannt gegeben hatte, dass sie der neuen Vereinbarung nicht zustimme, „kapitulierte“ sie schließlich vor den Forderungen der Kreditgeber und willigte einem noch viel weitgehenden Memorandum zu (Sotiris 2015b). Die Haltung der internationalen Kreditgeber, welche keinen Handlungsspielraum für politische Alternativen ließ und von Sozialwissenschaftler_innen daher als „Putschversuch“ der europäischen Eliten betitelt wurde (Mittendrein/Konecny 2015, Kouvelakis 2015), ist paradigmatisch für jene postpolitischen Tendenzen, welche die liberalen Demokratiestaaten heute kennzeichnen, frei nach dem Motto: die „richtigen Lösungen“ zeichnen sich dadurch aus, „dass über sie nicht abgestimmt werden muss, denn sie ergeben sich aus der Kenntnis der objektiven Sachlage, die eine Angelegenheit des Expertenwissens und nicht des Volksentscheids ist“ (Rancière 2010: 95).

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in Griechenland meldete sich Nikos Romanos, dem das Recht auf Bildungsurlaub noch immer nicht gewährt wurde, Ende November 2015, kurz vor dem Jahrestag der Ermordung von Grigoropoulos, erstmals wieder öffentlich zu Wort. In seinem Text „Requiem für eine Reise ohne Rückkehr“ bezeichnet er das politische System in Griechenland als „bloßgestellte Demokratie“, deren „Todesduft“ sich erstmals am 6. Dezember 2008 entfaltet hätte – eine historische Entwicklung, die sich fortsetzen werde, solange sich die „Unterdrückten“ gegen ihre „Unterdrücker“ auflehnen (Romanos 2015b). In seinem Text schildert er auch seine Freundschaft zu Alexandros Grigoropoulos und die damaligen gemeinsamen politischen Aktivitäten der beiden als Mitglieder der anarchistischen Bewegung in Griechenland. Zudem erwähnt er, dass die Gefängnisverwaltung ihm gegenüber sehr deutlich mache, dass er aufgrund seines aufmüpfigen Verhaltens (u. a. indem er kritische Schriften verfasse) keinen positiven Bescheid zu dem geforderten Bildungsurlaub zu erwarten habe (Romanos 2015b).

Am 6. Dezember 2015 beteiligen sich circa 5.000 Menschen an der Demonstration in Gedenken an den ermordeten Grigoropoulos. Unter Anweisung der Regierung sind circa 6.000 Polizist_innen anwesend, welche bereits vor Beginn der Demonstration zahlreiche Protestierende angreifen. Wieder werden Minderjährige verhaftet. Die Botschaft der Eliten ist deutlich: Der öffentliche Raum ist kein Platz für die Austragung politischen Streits. Doch diese Botschaft wird auch weiterhin ignoriert. Bereits seit Herbst 2015 fanden in Griechenland zahlreiche Mobilisierungen in Solidarität mit Flüchtlingen und politischen Häftlingen statt. Bewegungsmitglieder haben inzwischen mehrere öffentliche Gebäude in den Großstädten Athen und Thessaloniki besetzt und diese in Initiativen in Solidarität mit Flüchtlingen umgestaltet (Mpalothia 2016).[20]

Eine breite landesweite Solidaritätsbewegung ist entstanden. Sie wird begleitet von einer Welle neuer Besetzungen, die darauf hindeutet, dass der Kampf um den öffentlichen Raum als Ort für die Gestaltung von Politik noch nicht verloren ist.

Endnoten

- [1] Der Begriff „Protestzyklus“ geht auf den Bewegungsforscher Sidney Tarrow zurück, welcher den Begriff verwendete, um den periodischen Verlauf von Protestmobilisierungen zu beschreiben (Tarrow 1998).
- [2] Übersetzungen aus dem Griechischen stammen von der Autorin, wenn nicht anders vermerkt.
- [3] Die Übergabe von Fahndungsfotos an die Presse ist, milde ausgedrückt, fragwürdig, in Griechenland jedoch üblich.
- [4] Die Verurteilung nach dem Anti-Terror-Gesetz wegen Verdachts auf Mitgliedschaft in einer Terrorgruppe kommt mangels Beweisen nicht zur Anwendung.
- [5] Innerhalb der griechischen Bewegung werden die Anarchistische und die Antiautoritäre Bewegung abgekürzt zusammengefasst als AA/AK.
- [6] Für eine ausführliche Typologie politischer Gewalt vgl. Della Porta 1995.
- [7] Aufgrund der geringen Anzahl von Interviewpartner_innen sind die Ergebnisse der erhobenen qualitativen Interviews weniger als tragende empirische Basis für den gesamten Protestverlauf zu verstehen. Vielmehr dienen sie dazu, die jeweiligen subjektiven Sichtweisen und Erlebnisse einzelner Protestteilnehmer_innen darzustellen.

- [8] Die 17N ist eine marxistisch geprägte Stadtguerilla-Gruppe, welche 1975 - 2002 für eine große Zahl von politisch motivierten Anschlägen und Morden in Griechenland verantwortlich war. Sie fungiert als eine Art Gründermutter aller linksradikalen Untergrundgruppen in Griechenland.
- [9] Die Flüchtlinge forderten von der griechischen Regierung Aufenthaltsgenehmigungen bzw. Genehmigungen für die Weiterreise in andere EU-Länder. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, befinden sich viele der Migrant_innen ab dem 24. November 2014 für circa drei Wochen ebenfalls in einem Hungerstreik. In einer ersten öffentlichen Erklärung der Flüchtlinge hieß es: „Wir sind vor dem Tod in Syrien geflohen. Wir sind dem Tod entkommen, als wir das Ägäische Meer überquerten. Wir wollen in Würde leben in Europa“ (Libcom 2014).
- [10] Die polytechnische Hochschule in Athen und ihr Standort, der Stadtteil Exarchia, blicken auf eine lange Protestgeschichte zurück und besitzen eine große politische Symbolik. 1973 war die polytechnische Hochschule Hauptausgangsort des Novemberaufstands. Student_innen besetzten die Hochschule damals für mehrere Tage, bis der Aufstand u. a. durch einen Militär-Panzer, der das Tor zur Uni durchbrach und Protestierende überrollte, blutig niedergeschlagen wurde. Die Besetzung von Universitäten als Orten der Versammlung und Organisation gilt seitdem als Routinehandlung von Student_innen der AA/AK-Bewegung und der linken Szene (Karamichas 2009). Während Protesten stellen die Universitäten somit wichtige Mobilisierungsstrukturen dar. Bis vor einigen Jahren konnten Protestteilnehmer_innen bei Auseinandersetzungen mit der Polizei zudem vom Universitätsasyl Gebrauch machen. Dieses wurde nach dem Ende der Militärdiktatur mit dem Gesetz Nr. 1268-1982 eingeführt und untersagte bis vor einigen Jahren öffentlichen Sicherheitskräften bis auf wenige Ausnahmen den Zutritt zum Universitätsgelände. Im Zuge der aktuellen Austeritätspolitik wurde dieses jedoch inzwischen abgeschafft (taz, 25.8.2011). Gleichzeitig gilt der hochgradig politisierte Stadtteil Exarchia, in dem sich die polytechnische Hochschule befindet, seit dem Ende der Militärdiktatur als Zentrum der AA/AK-Bewegung und stellt mit seinen zahlreichen kleinen „selbstregierten Enklaven“, darunter autonome Sozialzentren, Nachbarschaftsinitiativen und andere selbstorganisierte Projekte, eine Art „territoriale Grundlage“ für Widerstand und die Gestaltung alternativer gesellschaftlicher Organisation dar (Holloway 2010: 32).
- [11] Interview mit Dimos am 23.05.2015.
- [12] Interview mit Danaï am 24.05.2015
- [13] Interview mit Arsenis am 20.05.2015
- [14] Die sogenannten Arbeiterzentren in Griechenland sind regionale Zusammenschlüsse von Betriebsgewerkschaften.
- [15] Das Internet dient der Solidaritätsbewegung vor allem als eine Plattform der Gegeninformation, als oppositioneller Part zur Berichterstattung der Regierung und der Massenmedien.
- [16] Interview mit Danaï am 24.05.2015
- [17] Im sozialwissenschaftlichen Krisendiskurs in Griechenland gewinnt die These von der „Krise als Regime“ zunehmend an Beachtung. Gemeint ist damit im Groben, dass die Krise in Griechenland sich als „neue Normalität“ und damit als Regime etabliert hat, welches als „Übergangsphase“ zu verstehen ist, jedoch nicht wie üblich „zur Demokratie“ hin sondern „von der Demokratie“ weg (Christopoulos 2014). Agamben spricht in diesem Zusammenhang von der „endlosen Krise“, welche sich als „Herrschaftsinstrument“ etabliert hat (Agamben 2013).
- [18] Interview mit Protestteilnehmerin Lydia am 09.12.2014.
- [19] Interview mit Danaï am 24.05.2015.
- [20] Seit September 2015 besetzen Bewegungsaktivist_innen in Athen Gebäude und funktionieren sie in Solidaritätsinitiativen um. Dabei dienen inzwischen zwei der Gebäude als selbstorganisierte Flüchtlingsunterkünfte. Eine weitere Solidaritätsinitiative ist im Dezember 2015 in Thessaloniki entstanden. Dabei besetzten die Aktivst_innen ein ehemaliges Waisenhaus. Homepages von zwei der Athener Initiativen: Autoorganomenh Protovoulia Allileugis stous Prosfuges. Blog der Initiative in Solidarität mit Flüchtlingen: <http://solidarity-refugees.espivblogs.net/>; Katalipsi Stegis Prosfugon/Metanaston Notara. Blog der Besetzung der Unterkunft für Flüchtlinge und MigrantInnen: <http://solidarity-refugees.espivblogs.net/>.

Autor_innen

Dilan Köse promoviert in Politikwissenschaften mit den Arbeitsschwerpunkten Soziale Bewegungen, Politische Theorie und Wohlfahrtsstaat im Wandel.
dilankoese@gmail.com

Literatur

- Agamben, Giorgio (2004): *Ausnahmezustand*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Agamben, Giorgio (2013): Die endlose Krise ist ein Machtinstrument. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.05.2013. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bilder-und-zeiten/giorgio-agamben-im-gespraech-die-endlose-krise-ist-ein-machtinstrument-12193816.html> (letzter Zugriff am 31.03.2016)
- Asirmatista (2014): [Θεσσαλονίκη] Ανάληψη ευθύνης για επίθεση με γκαζάκια. <http://asirmatista.noblogs.org/post/2014/11/25/salonika-gkazia-kastra/> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Athens Indymedia (2014a): Ενέργειες άμεσης δράσης για τον Νίκο Ρωμανό. <https://athens.indymedia.org/post/1536388/> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Athens Indymedia (2014b): ΑΝΑΚΟΙΝΩΣΗ ΚΑΤΑΛΗΨΗΣ ΔΗΜΑΡΧΕΙΟΥ ΑΓΙΑΣ ΠΑΡΑΣΚΕΥΗΣ. <https://athens.indymedia.org/post/1535875/> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Autoorganomenh Protovoulia Allileugis stous Prosfuges: Blog der Initiative in Solidarität mit Flüchtlingen. <http://solidarity-refugees.espivblogs.net/> (letzter Zugriff am 10.01.2016).
- Besetzung GSEE (2014): Athen: Besetzung der Zentrale des Gewerkschaftsverbunds GSEE (04.12.). <http://de.contrainfo.espiv.net/2014/12/06/athen-besetzung-der-zentrale-des-gewerkschaftsverbunds-gsee-04-12/> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Christopoulos, Dimitris (2014): Γίνεται η κρίση καθεστώς; Tvxs Συνέντευξη. <http://tvxs.gr/news/ellada/ginetai-i-krisi-kathestos> (letzter Zugriff am 06.09.2015).
- Contra Info (2014): Athen: Nikos Romanos hat seinen Hungerstreik beendet. <http://de.contrainfo.espiv.net/2014/12/18/athen-nikos-romanos-hat-seinen-hungerstreik-beendet/> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Day, Richard J.F. (2006): *Gramsci is Dead: Anarchist Currents in the Newest Social Movements*. London: Pluto.
- Della Porta, Donatella (1995): *Social Movements, Political Violence and the State. A Comparative Analysis of Italy and Germany*. New York: Cambridge University Press.
- Della Porta, Donatella / Gbikpi, Bernard (2012): The riots: A dynamic view. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.): *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Farnham: Ashgate, 87-102.
- Douzinis, Costas (2013): *Philosophy and Resistance in the Crisis*. Cambridge: Polity.
- EfSyn (2014): Ανάληψη ευθύνης για τη βόμβα στο Χαλάνδρι - Ήταν κίνηση αλληλεγγύης στον „αγώνα του αναρχικού αιχμαλώτου Νίκου Ρωμανού“, λένε. <http://www.iefimerida.gr/news/184286/analipsi-eythynis-gia-ti-vomva-sto-halandri-itan-kinisi-allileggyiston-agona-toy> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Farmakidis, Foula / Marchetos, Spyros / Laskaridis, Christina (2014): Tides of relief: Nikos Romanos wins victory in hunger strike. <http://roarmag.org/2014/12/nikos-romanos-hunger-strike-victory/> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Hit and Run (2014): Πεδίο μάχης το κέντρο της Αθήνας μετά τις πορείες μνήμης στο Αλέξανδρο Γρηγορόπουλο. <http://www.hitandrun.gr/apsimachies-mat-antiexousiaston-giro-apo-politechnio/> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Hobsbawm, Eric (1969): Städte und Aufstände: Ein Beitrag zur Diskussion. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* No. III, 111-120. Holloway, John (2010): *Kapitalismus aufbrechen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kallianos, Yiannis (2014): The (il)legitimate city; spatiotemporal approaches of legitimacy and social change in Athens at times of crisis. In: *Sociologia urbana e rurale* 104, 67-81.
- Karamichas, John (2009): The December 2008 Riots in Greece. In: *Social Movement Studies* 8/3, 289-293.

- Kouvelakis, Stathis (2015): From the absurd to the tragic. In: *Jacobin*, 10.07.2015. <https://www.jacobinmag.com/2015/07/tsipras-syriza-greece-euro-debt/> (letzter Zugriff am 02.04.2016).
- Kritidis, Gregor (2014): Griechenland – auf dem Weg in den Maßnahmestaat? Autoritäre Krisenpolitik und demokratischer Widerstand. Hannover: Offizin.
- Lefebvre, Henri (1991): *The production of Space*. Oxford: Basil Blackwell.
- Left.gr (2014): «Αίματα στους διαδρόμους της ΓΑΔΑ»: Ξυλοδαρμό των συλληφθέντων καταγγέλλει η Αφρ. Σταμπουλή. <https://left.gr/news/aimata-stoys-diadromoyis-tis-gada-xylodarmo-ton-syllifhenton-kataggellei-i-afri-stampoyli> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Libcom (2014): ‚Asphyxiating for a breath of freedom‘: Wave of hunger strikes in Greece. <https://libcom.org/blog/asphyxiating-breath-freedom-wave-hunger-strikes-greece-29112014> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Limneou, Danai (2014): Hunger strike in Greece: for a breath of freedom. <http://roarmag.org/2014/12/hunger-strike-romanos-anarchist/> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Mandilara, Tina (2014): Νίκος Ρωμανός: Η ιστορία του παιδιού με το Καλάσνικοφ που αγρίεψε νωρίς. <http://www.protothema.gr/greece/article/432685/nikos-romanos-i-istoria-enos-paidiou-pou-agriepse-noris/> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Marcuse, Herbert (1966): Repressive Toleranz. In: Robert Paul Wolff / Barrington Moore / Herbert Marcuse (Hg.): *Kritik der reinen Toleranz*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 91-128.
- Matsas, Savas (2010): The Greek revolt, the world crisis and the freedom of expression. In: *Critique* 38/1, 51-59.
- Memos, Christos (2009): Dignified rage, insubordination and militant optimism. In: *Ephemera* 9/3, 219-233.
- Mittendrein, Lisa / Konecny, Martin (2015): Putschversuch in Griechenland. In: *Mosaik-blog*, 25. Juni 2015. <http://mosaik-blog.at/griechenland-eurogruppe-putsch/> (letzter Zugriff am 31.03.2016).
- Mpalothia (2016): Εξάρχεια : Κατάληψη του κτηρίου επί της Θεμιστοκλέους 58.. <https://mpalothia.wordpress.com/2016/01/10/εξάρχεια-κατάληψη-του-κτηρίου-επί-της> (letzter Zugriff am 31.03.2016).
- Papoutsi, Anna (2013): Greece: Torture continued... http://www.x-pressed.org/?xpd_article=torture-continued (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Prifti, Katerina (2014): Η ανησυχία των καθηγητών και οι σκέψεις των φίλων του Ρωμανού στον Αυλώνα. http://www.huffingtonpost.gr/2014/12/01/kathigites-mathites-rwmano_n_6247686.html (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Protothema (2014): Νυχτερινό μπαράζ επιθέσεων σε τράπεζες και αυτοκίνητα. <http://www.protothema.gr/greece/article/432031/alert-epithesi-koukouloforon-me-molotof-sto-astunomiko-tmima-vurona/> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Rancière, Jaques (2000): Konsens, Dissens, Gewalt. In: Mihran Dabag / Antje Kapust / Bernhard Waldenfels (Hg.): *Gewalt. Strukturen, Formen, Repräsentationen*. München: Wilhelm Fink, 97-112.
- Rancière, Jaques (2008): *Zehn Thesen zur Politik*. Zürich und Berlin: Diaphanes.
- Rancière, Jaques (2010): *Der Hass der Demokratie*. Berlin: August.
- Rancière, Jaques (2014): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie* (5. Aufl.). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Romanos, Nikos (2014a): Ersticken für einen Atemzug Freiheit. <http://de.contrainfo.espiv.net/2014/11/13/griechische-gefangnisse-anarchistischer-genosse-nikos-romanos-erklart-hungerstreik-ab-10-november-2014/> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Romanos, Nikos (2014b): Tanz mit dem Tod seit 24 Tagen. <http://de.contrainfo.espiv.net/2014/12/05/athen-antrag-des-anarchistischen-gefangenen-ein-zweites-mal-abgelehnt-der-genosse-setzt-seinen-hungerstreik-fort/> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- Romanos, Nikos (2015a): Letter from anarchist comrade Nikos Romanos concerning his hunger-strike (Greece). <http://325.nostate.net/?p=14732> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Romanos, Nikos (2015b): Requiem for a Journey of No Return. <https://en-contrainfo.espiv.net/2015/12/29/nikos-romanos-requiem/> (letzter Zugriff am 07.01.2016).
- Schirmmacher, Frank (2011): Der griechische Weg. Demokratie ist Ramsch. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.11.2011. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/der-griechische-weg-demokratie-ist-ramsch-11514358.html> (letzter Zugriff am 20.11.2015).
- Schrader, Heike (2004): Griechenlands langer Weg zum Antiterrorgesetz. Die EU macht's

- möglich. In: Junge Welt, 29. Juni 2004, 6.
- Schwarz, A. G. / Sagris, Tasos / Void Network (Hg.) (2010): Wir sind ein Bild der Zukunft – auf der Straße schreiben wir Geschichte. Texte aus der griechischen Revolte. Hamburg: Laika.
- Seferiades, Seraphim / Johnston, Hank (2012): The Greek December, 2008. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.): Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State. Farnham: Ashgate, 149-156.
- Shantz, Jeff (2014): On the criminalization of dissent: Deconstructing official oppression in an age of neoliberalism. In: ACJS Today 39/1, 17-27.
- Simiti, Marilena (2012): Violence in Riots and Social Movements. Präsentiert auf der sechsten ECPR GENERAL CONFERENCE. Sektion: Interdisciplinary Perspectives on Violence and Politics. Panel: Violence and Social Movements, Reykjavik 2011, 25-27.
- Smith, Helena (2014): Greece's MPs vote on budget opposed both by protesters and creditors. <http://www.theguardian.com/world/2014/dec/07/greece-vote-budget-protesters-austerity-eu> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Sotiris, Panagiotis (2015a): The Referendum as Rupture. <https://www.jacobinmag.com/2015/07/tsipras-syriza-greece-exit-default-european-union/> (letzter Zugriff am 31.03.2016).
- Sotiris, Panagiotis (2015b): The Future is Now. <https://www.jacobinmag.com/2015/07/tsipras-debt-eurozone-bailout-deal-germany/> (letzter Zugriff am 31.03.2016).
- Stavrides, Stavros (2012): Reinventing communities in movement: The recent square occupations as a new form of dissident politics. Präsentiert auf der 22.ten Internationalen Konferenz der Politikwissenschaften, IPSA 2012: Reshaping Power, Shifting Boundaries. Madrid: 8.-12.Juli 2012.
- Syriza (2014): Statement of Solidarity with Nikos Romanos. <http://syriza-uk.org/statement-of-solidarity-with-nikos-romanos/> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Tarrow, Sidney (1998): Power in Movement: Collective Action, Social Movements and Politics. Cambridge: University Press.
- The Press Project (2014): Video: Nikos Romanos just after the murder of Alexandros Grigoriopoulos. <http://www.thepressproject.net/article/70024/Video-Nikos-Romanos-just-after-the-murder-of-Alexandros-Grigoriopoulos> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- The Toc (2014a): Nikos Romanos's health deteriorates dangerously. <http://www.thetoc.gr/eng/politics/article/nikos-romanos-health-deteriorates-dangerously> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- The Toc (2014b): Nikos Romanos 'was changed by Grigoropoulos's murder'. <http://www.thetoc.gr/eng/people/article/nikos-romanos-was-changed-by-grigoropoulos-murder> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- To Koumpouri (2014): Ιπτάμενοι Αναρχικοί | Μοίρα Αναρχικών Καταδρομών. <https://www.youtube.com/watch?v=oCBF7xaSQIg> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- To Vima (2014a): Justice Ministry proposes distance learning for Romanos and Kostaris. <http://www.tovima.gr/en/article/?aid=655340> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- To Vima (2014b): Διαμαρτυρία έξω από το σπίτι του Βενιζέλου για τον Ν.Ρωμανό. <http://www.tovima.gr/society/article/?aid=655511> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- To Vima (2015): Επέμβαση της ΕΛ.ΑΣ στην Πρυτανεία του Πανεπιστημίου-14 συλλήψεις. <http://www.tovima.gr/society/article/?aid=695330> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- TPTG (2015): On Syriza and its victory in the recent general elections in Greece. <http://www.marxisthumanistinitiative.org/international-news/on-syrizas-victory-statement-by-tpg.html> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Tsimitakis, Matthaios (2014): Maximum security in times of austerity. <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/07/greek-prisoners-hunger-strike-20147355831605808.html> (letzter Zugriff am 03.09.2015).
- TvXs (2014): Απαγόρευση συγκεντρώσεων και πορειών στο κέντρο της Αθήνας. <http://tvxs.gr/news/ellada/apagoreysi-sygentroseon-kai-poreion-sto-astynomokratoymeno-kentro> (letzter Zugriff am 04.09.2015).
- Versammlung des besetzten Polytechnikums (2014a): Athen: Erste Erklärung vom besetzten Polytechnikum in Exarchia, 1/12/2014. <http://de.contrainfo.espiv.net/2014/12/03/athen-erste-erklarung-vom-besetzten-polytechnikum-in-exarchia-1122014/> (letzter Zugriff am 03.09.2015).

Versammlung des besetzten Polytechnikums (2014b): Athen: Zweite Erklärung des besetzten Polytechnikums nach den Riots in Exarchia am 2.12.2014. <http://de.contrainfo.espiv.net/2014/12/05/athen-zweite-erklarung-des-besetzten-polytechnikums-nach-den-riots-in-exarchia-am-2-12-2014/> (letzter Zugriff am 03.09.2015).

Žižek, Slavoj (2001): Die Tücke des Subjekts. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Žižek, Slavoj (2006): The lesson of Rancière. In: Jacques Rancière: The Politics of Aesthetics. London: Continuum, 69-79.

The Romanos-Movement 2014 in Greece as a constituent crack in the post-political Crisis Regime

Triggered by the hunger strike of 21-year old Greek anarchist and prison inmate Nikos Romanos in the period of November-December 2014 a nationwide solidarity movement was formed in Greece. This article provides a broad insight into the protest events. Following the understanding of the Newer Theories of the Political it diagnoses for Greece the development towards a post-political order, in which there is no space for political subjectivation and the articulation of dissent. The article argues that the Romanos Movement managed to disrupt this state of order temporarily through several political practices, demonstrations, occupations and riots, thus configuring its own space in which the protesters as political subjects could have their dispute. Therefore, the article understands riots as political, thus contradicting the hegemonic notion of riots as isolated apolitical events.

Spontan, gewaltsam, von Hunger getrieben?

Diskursive Rahmung von *food riots* und Protesten gegen hohe Preise in Burkina Faso 2008

Bettina Engels

Im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise 2008 fanden in vielen Städten weltweit und insbesondere in Afrika Hungeraufstände statt. Der Beitrag argumentiert, dass solche Aufstände häufig als spontan und gewaltsam dargestellt werden – nicht nur von ‚westlichen‘ Medien und staatlichen Akteuren, sondern auch von oppositionellen Gruppen in den jeweiligen Ländern selbst. Der Artikel analysiert den Fall Burkina Fasos, wo Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen im Anschluss an die Hungeraufstände zu umfangreichen Protesten gegen hohe Nahrungsmittelpreise mobilisierten. Diese Proteste und die Hungeraufstände unterschieden sich hinsichtlich der beteiligten sozialen Gruppen und der eingesetzten Protestrepertoires. Die etablierten oppositionellen Gruppen nutzten die *riots* als diskursiven Bezugspunkt, um ihre Strategien und Forderungen zu legitimieren und voranzubringen

Ersteinreichung: 23. Juni 2015; Veröffentlichung online: 1. Mai 2016
An english abstract can be found at the end of the document.

Inwiefern sind *riots* als kollektives politisches Handeln zu verstehen, als spezifische Form des Protests marginalisierter sozialer Akteure – oder als potenziell kriminelle Akte, spontan, ohne politische Ziele? Diese Frage wurde in den letzten Jahren intensiv etwa anlässlich der *riots* in Großbritannien vom August 2011, in den französischen Banlieues im Oktober und November 2005, in Stockholm 2013 und an vielen anderen Orten diskutiert. Die Bezeichnung als ‚unpolitisch‘ oder ‚kriminell‘ delegitimiert *riots* und legitimiert ein breites Spektrum repressiver und vermeintlich präventiver Maßnahmen. *Riots* als inhärent politisches Phänomen zu fassen betont hingegen ihre strukturellen Ursachen: ökonomische, politische und gesellschaftliche Prozesse wie Marktliberalisierung, die Kommodifizierung sozialer Grundversorgung, Einschnitte im Bereich des Wohlfahrtsstaats und diskriminierende Praktiken von Verwaltung und Polizei. Bis vor Kurzem wurde die Frage, inwiefern *riots* als politisches Phänomen zu fassen seien, fast ausschließlich zwischen diesen beiden Polen diskutiert. In jüngster Zeit richtet sich das Interesse verstärkt auch auf den politischen Subjektstatus von an *riots* aktiv Beteiligten (Trott 2013).

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen institutionalisierte Protestakteure, die sich selbst in expliziter Opposition gegenüber Staat und Regierung positionieren. Diese Organisationen spielen oft eine zentrale Rolle in den Konflikten, von denen *riots* ein Teil sind. Ich untersuche am Beispiel der *food riots* und Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten in Burkina Faso

ab 2008, wie Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen sich auf *riots* beziehen. In den Narrativen der Protestakteure lassen sich zwei maßgebliche Argumente identifizieren. Die Gewerkschaften und ihre Verbündeten stellen die *riots* als Resultat ihrer eigenen jahrelangen Mobilisierungsarbeit dar, obgleich die Aufstände nicht von ihnen organisiert und an den *riots* andere soziale Gruppen beteiligt waren. Ein weiteres zentrales Element ist die Gegenüberstellung ihrer eigenen ‚organisierten‘, ‚kontrollierten‘ und ‚friedlichen‘ Proteste, die ‚klare Ziele‘ aufweisen würden, auf der einen Seite und der ‚spontanen‘, ‚unkontrollierten‘ und ‚ziellosen‘ *riots* auf der anderen. Letztere werden mit Sachschäden und dem Fehlen von Organisationsstrukturen, Verantwortlichen und Führungspersonen in Verbindung gebracht. Dieser Dualismus spielt für die oppositionellen Organisationen eine wichtige Rolle: Er erfüllt die Funktion, sie selbst als legitime Verhandlungspartnerinnen gegenüber den staatlichen Akteuren und der Regierung zu positionieren.

Die Materialgrundlage der Fallstudie bilden Dokumente von internationalen und Nichtregierungsorganisationen, Presseberichte, Flugblätter, Zeitschriften und andere Materialien der Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen sowie 35 leitfadengestützte Interviews, die zwischen Oktober und Dezember 2011 sowie im August und September 2012 an vier Standorten in Burkina Faso geführt wurden. Interviewt wurden Aktivist_innen und Funktionär_innen der Gewerkschaften und anderer Organisationen, an den *riots* Beteiligte sowie Vertreter_innen staatlicher Institutionen. Gegenstand der Interviews waren die *riots* und die Proteste eines Bündnisses „gegen das teure Leben“, insbesondere die Entstehung der *riots*, die Mobilisierung zu den Protesten, die Forderungen und die spezifischen Formen des Protests.

Der Artikel ist wie folgt gegliedert: Der folgende Abschnitt skizziert zunächst kurz die sozialwissenschaftliche Debatte um *riots*. Ich beziehe mich hier insbesondere auf die marxistisch-strukturalistische Perspektive, die sich auch in den Narrativen der burkinischen Protestakteure widerspiegelt, sowie auf die Kritik an dieser Perspektive, wie sie mit Blick auf Proteste marginalisierter Akteur_innen formuliert wurde. Anschließend stelle ich die *riots* und Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten in Burkina Faso dar. Ich analysiere, wie das dortige Bündnis aus Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen das Thema der hohen Preise aufgriff und ihren Forderungen entsprechend rahmte. Dabei nutzten sie die *riots* als Gelegenheit zur Mobilisierung sowie als strategisches Element in ihrer Argumentation, um ihre eigene Position im Konflikt mit der burkinischen Regierung zu stärken.[1]

Debatten um *riots*

Eine Sicht in den politischen und sozialwissenschaftlichen Debatten um *riots* versteht diese als unpolitische, kriminelle Handlungen, insbesondere wenn sie mit Plünderungen und physischer Gewalt einhergehen. Die *riots* in London 2011 beispielsweise wurden in Teilen der öffentlichen Debatte als kriminell und explizit unpolitisch gerahmt (Lamble 2013). Auch die *riots* in den französischen Banlieues der 1990er Jahre sowie 2005 wurden als ‚städtische Gewalt‘ und Teil eines „Dualismus von Stadt versus Banlieue“ (Dikeç 2004: 205) konstruiert; über diese Konstruktion wurden repressive Politiken und Praktiken von Verwaltung und Sicherheitskräften

(beispielsweise die Ausweitung von Polizeibefugnissen, verdachtsunabhängige Kontrollen etc.) legitimiert. Dem steht eine andere Perspektive auf *riots* gegenüber, welche sie als explizit politische Phänomene beschreibt. Sie hebt die politischen Bedingungen und Kontexte hervor, aus denen heraus *riots* entstehen: wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Strukturen, die bestimmte Gruppen systematisch ausschließen und marginalisieren. *Riots* werden als Reaktion auf soziale und wirtschaftliche Missstände verstanden, gelten dabei aber als unorganisiert und ohne identifizierbare Ziele, folglich also nicht als kollektives politisches Handeln (vgl. Brown 2000; Wilkinson 2009). Diese Argumentationslinie entspricht einer marxistischen Perspektive, welche *riots* als entstanden aus sowie Reaktion auf ungleiche ökonomische und politische Verhältnisse begreift, dabei jedoch betont, dass die berechtigte Wut und Frustration der an *riots* Beteiligten von formellen Organisationen kanalisiert und organisiert werden müsse (Harvie/Milburn 2013: 561). In der akademischen Debatte um *riots* wurde diese Position dafür kritisiert, dass sie Politik als linearen Prozess verstünde (etwa Balibar 2007). In Teilen der europäischen Linken hat der klassische marxistische Dualismus von Revolution und *riot* – wobei Erstere als intentional und geplant, Letztere als spontan und ‚unorganisiert‘ angenommen werden – an Bedeutung verloren. Die dominante Stellung des weißen männlichen Proletariats als vermeintlich wichtigstes und womöglich einziges Subjekt sozialer Kämpfe wurde politisch unter anderem durch Studierenden-, Frauen-, queere und migrantische Bewegungen infrage gestellt, theoretisch durch feministische und poststrukturalistische Perspektiven.

Die Perspektive auf *riots* als inhärent politische Phänomene bezieht sich teilweise auf diese theoretischen Zugänge. *Riots* werden als „Objekte von Politik“ (Trott 2013: 539) analysiert. Im Mittelpunkt dieser sich insbesondere auf Michel Foucault stützenden Analysen stehen die Machttechnologien sowie die Disziplinierungs- und Bestrafungspraktiken, denen *rioter* ausgesetzt werden. Zudem stehen die *rioter* selbst als aktiv Handelnde im Mittelpunkt. Gefragt wird beispielsweise danach, welches Maß an „Rationalität, Bewusstsein, geteilten Werten oder Moral erforderlich ist, um als politisches Subjekt zu gelten“ (ebd.).

Es handelt sich dabei keineswegs um neue Fragen: Zu den ersten und nach wie vor einflussreichsten Autoren, die sich damit befasst haben, zählt etwa E. P. Thompson. In seiner *Moral Economy of the English Crowd* (1971) argumentierte Thompson gegen eine Sicht auf *riots* als vermeintlich unpolitisches Phänomen. Er zeigte, dass sich die *food riots* im Großbritannien des 18. Jahrhunderts, anders als im Mainstream der Geschichtsschreibung dargestellt, auf konkrete Vorstellungen von Legitimität und Gerechtigkeit gründeten – der Export von Getreide in Zeiten von Hunger und Nahrungsmittelknappheit wurde als zutiefst ungerecht und moralisch unververtretbar gesehen –, die der Entwicklung kapitalistischer Märkte zu dieser Zeit entgegen standen. Thompson kritisierte, dass die *food riots* in behavioristischer Weise als von Emotionen und Instinkten getrieben dargestellt wurden. Eine solche Darstellung ginge damit einher, den *rioter*n ihren Status als aktiv handelnde politische Subjekte abzusprechen (Thompson 1971: 77).

In der sozialwissenschaftlichen Debatte fällt auf, dass *riots* in Feldern wie der Stadtforschung (etwa Harvey 2012; Wacquant 2008) mehr

Aufmerksamkeit erfahren als in der Forschung zu sozialen Bewegungen und *contentious politics*[2]. Arbeiten aus dem Bereich der kritischen Stadtforschung analysieren *riots* beispielsweise aus der Perspektive von *urban citizenship* als Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe und politisch-demokratischer Anerkennung (Amin 2003; Duprez 2009; Moran 2011). David Garbin und Gareth Millington (2012) zeigen am Beispiel der Pariser Banlieu La Courneuve, anschließend an Pierre Bourdieus Konzeption des sozialen Raums, wie sozialräumliche Marginalisierung in einer territorialen Stigmatisierung bestimmter städtischer Gruppen durchgesetzt und verfestigt wird und damit die strukturelle Hintergrundfolie für *riots* schafft. Andere Autor_innen binden, meist bezugnehmend auf Henri Lefebvre, *riots* als spezifisch städtische Protestform an die Debatte um das „Recht auf Stadt“ zurück (Harvey 2012; Mayer 2009; Mitchel 2003).

Häufig werden *riots* als durch zwei charakteristische Merkmale gekennzeichnet beschrieben: Spontaneität und physische Gewalt (etwa Arezki/Brückner 2011; Lupsha 1969). Spontaneität impliziert das Fehlen strategischer Planung und Organisation sowie die offene Ansprache der Adressat_innen von Protest, potenzieller Anhänger_innen, Unterstützer_innen und Verbündeter. Infolge dessen werden physische Gewalthandlungen, die mit *riots* in Verbindung stehen, auch von der Bewegungs- und Protestforschung – anders als in anderen Fällen von physischer Gewalt im Zuge von politischem Protest – selten als taktische Repertoires gefasst, sondern als Ausdruck von Emotionen und fehlender rationaler strategischer Planung (vgl. Gamson 1975). Analysen aus dem Bereich der Bewegungs- und Protestforschung konzentrieren sich überwiegend auf kollektives Handeln von formalisierten Organisationen und identifizierbaren Gruppen (Snow et al. 2004). Aufbauend auf Theorien kollektiven Handelns stehen die Entstehungs- und Erfolgsbedingungen für Mobilisierung und politischen Protest im Mittelpunkt dieser Forschungsrichtung. Die meisten Ansätze gehen dabei von einem Mindestmaß an organisatorischer Struktur als notwendiger Bedingung für Protest aus. Die prominenteste Kritik an dieser konzeptuellen Verknüpfung von Bewegung und Organisation haben Frances Fox Piven und Richard Cloward formuliert:

„Die Betonung der bewußten Intention [...] spiegelt die Verwechslung von Massenbewegungen mit formalisierten Organisationen, die in der Regel auf dem Höhepunkt der Bewegung auftauchen, wider – die Verwechslung zweier zwar ineinander verwobener, aber dennoch ganz verschiedener Phänomene. [...] Was auch immer die intellektuellen Ursachen für diesen Irrtum sein mögen, die Gleichsetzung von Bewegung mit ihren Organisationen – die zudem voraussetzt, daß Proteste einen Führer, eine Satzung, ein legislatives Programm oder doch zumindest ein Banner haben müssen, bevor sie anerkannt werden – hat den Effekt, daß die Aufmerksamkeit von vielen Formen politischer Unruhe abgelenkt wird und diese per definitionem den verschwommenen Bereichen sozialer Probleme und abweichenden Verhaltens zugeordnet werden.“ (Piven/Cloward 1986: 29-30)

Auch James Scott (1987) warnt davor, Widerstand konzeptuell zu eng an Intentionalität und kollektives Handeln zu binden. Der Fokus auf offene und

kollektive Formen des Protesthandelns, so Scotts Argument, liefe Gefahr, indirekt und ungewollt die Analyse auf die von den jeweiligen herrschenden Eliten definierten Räume und Arenen zu beschränken (ebd.).

In der folgenden Fallstudie zu den *food riots* und Protesten gegen die hohen Lebenshaltungskosten in Burkina Faso argumentiere ich, dass die kritischen Hinweise von Piven und Cloward sowie Scott nicht nur für externe Beobachter_innen relevant sind, sondern auch für die an den jeweiligen politischen Debatten um *riots* aktiv Beteiligten – gerade für diejenigen, die mit den *riotern* sympathisieren. Denn sie verfügen über Gestaltungsmacht, die Räume von Protest und kollektivem Handeln abzustecken und zu definieren, welchen Individuen und sozialen Gruppen welche Möglichkeiten zugestanden werden, ihre Interessen zu artikulieren.

***Food riots* und Proteste „gegen das teure Leben in Burkina Faso“**

Der außerordentliche Anstieg der Nahrungsmittelpreise zählt zu den schwerwiegendsten Folgen der gegenwärtigen globalen Krisen. In der ersten Jahreshälfte 2008 erreichte der wichtigste Index für Nahrungsmittelpreise, der *Food Price Index* der FAO, Höchstwerte. Im März lag er mehr als 50 Prozent über dem Wert des Vorjahres. 2009 sanken die Preise zwar vorübergehend, stiegen 2011 jedoch wieder stark und haben sich seither auf hohem Niveau stabilisiert (FAO Homepage, 16.01.2016). In Dutzenden Städten weltweit – etwa in Kairo, Rabat, Mogadischu, Abidjan, Dakar, Nairobi, Port-au-Prince, Lima und Dhaka – protestierten die Menschen mit Hungeraufständen, Demonstrationen und Streiks gegen den Preisanstieg. Bei den Hungeraufständen handelte es sich meist um mehr oder weniger spontane, nicht angemeldete Demonstrationen. Vielerorts mobilisierten Gewerkschaften, Verbraucherverbände und Frauengruppen Tausende Menschen zu Demonstrationen, im Zuge derer es teilweise zu Besetzungen von Regierungsgebäuden oder Plünderungen von Geschäften und Nahrungsmittellagern kam. In vielen Fällen reagierten die Sicherheitskräfte mit Gewalt, zahlreiche Menschen wurden getötet oder verletzt. Der rasante Anstieg der Preise war eher ein Auslöser als die eigentliche Ursache der Auseinandersetzungen, bei denen es im Kern um sozioökonomische Ungleichheit, globale kapitalistische Verhältnisse und politische Unterdrückung ging. Häufig richteten sich Demonstrationen explizit gegen die jeweils herrschenden Parteien und Präsidenten, die in vielen Fällen schon seit Jahren oder Jahrzehnten an der Macht sind (Bush 2010; Harsch 2008; Patel/McMichael 2009).

Die Durchsetzung kapitalistischer Vergesellschaftung stellt eine Rahmenbedingung dar, ohne welche die Hungeraufstände nicht zu verstehen sind. Denn bei den Protesten geht es nicht um die Knappheit von Nahrung als solche: nicht darum, dass zu wenig Nahrungsmittel verfügbar wären, sondern darum, dass arme städtische Bevölkerungsschichten sie sich nicht leisten können. So ist auch die jüngste Nahrungsmittelpreiskrise nicht als singuläres Ereignis zu verstehen, das im Sinne eines externen Schocks die *riots* Anfang 2008 ausgelöst hätte. Sie ist vielmehr Ausdruck und Bestandteil eines historisch spezifischen Geflechts politisch-ökonomischer Beziehungen insbesondere zwischen dem globalen Norden und

Süden. Das gegenwärtige globale Ernährungsregime zeichnet sich durch die Abhängigkeit des Industriekapitalismus von fossilen Energien ebenso aus wie durch die Expansion der Agrarkraftstoffproduktion, Spekulationen auf Boden und auf den Nahrungsmittelmärkten sowie die Konzentration und Zentralisierung der profitorientierten Produktion von Nahrungsmitteln (McMichael 2009). Wachsender Energiebedarf bei gleichzeitiger Erkenntnis, dass die weltweiten fossilen Energiereserven endlich sind, sowie der Wunsch nach Unabhängigkeit von den Ölförderstaaten haben dazu geführt, dass vor allem Industrie- und Schwellenländer zunehmend versuchen, ihren Energiebedarf durch Agrarkraftstoffe zu decken. Infolgedessen werden große Flächen im globalen Süden für den Anbau von entsprechenden Pflanzen (etwa Zuckerrohr, Jatropha oder Ölpalmen) umgenutzt – und stehen deshalb für die Produktion von Nahrungsmitteln nicht (mehr) zur Verfügung.

In internationalen medialen, politischen und humanitären Debatten wurden *food riots* überwiegend als spontane Aktionen verhandelt, als unmittelbare und verzweifelte Reaktionen auf den Preisanstieg. „Die steigenden Nahrungsmittelpreise verursachten eine Epidemie des Hungers, die zu den *riots* geführt hat [...]. Ohne Nahrung revoltieren die Menschen, sie emigrieren, oder sie sterben“, [3] erklärte die geschäftsführende Direktorin des Welternährungsprogramms, Josette Sheeran (WFP 2009). „Wird uns das Jahr 2013 soziale Unruhen in Brasilien, Streiks in China oder eine Revolution in Pakistan bringen?“, fragte David Frum 2012 in einem CNN-Beitrag und ergänzte: „Die Antwort lässt sich wahrscheinlich aus den Preisindizes ableiten“ (Frum 2012). Jacques Diouf, Generaldirektor der *Food and Agriculture Organisation* (FAO), warnte in seiner Rede auf der UN-Konferenz für Ernährungssicherung, Klimawandel und Bioenergie im Juni 2008, die Welternährungskrise würde zu *riots* führen, „die den Frieden und die Sicherheit auf der Welt gefährden können“ (Diouf 2008: 1). Eine tiefer gehende Analyse dieser Diskurse ist nicht der Anspruch dieses Beitrags. Doch die angeführten Beispiele werfen zumindest Schlaglichter darauf, wie *food riots* im Zuge der jüngsten Nahrungsmittelpreiskrise als tragischer Ausdruck einer humanitären Krise dargestellt wurden.

In Burkina Faso fanden Ende Februar 2008 innerhalb einer Woche in den meisten größeren Städten des Landes Hungeraufstände[4] statt. Bei unangemeldeten (Bobo-Dioulasso, Ouahigouya) beziehungsweise nicht genehmigten (Ouagadougou) Demonstrationen kam es zu umfangreichen Sachschäden an Tankstellen, an öffentlichen und privaten Gebäuden. Bei Zusammenstößen zwischen Protestierenden und Sicherheitskräften wurden zahlreiche Menschen verletzt und Hunderte festgenommen (Harsch 2009; Maccatory et al. 2010). Die Protagonist_innen waren größtenteils marginalisierte urbane Jugendliche[5]; mehrheitlich junge Männer, die ohne regelmäßiges Einkommen im informellen Sektor ihr Überleben zu sichern versuchten.

Ende Februar 2008, am Tag der Hungeraufstände in Ouagadougou, versammelten sich die Gewerkschaftsführungen und verabschiedeten eine Erklärung, in der sie die entstandenen Schäden bedauerten, jedoch betonten, dass die Aufstände Ausdruck der legitimen Wut der Bevölkerung angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten seien. Sie kritisierten die von der Regierung angekündigten Maßnahmen als ungenügend und riefen andere zivilgesellschaftliche Organisationen zu einem Treffen am 6. März 2008 und

zu einer zentralen Kundgebung in Ouagadougou in der Folgewoche auf. Am 12. März schlossen sich die großen Gewerkschaften mit Konsumenten- und Berufsverbänden, Menschenrechtsorganisationen sowie Vereinigungen von Schüler_innen und Studierenden zur „Nationalen Koalition gegen das teure Leben, die Korruption, den Betrug, die Straflosigkeit und für die Freiheiten“ (*Coalition nationale de lutte contre la vie chère, la corruption, la fraude, l'impunité et pour les libertés*, CCVC) zusammen (CCVC 2008a). Das Bündnis organisierte zwei landesweite Generalstreiks im April 2008 und mehrere Großkundgebungen. Angeführt von den Gewerkschaften war die CCVC die treibende Kraft in der Mobilisierung zu den Protesten gegen die hohen Lebenshaltungskosten in Burkina Faso. Für die Gewerkschaften lag es nahe, das Thema der gestiegenen Preise unmittelbar im Anschluss an die Hungeraufstände aufzugreifen und zur Mobilisierung zu nutzen, weil dieses schon seit einigen Jahren auf ihrer Agenda stand. Bereits eine Woche vor den Aufständen hatte der gewerkschaftliche Dachverband *Confédération générale des travailleurs du Burkina* (CGT-B) eine Erklärung veröffentlicht, in der er die „anderen Organisationen (der Studierenden, der Konsument_innen und der Menschenrechtsbewegung, der Frauen, der Jugend...)“ (CGT-B 2008: 1) zu gemeinsamen Initiativen aufrief.

Ab März 2008 waren die außerparlamentarischen oppositionellen Akteure federführend in den Protesten gegen die hohen Lebenshaltungskosten, insbesondere die Gewerkschaften, Menschenrechts- und Studierendenorganisationen. In diesen Organisationen sind vor allem Mittelschichtsangehörige in den Städten vertreten: Studierende, Schüler_innen weiterführender Schulen und abhängig Beschäftigte. In den Forderungen der CCVC spiegelt sich auch die zentrale Rolle der Gewerkschaften und ihrer Hauptklientel, die aus Angestellten des öffentlichen Dienstes im Bildungs- und Gesundheitsbereich besteht, wider. So steht im Forderungskatalog der Koalition an erster Stelle „eine Erhöhung der Gehälter und Pensionen der Staatsbediensteten sowie der Arbeiter_innen im privaten Sektor“ (CCVC 2008b). Und als einen zentralen Erfolg ihrer Proteste erklären Vertreter_innen des Bündnisses die Herabsetzung der Lohnsteuer und die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst.[6]

Hingegen waren an den *food riots* vom Februar 2008 zahlreiche Angehörige sozialer Gruppen beteiligt, die in den Gewerkschaften und den etablierten Bewegungsorganisationen nur schwach vertreten sind. Die Mobilisierung zu den *riots* verlief in den informellen Netzwerken dieser Jugendlichen, über persönlichen Kontakt und SMS. Formale Organisationsstrukturen bestehen kaum. *Riots* als typisches Protestrepertoire dieser Gruppen (vgl. Alexander/Pfaffe 2013; Engels 2015) haben in den burkinischen Städten eine Tradition aus früheren Konflikten (Harsch 2009). Im Jahr 2006 kam es beispielsweise in Ouagadougou zu *riots*, als die Regierung versuchte, eine Helmpflicht für Mopeds und Mofas durchzusetzen (Chouli 2012: 134). Nichtsdestotrotz zeigten sich die meisten Beobachter_innen, auch innerhalb der Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen, von den *food riots* im Februar 2008 überrascht.[7]

Die burkinische Regierung und die Behörden reagierten unmittelbar auf die Hungeraufstände zunächst mit dem Einsatz der Sicherheitskräfte und zahlreichen Verhaftungen. Darüber hinaus ergriffen sie eine Reihe von

Maßnahmen, um die Auswirkungen der Preiskrise abzufedern. Sie setzte zeitweise die Importzölle und Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel aus und errichtete Ausgabestellen für subventionierte Lebensmittel (Africa Research Bulletin 2008; Assemblée Nationale 2008; Chouli 2012; Zahonogo et al. 2011). Die ersten Maßnahmen wurden kurz nach den Hungeraufständen im März 2008 angekündigt, andere erfolgten später nach erneuten Protesten.

Obwohl die Nahrungsmittelpreiskrise und die *riots* vom Februar 2008 die Auslöser für die Gründung waren, war die CCVC nur teilweise ein neues Bündnis. Die Allianz baute institutionell und personell stark auf eine bereits bestehende Koalition auf: das „Kollektiv der demokratischen Massenorganisationen und politischen Parteien“ (*Collectif d'organisations démocratiques de masse et de partis politiques*). Das Kollektiv war Anfang 1999 von Gewerkschaften, Menschenrechts- und Studierendenverbänden, Oppositionsparteien, Frauen- und Anwaltsorganisationen gegründet worden. Anlass war die Ermordung des regimekritischen Journalisten Norbert Zongo im Dezember 1998 (Frère 2010; Harsch 2009; Hilgers 2010). Beide Bündnisse, das Kollektiv und die CCVC, bestehen nach wie vor parallel und mit großen personellen und institutionellen Überschneidungen. Sie unterscheiden sich insofern, als bei der CCVC die marxistisch orientierte CGT-B, der mitgliederstärkste Gewerkschaftsverband des Landes, die Federführung hat, während das Kollektiv vom *Mouvement burkinabè des droits de l'homme et des peuples* (MBDHP), der einflussreichsten Menschenrechtsorganisation, angeführt wird. Der Vorsitzende des MBDHP ist zugleich Sprecher des Kollektivs und Vizepräsident der CCVC. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass in der CCVC politische Parteien ausgeschlossen sind. Vertreter des Bündnisses erklären dies mit dem Verweis darauf, dass man im Kollektiv die Erfahrung gemacht hätte, dass Parteipolitiker_innen die zivilgesellschaftlichen Allianzen für individuelle Machtinteressen missbrauchen könnten.[8]

Diskursive Rahmung der *riots*

Die Gewerkschaften und die mit ihnen verbündeten Organisationen schlossen in ihrer Mobilisierung unmittelbar an die *food riots* an. Sie rahmten den Preisanstieg ihren zentralen Forderungen (etwa nach der Erhöhung der Gehälter) entsprechend und stellten die *riots* teilweise als Erfolg ihrer eigenen, voran gegangenen Mobilisierung dar. In ihren Narrativen nutzten sie die *riots* als Referenzpunkt, um ihre eigenen Strategien und Forderungen zu legitimieren und sich selbst als Verhandlungspartnerinnen der nationalen Regierung zu positionieren. Vertreter_innen von CCVC-Mitgliedsorganisationen ebenso wie von staatlichen Institutionen argumentierten in den Interviews, zu den *food riots* vom Februar 2008 sei es nur gekommen, weil die im Kollektiv zusammengeschlossenen Organisationen zuvor jahrelange kontinuierliche Mobilisierungsarbeit betrieben hätten.

„Die Leute haben genug davon, und sie reagieren. Das ist das Ergebnis von Jahren der Arbeit zur politischen Bewusstseinsbildung durch das Kollektiv. Das Kollektiv hat großartige Arbeit geleistet. [...] Heute lassen die Leute sich nicht mehr alles einfach so gefallen. Die spontanen Bewegungen sind kein Vandalismus, sie sind politisches Bewusstsein!“

So äußerte sich ein CCVC-Vertreter[9]. Diese Interpretation spiegelt ein typisches marxistisches Verständnis von *riots* wider. Dies ist insofern wenig überraschend, als viele der in der CCVC zusammengeschlossenen Organisationen (auch jene, welcher der zitierte Vertreter angehört), marxistisch orientiert sind. Damit einher geht das Selbstverständnis einiger Organisationen, die es als ihre Aufgabe sehen, die ‚Massen‘ zu organisieren und für die Revolution zu mobilisieren: „Der Kampf wird von den Massen und für die Massen gemacht. [...] Wir verstehen uns als demokratische Massenorganisation; unser Platz ist an der Seite des Volkes“, erläuterte ein Aktivist der Studierendenbewegung[10]. Ein anderer erklärte, dass „die Massen wegen der hohen Preise auf die Straßen gegangen sind“, jedoch sei diese „spontane Bewegung“ nicht gut organisiert gewesen, weswegen die Gründung der CCVC erfolgt sei: „Die Organisationen reagieren auf die Wünsche und Probleme der Massen.“[11].

In der Darstellung durch die CCVC und ihre Mitgliedsorganisationen lässt sich eine Gegenüberstellung der *riots* und ihrer eigenen Protestaktionen ausmachen: Während hier die Ersteren unkontrolliert und potenziell gewalttätig erscheinen, werden die Zweiteren als friedlich, kontrolliert, gut organisiert und konform mit den Regularien des Versammlungsrechts gezeigt. In der Konstruktion sowohl der Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen als auch ihrer staatlichen Gegenspieler (Regierung, Verwaltungen, Sicherheitskräfte) besteht ein Dualismus von Marsch (*marche*[12]) gegenüber Aufstand (*émeute*). Marsch meint eine geplante, gut organisierte, dem Versammlungsrecht entsprechend angekündigte Demonstration, die von identifizierbaren kollektiven Akteuren organisiert wird sowie in geregelten Bahnen und ohne Probleme verläuft. Dabei sind mit Problemen vor allem Sachschäden und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrant_innen gemeint. Demgegenüber werden *riots* als spontane und unorganisierte Aktionen dargestellt, die potenziell mit Sachschäden (*casses*[13]) verbunden sind (unabhängig davon, ob diese intendiert sind oder nicht). „Ein *riot* ist es, wenn die Leute einfach rausgehen, um etwas kaputt zu machen“, erklärte ein Aktivist, „eine Demonstration ist es, wenn es klare Ziele gibt.“[14]

Es besteht eine grundlegende Übereinstimmung zwischen den oppositionellen Organisationen und den staatlichen Akteuren über den Gegensatz von ‚friedlichem Protest‘ und ‚*casses*‘, auf den sich beide in der Verhandlung ihrer politischen Auseinandersetzung beziehen. In den Diskursen und Praktiken von *contentious politics* werden formelle und informelle Regeln darüber, wie politische Konflikte ausgetragen und Forderungen artikuliert werden, zwischen herrschenden und oppositionellen Akteuren ausgehandelt, produziert, angefochten und reproduziert. Im burkinischen Beispiel akzeptieren staatliche und oppositionelle Akteure die „Tatsache“, dass es zu gewaltsamen Konfrontationen kommt, wenn staatliche Sicherheitskräfte bei Protestaktionen einschreiten. Bei den „kontrollierten“ Demonstrationen der Gewerkschaften und anderen Organisationen gegen die hohen Lebenshaltungskosten hielten sich die Sicherheitskräfte deshalb weitgehend im Hintergrund; bei den „spontanen Bewegungen“ „müssten“ die Behörden die Sicherheitskräfte schicken, argumentieren sowohl Behörden- als auch Bewegungsvertreter_innen[15]. Ein Gewerkschafter berichtet, bei der

Großdemonstration der CCVC am 8. April 2011 hätte er selbst die Gendarmerie gerufen, um ihr eine Person zu übergeben, die versucht hätte, Sachschäden zu herbeizuführen[16]. Ein anderer erklärte:

„Die Gewerkschaftsführungen wissen, wie man Protestaktionen kontrolliert, so dass es nicht zu gewaltsamen Ausschreitungen kommt. Unser Vorteil als formale Struktur ist, dass wir *casses* und andere Störungen der öffentlichen Ordnung vermeiden können. Wenn es *casses* gibt, müssen die Sicherheitskräfte den öffentlichen Frieden wieder herstellen – mit all den Problemen, die damit einher gehen, dass Leute verletzt oder getötet werden.“[17]

Johanna Siméant (2011) stellt in ihrer Analyse von Auseinandersetzungen in der malischen Hauptstadt Bamako eine Delegitimierung von Protest durch den Rekurs auf Gewalt fest. Sie weist darauf hin, dass eine vereinfachende Gegenüberstellung von ‚gewaltsamen‘ und ‚friedlichen‘ Protesten analytisch wenig hilfreich ist, hingegen der Blick auf das Verhältnis unterschiedlicher Protestformen Aufschluss über den Verlauf sozialer Auseinandersetzungen geben kann. Denn Aufstände und formalisierter Protest sind häufig diskursiv miteinander verknüpft; so beziehen sich Narrative über ‚reguläre‘ Proteste implizit oder explizit auf die Möglichkeit ‚unorganisierter‘ Auseinandersetzungen (Siméant 2011: 2). Im Fall der burkinischen Proteste „gegen das teure Leben“ verweisen die Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen einhellig darauf, dass es zu den Aufständen, die mit einigen Sachschäden einhergingen, nicht gekommen wäre, wenn die Regierung sich nach früheren gewerkschaftlichen Protesten auf größere Zugeständnisse hinsichtlich von Preiskontrollen und einer Erhöhung der Kaufkraft eingelassen hätte. Insofern trifft Siméants auf Mali bezogene Beobachtung für Burkina Faso nicht zu. Denn dort wurden durch den Verweis auf die Aufstände die Aktionen der Gewerkschaften und anderen Organisationen argumentativ aufgewertet – und zwar ebenso durch diese Organisationen selbst wie durch ihre staatlichen Gegenspieler. Die CCVC bezieht sich strategisch auf die *riots*, um sich selbst als relevante Verhandlungspartnerin der Regierung zu positionieren. Bis 2008 sei die Regierung gegen sie gewesen, erklärte einer der führenden Aktivisten des Bündnisses. Nach den „spontanen Aufständen“ hätten die Vertreter des Staates verstanden, „wenn es das Kollektiv oder die CCVC ist, ist alles unter Kontrolle, und man weiß, wer die Verantwortlichen sind. Wenn wir demonstrieren, haben wir klare Forderungen.“[18]

Im Anschluss an Herbert Haines (1984) lässt sich diese Strategie als „Flankeneffekt“ beschreiben. Haines analysiert, welche Folgen es für eine soziale Bewegung hat, wenn sich Teile von ihr radikalisieren, und benennt sowohl positive wie negative „*radical flank effects*“. Als negativen Flankeneffekt bezeichnet er, wenn die externe Unterstützung auch für die moderaten Flügel einer Bewegung infolge radikaler Aktionen schwindet. Demgegenüber ist ein positiver Flankeneffekt zu beobachten, wenn die Existenz radikaler Gruppen und ihre Aktivitäten die Verhandlungsposition der Moderaten stärken. Ein solcher Effekt kann entweder eintreten, weil radikale Aktionen eine Krise verursachen, die zum Vorteil der Moderaten gelöst wird; oder weil radikale Gruppen eine Kontrastfolie bieten, gegenüber der die Forderungen und Strategien moderater Akteure diskursiv normalisiert und als „vernünftig“

dargestellt werden können (Haines 1984: 32). Letzteres ist bei den burkinischen Hungeraufständen und Protesten „gegen das teure Leben“ der Fall. Die Hungeraufstände 2008 haben die Position der Gewerkschaften und anderer etablierter Organisationen im Machtkampf mit der Regierung verbessert und sie eher legitimiert als delegitimiert. Die Gewerkschaften seien seither in einer stärkeren Position, weil sie sich im „legalen Rahmen“ bewegen würden, so ein Gewerkschaftsvorsitzender: „Die informellen Gruppen respektieren das Gesetz nicht. [...] Die Regierung hat [jetzt] verstanden, dass sie die Forderungen der Gewerkschaften lieber anhören sollte[19].“ Der positive Flankeneffekt wird im burkinischen Beispiel – im Unterschied zu Haines' Untersuchung – nicht durch eine Radikalisierung innerhalb einer Bewegung hervorgerufen, sondern durch *riots* – Aufstände von Angehörigen sozialer Gruppen, die in den entsprechenden Bewegungen und Organisationen wenig vertreten sind.

Die soziale Basis der Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten war breiter als die früherer Auseinandersetzungen. So schlossen sich beispielsweise zahlreiche kleine Händler_innen und ihre Vereinigungen auf den lokalen Märkten den Aktionen der CCVC an. Trotzdem ist es dem Bündnis kaum gelungen, die große Gruppe der erwerbslosen Jugendlichen und im informellen Sektor Tätigen zu integrieren, die in den *riots* eine zentrale Rolle einnahmen. Das Problem der Repräsentation und Organisation solcher gesellschaftlich marginalisierter Gruppen ist linken Bewegungen und Gewerkschaften in Europa und Nordamerika vertraut, deren Klientel ebenfalls in den abhängig Beschäftigten, Studierenden und städtischen Mittelschichten besteht und die über wenig Verankerung im subproletarischen Milieu, unter Wohnungslosen oder Illegalisierten verfügen. Auch die Gewerkschaften und Bewegungen in Burkina Faso sind sich dieses Problems sehr bewusst: „Auch deswegen haben wir die CCVC gegründet“, erklärte ein Verantwortlicher des Bündnisses.[20]

Schlussbemerkung

Als es im Zuge der globalen Nahrungsmittelpreiskrise in Burkina Faso Anfang 2008 zu Hungeraufständen kam, nahmen die Gewerkschaften und Bewegungsorganisationen das Thema unmittelbar im Anschluss an die *riots* auf und mobilisierten zahlreiche Menschen zu Generalstreiks, Großdemonstrationen und anderen Protestaktionen. Der Anstieg der Lebensmittelpreise bietet ein besonderes Potenzial für umfassende Mobilisierung, weil er große Teile der Bevölkerung in ähnlicher Weise betrifft. Für die ärmsten Schichten hat der Preisanstieg eine existenzbedrohende Wirkung, für die Mittelschichten verstärkt er die relative Deprivation. Die Proteste gegen die hohen Preise waren deshalb nicht wie andere Mobilisierungen auf ein relativ kleines Bevölkerungssegment beschränkt, wenngleich an unterschiedlichen Protestformen (Hungerrevolten, Demonstrationen der CCVC) unterschiedliche Gruppen beteiligt waren.

Die Proteste „gegen das teure Leben“ sind ein Beispiel intensiver und erfolgreicher Mobilisierung durch ein breites Bündnis oppositioneller zivilgesellschaftlicher Gruppen. Sie sind aber auch ein Beispiel für die Ambivalenzen von Protest, insbesondere hinsichtlich der Fragen von Repräsentation und Organisation sowie des Verhältnisses von ‚organisiertem‘ und ‚unorganisiertem‘ kollektivem Handeln. *Riots* entziehen sich etablierten Mustern des

Protests; in vielen Fällen verweigern *rioter* entsprechende Interpretations- und Kommunikationsangebote – auch seitens linker Sympathisant_innen. Ein positiv konnotiertes Verständnis von *riots* als spontane Reaktion marginalisierter Akteur_innen auf tief greifende soziale und ökonomische Ungleichheit und Ungerechtigkeit ist unter linken Aktivist_innen und Organisationen weit verbreitet, in Afrika und Europa gleichermaßen.

Im Fall der Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten in Burkina Faso stellten die *riots* eine Gelegenheit dar, welche die etablierten Protestakteure erfolgreich zur Mobilisierung nutzen konnten. Indem sie auf ihre bestehenden Netzwerke und Erfahrungen aufbauten und das Thema anschlussfähig an ihre vorhandenen Forderungen rahmten, gelang es ihnen, ihre Klientel zu mobilisieren und die soziale Basis ihrer Proteste weiter zu vergrößern. Auf diese Weise konnten die Protestorganisationen in Burkina Faso über einen längeren Zeitraum hinweg ein hohes Maß an Mobilisierung aufrecht erhalten und die Regierung unter Druck setzen. Eine erfolgreiche Strategie war dabei die Konstruktion des Dualismus von *riots* als unorganisiert, unkontrolliert und potenziell gewaltsam gegenüber den organisierten, kontrollierten und friedlichen Protesten der CCVC. Diese Konstruktion ist kohärent mit der marxistischen Ideologie, an der sich viele der in der CCVC zusammengeschlossenen Organisationen orientieren. Eine marxistisch-strukturalistische Sicht auf *riots* und ein Verständnis von Protestierenden als aktiv Handelnden schließen sich keineswegs aus. Beispielsweise beschreibt Ray Bush *food riots* als

„Teil des Widerstands gegen Globalisierung und die ungleiche Verteilung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Sie sind pragmatische und üblicherweise unorganisierte, aber extrem effektive Ausdrucksformen von städtischen und ländlichen gesellschaftlichen Klassen, die gegen die Art und Weise protestieren, in der ihre *livelihoods* transformiert werden.“ (Bush 2010: 121)

Eine solche Konzeption muss nicht notwendigerweise auf der Annahme beruhen, dass jegliches politisches Handeln kollektiv und intentional, organisiert und kontrolliert ist, identifizierbare Akteure und offen formulierte Ziele und Forderungen aufweist. Die *food riots* von 2008 bestätigen vielmehr, was Thompson für jene feststellt, die mehr als 200 Jahre zuvor stattfanden: dass sie nicht notwendigerweise eines hohen Grades an Organisation bedürfen (Thompson 1971: 119). Nahrungs- und Nahrungsmittelpreiskrisen haben ihre Ursachen in politisch-ökonomischen Strukturen. *Riots* und der organisierte Protest oppositioneller Organisationen stellen zwei Seiten derselben Medaille dar, unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Protestrepertoires, die sich gegen das gleiche strukturelle Problem wenden.

Endnoten

- [1] Vielen Dank an die Redaktion von s u b / u r b a n und insbesondere die Schwerpunktredakteur_innen dieses Hefts sowie an die Gutachter_innen für zahlreiche, sehr hilfreiche Hinweise
- [2] *Contentious politics* bezeichnet die Schnittmenge von *contention*, *politics* und *collective action*. Konzeptionell verbirgt sich hinter dem Terminus die Idee, dass widerständiges

- politisches Handeln vielfältige Formen annehmen kann – reformorientierte Prozesse ebenso wie soziale Bewegungen oder revolutionäre Bestrebungen (Tilly/Tarrow 2007).
- [3] Alle Zitate aus dem Englischen und Französischen wurden von der Autorin übersetzt.
- [4] Die Beteiligten sprechen selbst von den Ereignissen als „Hungeraufständen“ (*émeutes de la faim*).
- [5] ‚Jugendlich‘ weniger im Sinne des Lebensalters als vielmehr als soziale Kategorie.
- [6] *L’Observateur Paalga* 28.04.2012; Interviews mit Vertreter_innen von CCVC-Mitgliedsorganisationen in Banfora am 24.11.2011 sowie in Ouagadougou am 03.12.2011 und 02.09.2012.
- [7] Interviews mit Vertreter_innen von Gewerkschaften in Ouagadougou am 10.11.2011; Interviews mit Vertreter_innen von Gewerkschaften und Menschenrechts- und Studierendenorganisationen in Bobo-Dioulasso am 25.11.2011.
- [8] Interviews in Ouagadougou am 16.11.2011 und Koudougou am 08.12.2011.
- [9] Interview in Ouagadougou am 02.09.2012.
- [10] Interview in Ouagadougou am 16.11.2011.
- [11] Interview in Ouagadougou am 16.11.2011.
- [12] Im westafrikanischen Sprachgebrauch ist der Begriff „*marche*“ für eine reguläre Demonstration üblicher als die Bezeichnung „*manifestation*“ (die ebenfalls gebräuchlich ist).
- [13] *Casse* ist die Substantivierung des französischen Verbs *casser*, das wörtlich „brechen“ oder „zerbrechen“ bedeutet. In der burkinischen Debatte, auf die ich mich hier beziehe, wird es als Oberbegriff für alle Gewalt gegen Sachen und Personen seitens der Protestierenden gebraucht, insbesondere gezielte oder unbeabsichtigte Beschädigungen an Gebäuden, etwa durch Steinwürfe oder Feuer.
- [14] Interview in Bobo-Dioulasso am 25.11.2011.
- [15] Interviews mit Behördenangehörigen in Banfora am 22.11.2011 und mit Mitgliedern einer Studierendenbewegung in Banfora am 24.11.2011.
- [16] Interview am 05.12.2011
- [17] Interview mit Gewerkschaftsmitgliedern in Ouagadougou am 01.12.2011.
- [18] Interview am 16.11.2011.
- [19] Interview in Ouagadougou am 10.11.2011
- [20] Interview in Ouagadougou am 02.09.2012

Autor_innen

Bettina Engels ist Politikwissenschaftlerin. Sie forscht zu Konflikten um Land und Bergbau sowie zu *contentious politics* vor allem in Afrika südlich der Sahara. Ihr theoretischer Schwerpunkt liegt auf Raum- und Handlungstheorie.
bettina.engels@fu-berlin.de

Literatur

- Africa Research Bulletin (2011): BURKINA FASO: Unprecedented protests. In: Africa Research Bulletin: Political, Social and Cultural Series 48/4, 18793A–18794C.
- Alexander, Peter / Pfaffe, Peter (2013): Social relationships to the means and ends of protest in South Africa’s ongoing rebellion of the poor: The Balfour Insurrections. In: Social Movement Studies 13/2, 204-221.
- Amin, Ash (2003): Unruly strangers? The 2001 urban riots in Britain. In: International Journal of Urban and Regional Research 27/2, 460-463.
- Arezki, Rabah / Brückner, Markus (2011): Food prices, conflict, and democratic change. In: The University of Adelaide School of Economics Research Paper No. 2011-04.
- Assemblée Nationale (2008): Rapport de la Commission ad hoc sur la vie Chère. Ouagadougou: L’Assemblée Nationale du Burkina Faso.

- Balibar, Etienne (2007): Uprisings in the banlieues. In: *Constellations* 14/1, 47-71.
- Brown, Rupert (2000): *Group Processes: Dynamics Within and Between Groups*. Oxford: Blackwell.
- Bush, Ray (2010): Food riots: poverty, power and protest. In: *Journal of Agrarian Change* 10/1, 119-129.
- CCVC (2008a): Acte de naissance de la CCVC, 12 March 2008. Ouagadougou: CCVC.
- CCVC (2008b): Platform revendicative, 15 July 2008. Ouagadougou: CCVC.
- CGT-B (2008): CGT-B declaration, 14 February 2008, 6 October 2008. Ouagadougou: CCVC.
- Chouli, Lila (2012): Peoples' revolts in Burkina Faso. In: Firoze Manji (Hg.), *African Awakening: The Emerging Revolutions*. Cape Town: Pambazuka, 131-146.
- Dikeç, Mustafa (2004): Voices into noises: Ideological determination of unarticulated justice movements. In: *Space and Polity* 8/2, 191-208.
- Diouf, Jacques (2008): Speech at the UN Conference on Food Security, Challenges of Climate Change and Bioenergy, June 2008. Rome: FAO/UN.
- Duprez, Dominique (2009): Urban rioting as an indicator of crisis in the integration model for ethnic minority youth in France. In: *Journal of Ethnic & Migration Studies* 35/ 5, 753-770.
- Engels, Bettina (2015): Different means of protest, same causes: popular struggles in Burkina Faso. In: *Review of African Political Economy* 42/143, 92-106.
- Frère, Marie-Soleil (2010): „Enterrement de première classe“ ou „leçon de droit“: La presse burkinabè et l'affaire Norbert Zongo. In: Mathieu Hilgers / Jacinthe Mazzocchetti (Hg.), *Révoltes et oppositions dans un régime semi-autoritaire. Le cas du Burkina Faso*. Paris: Karthala, 241-267.
- Frum, David (2012): Why 2013 will be a year of crisis. CNN, 03.09.2012. <http://edition.cnn.com/2012/09/03/opinion/frum-food-price-crisis> (letzter Zugriff am 23. Juni 2015).
- Gamson, William A. (1975): *The Strategy of Social Protest*. Homewood (Illinois): Dorsey.
- Garbin, David / Millington, Gareth (2012): Territorial stigma and the politics of resistance in a Parisian banlieue: La courneuve and beyond. In: *Urban Studies* 49/10, 2067-2083.
- Haines, Herbert H. (1984): Black radicalization and the funding on civil rights: 1957-1970. In: *Social Problems* 32, 31-41.
- Harsch, Ernest (2008): Price protests expose state faults. Rioting and repression reflect problems of African governance. In: *Africa Renewal* 22/2, 15.
- Harsch, Ernest (2009): Urban protest in Burkina Faso. In: *African Affairs* 108/431, 263-288.
- Harvey, David (2012): *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*. London: verso.
- Harvie, David / Milburn, Keir (2013): The moral economy of the English crowd in the twenty-first century. In: *The South Atlantic Quarterly* 112/3, 559-567.
- Hilgers, Mathieu (2010): Evolution of political regime and evolution of popular political representations in Burkina Faso. In: *African Journal of Political Science and International Relations* 4/9, 350-359.
- Lamble, Sara (2013): The quiet dangers of civilized rage: Surveying the punitive aftermath of England's 2011 riots. In: *The South Atlantic Quarterly* 112/3, 577-585.
- Lupsha, Peter A. (1969): On theories of urban violence. In: *Urban Affairs Review* 4, 273-296.
- Maccatory, Bénédicte / Oumarou, Makama Bawa / Poncelet, Marc (2010): West African social movements „against the high cost of living“: From the economic to the political, from the global to the national. In: *Review of African Political Economy* 37/125, 345-359.
- Mayer, Margit (2009): The ‚Right to the City‘ in the context of shifting mottos of urban social movements. In: *City*, 13/2-3, 362-374.
- McMichael, Philip (2009): A food regime analysis of the 'world food crisis'. In: *Agric Hum Values*, 4, 281-295.
- Mitchell, Don (2003): *The Right to the City: Social Justice and the Fight for Public Space*. New York: Guilford.
- Moran, Matthew (2011): Opposing exclusion: The political significance of the riots in French suburbs (2005–2007). In: *Modern & Contemporary France* 19/3, 297-312.
- Patel, Raj / McMichael, Philip (2009): A political economy of the food riot. In: *review xxxii/1*, 9-35.
- Piven, Frances Fox / Cloward, Richard A. (1986 [1977]): *Aufstand der Armen*. Frankfurt am Main: suhrkamp.

- Scott, James (1987): Resistance without protest and without organization: Peasant opposition to the Islamic zakat and the Christian tithe. In: *Comparative Studies in Society and History* 29/3, 417-452.
- Siméant, Johanna (2011): „Oh no! Let's march but not riot!“ Street protests in Bamako during the years 1992-2010. Paper presented at the 4th European Conference on African Studies (ECAS 4). Uppsala, 17 June 2011.
- Snow, David A. / Soule, Sarah A. / Kriesi, Hanspeter (2004): Mapping the terrain. In: David A. Snow / Sarah A. Soule / Hanspeter Kriesi (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Malden (Massachusetts): Blackwell, 3-16.
- Thompson, Edward Palmer (1971): The moral economy of the English crowd in the eighteenth century. In: *Past and Present* 50, 76-136.
- Tilly, Charles/Tarrow, Sidney G. (2007): *Contentious Politics*. Boulder und London: Paradigm.
- Trott, Ben (2013): Introduction. *Rebellious subjects: The politics of England's 2011 riots*. In: *The South Atlantic Quarterly* 112/1, 538-540.
- Wacquant, Loïc (2008): *Urban Outcasts: A Comparative Sociology of Marginality*. Cambridge: Polity.
- WFP 2009: WFP Commends G8 Leaders' Focus on Food Security; Urges Support for Hunger Needs of World's Poorest. Press statement, published on 07 July 2009. <http://www.wfp.org/news/news-release/wfp-commends-g8-leaders-focus-food-security-urges-support-hunger-needs-worlds-poorest> [letzter Zugriff am 23. Juni 2015].
- Wilkinson, Steven I. (2009): Riots. In: *Annual Review of Political Science* 12, 329-343.
- Zahonogo, Pam /Bitibale, Soumaila / Kabre, Adama (2011): *Etude sur la structure des prix des biens et services de grande consommation*. Ouagadougou: Ministère de l'industrie, du commerce et de l'artisanat.

Food riots and protest against high prices in Burkina Faso 2008

Related to the recent food prices crisis, many African cities witnessed food riots. The article argues that food riots are often presented as spontaneous and violent—a reaction to social and economic grievances but still unorganised and aimless. This framing has been produced not only by “Western” media but also by protest actors in the Global South. The article focuses on struggles against high prices in Burkina Faso. Labour unions and social movement organisations used the food riots as an occasion to mobilise in favour of their own agendas. Food riots and trade union protests differed with respect to their protest repertoires and the social groups involved. Equipped with material and access to institutions, trade unions and social movement organisations took up the “spontaneous movements” and strategically referred to them in order to enhance their own strategies and claims.

Die Chaostage 1995 als politisches Spektakel

Medialität und Materialität urbaner *riots*

Yannick Kalff
Katharina Warda

Vor 20 Jahren erschütterten die Chaostage die Messestadt Hannover. In den bis dato schwersten Auseinandersetzungen der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, brachte eine subkulturelle Strömung aus Punks, Skinheads und anderen, die Ordnungsvorstellung der bürgerlichen Gesellschaft ins Wanken.

Die Chaostage heute noch einmal als *riot* zu betrachten, öffnet den Blick auf ihre materielle und mediale Wirkung. Dabei wird deutlich, wie eine Unruhe Sinnzusammenbrüche der lebensweltlich erfahrbaren sozialen Ordnung verursacht. Diese Sinnentleerung motivierte infolge der Chaostage 1995 eine mediale Mobilmachung, um neuen Sinn zuzuschreiben und zu verstehen, was auf der Straße faktisch passiert war. Der *riot* wurde dabei mit seiner eigenen Spektakularität konfrontiert, er wurde fremddefiniert und somit den Beteiligten eine eigene Darlegung ihres Handelns verwehrt. Die Punks griffen diesen Punkt auf und hielten der medialen Hysterie ihr karnevaleskes Zerrbild entgegen.

Ersteinreichung: 15. Juni 2015; Veröffentlichung online: 1. Mai 2016
An english abstract can be found at the end of the document.

*In uns ein Feuer, noch ein Abenteuer, heute soll's sein.
Die Bullen dagegen, doch gerade deswegen muß es jetzt sein.
Mit uns im Abteil nur Abschaum dabei: Musik, Gejohle und Geschrei.
Wohin's uns gefällt, wir brauchen kein Geld.
Heute Hannover und morgen die Welt!*

Terrorgruppe 1996: Wochenendticket.
Album: Melodien für Milliarden

Mit den vorangestellten Zeilen nimmt die Band *Terrorgruppe* Bezug auf eines der identitätsstiftendsten Ereignisse der Punkszene in Deutschland: die Chaostage 1995. Im Liedtext bezeichnen sich die Punks selbst als Abschaum. Gerade weil die Polizei gegen sie und ihre Ruhestörungen vorgeht, fahren sie nach Hannover und stürzen sich ins Abenteuer.

Anhand dieser Narration lassen sich bereits wesentliche Elemente des Konflikts und Ursachen der Chaostage benennen. Selbst- und Fremdbild der Punks schreiben sich hier als das ‚Anormale‘, das ‚Andere‘ der bürgerlichen Gesellschaft ein. Zusätzlich wird ein Verlangen nach Abenteuer erkennbar, welches die Ereignisse begleitete: „Es gibt eine Sehnsucht nach dem

Ereignis. Es wird geschehen, geschah einst. Es wird alles anders sein, alles ist schon anders geworden. [...] eine seltsame, vergessene Intensität wird die Handelnden erfassen“ (Trawny 2011: 7). Dieses nostalgische Drängen auf ein ‚Ereignis‘ richtet sich gegen die eingefahrenen, bleiernen Verhältnisse am scheinbaren „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992). Die Chaostage sind und waren keine Revolution(en), dennoch brechen sie mit einer monotonen und deterministischen Geschichtsschreibung, um selbst Geschichte zu ‚machen‘. Sie markieren einen *riot*, der mithilfe medialer Inszenierungen über die Ereignisse auf der Straße hinausreichte und zum Spektakel wurde.

Wir gehen in unserem Text der These nach, dass es bei diesem *riot* um mehr ging als um einen ungerichteten, sinnlosen Ausbruch von Gewalt, dessen vielleicht griffigste Forderung „Hannover zur Wiese machen“ (Spiritus Rector 1996b) darstellte. Es handelte sich aus unserer Sicht eher um einen Deutungskampf, in welchem die hegemoniale bürgerliche Position in ihrer Selbstdarstellung irritiert und somit die Grundkonstitution von Öffentlichkeit in Frage gestellt wurde.

Vor diesem Hintergrund gelingt es – angesichts aktueller Debatten über „linke Gewalt“ in urbanen Räumen –, eine weitere Deutungsebene freizulegen, welche Gewalt auf der Straße mit einer ihr vorgängigen sowie folgenden gesellschaftlich-strukturellen Gewalt ins Verhältnis setzt. Die Chaostage 1995 werden, begreift mensch sie als Spektakel, zu einem interessanten und bisher nur wenig betrachteten Exempel für bis heute andauernde Kämpfe um gesellschaftliche Bedeutungszusammenhänge, deren Wirksphäre weit über ihre urbanen Schauplätze hinausgeht. Sie ereignen sich in verschiedenen gesellschaftlichen Arenen, zu denen materiell-symbolische Wirklichkeiten, wie die Straße, ebenso zählen wie mediale Öffentlichkeiten. Für die Ausdehnung von *riots* auf mediale Räume stellen die Chaostage 1995 zudem ein frühes und vielschichtiges Beispiel dar.

Zunächst werden wir die Begriffe *riot*, Gewalt und Spektakel in enger Relation zueinander definieren, um einen Deutungsrahmen bereitzustellen (1). Ein kurzer historischer Abriss der Punkkultur und der Chaostage vergegenwärtigt sodann das über zwanzig Jahre zurückliegende Geschehen (2). In den Abschnitten (3) und (4) untersuchen wir die Chaostage mit Fokus auf ihre symbolisch-materielle Beziehung zur Straße und ihre Medienstrategie und rekonstruieren sie als politisches Spektakel. Hierbei unterscheiden wir zwischen systemstabilisierenden und subversiven Inszenierungen. Beide lassen sich gleichermaßen finden und bestimmen hinsichtlich ihrer Wirkungsweise zentrale Kriterien eines *riots*.

1. *Riots*, Gewalt, Spektakel: ein Setting

Die Chaostage sind ein *riot*, also eine Ausschreitung, die in einem urbanen Raum stattfindet. Sie sind gewalttätig in dem Sinne, dass unterschiedliche Gruppen auf verschiedenen Ebenen verschiedene Formen von Gewalt mehr oder weniger zielgerichtet ‚anwenden‘. Sie sind außerdem ein Spektakel, das eine spezifische Form von Happening suggeriert, bei welchem ‚Unruhe‘ und ‚Gewalt‘ zusammentreffen und eine Irritation produzieren. Im Folgenden erläutern wir zunächst die Begriffe *riot*, Gewalt und Spektakel und setzen sie dann zueinander in Beziehung.

Riot

Von einer allgemeinen ‚riots-Theorie‘ kann nicht die Rede sein. Vielmehr spielen sozio-strukturelle, historische sowie politische Verhältnisse eine Rolle, sodass die Begriffsbedeutung entsprechend dem jeweiligen Erkenntnisinteresse konzeptualisiert werden muss. Steffen Liebig (2014) beispielsweise stellt *riots* – in einer Untersuchung der englischen *riots* von 2011 – aus klassenspezifischer Sicht als Wandel von sozialen Konflikten dar. Von Liebig, aber auch von anderen Autor_innen, wird ferner nach dem Ursprung von *riots* gefragt. Demgegenüber fragen wir, wie sie funktionieren und welchen gesellschaftlichen sowie lokalen Verhandlungsmechanismen sie unterliegen, ohne dass wir eine Pathologisierung funktionalistischer Strukturen vornehmen (Pettenkofer 2010: 9).

Unruhen werden durch die Sprecher_innenpositionen inhaltlich gefüllt. Wie Iris Dzudzek und Michael Müller in ihrer Analyse der Londoner *riots* von 2011 feststellen, lüden unterschiedliche Positionen Unruhen verschieden auf (2013: 18). Die Zuschreibungen von Zielen, Motiven und politischen Positionen vollziehe sich in einem Spannungsfeld. Sie fänden zudem nicht unmittelbar in der Situation statt, sondern mittelbar und in kurzen Abständen zu den Ereignissen. *Riots* zu untersuchen bedeute daher zuallererst, „auf Spurensuche nach Selbstäußerungen und Brüchen im hegemonialen Repräsentationsregime der *riots* zu gehen“ (2013: 19).

Ein *riot* ist nach unserem Verständnis ein Deutungs-‚moment‘, in welchem sich konfligierende Interpretationen begegnen und um Deutungs-‚hoheit‘ darüber gerungen wird, wie das – durch den Zusammenbruch sozialer Ordnung entstehende – Vakuum zu füllen ist. Da dies nicht direkt in der Situation des Bruchs geschieht, ist der eigentliche *riot* zunächst ‚unbeschrieben‘; er ist ‚sinnlos‘, da er keine anschlussfähige Botschaft transportiert. Er widersetzt sich somit den bürgerlich-politischen Verfahrensweisen und Praktiken, demokratisch legitimen Widerspruch zu üben.[1] Dieser Umstand ist ein Problem: Als faktisches Ereignis kann der *riot* nicht unkommentiert bleiben, das heißt ohne Sinn. *Riots* müssen definiert werden. Das Sinnlos-Ambivalente nicht aushalten zu können, konstituiere laut Bauman die bürgerlich-moderne Gesellschaft wiederum grundlegend (1992), was sich im steten Drang, das ‚Unfassbare‘ zu benennen und zu kategorisieren, niederschläge. Erst wenn Sinn zugeschrieben worden ist, kann der Unruhe mit Maßnahmen begegnet werden. Das Ereignis wird also retrospektiv mit einer Narration verbunden, um den Zusammenbruch der lebensweltlichen Ordnungserfahrung zu kitten.

Ferdinand Sutterlüty (2013) bezieht sich im Kontext der *riots* in Frankreich von 2005 und denen in England von 2011 auf Gary Marx und nutzt den Terminus *issueless riots*; er spricht im Falle Frankreichs auch vom „Nihilismus der Gewalt“ (2013: 10). Auf Slavoj Žižek (2005) verweisend, hält Sutterlüty fest, dass ein konkreter Sinn in den Geschehnissen selbst nicht zu suchen sei. David Harvey bezeichnet die englischen *rioter* als „[n]ihilistic and feral teenagers“ (2012: 155). Darüber hinaus interpretiert er das Verhalten der Jugendlichen als Nachahmung der ihnen widerfahrenden kapitalistisch-gesellschaftlichen Gewalt, die sie so direkter erfahrbar und sichtbar machen würden (2012: 156f.). Allgemein gesprochen ist ein *riot* also ein Ausbruch

von Gewalt, dem oftmals wiederum mit Gewalt begegnet wird. Gegenüber einer Revolution, einer Revolte oder einer Demonstration haben *riots* kein konkretes Ziel. Sie sind nicht Mittel zum Zweck, sie sind Selbstzweck.

Gewalt

Gewalt ist ein facettenreicher Begriff. Um ihn in Verbindung mit *riots* zu denken, zeichnen wir daher zunächst einige Konturen der Debatte über ihn nach.

(1) In sozialwissenschaftlichen Theorien wird der Gewaltbegriff kaum einzeln thematisiert. Allerdings sei er „Lieblings[kind] der Soziologie der Abweichung, der Kriminalität und der sozialen Probleme“ (Trotha 1997: 16). Mainstream und kritische Forschung stellen für Birgitta Nedelmann (1997: 60) dabei zwei Pole dar, zwischen denen Gewalt als (Teil-)Gegenstand verschiedener (Teil-)Disziplinen verhandelt werde; einerseits im Kontext „formalpolitische[r] Entscheidungsstrukturen“, andererseits im Zusammenhang mit einer „Gewaltforschung als eigenständiges sozialwissenschaftliches Gebiet“ (1997: 60). Diese Teilung begründe sich in der jeweiligen Interpretation von Gewalt: Wo sie als Element auftrete, welchem ‚begegnet‘ werden muss, sieht Nedelmann einen Mainstream am Werk, welcher sie als notwendigen Aspekt sozialer Ordnung ausblende. Diese könne ohne Gewalt allerdings nicht hergestellt beziehungsweise aufrechterhalten werden (1997: 64f.). Gewalt ist demzufolge ein zentraler, dennoch latent bleibender, struktureller Faktor, der vom „Verschwindenlassen“ (Weller 2003: 500) bedroht ist.

(2) In der Moderne scheint Gewalt anachronistisch zu sein und doch stellt sie sich als das „Problem der Soziologie“ (Reemtsma 2006: 1) überhaupt dar, das nach der Konstitution von moderner Gesellschaft und ihrer Ordnung fragt. Gewaltforschung läuft, von der Annahme Gewalt sei anachronistisch ausgehend, Gefahr, spezifische gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen und Selbstbeschreibungen zu reifizieren, die als explizit aufklärerisch-normative Grundannahmen gesetzt werden. Gewalt wird somit einseitig als Scheitern dieser Ordnung gedeutet. Die Relation von Ordnung und Gewalt ist jedoch konstitutiv für die Moderne, denn Ordnung – als das Ausschließen von Ambivalenz (Bauman 1992) – erfordert gewaltvolle Interventionen (Sofsky 1996: 19ff.). Dieser Prozess führt zu einem „infiniten Progreß der Gewalt“ (1996: 21). Ähnlich findet sich dies auch bei Žižek (2011), der „subjektive“ und „objektive“ Gewalt unterscheidet. Mit dieser Unterteilung beschreibt er die „Störung der ‚normalen‘, friedvollen Ordnung der Dinge“ auf der einen und die „Nullebene“ (2011: 10) – vor welcher Handlungen als von der Norm abweichend, also als gewalttätig interpretiert werden können – auf der anderen Seite.

(3) Pettenkofer und Liell problematisieren für eine kulturwissenschaftliche Interpretation die potenzielle Ästhetisierung von Gewalt. Dieser ästhetisierende Blick, der sich von bisherigen Diskussionen über die Körperlichkeit von Gewalt und der Opferperspektive abwende, stoße sich immer noch an einer „unhintergehbaren Materialität“ (2004: 9). Als normative Übertretung ist Gewalt aber zuweilen ritueller Natur und nimmt die Form von „karnevalistischen Veranstaltungen“ (Dubet 1997: 221) an. Der Unterschied zu nicht-rituellen Formen liegt in der relativen Duldung dieser Abweichungen, insofern sie als Integrations- und Sozialisationsmechanismen nützen (auch

Inheteven 1997). Zudem folgt Gewalt, bei anthropologischer Betrachtung, kulturellen Regeln (Gabbert 2004: 88). Dies betont die „kulturelle Relativität“ von Gewaltkonzepten sowie die „Multiperspektivität von Gewalthandlungen“ (Gabbert 2004: 90).

Fruchtbar für die Interpretation der Chaostage erscheint uns, Gewalt aus einer relationalen Perspektive zu interpretieren. So argumentiert Sofsky, dass Gewalt ihr ‚Ideal‘ übersteige: „Sie nimmt auch die Dinge ins Visier [...], die symbolische und materielle Kultur.“ (1996: 192) In gewalttätiger Zerstörung liege der Wunsch, die „Ordnung der Dinge“ umzustürzen mit dem Ziel „Chaos anzurichten“, was schlicht bedeute, „Unterschiede einzuebnen, Differenzen auszulassen, die Abstände zwischen den Dingen zu eliminieren, damit ein wildes Durcheinander entsteht, ein Tumult der Stoffe, Kräfte und Zeichen“ (1996: 193). Auch der *riot* entfaltet sich eruptiv in gewalttätigen Auseinandersetzungen gegen hegemoniale Deutungen und Symbole. In einer an Foucault (1974) orientierten Perspektive wird die (Re-)Produktion der gesellschaftlichen Macht- und Wissensformation durch Gewalt gestört. Die Stabilität der Ordnung wird kontingent.

Spektakel

Auch dem Begriff des Spektakels wird in der Theorie ambivalent begegnet. Trotz der vielfältigen Verwendung des Begriffs, besteht der Großteil der Literatur dazu in Kritik an gesellschaftlichen und politischen Spektakeln als Affektökonomien. Diese Kritiken gehen mit einer negativen Konnotation des Begriffs einher, durch die er mit einer selbstzweckhaften und direkten Affektproduktion gleichgesetzt und als einfache Unterhaltung abgetan wird. Die kritische Lesart wird außerdem von der Überzeugung getragen, dass sich spätkapitalistische Gesellschaften durch die „Spektakelisierung“ des Normalen genauso auszeichnet wie durch die Normalität des Spektakels (Bartz/Krause 2007). Gleichzeitig wird der Kapitalismus hier insgesamt weniger als System oder Glaube, denn als Spektakel an sich verstanden (Metz/Seeßlen 2012).

In *Die Gesellschaft des Spektakels* entwickelte Guy Debord ein Bild der spektakulären Totalität: „Das ganze Leben der Gesellschaften, in welchen die modernen Produktionsbedingungen herrschen, erscheint als eine ungeheure Sammlung von Spektakel. Alles, was unmittelbar erlebt wurde, ist in eine Vorstellung gewichen“ (1996: 14). Dabei entwirft er eine Gesellschaft, die im Spektakel völlig aufgeht. Das Spektakel sei nämlich keine „abgesonderte Pseudowelt“, vielmehr „stellt [es] sich zugleich als die Gesellschaft selbst, als Teil der Gesellschaft und als Vereinigungsinstrument dar.“ (1996: 14) Es sei „nicht ein Ganzes von Bildern, sondern ein durch Bilder vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen“ (1996: 14). Bartz und Krause weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Debord hier – ähnlich wie Foucault – einer Idee von Macht folge, bei der diese weniger von außen auf Subjekte einwirke, als vielmehr internalisiert werde. Im Zuge dessen würden die Subjekte isoliert und die politische Kraft ihrer Körper reduziert, was schlussendlich Normalisierungseffekte zeitige (2007: 17). Trotz Debords theoretischer Unschärfe machen Bartz und Krause also von ihm ausgehend die Inszenierung von Normalität im Spektakel sichtbar. Eine besondere

Rolle komme dabei der „Präsentation des Anormalen und Pathologischen“ (ebd: 19) zu. Das Spektakel des Anormalen und Pathologischen erscheine als ‚wahre‘ Abbildung der Realität, wodurch aber wiederum erst festgelegt werde, was ‚normal‘ ist und was nicht. Gleichzeitig werde das Dargestellte mit einem unerreichbaren Ideal von Normalität normativ aufgeladen.

„Da Normalisierungsverfahren aber keinen Zweck außerhalb ihrer selbst verfolgen, da sie nirgendwohin führen, können sie auch keine Energie aus der Formulierung von Zielvorstellungen gewinnen, sondern müssen sich aus eigener Kraft in Gang halten. Dies kann Normalisierung nur erreichen, indem sie [...] einerseits Normalität als unerreichbar darstellt, sie unaufhörlich neu erfindet, sich so dem auf sie zueilenden Individuum beständig entzieht und es dazu zwingt, sich als Individuum immer wieder neu zu bestätigen, und indem sie andererseits die Gefahr, nicht normal zu sein, regelmäßig aktualisiert, indem sie das Anormale in allen seinen Gestalten unablässig in Spektakeln vorführt.“ (Bartz/Krause 2007: 19)

An dieser Stelle setzt unser Verständnis von Spektakel an: Wir verstehen es als affekterzeugende Inszenierung und damit als zelebrierte Fiktion, deren Lustprinzip zwar Selbstzweck, aber auch nie frei von Wissens- und Sinnproduktion ist.

„Die Lust an der Fiktion und das Wissen, dass es sich um Fiktion handelt, gehören [...] zusammen. Das affektive und intellektuelle Moment schließen einander nicht aus. Vielmehr setzt das eine das andere voraus. Keine Lust ohne besseres Wissen. [...] Nur und gerade dann, wenn wir die Illusion des Spiels durchschauen, werden wir von dieser Illusion gepackt.“ (Pfaller 2002: 115f.)

Abgesehen vom kapitalisierenden und normalisierenden Nutzen, der aus einem Spektakel gezogen werden kann, ist auch eine Art Gegenspektakel möglich, das sich durch Spiegelung und Inversion gegen jede Vereinnahmung wehrt. In der Forschung wird für solche Inszenierungen der Begriff des Karnevalesken verwendet. Dabei wird der Karneval nicht als historisch-kulturelles Phänomen verstanden, sondern als ein Modus der lust- und humorvollen, spielerischen Verkehrung (Gau/Schlieben 2008).

„Der Karneval ist bestrebt, die Hegemonie von Ideologien, die das letzte Wort über die Welt haben wollen, aufzudecken, zu untergraben – ja zu zerstören – sowie das Leben zu erneuern, es samt der ihm innewohnenden Bedeutungen zu erhellen, Möglichkeiten aufzuzeigen. Er entwirft ein alternatives Konzept von Wirklichkeit.“ (Cuevas 2008: 290)

Das karnevaleske Spektakel entlarvt – mit den gleichen Unterhaltungstechniken wie sein normalisierender Konterpart – die Normalität konstruierende Sinngeneese als ideologischen und damit vermachteten Prozess. Gleichzeitig macht es das Spektakel selbst als Affektökonomie sichtbar. Das Spektakel ist also ambivalent: Einerseits erhält es durch kapitalistische Verwertungs- und gesellschaftliche Normalisierungsinteressen eine vereinnahmende Funktion, andererseits ist es eine widerständige Praxis (Gau/Schlieben 2008).

Synthese

Um die Chaostage zu interpretieren, nehmen wir die drei diskutierten Elemente (*riot*, Gewalt, Spektakel) als Ausgangspunkte und machen ihre Relationen sichtbar. So lässt sich zunächst Folgendes feststellen: Erstens wurden die Chaostage in verschiedenen Kontexten gedeutet: während der Ausschreitungen auf der Straße und in der Öffentlichkeit sowie in öffentlichen Diskussionen. Zweitens erschließt sich die Rolle von Gewalt auch hier nicht durch einseitige Betrachtungen von Täter_innen und/oder Opfern. Durch sie werden auch vorherrschende Kategorien, Klassifikationen und Differenzen angegriffen. Drittens entfaltet sich im antagonistischen Miteinander von bürgerlicher Gesellschaft und Punks die impulsive Dramaturgie von Spektakeln.

Vor allem die (Sach-)Beschädigungen im öffentlichen Raum wurden bei den Chaostagen von Punks und Medien in Szene gesetzt, um den *riot* als selbstversicherndes Spektakel nutzbar zu machen und eine öffentliche Ablehnung hervorzurufen. Was auf der Straße passierte, konnte und durfte nur im Einklang mit dem gesellschaftlichen Selbstverständnis als Symbol mit Sinn aufgeladen werden. Das heißt für die Chaostage, dass sie in der Öffentlichkeit als stupide, ziellose Unruhe definiert wurden, deren Protagonist_innen als reaktant psycho-pathologisiert wurden. Die subversive Strategie der Punks bestand darin, die bürgerlichen Wertvorstellungen zu (zer-)stören, indem sie sich der Sinngebung zunächst verwehrt und in einem weiteren Schritt neuen Sinn stifteten. Was die Chaostage somit von anderen *riots* unterschied, war ihre souveräne Fortführung. Die Teilnehmer_innen der Chaostage ‚antworteten‘ auf die mediale Berichterstattung mit einem karnevalesken Gegenspektakel und erzwangen eine Auseinandersetzung auf anderen Ebenen, indem sie hegemoniale Zeichen der bürgerlichen Gesellschaft angriffen.[2]

2. Punk und Chaos: die Chaostage in Hannover

Punk entstand in den 1970er-Jahren und trat nach einer gewissen Latenzzeit ins gesellschaftliche Bewusstsein. In den 1980er und 1990er-Jahren wurde er auch zum Gegenstand (sozial-)wissenschaftlicher Diskussionen. Seit den 1990-er Jahren verliert er sich zwischen alternativen subkulturellen Angeboten. Insbesondere rechte Jugendgewalt dominiert nun das Forschungsinteresse (Eisenberg/Gronemeyer 1993). In aktuellen Studien, wie beispielsweise in einer Infoschrift der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, wird Punk als Jugendkultur zwischen „Kommerz & Politik“ (Farin 1997) gesehen. Thomas Lau diskutiert zudem „Strukturmerkmale“ (1992: 119f.) des Punks und seiner Vorläufer, zu denen er Skinheads, Dadaismus, Narren und Franziskaner-Mönche zählt (1992: 124ff.). Aktuell bietet der Sammelband *Punk in Deutschland* sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Punk (Meinert/Seeliger 2013).

Die Untersuchungen zu Subkulturen werden insgesamt von jugendsoziologischen und pädagogischen Ansätzen dominiert, die unter anderem ihre Gewaltaffinität (Farin/Seidel 2012), Delinquenzen, Protestformen (Baacke 1985) oder ihre gesellschaftliche Stellung fokussieren (Hafeneger/Stüwe/Weigel 1992, Köster 2014, Reimitz 1989, Schwell 2005). Ferner kommen

deskriptive Studien hinzu, die Intention und Wertekanon von Subkulturen beleuchten sowie die Rituale beschreiben, wenn Punks „auf die Spitzendeckchen der Nation“ (Soeffner 1992: 97) treten. Schriften der Landeszentrale(n) für politische Bildung beschäftigten sich seit dem Ende der 2000er-Jahre unter zeitgeschichtlichen Fragen mit der Punkszene (Hahn 2009; 2013, Westhusen 2005). Ein Lexikon macht Punk als Subkultur und seine Stellung als kulturelle Avantgarde greifbar (Graf 2003) und fragt nach zukünftigen Entwicklungen (Marcus 1992). Mittelbar wird sich auch in anderen Zusammenhängen auf Punk oder Punkrock bezogen, wobei beispielsweise intersektionale Themen fokussiert werden (Malott/Peña 2004, Sabin 1999).

Die Literatur bietet jedoch keinen systematischen Einblick in szenetypische ‚Events‘ wie die Chaostage. Das zitierte Nachschlagewerk berichtet immerhin in einem Eintrag von den ersten Treffen ab 1982, die als „Punker-Messe“ in Hannover angelegt gewesen seien, um dieses „Lebensgefühl öffentlich zu vermitteln“ (Graf 2003: 130). Dabei sei es bereits 1984 zu kurzen Ausschreitungen gekommen. Von 1985 bis 1993 pausierten die Chaostage und in den 1990er-Jahren hätten sie sich als „Gegenveranstaltung zur Berliner ‚Love Parade‘“ (ebd.: 130) etablieren wollen.

Als ‚Event‘ wurde die Veranstaltung in der Szene selbst bald ein Mythos, was sich auch auf ihre konstante Ausrichtung in Hannover zurückführen lässt (Geiling 1995: 1ff.). Sie sind dabei vor allem eine Reminiszenz für ältere Punk-Generationen (Bennett 2006: 220). Herbertz geht der Frage nach, wie die Chaostage ‚organisiert‘ wurden, das heißt, wie sie als urbanes Happening Kontinuität erfahren haben. Dabei zeigt er die mediale Mobilisierung durch Flyer, Kettenbriefe, erste Internetpräsenzen sowie selbsterstellte Fan-Zeitungen. Er skizziert Eckpunkte der diskursiven Verhandlungen der Chaostage sowie eine „Geschichte der Chaostage“ (Geiling 2000: 166ff., Herbertz 2011: 246ff., Meinert/Seeliger 2013: 39f.). Geiling rekonstruiert darüber hinaus aus der Berichterstattung lokaler und überregionaler Zeitungen eine „Punk-Phobie“ (2000: 173), welche „zum Marsch gegen die Feinde der Zivilisation“ (ebd.: 172) aufgerührt habe. Als letzter Ausweg habe deshalb nur noch der „Ausnahmestand als Bewältigungsstrategie“ (ebd.: 175) geholfen, nachdem polizeiliche Deeskalationskonzepte 1995 gescheitert wären. Nicht zuletzt in diesen verschärften und hysterischen Reaktionen auf die Chaostage sieht Geiling ihre Mystifizierung begründet (1995: 6). Aus einer rechtswissenschaftlichen Perspektive werden wiederum die Verschärfung des Versammlungsrechts oder die vereinfachte Verhängung von Aufenthaltsverboten als Folge der Chaostage diskutiert (Seifert 1996). Unsere Analysen beziehen sich unter anderem deshalb auf die Vorkommnisse im Jahr 1995, weil sie die größte Debatte in den Medien nach sich gezogen haben.

3. Materialität und Metaphorik der Straße und deren mediale Rezeption

Als sich am ersten Augustwochenende 1995 Punks, Polizist_innen und Bundesbeamt_innen sowie Journalist_innen in der Messestadt Hannover einfanden, steuerte keiner einen festgelegten Ort an. Die Pressevertreter_innen suchten konfrontative Räume, Action und Sensation. Die Polizei versuchte,

immer dort zu sein, wo die Punks waren. Diese wiederum hatten keinen vereinbarten Treffpunkt. Den Flyern ließen sich nur vage Informationen entnehmen: „[S]tatt einer klassischen Uhrzeitangabe wurde ‚High Noon‘ genannt und auch die Notwendigkeit, Treffpunkte anzugeben, [wurde] explizit verneint: ‚Wo? Das weiß doch jeder!!!!‘“ (Herbertz 2011: 252). Der Treffpunkt war wesentlich abstrakter und zugleich identitätsstiftender: die Straße. Hierbei handelte es sich nicht um eine bestimmte oder vorab festgelegte Straße oder einen bestimmten Raum, der einzelne Punkte der Stadt miteinander verbindet. Die Straße erwies sich eher als materielle Metaphorik. Sie soll hier deshalb als historisch gewachsener Diskurs und als Symbol verstanden werden, das sowohl für bürgerliche Alltagsöffentlichkeit als auch für politische Widerständigkeit und gegenbürgerliche Randständigkeit steht. Wo inszenieren sich Punks schließlich selbstverständlicher als auf der Straße?

Die Straße ist für Richard Sennett darüber hinaus „ein Synonym für Provokation und Anstöße, welche die Stadt bereithält, Provokation, die überwiegend von Erfahrungen mit dem Unerwarteten herrühren“ (1997: 214). Und das Unerwartete geschieht im heterogenen Straßenumfeld besonders häufig. Hier treffen Individuen aus unterschiedlichen soziokulturellen Gruppen aufeinander, flanieren, observieren und inszenieren sich, interagieren und stiften dadurch gesellschaftliche Wirklichkeit.

„Es ist schon paradox: Die Straße ist ein offenes Buch und zugleich ein Geheimnis. Es gibt keinen gesellschaftlichen Raum der vergleichbar heterogen oder handlungsreich ist, [...] der von jedem Bürger betreten, beeinflusst und auf diese Weise mitgestaltet werden kann.“ (Geschke 2009: 11).

In der Entstehungsphase des Bürgertums Mitte des 19. Jahrhunderts war die Straße der Raum zum Flanieren (Benjamin 1983). In diesem Sinne argumentiert auch Therese Schütz:

„Der Straßenraum liegt zwischen den einzelnen Orten und der gesamten Stadt, gleichzeitig eingebettet und vermittelnd mit ihrem Kontext. Ineinander, untereinander, übereinander weben sich die Wege menschlichen Handelns zu einem dichten Stoff. Sein Muster zeigt Beziehungsgeflechte zwischen Gesellschaft, Gemeinschaft, spannt Brücken zwischen Vergangenheit und einer möglichen Zukunft. Im Mäandern der Straße durch die Stadt kristallisieren sich feingliedrige soziale Netze, ökonomische Abhängigkeiten, technische Infrastrukturen und rechtliche Rahmengerüste.“ (2013: 41)

Im Zuge der Modernisierung wurde die Straße schließlich zum „Schauplatz des modernen Lebens“ (Sagner 2006: 13), zur Arena des bürgerlichen und damit gesellschaftlichen Selbstverständnisses und damit zur „Basis von Öffentlichkeit“ (Hoffmann-Axthelm 1997: 21). Die Straße wurde nun auch verstärkt zu einem konfrontativen Ort, an dem soziale Missstände sichtbar gemacht und politische Kämpfe ausgetragen wurden. Sie diente der performativen Selbstvergewisserung sowie der kulturellen und politischen Einflussnahme. Trotz dieser diskursiven Vereinnahmung durch das Bürgertum, haftet der Straße bis heute aber auch das Pedestrische, also das Niedere und Gewöhnliche an. Sie steht also nicht nur für die (bürgerliche)

Gesellschaft, sondern auch für deren Ränder: Obdachlose, Prostituierte, Kriminelle – die Unangepassten und Unerwünschten. Demgegenüber sind auch Repräsentant_innen des Gesetzes oder anderer ordnender Diskurse Teil der Straße. Schließlich ist die Straße keine Tabula rasa soziokultureller Wirklichkeit, sondern in all ihren Erscheinungen und Akteur_innen ein Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse. Sie sei darüber hinaus ein metaphorischer Traum ihrer Potenzialität:

„Straße ist das schlechthin Mögliche: wo in der Tat, weil alle hindürfen, nichts auszuschließen ist. So dreht sich die Geschichte der Straße um die Quadratur des Kreises, universellen Verkehr zuzulassen und möglichst alles, was daraus an Zu- und Unfällen folgen könnte, auszuschließen. [...] Man erlebt nicht viel auf der Straße, aber man könnte etwas erleben, wenn man zu Fuß gehend sich auf die Straße einlässt. [...] Die Straße ist ein Raubtier, voller vermuteter Gefahr gerade dort, wo sie leer ist, und voller ängstigender und lockender Ausbruchmöglichkeiten da, wo sie vor Leben überquillt.“ (Hoffmann-Axthelm 1997: 15f.)

Im 19. Jahrhundert wurde der Städte- und Straßenbau des europäischen Westens grundlegend reformiert. Als erstes mussten die schmutzigen und dunklen Gassen von Paris unter dem Stadtplaner Georges-Eugène Haussmann lichten Promenaden weichen. Die Straßen wurden nun gepflasterte Verkehrswege, gesäumt von opulenten Häuserfronten, mit Renaturalisierungsinseln sowie Waren- und Konsumwelten. Ihre materielle Assemblage bestand zudem aus herausgeputzten Passant_innen, Straßenkünstler_innen, Fahrrädern und Autos sowie populärkulturellen Insignien. Nachts bot sie die Möglichkeit zur geduldeten und scheinbar kontrollierten Devianz von gesellschaftlichen Regeln in Kneipen, Kasinos oder auf dem Straßenstrich. Trotz bürgerlicher Normalisierungs- und Ordnungsfantasien bleibt der Straße bis heute ein Beigeschmack der Verruchtheit – sei es materiell durch den Abfall, den die Akteur_innen zurücklassen, sei es diskursiv-metaphorisch durch Devianzen.

Der kulturelle Mythos von der Eroberung der Straße durch die bürgerliche Ordnung zieht zudem einen weiteren nach sich, nämlich den der antibürgerlichen Rückeroberung, vor deren Hintergrund sich die Chaostage 1995 lesen lassen. Die Straße als Ort des Pedestrischen, des Niederen, bot schon vor den Chaostagen einen beliebten Identifikations- und Treffpunkt für Punks, die sich selbst auch (anti-)souverän als „Abfallprodukte der Gesellschaft“[3], als „Pöbel und Gesocks“[4] bezeichnen. Sowohl in ihrem Selbstbild als auch in der Fremdzuschreibung nehmen Punks die gesellschaftliche Position des ‚Anderen‘ ein. Dieses Bild konstituiert sich in der direkten Auseinandersetzung mit der Figur des zivilisierten, ruhe- und ordnungsliebenden Bürgers[5]. So werden mittels spezifischer Kleidungs- und Verhaltenscodes Lärm, Schmutz und Chaos rituell inszeniert. Dazu gehört der passive Protest, beispielsweise durch das Haarefärben genauso, wie aktive Angriffe auf die bürgerliche Ordnung der Straße.

Die Chaostage 1995 selbst begannen wie ein groß angelegtes Szenetreffen, bei dem bunt gekleidete Punks die Innenstadt Hannovers füllten, idealtypisch Bier tranken und laute Musik hörten. Dies erzeugte eine Spannung zum Rest der Bevölkerung. Den antibürgerlichen Punks begegneten die Bürger_innen mit Entsetzen, Unverständnis und Beschimpfungen. Die

Störung der Ordnung – durch die symbolische und praktische Raumnahme der Punks – schien aufzugehen. An ihr entzündete sich durch eine Kette von Ereignissen sowie durch das Hinzutreten weiterer Akteur_innen der *riot* der Chaostage 1995.

Infolge der kurzen symbolischen Eroberung der Straße durch die Punks wurde die Polizei alarmiert und die Presse gerufen, um die ‚Ordnung‘ wiederherzustellen. Aus dem Punktag mit Volksfestcharakter wurde ein Fest der Verwüstung und Gewalt: Die Straße war nun nicht mehr nur in ihrer symbolischen Bedeutung umkämpft, die Gehwege dienten nicht länger nur dem Feiern und Herumsitzen, ihre Schaufenster nicht mehr nur dem Kontrast zur Punkkultur. Mit einsetzender Gewalt wurden die öffentliche Mobilität und der Verkehr unmöglich – die Stadt wurde ‚besetzt‘ und umkämpft. Die Polizei drängte die Punks in die sogenannte Nordstadt ab. Diese wiederum erkämpften sich durch Barrikaden, Wurfgeschosse und Körperkraft neuen Raum. Die materielle Grundlage ihres Kampfes entstammte der Straße selbst: Pflastersteine, Café-Mobiliar oder Zäune. Die Straße wurde also zum Austragungsort und zugleich zur Waffe des Straßenkampfes. Auf diese ‚Neugestaltung‘ der Straße reagierte die Polizei entsprechend mit Einsatztruppen, Wasserwerfern und Räumfahrzeugen. Die Plünderung eines Penny-Markts durch Punks (und Bürger_innen) stellt im Zuge dieser Ereignisse die größte Annektierung und ‚Umgestaltung‘ bürgerlicher Infrastruktur dar. Die Straße entpuppte sich als „die einzige gesellschaftliche Bühne, auf der Krieg und Frieden noch *life* [*sic!*] und im Maßstab 1:1 gespielt werden“ (Hoffmann-Axthelm 1997: 20f.). Auf der Straße vollzog sich zudem die Identitätsbildung der Akteur_innen (Mahnert 1997: 83).

Das (Zer-)Stören und Wiederherstellen der Ordnung gestaltete sich bei den Chaostagen 1995 also als eruptiver Gewaltakt. Vor dem Hintergrund der symbolischen Bedeutung der Straße entpuppte sich die – auf den ersten Blick sinnlos erscheinende – Gewalt als Kampf um Repräsentation und Macht. In der bürgerlichen Nachrichtenberichterstattung wurden die Geschehnisse auf der Straße intensiv verfolgt, bildhaft dokumentiert, aufbereitet und mit eigenem Sinn versehen. Austauschbare Bilder von brennenden Barrikaden, zerschlagenen Scheiben und Straßenschlachten mit der Polizei wiederholten sich ständig. Augenzeugen wurden zitiert und es wurde von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ (Haase 2015) gesprochen, von „Feinde[n] der Zivilisation“ (Geiling 2000: 172), von einer „Gewaltorgie“ (NDR 2015). Die bürgerlichen Medien stilisierten den *riot* der Chaostage zum ‚Anderen‘ der Gesellschaft. Dabei war diese Inszenierung selbst ein Affektspektakel, ihre Funktion die Normalisierung. So wurden der *riot* und die Punks als ‚anormal‘ ausgestellt. Ihr Auftreten, ihre Parolen und ihre Gewalt verschmolzen im bürgerlichen Spektakel zu einem obszönen und kohärenten Bild des Unmoralischen.

„Im Fall der Denormalisierung wird das Plötzliche und Unerwartete betont und der leere Moment des Abbruchs der Normalität durch Wiederholung gefüllt. Dies geschieht sowohl durch eine Serie von Statements, in denen Betroffene und Augenzeugen den unfasslichen und unverarbeiteten Augenblick beschreiben, als auch durch mehrmaliges Wiederholen von spektakulären Momentaufnahmen [...].“ (Thiele 2007: 109)

In Abgrenzung zu diesem Bild wurde es dem bürgerlichen Publikum möglich, sich seiner Normalität und damit seiner selbst zu versichern. Der Denormalisierung auf der Straße folgte eine Renormalisierung im Fernsehen. Das Medienspektakel kannte dabei keine Ambivalenzen: Die Selbstbeschreibungen der Punks und ihre Parolen auf Flyern und Plakaten, zum Beispiel die Ankündigung der Chaostage als „Hate Parade“ (Graf 2003: 130), wurden trotz ihrer Referenzialität, ihrer ironischen Semantik und ihrer Überspitzungen zu Wahrheiten gemacht. Die in Ansätzen souveränen Aneignungsversuche des Spektakels vonseiten der Punks wurden übersehen oder gingen in ihm auf. Parolen wie „Presse befehl, wir folgen!“[6] verdeutlichen den ironischen Umgang mit der Berichterstattung. Die Flugblätter und Plakate trugen also nicht nur zur konkreten Gestaltung des *riots* bei, sondern luden auch die Symbolik der Straße mit auf. Dennoch schaffte es die Inszenierung der Punks nicht, über die (ironische) Überaffirmation ihrer Rolle als ‚anormal‘ hinauszudeuten. Wie zuvor beschrieben, bedarf das Spektakel der Normalisierung durch diese inszenierte Eindeutigkeit. Und da die Punks diesen Dualismus bestätigten, wurden sie zur Zielscheibe für das Normalisierungsspektakel. Zwischen Medien und Straße entwickelt sich zwar eine eigene Dynamik, die sich gegen die Ordnung richtete, sie stellte jedoch keinen Angriff auf die normalisierende (objektive) Gewalt dar. Die Deutung des Geschehens durch die Punks trat hinter jener der bürgerlichen Gesellschaft zurück.

4. Die Weiterführung der Chaostage in den Medien: Die Mediatisierung des *riots*

Weil Punk provozieren möchte, sucht er die Nähe zu Medien und Presse. Die Wechselwirkungen mit den bürgerlichen Medien machen auch die Dynamik und die Qualität der Chaostage als medialen *riot* aus. So hat die Berichterstattung über die Chaostage 1994 zu einer Intensivierung der Krawalle im Jahr 1995 geführt (Nagenborg 1999). Die Medien schrieben dem Punk das „Merkmal ‚Gewalt‘“ (1999: 7) zu, was „Spiritus Rector“[7] online folgendermaßen kommentierte: „Die Medien scheinen sich ... für gar keine andere mögliche Entwicklung der Chaos-Tage zu interessieren.“ (zit. nach Nagenborg 1999: 8). Dies spitzt Spiritus Rector auf die Formel „Journalisten sind Mörder!“ zu und stellt abschließend fest: „Journalisten sind unsere Freunde!“ (Spiritus Rector 1996a). Seine Provokation liegt auf der Hand: Einerseits kritisiert er die Position der Medien, indem er Journalist_innen selbst zu Täter_innen stilisiert, andererseits suggeriert er ein gemeinsames Interesse und eine opportune Freundschaft.

Für die mediale Strategie der Punks war es zentral, die Bildberichterstattung neu zu besetzen und umzudeuten. Hierfür ist es hilfreich im Kopf zu behalten, dass Interpretationen immer in einem sozialen Kontext vorgenommen werden und somit auch die Objektivität von journalistischen Bildern illusorisch ist: „Die Wahrheit ist Bild, doch es gibt kein Bild von Wahrheit“ (Latour 2002: 10). Ein anti-essentialistischer Blick auf Abbildungen, macht die vielfältigen Anschlüsse sichtbar, die stets Abbild, aber nicht real sind.

Die antibürgerliche Medienstrategie der Punks bestand also in Dekontextualisierung, Satire, Überspitzung und Übertreibung. Mit dem Ziel, eine bereits vorhandene Hysterie weiter anzufachen, wurde die mediale Narrationen

überaffimiert und ironisiert. So lud etwa der (fiktive) *Bund schlesischer Freizeitmaler* mit einem Flugblatt dazu ein, „malerische Ausblicke“ mit „pittoresken Punker[n]“ (Chaostage.de 1995a) zu zeichnen. Die *Deutsche Gesellschaft für Chaosforschung* kündigte ein „Feldforschungsprojekt“ an und lud zu einem „Punkimitationslehrgang“ (Chaostage.de 1995f). Die „Schutt-und-Asche“-Rhetorik wurde durch die Ankündigung, „Atombomben“ und „C-Waffen“ einzusetzen bedient (Chaostage.de 1995b) und überspitzt: „Wir werden nämlich genug davon mitbringen!“ (Chaostage.de 1995g). Daneben wurden kritische Stimmen laut, die von den Chaostagen mehr erwartet hatten als bloße Krawalle gegen Polizei und Bürgertum (Chaostage.de 1995c). So wurde in die „bunteste Stadt“ geladen, zu „Bands (hoffentlich!)“. Es lockten „[a]n jeder Ecke: Aktionen“ (Chaostage.de 1995d), auch wenn diese nur in „Bullenverarschung“ (Chaostage.de 1995e) bestünden.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Mediecollage *Kampf der Welten: Chaostage 1995*, die als restaurierte DVD-Fassung 2006 und durch Streaming größere Verbreitung fand (Sprengkopf Recklinghausen 1996). Die filmische Collage verknüpft Fotos, Dokumentar- und Spielfilmszenen, Nachrichtensendungen und Statements verschiedener Akteur_innen. Der Film entfaltet seine Wirkung aus der De- und Rekontextualisierung der Berichterstattung und zielt so auf bürgerliche Hysterie und Kriegsangst. Diese experimentellen Assoziationen von Straßenunruhen und -dynamiken mit verschiedenen anderen Materialien erzeugt im Ergebnis eine neue Stufe von Chaos. Der *riot* war damit nicht mehr nur Teil der medialen Berichterstattung, er erfasste diese und wendete sie gegen sich selbst.

Der Filmtitel spielt auf H. G. Wells Roman *Krieg der Welten* an. Eine Alien-Invasion führt dort dazu, dass die Menschheit (beinahe) zugrunde geht und in Apathie, Leid und Elend verfällt. Szenen aus der Verfilmung werden mit Einspielern über die Ereignisse in Hannover unterlegt. Weiterhin werden Anmoderationen mehrerer Fernsehsendungen gezeigt, in denen fragend und ratlos mit dem Phänomen der Chaostage umgegangen, Hannover mit „Beirut oder Belfast“ verglichen oder folgende Einordnung versucht wird: „Den Bullen eins auf'e Fresse geben, Scheiben klirren lassen, und einmal mit der grünen Minna fahren.“ Das ungefähr ist die intellektuelle Ausgangsposition der Punker für ihre Chaostage.“ Eine bürgerliche Interpretation der Krawalle scheint hier unmöglich, stattdessen wird ihr Sinn von Protagonist_innen erläutert: „Spaß, der heißt: Saufen, kaputtmachen, sich mit den Bullen anlegen, das heißt das“, führt beispielsweise der Sänger einer bekannten Punkband aus und fährt fort: „Ihr versteht das nicht. Das kommt einfach aus mir raus und dann mach' ich alles kaputt. Punkt. Hast du schon jemals eine Mülltonne durch ein Schaufenster geschmissen? Das macht einfach Bock. Brauchst'e kein Hooligan für sein. Ich bin Punkrocker und schmeiß' Mülltonnen.“

Der Film verdeutlicht zudem extreme Aversionen der Bürger_innen: „Die? Die gehören alle unter die Erde!“, „Früher hätte man die ...“ und so weiter. Der bürgerliche Affekt und die Ratlosigkeit zeugen von der Sehnsucht nach ‚Ordnung‘ und der ‚guten alten Zeit‘. Diese moderne Passion des ‚Ordnungsmachens‘ legt offen, dass Ambivalenzen ein Tabu sind (vgl. Bauman 1992). An die Äußerungen schließen die Filmemacher_innen mit einer Vielzahl (ver-)störender Bilder an, die unter anderem Konzentrationslager und Massenerschießungen im Zweiten Weltkrieg zeigen. Die „Forderung, daß Auschwitz

nicht noch einmal sei“ (Adorno 1971 [1966]: 88), droht durch die Äußerungen der Bürger_innen in Verbindung mit diesen Bildern unerfüllt zu bleiben

Die mediale Berichterstattung der Chaostage erzeugte insgesamt eher einen Sinnzusammenbruch, eine ‚Kontingenzauflösungsstörung‘, anstatt eine Erklärung für die Ereignisse zu liefern. Sie blieben als Phänomen medial unzugänglich und richteten sich als *riot* gegen die Gesellschaft als Ganzes, indem sie deren Wertvorstellungen negierten. Sie richteten sich auch gegen das Spektakuläre der Gesellschaft, gegen das normalisierende Spektakel auf der Straße und im Fernsehen, in welchem objektive Gewalt durch mediale Disziplinierung ausgeübt wurde. Der Film führt außerdem die Gewaltfantasien ‚aus der Mitte‘ als strukturell und latent faschistische Ordnungsliebe vor. So zeigt die Collage beispielsweise einen Kommentar der ARD:

„Gestatten Sie mir aus der Ratlosigkeit einen Erklärungsversuch, nämlich den, dass der Mensch nicht gut ist [...]. Es gibt das Böse und das lässt sich weder von Soziologen noch von Politikern wegbehandeln, dummerweise auch nicht wegprügeln, so sehr ich persönlich mir es auch manchmal wünsche. In dieser Gesellschaft gilt die Entfaltung des Einzelnen als höchstes Ziel; da entfaltet sich viel Gutes, aber eben auch Böses. Das lässt sich mit Mitteln staatlicher Gewalt nicht beseitigen, aber eingrenzen. Geschieht das nicht, gibt es am Ende keine Gesellschaft mehr, die diesen Namen verdient. [...] [W]enn ich ganz grundsätzlich abzuwägen habe zwischen einerseits dem Recht, sich die Haare grün zu färben und sich eine Sicherheitsnadel durch die Backe zu stechen, und andererseits dem Recht des Volkswagenbesitzers in Hannover darauf, dass ihm nicht Idioten seinen Golf zerkloppen, entscheide ich, auch wenn das im Einzelfall ungerecht ist, gegen das Recht auf grüne Haare.“

Nicht nur die Chaostage selbst, sondern auch die Flyer und der Film *Kampf der Welten* sorgten für Unruhe. Der *riot* fand also nicht nur auf materieller, sondern auch auf medialer Ebene statt. Ausgangspunkt unserer Interpretation ist hier die Ambiguität der karnevalesken Bilder: Die ambivalenten Bilder der Chaostage führten demnach zu einem Sinnzusammenbruch, einem *iconoclash*[8], der sich in der in der Weiterführung der *riots* ‚mit anderen Mitteln‘ verdoppelte. Die bürgerlichen Moral- und Wertvorstellungen wurden mit ihren sinnlogischen Konsequenzen konfrontiert und die Differenz zwischen bürgerlicher Moral und dem ‚Anormalen‘ gewaltvoll eingeebnet.

Hierbei arbeiteten die *rioter* mit verschiedenen Mitteln der Kommunikationsguerilla (zur Übersicht: Schölzel 2013). Diese „ist Teil eines Prozesses, in dem gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse kritisiert und angegriffen werden“ (Blissett/Brünzels 1997: 6). Im Kontext der Chaostage richtete sich die Kritik auf gesellschaftliche Hegemonien, was unter anderem auf den Flyern sichtbar wird: Einige griffen bewusst die mediale Rhetorik (etwa die „Schutt-und-Asche“-Legende) auf und ironisierten oder radikalisierten sie, indem sie – wie im einleitenden Zitat – dazu aufforderten „Hannover zur Wiese“ zu machen. Gerade im Film *Krieg der Welten* wird den Rezipient_innen eine bis dahin verborgene Kontingenz vor Augen geführt: „Es geht weniger um Gegeninformation als darum, das Rezeptionsverhalten und den Umgang der ZuhörerInnen mit den massenmedialen ‚Informationen‘ zu verändern“ (autonome a.f.r.i.k.a. gruppe/mittlerer neckar 1994: 146). So soll die

Collagierung der Medienfragmente nicht entwertend oder zerstörend wirken, sondern ist eine Aneignungsstrategie, die neue Interpretationsräume eröffnen kann. Diese Praxis wendete sich explizit gegen die Medien als Herrschaftsmittel:

„Kommunikationsguerilla ist politische Militanz. Sie unterscheidet sich insofern von der herkömmlichen (autonomen) Militanz, als sie die Codes von Macht und Herrschaft nicht einfach zerstört, sondern zu entstellen versucht und ihnen damit ihre Wirksamkeit nehmen will. [...] Ziel ist weder die Unterbrechung noch die permanente Aneignung eines Kommunikationskanals, sondern die Entwendung und Entstellung der transportierten Botschaften.“ (autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe 1998)

Den Modus einer solchen „Entwendung und Entstellung“ hat Sofsky (1996) als Gewalt gegen die Differenzen der Symbole bezeichnet. Herrschende Symbole würden hierbei umgedeutet und entfremdet.

Der *riot* der Chaostage 1995 richtete sich aber auch auf einer materiellen Ebene gegen die bürgerliche Ordnung und wurde so Teil eines normalisierenden Spektakels, welches auf beiden Seiten selbstversichernd wirkte: Für das Bürgertum funktionierte das Spektakel einseitig gesellschaftsstabilisierend, während die *rioter* medial versuchten, die Differenzierung zwischen bürgerlicher Ordnung und ihrem ‚Anderen‘ aufzuheben. Die Frage, wer diese Differenz ziehen und definieren darf, wurde neu gestellt: Der *riot* war – in diesem Sinne – ein „Aufstand der Zeichen“ (Baudrillard 1978), ein Angriff auf „diese Semiokratie“ (ebd.: 23). Diese Baudrillard'sche Vorstellung von *riot* ist darüber hinaus mit dem Städtischen verknüpft: „Die Matrix des Urbanen ist [...] die [...] Realisierung einer *Differenz* (der Operation des Zeichens)“ (1978: 20). Das Zeichensystem der ‚Ordnung‘ wird durch den *riot* als Ganzes angegriffen und seine Fragilität zur Schau gestellt.

5. Schluss

In unseren Ausführungen haben wir das Ereignis der Chaostage 1995 hinsichtlich ihrer Wirkungen als *riot* untersucht. Gewalt interpretierten wir im Kontext der bürgerlichen Gesellschaft und der Punks als gesellschaftliche Relation und Distinktion. Es wurde deutlich, wie die Chaostage auf zwei Arenen zugriffen: Im urbanen Raum, auf der Straße, entstand ein *riot*, der sich in seinem Verlauf spielerisch zu einer symbolisch-materiellen Raumnahme und einem Normalisierungsspektakel entwickelte. Die Teilnehmer_innen der Chaostage hielten der Gesellschaft einen Spiegel vor, wodurch ihre bürgerlichen Grundwerte, derer sie sich sicher geglaubt, entzaubert wurden. Während sich die Gewaltausübung der Punks gegen die (bürgerliche) Ordnung und die Gesellschaft als Ganzes richtete, wendete sich die Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft ordnend gegen den *riot*, ihr Selbstverständnis zugleich normalisierend. Die bürgerliche Gesellschaft inszenierte ein politisches Spektakel, in dem der Aufstand in den – von den Medien geschürten – Erwartungen aufzugehen schien.

Indem der *riot* medial wurde, störten die Punks die öffentliche Ordnung auf einer anderen Ebene und riefen eine mediale Hysterie hervor. Die Dekontextualisierung der Medienmotive und -zitate zeigte die prinzipielle

Kontingenz medialer Berichte auf. Auf dieser Ebene richtete sich die Gewalt gegen die hegemoniale Differenz der Zeichen und gegen die Ordnung der Gesellschaft.

Auch wenn das Ereignis mehr als zwanzig Jahre zurückliegt, lässt sich anhand der Chaostage die enge Verknüpfung von *riot*, Gewalt und Spektakel verdeutlichen. Dadurch wird es über eine Analyse der Chaostage hinaus möglich, andere ungerichtete urbane Gewaltausbrüche hinsichtlich ihrer medialen und transformativen Eigenschaften zu untersuchen: Es werden Wirkmechanismen scheinbar sinnloser Gewalt auf der Straße sichtbar und die ihr strukturell vorgängigen sowie potenziell folgenden Gewaltformen. Von einer noch ausstehenden systematischen Betrachtung der Chaostage von 1995 erhoffen wir uns ein besseres Verständnis für reziproke Dynamiken zwischen Gesellschaft und scheinbar sinnfreien *riots*, das geeignet ist, auch die immanenten Positionen der marginalisierten *rioter* aufzuzeigen.

Endnoten

- [1] Gewalt stellt bei den englischen *riots* von 2011 beispielsweise ein Hindernis für linke Solidarisierungen dar (Hoekmann 2012: 123).
- [2] Eine methodische Anmerkung: Unsere Ausführungen versuchen einen theoretischen Sachverhalt an einem empirischen Ereignis nachzuvollziehen. Es kommt uns daher nicht auf eine strikte empirische Beweisführung an, sondern auf die konzeptionelle Nachvollziehbarkeit. Das Anschauungsmaterial zu den Chaostagen ist im Quellenverzeichnis aufgeführt. Eine systematische und methodologisch robuste Analyse können wir an dieser Stelle nicht leisten. Da allerdings ersichtlich geworden ist, dass eine sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Chaostagen bisher kaum erfolgt ist, betrachten wir diese Vorgehensweise als legitim und sinnvoll, um eine Lücke in der Aufarbeitung zu schließen. Wir verweisen auf das Material unter Angabe seiner Fundorte im Internet. Der angeführte Film ist – zumindest vorläufig – unter der angegebenen Web-Adresse abrufbar. Unsere Auswertungen beziehen sich auf die ersten 15 Minuten des Films und unsere Angaben erfolgen daher ohne konkrete Zeitstempel.
- [3] Song- und Albumtitel der (DDR-)Punkband Schleim-Keim (neu aufgelegt 1992).
- [4] Song- und Albumtitel (sowie nach Rechtsstreitigkeiten mit einer Brauerei auch Bandname) der Punkband *Beck's Pistols* (1990).
- [5] Bewusst geschieht an dieser Stelle keine geschlechtersensible, grammatikalische Angleichung, da die historisch-diskursive Figur des Bürgers, auf die wir uns beziehen, sich selbst über Männlichkeit konstituiert und diese als absolut setzt.
- [6] Diese Aussage wird häufig zitiert, ohne dass eine eindeutige Quelle auffindbar ist.
- [7] Im Untertitel der (archivierten) Homepage findet sich eine Selbstdarstellung als „geistige[r] Brandstifter“, gefolgt von der Forderung: „Die menschliche Zivilisation muss vernichtet werden! Sofort!“ (Spiritus Rector o. J.). Auf *chaostage.de* (o. J.) wurde die Aufgabe von Spiritus Rector sowie seines Internetauftritts *Cannibal Home Channel* als „Informationsvergiftung“ aufgefasst, welche „fast täglich blutige Parolen frei Haus“ geliefert hätte, die „von den Medien nur zu gerne aufgegriffen“ worden wären. Somit sei den bürgerlichen Medien „Ihr [sic!] eigener Sensationsjournalismus rektal eingeführt“ worden. Bei den Chaostagen handelte es sich um einen der ersten Proteste, die das Internet nutzten. Dieses war bereits so weit verbreitet, dass es als Infrastruktur zur Mobilisierung wie auch zur Herstellung einer gewissen Gegenöffentlichkeit verwendet werden konnte, wie insbesondere das hier herangezogene Archiv *chaostage.de* belegt.
- [8] Bruno Latour hat auf die Unterscheidung zwischen „Ikonoklasmus“ und „Ikonoclash“ hingewiesen. Ersterer sei ein Bildersturm, welcher im Akt des Zerstörens eines Bildes entstehe. Die Zerstörung sei in diesem Falle sinnhaft und phänomenologisch greifbar. Der „Ikonoclash“ hingegen irritiere, da die Zerstörung nicht eindeutig (be-)greifbar sei und kontingent scheine.

Autor_innen

Yannick Kalff ist Soziologe mit den Schwerpunkten Arbeits-, Organisationssoziologie, Krise der Arbeit, alternative Ökonomien und Selbstorganisation.
yannick.kalff@uni-jena.de

Katharina Warda ist Kulturosoziologin und Literaturwissenschaftlerin. Ihre Interessen sind Postcolonial- und Genderstudies, Literatur des 20./21. Jh. sowie des Internets.
katharina.warda@fu-berlin.de

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1971 [1966]): Erziehung nach Auschwitz. In: Gerd Kadelbach (Hg.), Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 88-104.
- autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe (Hg.) (1998): Vorsprung durch Technik? Internethype, Gegenöffentlichkeit und Widerstand. Vernetzung & Kommunikationsguerilla. <http://kguerilla.org/sites/default/files/vorsprung-durch-technik.pdf> (letzter Zugriff am 26.1.2016).
- autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe mittlerer neckar (Hg.) (1994): Kommunikationsguerilla – Der Kampf geht weiter. Anstiftung zu einer subversiven kommunikativen Praxis. In: autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe/mittlerer neckar (Hg.), Medienrandale. Rassismus und Antirassismus. Die Macht der Medien und die Ohnmacht der Linken? Grafenau: Trotzdem, 143-161.
- Baacke, Dieter (1985): Jugendliche Lebensstile. Vom Rock'n'Roll bis zum Punk. In: Bildung und Erziehung 38/2, 201-212.
- Bartz, Christina / Krause, Marcus (2007): Einleitung: Spektakel der Normalisierung. In: Christina Bartz / Marcus Krause (Hg.), Spektakel der Normalisierung. München: Wilhelm Fink Verlag, 7-24.
- Baudrillard, Jean (1978): Kool Killer. oder Der Aufstand der Zeichen. Berlin: Merve Verlag.
- Bauman, Zygmunt (1992): Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg: Junius.
- Benjamin, Walter (1983): Das Passagen-Werk. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bennett, Andy (2006): Punk's not Dead. The Continuing Significance of Punk Rock for an Older Generation of Fans. In: Sociology 40/2, 219-235.
- Blissett, Luther / Brünzels, Sonja (1997): Handbuch der Kommunikationsguerilla. Jetzt helfe ich mir selbst. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation.
- Chaostage.de (o. J.): Flashback. <http://www.chaostage.de/a/home/p/flashback.php> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Chaostage.de (1995a): Bund schlesischer Freizeitmaler. <http://www.chaostage.de/downloads/flyer/1995/freizeitmaler.pdf> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Chaostage.de (1995b): „Schutt und Asche“? <http://www.chaostage.de/downloads/flyer/1995/atombomben.pdf> (letzter Zugriff am 1.2.2016)
- Chaostage.de (1995c): Chaos-Tage ,95 Ein gutes Argument gegen die Expo! <http://www.chaostage.de/downloads/flyer/1995/anregung.pdf> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Chaostage.de (1995d): Komm auch du in die bunteste Stadt der Welt! <http://www.chaostage.de/downloads/flyer/1995/bunteste.pdf> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Chaostage.de (1995e): Wochenend-Ausflug in eine fremdartige Stadt. <http://www.chaostage.de/downloads/flyer/1995/bullenverarschung.pdf> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Chaostage.de (1995f): Deutsche Gesellschaft für Chaosforschung. <http://www.chaostage.de/downloads/flyer/1995/chaosforschung.pdf> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Chaostage.de (1995g): Schutt und Asche? Könnt ihr haben! Und zwar Säckeweise! <http://www.chaostage.de/downloads/flyer/1995/mitbringen.pdf> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Cuevas, Minerva (2008): Patria. In: Sönke Gau / Katharina Schlieben (Hg.), Spektakel, Lustprinzip oder das Karnevaleske? Ein Reader über Möglichkeiten, Differenzenerfahrungen und Strategien des Karnevalesken in kultureller / politischer Praxis. Berlin: b-books Verlag, 289-294.
- Debord, Guy (1996): Die Gesellschaft des Spektakels. Berlin: Edition Tiamat.

- Dubet, François (1997): Die Logik der Jugendgewalt. Das Beispiel der französischen Vorstädte. In: Trutz von Trotha (Hg.), *Soziologie der Gewalt*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 220-234.
- Dzudzek, Iris / Müller, Michael (2013): Der Lärm des Politischen. Die Londoner riots 2011 und ihre politischen Subjekte. In: *s u b / u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/2, 17-40.
- Eisenberg, Götz / Gronemeyer, Reimer (1993): *Jugend und Gewalt. Der neue Generationenkonflikt oder der Zerfall der zivilen Gesellschaft*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Farin, Klaus (1997): *Jugendkulturen zwischen Kommerz & Politik*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung, Thüringen.
- Farin, Klaus / Seidel, Eberhard (2012): *Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland*. Berlin: Archiv der Jugendkulturen Verlag.
- Foucault, Michel (1974): *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fukuyama, Francis (1992): *The end of history and the last man*. London: Penguin.
- Gabbert, Wolfgang (2004): Was ist Gewalt? Anmerkungen zur Bestimmung eines umstrittenen Begriffs. In: Julia M. Eckert (Hg.), *Anthropologie der Konflikte. Georg Elwerts konflikttheoretische Thesen in der Diskussion*. Bielefeld: transcript, 88-101.
- Gau, Sönke / Schlieben, Katharina (2008): Spektakel, Lustprinzip oder das Karnevaleske?. Über Möglichkeiten, Differenzerfahrungen und Strategien des Karnevalesken in kultureller / politischer Praxis. In: Sönke Gau / Katharina Schlieben (Hg.), *Spektakel, Lustprinzip oder das Karnevaleske? Ein Reader über Möglichkeiten, Differenzerfahrungen und Strategien des Karnevalesken in kultureller / politischer Praxis*. Berlin: b-books Verlag, 9-30.
- Geiling, Heiko (1995): „Chaos-Tage“ in Hannover. Vom Ereignis zum Mythos. In: *Vorgänge* 132/4, 1-6.
- Geiling, Heiko (2000): Punk als politische Provokation. Mit den Chaos-Tagen in Hannover zur Politik des ‚gesunden Volksempfindens‘. In: Roland Roth / Dieter Rucht (Hg.), *Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen: Leske + Budrich, 165-182*.
- Geschke, Sandra Maria (2009): Straße als kultureller Aktionsraum – eine Einleitung. In: Sandra Maria Geschke (Hg.), *Straße als kultureller Aktionsraum. Interdisziplinäre Betrachtungen des Straßenraumes an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 10-30.
- Graf, Christian (2003): *Punk! Das Lexikon*. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf.
- Haase, Bernd (2015): Als die Chaostage Hannover erschütterten. <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Mit-aller-Gewalt-Chaostage-erschuettern-Hannover> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Hafeneger, Benno / Stüwe, Gerd / Weigel, Georg (1993): *Punks in der Großstadt – Punks in der Provinz. Projektberichte aus der Jugendarbeit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Hahn, Anne (2009): *Pogo im Bratwurstland. Punk in Thüringen*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung, Thüringen.
- Hahn, Anne (2013): *Disteln mit spitzen Zacken dran. Punk*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung, Thüringen.
- Harvey, David (2012): *Rebel cities. From the right to the city to the urban revolution*. London: Verso.
- Herbertz, Oliver (2011): Die Organisation von Chaostagen. Analyse zur Konstruktion von Objektivität. In: Gregor Betz / Ronald Hitzler / Michaela Pfadenhauer (Hg.), *Urbane Events*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 245-260.
- Hoekman, Gerrit (2012): England 2011. Aufstand in den Suburbs. In: Wolf Wetzel (Hg.), *Aufstand in den Städten. Krise, Proteste, Strategien*. Münster: Unrast-Verlag, 109-125.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter (1997): Straße. Ritus und Aufruhr. In: *Ästhetik & Kommunikation* 28/99, 15-20.
- Inhetveen, Katharina (1997): Gesellige Gewalt. Ritual, Spiel und Vergemeinschaftung bei Hardcorekonzerten. In: Trutz von Trotha (Hg.), *Soziologie der Gewalt*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 235-260.
- Köster, Petra F. (2014): Punk – Kultur des Protests. In: Udo Fleck (Hg.), *Neues Trierisches Jahrbuch*. Trier: Selbstverlag, 83-95.
- Latour, Bruno (2002): *Iconoclash. Oder gibt es eine Welt jenseits des Bilderkrieges?* Berlin: Merve-Verlag.

- Lau, Thomas (1992): Die heiligen Narren. Punk 1976-1986. Berlin u. a.: Walter de Gruyter.
- Liebig, Steffen (2014): Soziale Unruhen als nicht-normierte Konflikte. Das Beispiel der englischen Riots von 2011. In: PROKLA. 44/175, 271-287.
- Mahnert, Franz (1997): Von der ewigen Wiederkehr des Verdrängten. Sehnsucht nach der ‚Rückkehr der Straße?‘. In: Ästhetik & Kommunikation 28/99, 82-87.
- Malott, Curry / Peña, Milagros (2004): Punk Rockers‘ Revolution. A Pedagogy of Race, Class, and Gender. New York: Peter Lang.
- Marcus, Greil (1992): Lipstick traces. Von Dada bis Punk – kulturelle Avantgarden und ihre Wege aus dem 20. Jahrhundert. Hamburg: Rogner & Bernhard.
- Meinert, Philipp / Seeliger, Martin (2013): Punk in Deutschland. Sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven. In: Philipp Meinert / Martin Seeliger (Hg.), Punk in Deutschland. Sozial- und kulturwissenschaftliche Perspektiven. Bielefeld: transcript, 9-55.
- Metz, Markus / Seeblen, Georg (2012): Kapitalismus als Spektakel. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Nagenborg, Michael (1999): Gewalt in den Medien. Mit Gewalt Schlagzeilen machen - Rückkopplungseffekte von dokumentarischen Gewaltdarstellungen am Beispiel ‚Chaos-Tage‘. http://www.michaelnagenborg.de/pdf/gewalt_in_den_medien-anhang2.pdf (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- NDR (2015): Vor 20 Jahren: Die letzten Chaostage in Hannover. <https://www.ndr.de/kultur/geschichte/Vor-20-Jahren-die-letzten-Chaostage-in-Hannover,chaostage176.html> (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Nedelmann, Birgitta (1997): Gewaltsoziologie am Scheideweg. Die Auseinandersetzungen in der gegenwärtigen und Wege der künftigen Gewaltforschung. In: Trutz von Trotha (Hg.), Soziologie der Gewalt. Opladen: Westdeutscher Verlag, 59-85.
- Pettenkofer, Andreas (2010): Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag.
- Pettenkofer, Andreas / Liell, Christoph (2004): Kultursoziologische Perspektiven in der Gewaltforschung. In: Christoph Liell / Andreas Pettenkofer (Hg.), Kultivierungen von Gewalt. Beiträge zur Soziologie von Gewalt und Ordnung. Würzburg: Ergon Verlag, 9-40.
- Pfaller, Robert (2002): Die Illusionen der anderen. Über das Lustprinzip in der Kultur. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Reemtsma, Jan Philipp (2006): Die Natur der Gewalt als Problem der Soziologie. In: Mittelweg 36 15/5, 1-25.
- Reimitz, Monika (1989): Drinnen und Draußen. Vom Wohnen der Punks. In: Marlene Bock / Monika Reimitz / Horst-Eberhard Richter / Wolfgang Thiel / Hans-Jürgen Wirth (Hg.), Zwischen Resignation und Gewalt. Jugendprotest in den achtziger Jahren. Opladen: Leske + Budrich, 103-109.
- Sabin, Roger (Hg.) (1999): Punk Rock: So What? The Cultural Legacy of Punk. London u. a.: Routledge.
- Sagner, Karin (2006): „Die Eroberung der Straße begann im 19. Jahrhundert“. In: Karin Sagner / Matthias Amann (Hg.), Die Eroberung der Straße. Von Monet bis Grosz. München: Hirmer, 12-21.
- Schölzel, Hagen (2013): Guerillakommunikation. Genealogie einer politischen Konfliktform. Bielefeld: transcript.
- Schütz, Therese (2013): Auf der Straße gehen / Auf die Straße gehen. In: *dérive - Zeitschrift für Stadtforschung* 14/50, 37-44.
- Schwell, Alexandra (2005): Anarchie ist die Mutter der Ordnung. Alternativkultur und Tradition in Polen. Münster: LIT.
- Seifert, Jürgen (1996): Chaos-Tage: Modell Hannover. Aufenthaltsverbote als Instrument zur Durchsetzung von Versammlungsverbotten? In: *Kritische Justiz* 29/3, 356-361.
- Sennett, Richard (1997): Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Soeffner, Hans-Georg (1992): Stil und Stilisierung. Punk oder die Überhöhung des Alltags. In: Hans-Georg Soeffner (Hg.), Die Ordnung der Rituale. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 76-101.
- Sofsky, Wolfgang (1996): Traktat über die Gewalt. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Spiritus Rector (o. J.): Archiv der Homepage auf [www.chaostage.de](http://www.chaostage.de/archiv/sites/1996_chc/deutsch/sr/index.html). http://www.chaostage.de/archiv/sites/1996_chc/deutsch/sr/index.html (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Spiritus Rector (1996a): Journalisten sind Mörder. http://www.chaostage.de/archiv/sites/1996_chc/deutsch/sr/artikel/moerder.html (letzter Zugriff am 1.2.2016).

- Spiritus Rector (1996b): Hannover muss zur Wiese werden! http://www.chaostage.de/archiv/sites/1996_chc/deutsch/sr/artikel/wiese.html (letzter Zugriff am 1.2.2016).
- Sprengkopf Recklinghausen (1996): Kampf der Welten! Chaostage Hannover 1995. Online unter <https://vimeo.com/16711702> (letzter Zugriff am 26.1.2016).
- Sutterlüty, Ferdinand (2013): Riots - moralische Eskalationen? In: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung 10/2, 3-23.
- Thiele, Matthias (2007): Boulevard und Magazin der Normalen und der Anormalität. In: Christina Bartz / Marcus Krause (Hg.), Spektakel der Normalisierung. München: Wilhelm Fink Verlag, 103-122.
- Trawny, Peter (2011): Medium und Revolution. Berlin: Matthes & Seitz.
- Trotha, Trutz von (1997): Zur Soziologie der Gewalt. In: Trutz von Trotha (Hg.), Soziologie der Gewalt. Opladen: Westdeutscher Verlag, 9-56.
- Weller, Christoph (2003): Gewalt - politischer Begriff und friedenswissenschaftliche Konzepte. Eine Kritik der Gewaltfreiheit des Friedens. In: Jörg Calließ / Christoph Weller (Hg.), Friedenstheorie. Fragen - Ansätze - Möglichkeiten. Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie, 481-508.
- Westhusen, Mark M. (2005): Zonenpunkprovinz. Punk in Halle (Saale) in den 80er Jahren. Halle (Saale): Zeit-Geschichte(n) e. V.
- Žižek, Slavoj (2005): Pure Gewalt. Unkorrekte Reflexionen zu New Orleans, Frankreich und Verwandtem. In: Lettre International 71, 36-43.
- Žižek, Slavoj (2011): Gewalt. Sechs abseitige Reflektionen. Hamburg: Laika.

Chaos Days 1995 as a Political Spectacle. Mediality and Materiality of Urban Riots

Twenty years ago, the so-called Chaos days shattered the city of Hannover. In the most intense civil commotions since World War II, a subcultural mélange of punks, skinheads and other factions damaged the public understanding of social order. To analyze the Chaos days in the context of an emerging riots discourse opens perspectives for material and media-related effects. Moreover it focuses on riots as disturbances and ruptures of social order perceived in the lifeworld. This is a breakdown of social sense. Because it is not immediately possible to make sense of a riot, the media began – in the case of the Chaos days – to fill the fissures, it had created. The media named, defined and pursued the genuinely modern goal of ‘verstehen’. Riots are often defined and filled with sense by society and its spectacle, not by the rioter themselves. Chaos days picked up this point in a karnevalesk way: They confronted the public with an own interpretation and a distorted picture of public hysteria.

Keine *riots* in Deutschland?

Die Ereignisse in Hamburg-Altona im Sommer 2013

Julika Mücke

Moritz Rinn

Gibt es in Deutschland wirklich (bislang) keine *riots*? Und ist es hier im Vergleich zu Vororten oder Großstädten der nordwesteuropäischen Nachbarschaft oder der USA wirklich so ruhig? Entgegen dieser in der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Debatte oft angeführten Feststellung fragen wir, welche Elemente jener Auseinandersetzungen, die international als *riots* gefasst werden, auch in Konflikten in deutschen Großstädten sichtbar werden. Am Beispiel eines Ereignisses in Altona-Altstadt/Hamburg im Sommer 2013 untersuchen wir insbesondere Auseinandersetzungen um verräumlichte, kontrollintensive Polizeistrategien und spezifische Ausprägungen von Rassismus in städtischen Alltags. Denn bisher wurden solche Parallelen zu Konflikten etwa in Frankreich, Großbritannien oder den USA nicht explizit beleuchtet oder durch desintegrationstheoretische Perspektiven verdeckt. Ausgangspunkt der Untersuchung sind dabei die diskursiv-medialen Deutungskämpfe um die Altonaer Ereignisse.

Ersteinreichung: 17. Juni 2015; Veröffentlichung online: 1. Mai 2016
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Im folgenden Text untersuchen wir einen Konflikt um einen Polizeieinsatz, der sich im Sommer 2013 in Altona-Altstadt in Hamburg ereignet hat. Einige junge Menschen wehrten sich gegen eine Personenkontrolle und wurden dabei von Nachbar_innen, Verwandten und anderen Personen unterstützt. Die anschließenden Konfrontationen mit den Polizeikräften dauerten mehrere Tage an (vgl. Janicki/Kasiske 2013). Die Konstellation der Akteur_innen, die Dynamik der Auseinandersetzung und die diskursiven Repräsentationen der Ereignisse ähnelten dabei Grundmustern urbaner Konflikte, die in französischen, britischen oder US-amerikanischen Städten für gewöhnlich als *riots* oder *émeutes* bezeichnet werden. Diesen Vergleich zog etwa die Hamburger Tagespresse ganz explizit und warnte vor „Verhältnissen wie in Paris“ (M3)[1].

Stellt der Altonaer Kontrollkonflikt also jene Gewissheit in Frage, nach der es in Deutschland keine Auseinandersetzungen ‚wie‘ in den Vororten oder Großstädten der nordwesteuropäischen Nachbarschaft oder der USA gibt? Letzteres behauptete zumindest ein nicht geringer Teil der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Beiträge, vor allem in Anschluss an die Konfliktereignisse in Frankreich im Jahr 2005 (explizit etwa Lukas 2009).

Die dominierenden Erklärungen für urbane Aufstände und ihr Ausbleiben argumentierten weitgehend desintegrationstheoretisch, führen etwa eine schwächere Ausprägung von sozial-räumlicher Segregation und bessere Beziehungen zwischen Polizei und ‚ethnischen Minderheiten‘ in Deutschland an. In Altona-Altstadt scheinen diese Erklärungen nun allerdings entweder nicht zu greifen oder widerlegt zu werden.

Wir möchten deshalb am Beispiel der dortigen Konfliktereignisse untersuchen, welche Elemente jener Auseinandersetzungen, die international als *riots*[2] gefasst werden, auch in Konfliktkonstellationen in deutschen Großstädten sichtbar werden. Dabei kommen insbesondere Auseinandersetzungen um verräumlichte, kontrollintensive Polizeistrategien und spezifische Ausprägungen von Rassismus in städtischen Alltags in den Blick. Diese bestehenden Parallelen wurden jedoch in den bisherigen vergleichenden Ansätzen, so unsere Beobachtung, durch die desintegrationstheoretischen Perspektiven verdeckt. Wir diskutieren deshalb zunächst das dort vorherrschende *riot narrative* (s. u.), das die (vermeintliche) ‚Ruhe‘ in deutschen Großstädten erklärt, und konfrontieren es anschließend mit den Konfliktereignissen in Altona.

In unserer Fallstudie kontextualisieren wir diese Auseinandersetzungen zunächst und rekonstruieren anschließend ihre umstrittenen diskursiven Repräsentationen. Wir wählen die diskursiv-medialen Deutungskämpfe als zentralen Ansatzpunkt der Untersuchung, da Medien (im umfassenden Sinne) Konfliktereignissen nicht nur eine öffentliche Sichtbarkeit bieten, sondern im ‚Reden‘ über diese Ereignisse Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung beziehungsweise des politischen Prozesses sind (vgl. Vogel 2010). In diesen medialen Aushandlungen werden in Form konkurrierender Deutungsangebote auch spezifische Grenzen des Möglichen, Sagbaren und gesellschaftlich Akzeptablen abgesteckt. Entsprechend wird gesellschaftliches Wissen über Konfliktereignisse, die daran Beteiligten und die (gesellschaftlichen) Ursachen (re-)produziert oder transformiert. Wie solche Konflikte repräsentiert werden, ob als *riot*, als Krawall oder als Widerstand, und welche Subjektkonstruktionen darin auftauchen – etwa ‚kriminelle Jugendliche‘ oder ‚rassistische Polizist_innen‘ – muss insofern immer als Teil dieser Konflikte selbst begriffen werden.

Die Ergebnisse dieser Fallstudie beziehen wir im letzten Abschnitt auf unsere Eingangsfrage zurück. Es geht uns dabei weniger darum, uns für die These stark zu machen, dass es in Deutschland eben doch *riots* gibt. Wir wollen vielmehr zeigen, dass forschersche Perspektiven, die auf solche „nicht-normierten (urbanen) Konflikte“ (vgl. Liebig 2014 in Anschluss an Piven/Cloward 1991)[3] etwa in Frankreich, Großbritannien oder den USA gerichtet worden sind, auch dabei helfen können, Auseinandersetzungen wie jene in Altona-Altstadt angemessen verstehen zu können. Dafür greifen wir neben kritisch-stadtforscherischen auch rassismusanalytische Ansätze auf.

2. Der Blick aus Deutschland auf die *riots* der Anderen – und zurück

Zwei recht verschiedene Diskussionszusammenhänge legen die Annahme nahe, dass es in Bezug auf *riots* beziehungsweise urbane Aufstände in den Städten der BRD ‚ruhig‘ zugehe: Die deutschsprachigen

kritisch-sozialwissenschaftlichen Beiträge beschäftigten sich bislang nahezu ausschließlich mit solchen Konfliktereignissen anderswo und zogen selten Verbindungslinien nach Deutschland (vgl. etwa Liebig 2014; Altenried 2012; Dzudzek/Müller 2013; Kollektiv Rage 2009; Bareis 2007 sowie die Beiträge in *Das Argument* 52/289 2010). Die Diskussion hiesiger urbaner Konfliktkonstellationen im Lichte der *riots* und *émeutes* in der europäischen Nachbarschaft oder den USA blieb so weitgehend Journalist_innen und (stadt-)soziologischen sowie kriminologisch-polizeiforscherischen Autor_innen überlassen. Deren Perspektive ist dabei oft durch Positions- und Problembestimmungen *deutscher* Stadtgesellschaften gekennzeichnet – etwa als Frage, ob „das‘ bei ‚uns‘ auch passieren“ kann (Bareis 2007: 89). Es werden Erklärungen gesucht, warum es „in Deutschland keine *riots* gibt“ (Lukas 2009) und unter welchen Bedingungen diese möglicherweise zukünftig auftreten könnten (vgl. etwa Hradil 2006).

Aus diesen unterschiedlichen Beiträgen zusammengenommen ergibt sich ein Konzept zur Erklärung, warum *riots* entstehen oder ausbleiben, das stark jenem *riot narrative* ähnelt, das della Porta/Gbikpi (2012: 91) als kennzeichnend für die Medienberichterstattung in Frankreich nach den dortigen *émeutes* im Jahr 2005 herausgearbeitet haben. Dieses setzt sich aus vier Variablen zusammen: (1) räumliche Segregation, (2) soziale Integration, (3) Polizeiarbeit sowie (4) der Komplex aus Rassismus, Anerkennung und *citizenship*.

Die ersten beiden Variablen werden dabei häufig miteinander verbunden (vgl. etwa Keller 2011). In Kurzform lautet das Argument: In Deutschland komme es nicht zu *riots*, weil die verräumlichte soziale und ‚ethnische‘ Segregation in Großstädten wesentlich schwächer, die soziale Integration hingegen stärker ausgeprägt sei als etwa in Frankreich. Das hänge mit einer im internationalen Vergleich erfolgreichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik – aber eben auch mit den ausgefeilten hiesigen integrierten Politiken der Stadtteilentwicklung – zusammen (vgl. auch Hradil 2006). Das (Nicht-)Entstehen von *riots* wird hier mit der stadträumlichen Struktur sowie der ‚ethnischen‘ und ‚sozialen‘ Zusammensetzung der Bewohner_innen von Aufstandsgebieten beziehungsweise der Aufständischen erklärt. Zum Tragen kommt hierbei die Konzeption der „negativen Quartierseffekte“ (vgl. Häußermann/Kronauer 2012: 399f., Friedrichs 2010):[4] Zugespitzt formuliert: ‚Problemquartiere‘, in denen sich ‚benachteiligte Bevölkerungsgruppen‘ konzentrieren (in der deutschsprachigen Debatte die „A-Gruppen‘ (Arbeitslose, Arme, Alte, Ausländer)“, Farwick 2007, S. 112f.), bringen aufgrund fehlender Kontakte der Bewohner_innen zu ökonomisch erfolgreichen und sozial integrierten Nachbar_innen deviantes Verhalten hervor (vgl. exemplarisch Heitmeyer 2011). Die hierdurch entstehenden städtischen ‚Gewalt-räume‘ verunmöglichten auch ‚zivile‘ Artikulationsformen der Kritik und des Protests der Bewohner_innen gegen ihre Marginalisierung, denn, so die Argumentationslogik, es fehlten die Trägergruppen zivilgesellschaftlicher Organisierung.[5]

Die dritte Variable des *riot narrative* erklärt die (Nicht-)Entstehung von *riots* mit dem Verhältnis zwischen ‚marginalisierten‘ Stadtteilmobilen_innen, in erster Linie Jugendlichen, und Polizeikräften (vgl. Keller/Schulteis 2008, Keller 2011). Polizeiforscher_innen stellen etwa heraus, dass das Ausbleiben von Konflikteskalationen in der Bundesrepublik mit den

bürgernahen Polizeistategien des *community policing*[6] zu erklären sei (vgl. etwa Lukas 2007). So scheint Deutschland eine Ausnahme gegenüber eher autoritären und konfrontativen Formen des *policing* zu sein, wie sie beispielsweise in Form repressiver Kontrollpraktiken in den USA und Großbritannien zu finden sind.[7] Insofern blieben Anlässe zum Protest der ‚üblichen Verdächtigen‘ in Deutschland weitgehend aus.

Mit dieser Feststellung verbunden wird nun in der vierten Variable des *riot narrative* auf die unterschiedliche Bedeutung von Rassismus hingewiesen: Rassismus forme die sozialen Beziehungen und deren Verräumlichung in deutschen Großstädten nicht annähernd so stark wie in Frankreich, Großbritannien oder den USA. Das deutsche Staatsbürgerschaftsverständnis und Integrationsregime sowie andere postkoloniale Beziehungen führten zu vergleichsweise schwach ausgeprägten Anerkennungserwartungen ‚ethnisierter Minderheiten‘. Daraus folge ein entsprechend geringeres Protestverhalten (vgl. etwa Keller/Schultheis 2008: 248f., Loch 2009): Da die „Diskrepanz zwischen formaler Gleichberechtigung und sozialer Marginalisierung“ hierzulande aufgrund der rechtlich festgeschriebenen Ungleichheiten kaum eine Rolle spiele,[8] würden Konflikte um Zugehörigkeit in Deutschland nicht „von unten“ (also etwa von der „türkischen Migrantpopulation“), sondern, wenn überhaupt, „von oben“ (also ausgehend von der „Mehrheitsgesellschaft“) artikuliert (Keller 2011: 244).

Die vier Dimensionen des *riot narrative* werden nun in der Debatte unterschiedlich gewichtet, zentrieren sich allerdings um die Erklärungskraft des Theorems urbaner Desintegration herum. Diese Deutung der Aufstände als Desintegrationsphänomene ermöglicht zugleich eine etwas paradoxe Bezugnahme und Abgrenzung: So wird erklärt, in deutschen Städten seien gravierendere städtische Konflikteskalationen bisher deshalb ausgeblieben, weil soziale Ausgrenzung und Diskriminierung hier nicht derart verräumtlicht ausgeprägt seien wie in der nordwesteuropäischen Nachbarschaft. Diese Erklärung kontrastiert allerdings mit den nicht zu überhörenden Warnungen etwa vor ‚französischen Verhältnissen‘, in denen rassifizierende Konstruktionen ‚gefährlicher Räume‘ wie ‚gefährlicher Klassen‘ beziehungsweise Bevölkerungssegmente (insbesondere auch ‚islamistischer Extremist_innen‘) produktiv werden (vgl. Ronneberger/Tsianos 2009, Tsianos 2013).

Doch egal ob eher skandalisierende oder abwiegelnde Positionen bezogen werden: Die allseits geteilte Grundannahme besteht darin, dass sich *bisher* in Deutschland keine urbanen Konflikte ‚wie‘ in Frankreich, Großbritannien oder den USA ereignet hätten. Doch lässt sich diese Annahme eigentlich halten? Zumindest in den Medien weht auch in deutschen Großstädten manchmal „ein Hauch von Banlieue“ – wie der Spiegel die Proteste nach der Tötung eines Jugendlichen im Kölner Stadtteil Kalk Anfang 2008 betitelte (vgl. Bukow/Preißig 2010). Auch Auseinandersetzungen im Kreuzberger Wrangelkiez im Jahr 2006 wurden entsprechend diskutiert (vgl. Lukas 2007). In einzelnen Konfliktfällen werden offenbar Zuschreibungen und Unterscheidungen von städtischer ‚Jugendgewalt‘, ‚Krawall‘, ‚Revolte‘ oder ‚Protest‘ unscharf.

Es sind nun gerade solche Situationen der Verunsicherung in Bezug auf Grenzziehungen, die in besonderem Maße Aufschluss über hiesige urbane Konfliktkonstellationen geben können. Deshalb untersuchen wir exemplarisch eine solche Auseinandersetzung im Hamburger Stadtteil

Altona-Altstadt, wo im Sommer 2013 nach dem Widerstand einiger Jugendlicher gegen vermehrte Polizeikontrollen vor „Zustände[n] wie in Paris, Stockholm oder London“ (B3) gewarnt wurde. Ansatzpunkt unserer Analyse sind dabei allerdings nicht Konzeptionen urbaner Desintegration. Wir verorten diesen Konflikt und seine diskursive Verhandlung vielmehr im Zusammenhang von Rassismus, Stadtpolitik und Polizeiarbeit.

3. Auseinandersetzungen in Altona: Kontrollstrategien, Widerstände und Deutungskämpfe

3.1. Das Konfliktereignis: Einige Sommertage in Altona-Altstadt

Der Konflikt, den wir hier genauer untersuchen möchten, entzündete sich am späten Donnerstagabend des 11. Juli 2013 im Zuge einer Polizeikontrolle mit mehreren Streifenwagenbesatzungen in der Holstenstraße in Hamburg-Altona. Ziel der Kontrollen war eine Gruppe von etwa 20 Jugendlichen, die sich vor einem Kiosk getroffen hatten, um gemeinsam das Fasten zu brechen (seit Anfang der Woche war Ramadan). Die Personalienkontrolle wurde zunächst ohne Begründung vorgenommen, später gab ein Polizeisprecher an, die Jugendlichen hätten zuvor Polizist_innen mit Laserpointern geblendet (vgl. Polizei Hamburg 2013). Einigen von ihnen gelang es, sich durch Flucht in einen Hauseingang der Kontrolle zu entziehen. Die verbleibenden 16 Personen wehrten sich gegen die in ihren Augen ohne Anlass durchgeführte Kontrolle. Die Pressestelle der Hamburger Polizei sprach von „massiven Bedrohungen, Sachbeschädigungen an Einsatzfahrzeugen und Widerstandshandlungen gegen Polizisten“ (ebd.). Die Jugendlichen hingegen schilderten das Vorgehen der Polizei als brutal, unverhältnismäßig und grundlos (vgl. Utopie TV 2013). Die Polizist_innen setzten bei den folgenden Festnahmen Schmerzgriffe, Pfefferspray und auch Schlagstöcke gegen die 17- bis 26-jährigen, allesamt männlichen, Anwohner ein.

Während der Auseinandersetzung versammelten sich in kürzester Zeit etwa 150 Menschen – Angehörige, Freund_innen und Nachbar_innen – und protestierten gegen die Festnahmen und das Vorgehen der Polizei. Es kam zu Wortgefechten mit den Polizeikräften und Sprechchören sowie zu einer spontanen Sitzblockade auf der Holstenstraße. Die Polizei war mit etwa 100 Beamt_innen im Einsatz (vgl. taz, 12.7.2013). Die festgenommenen Jugendlichen wurden gegen Mitternacht auf vier verschiedene Polizeiwachen im Umkreis gebracht und erst in den frühen Morgenstunden wieder entlassen. Im Anschluss wurden Ermittlungsverfahren gegen 22 Beteiligte „wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Sachbeschädigung“ (Polizei Hamburg 2013) eingeleitet (vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013).

Auch in den darauffolgenden beiden Nächten versammelten sich viele Anwohner_innen, aber auch Bewohner_innen anderer Stadtteile und Journalist_innen rund um den Kiosk in Altona-Altstadt. Vor allem in der Nacht von Freitag auf Samstag kam es zu weiteren Auseinandersetzungen mit der Polizei sowie Sachbeschädigungen im Viertel. Die Presse berichtete von brennenden Autos und Jugendlichen, die die Polizeikräfte mit Steinen

und Feuerwerkskörpern beworfen hätten (vgl. H2). Gleichzeitig ging die Leitung des zuständigen Polizeikommissariats am zweiten Tag des Konflikts gezielt auf Personen zu, die zuvor als Sprecher_innen beziehungsweise ‚Vermittler_innen‘ aufgetreten waren (vgl. t2). Auch die Beendigung intensiver Polizeikontrollen und die Einladung zu einem Runden Tisch waren Teil dieser Deeskalationsstrategie. Einige Nachbar_innen organisierten hingegen am darauffolgenden Wochenende eine Stadtteilversammlung, die von etwa 200 Menschen besucht wurde (vgl. Nachbarschaftsversammlung 2013). Eine Woche später demonstrierten etwa 1.000 Menschen unter dem Motto: „Schluss mit den rassistischen Polizeikontrollen“ im Stadtteil (vgl. H5).

3.2. Der Kontext: Polizeiliche Kontrollmaßnahmen im Aufwertungsgebiet

Um zu verstehen, wie diese konfrontative Konfliktkonstellation möglich geworden ist, muss zunächst ihre spezifische Situierung beachtet werden. Altona-Altstadt gehört zur westlichen inneren Stadt und grenzt an St. Pauli, Altona-Nord, die Sternschanze und Ottensen – Stadtteile, in denen spätestens seit den 1990er Jahren umstrittene Aufwertungspolitiken und Verdrängungsprozesse zu beobachten sind. Auch Altona-Altstadt soll seit Anfang der 2000er Jahre mit Sanierungs- und „Soziale Stadt“-Gebieten stadtentwicklungspolitisch aufgewertet werden (vgl. steg 2013). Politisch-administrativ wurde neben städtebaulichen Mängeln insbesondere eine ‚problematische‘ Sozialstruktur identifiziert, mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote, hoher Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut, zudem verfügten gut 30 Prozent der Bewohner_innen nicht über einen deutschen Pass – doppelt so viele wie im gesamtstädtischen Durchschnitt. Durch die „Abwanderung von insbesondere sozial stabileren Familien“ würden diese „Problemlagen“ weiter verschärft (ebd.). Altona-Altstadt sollte deshalb „stabilisiert“ werden (ebd.). Die Stadtentwicklungspolitiker_innen verfolgten dabei offensiv eine Bevölkerungspolitik der ‚sozialen Mischung‘: Sie setzten etwa auf eine „Attraktivitätssteigerung der Wohnquartiere für Familien und junge Haushalte vor der Familiengründung“ (ebd.) – also für neue urbane Mittelschichten, mit dem Ziel, dadurch die Lebensbedingungen im Stadtteil für ‚benachteiligte Bevölkerungsgruppen‘ zu verbessern.[9] Im Zuge dieser Verfahren, aber auch der gesamtstädtischen Entwicklung sind in den letzten Jahren Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, Mietsteigerungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nicht ausgeblieben. Auch politisch-administrative Akteur_innen mussten faktisch die Verdrängung vor allem geringerverdienender Menschen und Bewohner_innen „mit Migrationshintergrund“[10] aus dem Stadtteil anerkennen. 2012 wurde für weite Teile des Stadtteils eine Soziale Erhaltungsverordnung[11] erlassen (vgl. steg 2013, Bezirksamt Hamburg-Altona 2012).

Etwa zeitgleich zu diesen stadtentwicklungspolitischen Bemühungen um ‚soziale Balance‘ wurden in dem Gebiet aber auch neue polizeiliche Kontrollstrategien wirksam. So wurden einige Straßenzüge Altona-Altstadts Schauplatz einer polizeilichen Sondermaßnahme. Diese bezog sich auf eine „lose Gruppierung“ von Jugendlichen und Heranwachsenden, die von der Innenbehörde später als „mehrheitlich mit Migrationshintergrund

sowie bereits deliktisch in Erscheinung getreten“ geschildert werden (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2013). Insbesondere wurden Raubüberfälle auf „alkoholisierte [...] St. Pauli-Besucher“ (ebd.) und provozierendes Auftreten gegenüber der Polizei hervorgehoben. Nachdem „Kontaktaufnahmen durch den polizeilichen Jugendschutz sowie den zuständigen Jugendbeauftragten“ an mangelnder „Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft“ gescheitert seien, veranlasste das zuständige Polizeikommissariat von Oktober 2012 bis Februar 2013 „Schwerpunkteinsätze durch gezielten Einsatz von Zivilfahndern und durch offensive Präsenzmaßnahmen“ (ebd.). Nach einer zwischenzeitlichen „Lageberuhigung“ (ebd.) wurden im Frühjahr 2013 wieder vermehrte Delikte registriert. Ab dem 8. Juli 2013 wurde die polizeiliche Präsenz deshalb etwa durch uniformierte Doppelstreifen wieder erhöht. Darüber wurden diejenigen, die von der Polizei als ‚Jugendliche mit Migrationshintergrund‘ klassifiziert wurden, nicht etwa durch die Medien informiert, sondern erfuhren es alltäglich durch mehrfache Personalienkontrollen. Diese versuchte Verschiebung der ‚Kontrollnormalität‘ blieb jedoch nicht unangefochten, was an den geschilderten Ereignissen jener Tage im Hochsommer 2013 deutlich wird, die auf die neuerlichen polizeilichen ‚Schwerpunkteinsätze‘ folgten.

3.3. Diskursive Deutungskämpfe um die Konfliktereignisse in Hamburg Altona-Altstadt

Schon während der Auseinandersetzungen zwischen Polizeikräften und Stadtteilbewohner_innen entwickelten sich diskursiv-mediale Deutungskämpfe um die Ereignisse, in denen sich zahlreiche diskursive Elemente urbaner *riots* wie in Großbritannien 2011 oder Frankreich 2005 auffinden lassen. Mit Hilfe diskursanalytischer Methoden konnten wir dabei anhand unterschiedlicher Konstruktionen von Problemdefinitionen, Ursachen oder Akteursklassifikationen drei zentrale Interpretationsrepertoires herausarbeiten (vgl. Abb.1).[12]

Die drei Interpretationsrepertoires unterscheiden sich in ihrer Diskursstruktur, also etwa der Benennung des ‚Problems‘, der Zuweisung von Schuld und Verantwortung oder den Lösungen beziehungsweise Handlungsbedarfen. Auch die Narration, die die einzelnen Strukturelemente einbettet und somit die Repräsentation des Konfliktes in Altona maßgeblich bestimmt, unterscheidet sich entsprechend.

So wird im *ersten Interpretationsrepertoire* der Konflikt selbst als „Krawalle“ und „Randale“ (H2, M3, B2, W1, t2) oder „Massenaggression“ (H1)

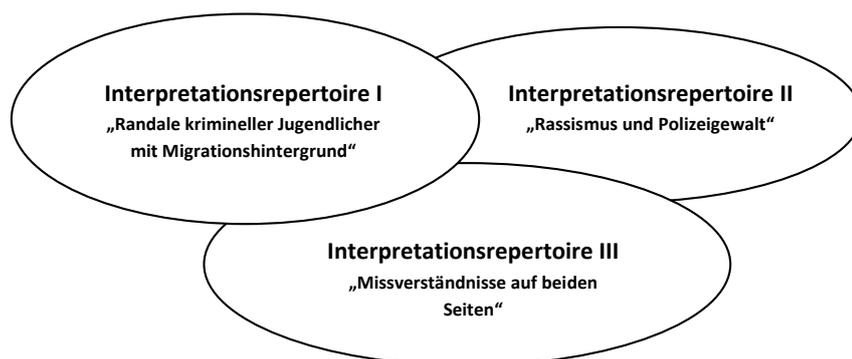


Abb. 1 Interpretationsrepertoires im medialen Diskurs um die Altonaer Ereignisse (Quelle: Eigene Darstellung)

benannt; seine Ursachen werden im kriminellen Verhalten problematischer Jugendlicher ‚mit Migrationshintergrund‘ bestimmt. Eine legitime Polizeikontrolle sei eskaliert, da die Jugendlichen die Polizei provoziert und angegriffen hätten (u. a. M2, B2, W2, S2, S3). Opfer und Heldin zugleich ist die Polizei (H2). Diese agiert in der spezifisch verorteten Situation eines ‚gefährlichen Viertels‘ – diese Konstruktion ist ein weiterer Hauptbestandteil der Narration (u. a. H3, H7, W2, S2, S3, S6, S7). Als zentrale gesellschaftspolitische Ursache wird eine ‚verfehlte Integrationspolitik‘ festgestellt (B3, S5, S7). Entsprechend werden integrationspolitische ‚Maßnahmenbündel‘ (B3, t5, S7), mehr Prävention (H6) und vor allem härteres Durchgreifen seitens der Justiz sowie spürbare schnelle Strafen (S3) gefordert.

Das *zweite Interpretationsrepertoire* hingegen benennt rassistische Polizeikontrollen und das eskalierende Verhalten der Polizei als Problem und als Ursache des Konflikts. Die Schuld wird allein der Polizei zugewiesen, während die Jugendlichen Opfer von Polizeigewalt und rassistischen Kontrollen (H5, t1, S1, S4, S5, S6, S7) sind. Dies ist eingebettet in eine Erzählung über eine veränderte Alltagserfahrung angesichts der teils mehrfach am Tag erlebten Kontrollen (t3). Alle Jugendlichen im Stadtteil würden unter Generalverdacht gestellt (S1, S4, S7), wobei ein zugeschriebenes ‚ausländisches‘ (also nicht *weiß*-deutsches) Aussehen als entscheidender Grund für die Kontrolle genannt wird (S6). Gefordert werden die Abschaffung von verdachtsunabhängigen Personenkontrollen sowie des *racial profilings* der Polizei, die unabhängige Aufklärung von Polizeigewalt und die Durchsetzung von Gleichbehandlung und Rechtsstaatlichkeit für alle (S1, S6, S7).

Schließlich lässt sich noch ein *drittes Interpretationsrepertoire* identifizieren, das sich zwischen den beiden anderen bewegt. Der Konflikt in Altona wird hier als umstrittener Polizeieinsatz präsentiert (H7, M1, M3). Es wird von Missverständnissen auf beiden Seiten gesprochen, die zur Eskalation geführt hätten (S1). Die Ursache für die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Anwohner_innen bleibt entsprechend unklar. Auch die Schuld wird nicht einer Konfliktpartei zugewiesen; beide Seiten gestehen Fehler ein (t2, t3, S1). Eindeutig verurteilt werden jedoch die ‚Krawalltouristen‘ (W2), die in der zweiten und dritten Nacht von außerhalb ‚zum Randalieren‘ in das Viertel gekommen seien und einen Teil der Schuld zugewiesen bekommen (W2, M3, t3). Handlungsbedarf wird im Hinblick auf eine gemeinsame Kommunikation und Dialogbereitschaft gesehen (M2, M3, B3, t2, S1).

3.4. Schuld sind die ‚nicht integrierten Anderen‘?!

Aushandlungsprozesse um Integration, Rassismus und das Viertel

Wie bereits deutlich geworden ist, stehen im Mittelpunkt der diskursiven Deutungskämpfe um die Ereignisse in Altona-Altstadt Aushandlungsprozesse um Rassismus, polizeiliche Kontrollpraktiken und die Konstruktion gefährlicher Orte. Für alle Aspekte zentral ist dabei die Klassifizierung beziehungsweise Differenzmarkierung (*othering*)[13] der Jugendlichen sowie dem entgegengesetzte Konstruktionen. Auf diese Aspekte möchten wir im Folgenden nochmals vertieft eingehen.

Im ersten Interpretationsrepertoire ‚Randale krimineller Jugendlicher‘ werden die Jugendlichen als ‚problematische Jugendliche mit

Migrationshintergrund‘ klassifiziert. Dieses *othering* hat verschiedene diskursive Funktionen. Einerseits spielt es eine wichtige Rolle in der Konstruktion Altona-Altstadts als „gefährlicher Stadtteil“ (H3, H6, H7, M3, W2, S6, S7), in dem sich als kriminell, aggressiv und frustriert beschriebene Jugendliche aufhalten (u. a. S3, H7, M2). Die ‚problematischen‘ Jugendlichen seien dabei auf Randalen aus (H3, H4, B2) und „wollte[n] es drauf ankommen lassen“ (B2). Dominante Sprecherpositionen nehmen hierbei die Öffentlichkeitsabteilungen der Polizei, der Polizeigewerkschaft sowie der Innenbehörde ein, die eine Akteurskoalition mit ‚der Politik‘ und den von ‚Kriminalität betroffenen Anwohner_innen‘ bilden. Dies wird in eine Erzählung eingebunden, in der die Polizei schon länger Jugendliche im Stadtteil ‚im Visier‘ hat. Grund für die verstärkten Kontrollen seien die „alarmierende Kriminalitätsentwicklung im Viertel“ (H3, H6), die steigende Zahl von Straftaten und „Beschwerden von Anwohnern“ (H1, S2, S6). Die Eskalation erscheint in diesem Deutungsmuster als Frage der Zeit: „Gestern brachen dann alle Dämme“ (S3).

„Deutschlands neuer Problemkiez“ (S6) wird dabei als polizeifeindlich (u. a. M3, t2, S3) und gefährlich (u. a. H3, W2, S2, S6) inszeniert. Diskursiv spielt bei der Konstruktion Altona-Altstadts als gefährliches Viertel die Benennung der betroffenen Straßenzüge als „Stolperviertel“ eine beträchtliche Rolle. Der Begriff, der in der medialen Berichterstattung und den Pressemitteilungen der Polizei auftaucht, ist im aktuellen Sprachgebrauch der Anwohner_innen kaum verbreitet (t3). Durch diese Neu-Benennung des Schauplatzes der Ereignisse wird eine Verräumlichung von ‚Kriminalität‘ in Verbindung mit der Konstruktion von ‚problematischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund‘ hergestellt und damit die Kontrollpraxis legitimiert.

Auf dieser Problemdefinition werden dann entsprechende ‚Lösungsvorschläge‘ aufgebaut: So wird im Interpretationsrepertoire „Randalen krimineller Jugendlicher“ ein hartes Durchgreifen seitens der Justiz als einzige wirksame Handlungsoption konstruiert. Strafen sollten „schnell“ und „spürbar“ (S3) erfolgen: „Wer Polizisten angreift, muss Null-Toleranz und gesellschaftliche Ächtung erfahren. [...] Hier muss jedes Verständnis und jede Dialogbereitschaft enden und der Staat klare Kante zeigen“ (S3). Die Politik müsse endlich aufwachen und „ein auf Migranten abgestimmtes Maßnahmenbündel“ verabschieden, „um die soziale Schieflage zu beseitigen“ (B3, t5, S7). In diesem Kontext sind direkte Diskursverschränkungen mit *riots* zu finden. Denn nur die ‚harte Linie‘ scheint Deutschland vor „Zustände[n] wie in Paris, Stockholm oder London“ (B3, S6) noch bewahren zu können. So rechtfertigt sich auch das Verhalten der Polizei, denn „die Beamten erklärten [...], sie wollten verhindern, das Altona wie die französischen Banlieues oder Neuwiedenthal zur ‚aufgegebenen Zone‘ werde“ (t1). In dieser Bezugnahme unter anderem auf eine Großwohnsiedlung an der südwestlichen Hamburger Peripherie wird zugleich eine Verknüpfung mit Wissensvorräten über urbane Räume gesellschaftlicher Desintegration wirksam.

An dieser Stelle wird eine weitere Funktion des *othering* im Diskurs um die Konfliktereignisse in Hamburg-Altona im Sommer 2013 deutlich: das *Markieren der ‚nicht-integrierten Anderen‘*, die für ihre kriminellen Handlungen bestraft werden müssen. So wird das Verhalten der Jugendlichen in Altona-Altstadt als „Alarmsignal für verfehlte Integrationspolitik“ bezeichnet (B3, S7, S5). Und auch die Jugendlichen selbst würden durch „Selbstmitleid,

Selbstisolation und die Einstellung, dass immer andere Schuld an ihrem Los sind“ (S5, S7), integrative Prozesse verhindern. Hierbei wird deutlich, dass die Konfliktartikulation der Jugendlichen lediglich auf einer individuellen Schuldebene verhandelt wird: „Bei solchen jungen Männern besteht oft eine Unzufriedenheit darüber, dass sie in einer Umgebung leben, in der andere die Normen und Werte bestimmen. Die Polizei ist bei solchen Gruppen oft Feindbild, weil sie als Machtinstrument der Anderen gilt“ (W2). Polizist_innen werden als Antagonist_innen stilisiert, die als Projektionsfläche der ‚missratenen‘ Jugendlichen herhalten müssen (S3), und als Opfer präsentiert: „Gewalt und Bedrohung gegen Polizeibeamte gehören auch in Hamburg zur Alltagskultur krimineller Jugendlicher“ (S3). Ein Zusammenhang mit gesellschaftlichen Machtstrukturen wie Rassismus wird hierbei kategorisch abgewiesen und die Polizei als nicht-rassistisch verortet (t5, S6). Die Jugendlichen werden so als ‚nicht-integrierte Andere‘ konstruiert, die im Außen der Gesellschaft positioniert sind.

Auch die diskursiven Figuren der entgegengesetzten Deutungen greifen das Element ‚Integration‘ auf, so etwa im Statement eines Stadtteilbewohners: „Es wird geredet von Integration. Wir sind integriert, ne! [...] Ich bin in Deutschland geboren, ich kenn die Sprache. Es ist mein Mutterland. Ich bin zwar auch Türke, [...] aber ich fühl mich als Deutscher“ (S1). Auch ein anderer jüngerer Anwohner deutet die Ereignisse als Konflikt um Integration: „Die einzige Schuld die wir haben, ist, dass wir aus Migrantenfamilien kommen, die sich erfolgreich seit der dritten Generation integriert haben“ (ebd.). Die zunehmenden Kontrollen und die „Provokation“ vom Donnerstagabend deuten die Jugendlichen dabei als Strategie der Polizei, um „die Statistik zu frisieren“: Als mutwillige Eskalation, „damit genau sowas passiert“ und es „dann [wieder] heißt, die Jugendlichen sind kriminell“ (ebd.). Hier wird der Polizei das Motiv zugeschrieben, die faktische Integration der Jugendlichen nicht wahrhaben, verhindern oder rückgängig machen zu wollen.

Dieses Ringen um die Deutung von Integration wird von *rassistischen Differenzkonstruktionen* beziehungsweise dem Widerstand dagegen flankiert: „Solange wir so aussehen“, sagt ein Jugendlicher, „sind wir immer potentielle Täter“ (S6). „[W]er anders als der deutsche Durchschnittsbürger aussehe, gerate schnell in Verdacht, kriminell zu sein“ (M3, S6). Dieses *othering* wird noch durch weitere rassistische Deutungen ergänzt. So werden einerseits die Nachbarschaft im Viertel und die Angehörigen der Jugendlichen in der Figur der ‚migrantischen Großfamilie‘ beschrieben (M1) und damit eine Art ‚Kulturkampf‘ zwischen einer abweichenden ‚Minderheitenkultur‘ und der ‚Mehrheitskultur‘, die von der Polizei repräsentiert wird, konstruiert. In der entgegengesetzten Deutung wehren sich die Jugendlichen gegen eine antimuslimische Deutungsverknüpfung von migrantischer Identität und Religion: Ein junger Mann richtete sich etwa direkt an die anwesenden Journalist_innen: „Es gab Schreie mit Islam und so, [aber] nicht dass sie wieder schreiben: Salafisten und so was. Es ist so, hier leben viele Ausländer, nicht dass später aber diese Verbindung mit dem Islam wieder kommt“ (S1).

Mit diesen rassistischen Differenzierungen beziehungsweise dem Widerstand dagegen verknüpft ist schließlich die Erfahrung rassistischer Polizeikontrollen im Alltag. Dies drückt sich beispielsweise dadurch aus, dass ein Jugendlicher aufgrund der Kontrollen zu spät zur Arbeit kommt

(vgl. t2). Das Vorgehen der Hamburger Polizei wird im zweiten Interpretationsrepertoire entsprechend als „Musterbeispiel von Racial and Ethnic Profiling“ (S6) verhandelt, da die „Polizei [...] offensichtlich weiterhin ein Feindbild pflege, das vor allem von rassistischen Ausschlusskategorien bestimmt wird“ (S7). Der von der Polizei hergestellte Ausnahmezustand kulminierte in der Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und Polizei am Abend des 11. Juli, die als Gipfel der vielen Kontrollen bewertet wird (S4). Im Kontext dieser Deutungen der Konfliktereignisse und Vorgehensweisen der Polizei wird nun das Verhalten der Jugendlichen entsprechend nicht als deviant sondern vielmehr als „Zeichen des Aufbegehrens gegen die alltäglichen Demütigungen, sogenannte verdachtsunabhängige Personalkontrollen, Beleidigungen und Gewalt der Polizei gegenüber People of Color, kurz: Racial Profiling“ (S5) gedeutet und somit legitimiert. Denn obwohl Racial Profiling verfassungswidrig ist, scheint es in Altona-Altstadt gängige Polizeipraxis zu sein (S6, S7).

4. Die Verhandlung nicht-normierter urbaner Konflikte um Rassismus und Alltag

In der Analyse des medialen Diskurses der Altonaer Ereignisse im Sommer 2013 konnten wir verschiedene Deutungsfiguren herausarbeiten, die auch in Diskursen über *riots* in Großbritannien, Frankreich oder den USA zu finden waren. Besonders deutlich wurden diese Parallelen anhand jener dominanter Diskurselemente, die sich zur stereotypen Figur eines urbanen *riots* verdichteten: Ein ‚wütender Mob‘, ‚Gewalt‘, ‚brennende Autos‘, ‚Steinwürfe‘, ‚Hass‘, ‚frustrierte junge Männer‘, ‚Randalierer‘, ‚Immigranten‘, ‚Krawalltouristen‘.

4.1. Streit um Des-Integration und Rassismus

Dabei erwies sich ein weiteres Mal die erstaunliche ‚Erklärungskraft‘ des *riot narratives*: Auch wenn Altona-Altstadt ziemlich offensichtlich wenig mit den dominanten Bildern segregierter Trabantenstädte oder Großwohnsiedlungen zu tun hat, wurden entsprechende Verweise bemüht. So kam auch hier die Gleichung ‚polizeifeindliche, kriminelle Jugendliche mit Migrationshintergrund = (peripheres) Problemquartier‘ zum Einsatz. Die polizeiliche Definition und mediale Konstruktion eines entsprechenden Raumausschnitts, des sogenannten „Stolperviertels“, kann als Versuch gelesen werden, die Kontrollstrategie als Aufräumen in einer ‚kriminogenen Zone‘ zu legitimieren. Hier zeigt sich geradezu exemplarisch ein „Ghetto-Diskurs“ als „Raumideologie“ (Ronneberger/Tsianos 2009: 137ff., 145).

Die Jugendlichen des „Stolperviertels“ wurden dabei nicht nur als ‚kriminell‘, sondern zugleich auch als ‚muslimisch‘ markiert. Auch das weist Parallelen zur medialen Debatte über die französischen *émeutes* 2005 auf, wo vor ‚Islamisierung‘ gewarnt wurde (vgl. della Porta/Gbikpi 2012: 93). ‚Islam‘ wird hier in Verbindung gesetzt mit mangelnder Anerkennung rechtsstaatlicher Institutionen, ‚Polizeifeindlichkeit‘ mit einer ‚anderen Kultur‘: Die Jugendlichen hörten offenbar nur auf Autoritäten ihrer ‚eigenen Community‘ (was die Rede von den ‚Familienvätern‘, die die Polizei zum vermittelnden Gespräch gerufen hatte, deutlich macht).

All diese Zuschreibungen zentrieren sich um die Konstruktion der ‚nicht-integrierten Anderen‘. Diese Grenzziehung zwischen ‚zivilisierten‘ und ‚unzivilisierten‘, ‚gesunden‘ und ‚kranken‘ Teilen der Gesellschaft, einer moralisch integren und einer davon abweichenden Population, zwischen Bürger_innen und ‚Anderen‘, ist gerade aus den politisch-administrativen Reaktionen in England 2011 und Frankreich 2005 wohlbekannt (vgl. Jobard 2008: 261, Dzudzek/Müller 2013: 18; Liebig 2014: 271). In Altona-Altstadt wird diese Grenze in erster Linie rassistisch markiert – antimuslimischer Rassismus verbindet sich hier mit einem Null-Toleranz-Diskurs gegenüber den ‚üblichen Verdächtigen‘.[14]

Die jungen Bewohner Altona-Altstadts, die im Kontext der Auseinandersetzungen in den Medien zu Wort kamen (sie waren tatsächlich allesamt männlich), hatten nun ihre eigenen Erklärungen für die Ereignisse. Dabei zeigt sich die Erklärungsmacht des Des-/Integrationstheorems auch in ihren Deutungen und Selbstpositionierungen.[15] Einerseits artikulieren die Jugendlichen einen positiven Bezug auf ‚Integration‘: Sie betonen ihre Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft, und sie fordern, dass das auch die Polizei anerkennen müsse. Andererseits beschreiben sie den Integrationsdiskurs als ‚Gerede‘, denn als Deutsche und Türken beziehungsweise als aus „Migrantenfamilien“ Kommende würden sie rassistisch diskriminierenden Polizeikontrollen unterworfen, die der gesellschaftlichen Integrationsanrufung entgegenstünden (vgl. Utopie TV 2013). In solchen und anderen Statements wird das Ringen der von den Kontrollen betroffenen Bewohner_innen um eine Sprecherposition als anerkennbare Subjekte offenbar, aus der heraus sie die Ungerechtigkeit der Diskriminierung durch die Polizei legitim kritisieren können. Das ging nun in Altona-Altstadt offenbar nicht ohne Bezug auf den Integrationsdiskurs, der aber zugleich von anderen Konfliktbeteiligten *gegen* die Jugendlichen eingesetzt wurde (vgl. zur Integrationsdebatte die Beiträge in Hess et al. 2009).

Mit Blick auf die Repräsentationen der jüngsten *riots* in den USA und Großbritannien wird hier auch deutlich, dass sich die Sag- und Machbarkeitsräume im Kontext von Diskursen um urbane Konfliktereignisse erheblich unterscheiden. Während etwa die Thematisierung von Rassismus im Diskurs um die *riots* in Großbritannien 2011 kaum möglich war (vgl. Dzudzek/Müller 2013: 6), war sie in der diskursiven Verhandlung der *riots* in Ferguson/USA 2014 und Baltimore/USA 2015 von Anfang an ein wichtiger Bestandteil. Hier waren Deutungsmuster, die Polizeigewalt gegen Schwarze sowie die rassistische Kriminalisierungen dieser Personen hervorbrachten, sehr präsent und lösten einen entsprechenden (Gegen-)Diskurs aus. Die Forderungen nach Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit für alle ist eine weitere Parallele zu den diskursiven Repräsentationen der Auseinandersetzungen in Altona-Altstadt.

4.2. Keine Ruhe in deutschen Städten?

Wenn man alle diese Konfliktdimensionen und -konstellationen zusammengekommen betrachtet, legen die Altonaer Ereignisse nahe, dass Deutschland nicht als eine ‚positive Ausnahme‘ inmitten einer eskalierenden internationalen urbanen Konfliktlandschaft begriffen werden kann. Nun geht es uns an dieser Stelle nicht darum, die durchaus signifikanten Unterschiede zu den Konflikten etwa in Paris, London oder Ferguson wegzuwischen: Der

„Altonaer Aufstand“ weitete sich nicht auf andere Hamburger Stadtteile oder gar Städte in Deutschland aus, es kam nicht zu Plünderungen, es gab keine Toten und die Auseinandersetzungen dauerten auch nicht mehrere Wochen an. Das Eskalationsniveau in Altona-Altstadt war augenscheinlich ein anderes: hier reichte eine Veränderung der „Kontrollnormalität“, also die temporär erhöhte Polizeipräsenz und Kontrollintensität aus, um einen Polizeieinsatz als Angriff auf alltägliche Aneignungsweisen des Stadtteils zu erfahren und sich dieser polizeilichen Eskalation und Machtdemonstration kollektiv zu widersetzen. Und diese Auseinandersetzung reichte dafür aus, dass für einige Wochen Rassismus und Polizeigewalt respektive ein neues „Problemquartier“ und „kriminelle Jugendliche“ in Hamburg Thema einer öffentlichen Debatte wurden. Die Bewohner_innen Altona-Altstadts haben sich dabei letztlich erfolgreich gegen die polizeiliche Präsenzstrategie gewehrt.[16] Den dominanten Deutungsmustern, die „kriminelle Jugendliche mit Migrationshintergrund in einem gefährlichen Viertel“ für die Eskalation verantwortlich machten, konnten wahrnehmbare und teilweise durchaus machtvolle Gegenerzählungen entgegengesetzt werden.

Insgesamt, so lässt sich festhalten, ist deutlich geworden, dass die Erklärungen des *riot narratives* für die vermeintliche „Ruhe“ in deutschen Großstädten so nicht greifen. Gerade die Erklärung der Eskalation von Konflikten um Polizeieinsätze über eine geographisch-räumliche Logik der Segregation, Isolation und Desintegration, die auch im Altonaer Konfliktfall medial zirkulierte, wird hier problematisch. Als „Schlüssel“ zu den Ereignissen erweist sich vielmehr ein Zusammenhang aus Rassismus und *policing* im städtischen Raum. Es kann dabei um polizeiliche Kontrollpolitik in peripheren „Problemquartieren“ gehen, aber eben auch um die Produktion von „Sicherheit“ in Gentrifizierungsgebieten.[17] Aus dieser Perspektive verlieren auch die anderen Variablen des *riot narratives* an Erklärungskraft: Die Annahme, Auseinandersetzungen um Rassismus, *citizenship*-Versprechen und *policing* würden in deutschen Großstädten kaum zu eskalativen Konfliktkonstellationen führen, erweist sich für Hamburg – aber auch für Köln, Berlin und sicher auch weitere Städte – als nicht haltbar. Vielmehr wird deutlich, dass ein Teil der deutschsprachigen Sozialwissenschaften die Geschichte und Gegenwart migrantischer und antirassistischer Kämpfe in Deutschland wohl bislang eher ignoriert hat.[18]

4.3. Ausblicke auf die Untersuchung urbaner Konflikte um Rassismus und Alltag

Auch angesichts der Altonaer Ereignisse liegt die Vermutung nahe, dass konfrontative, nicht-normierte urbane Konflikte „nur gelegentlich sichtbar“ werden, dass sie häufig lokal bleiben und „wir von ihnen meist nur [erfahren], wenn sie in unserer Nähe stattfinden, wenn sie lange andauern oder wenn sie die Herrschaftsverhältnisse grundlegend zu erschüttern vermögen“ (Bareis et al. 2010: 795). Es gilt deshalb, nicht nur auf die „spektakulär“ repräsentierten Konflikte zu schauen, sondern vor allem auf die Machtverhältnisse, in die diese eingebettet sind. Und dabei müssen auch die Bedingungen der Un-/Sichtbarmachung untersucht werden. Diskursive Deutungskämpfe können dabei als Teil der Konflikte selbst betrachtet werden. Die Identifizierung

von ereignisübergreifenden Diskursmustern und -mechanismen kann helfen, den Kampf um Deutungen und die dafür herangezogenen gesellschaftlichen Wissensvorräte zu analysieren.

Was bedeuten diese Überlegungen nun für die Perspektive auf solche Konflikte, wenn wir davon ausgehen, dass die Ereignisse von Altona-Altstadt keine Ausnahme innerhalb Deutschlands und die hiesigen urbanen Verhältnisse keine ‚positive‘ Ausnahme im internationalen Vergleich sind? In Altona sind nicht-normierte Konfliktpraktiken sichtbar geworden, mit denen (rassistisch markierte) Stadtbewohner_innen Gleichheit und Gerechtigkeit nicht nur einfordern, sondern auch praktisch durchsetzen wollten. Diese Konfliktpraktiken ließen sich analytisch als *acts of (urban) citizenship* beschreiben (vgl. Köster-Eiserfunke et al. 2014). Denn wenn, wie in den entsprechenden Debatten kritischer Migrations- und Stadtforschung, *citizenship* „nicht einfach als statisches beziehungsweise staatliches Rechtsregime konzipiert“ wird, „sondern als Praxis, als politisches Konfliktfeld und Aushandlungsprozess [...]“, wird gerade die Lücke bedeutsam, „die die Nichteinlösung des Versprechens, welches diskursiv mit citizenship verbunden ist, generiert“ (Hess/Lebuhn 2014: 27). In diesem Sinne könnten die Proteste und Forderungen der Altonaer Jugendlichen als Versuche begriffen werden, urbane Teilhabe- und Aneignungsrechte praktisch durchzusetzen, und sich als anzuerkennender Teil der ‚Stadtgesellschaft‘ zu positionieren – und das auch mittels Praktiken, die polizeilich-medial als ‚Krawall‘ oder ‚Gewalt‘ bezeichnet wurden (vgl. Nachbarschaftsversammlung 2013).

Damit sind Fragen aufgeworfen, die unserer Einschätzung nach zentral sind für die weitere Debatte um urbane Aufstände. Es sollte zukünftig aber nicht darum gehen, urbane Aufstände im Rahmen eines starren Begriffsapparates zu definieren, also wiederum ‚einzuhegen‘, sondern eher darum, sensibel für die unterschiedlichen Formen der Konfliktartikulation im Prozess der Produktion und Aneignung städtischer Räume zu sein – und auch für deren Un-Sichtbarkeit. So würde eine Perspektive möglich, aus der die integrations- und ordnungstheoretisch fixierten Erklärungsvariablen des *riot narratives* gewissermaßen ‚von unten‘ gegen den Strich gebürstet werden könnten: Die Frage nach Produktion, Kontrolle und Aneignung städtischen Raumes würde an die Stelle der Frage nach verräumlichter Segregation treten. Es müsste gefragt werden nach Teilhabe und Selbstbestimmung und nicht nach sozialer (Des-)Integration. Darin eingebettet wären dann Fragen nach rassistischen Ausschlüssen, nach sozial selektiven Polizeipraktiken, nach der Bedeutung von Rassismus und Polizei (im weiteren Sinne) im Alltag der Leute in Städten, die durch umstrittene Prozesse der Neoliberalisierung mit produziert werden.

Endnoten

- [1] Im Folgenden werden die Quellenangaben der einzelnen Artikel der besseren Lesart wegen abgekürzt (ausführlich siehe Anhang).
- [2] Wir benutzen hier Begriffe wie *riot* oder *émeute* nicht im analytischen Sinne, sondern greifen sie als zirkulierende diskursive Figuren auf, die die Verhandlung über solche urbanen Konflikte prägen.
- [3] Mit diesem Begriff wollen wir *ein* Gemeinsames der zahlreichen unterschiedlichen Konfliktpraktiken hervorheben, die mitunter als *riots* bezeichnet werden: In solchen

Auseinandersetzungen werden die institutionalisierten juristisch-politischen Regeln sozialer Konfliktaustragung kollektiv ausgesetzt. Diese Konfliktpraktiken verbindet insofern zunächst, dass ihre Legitimität meist umstritten ist und dass sie kriminalisiert werden. Wir diskutieren in diesem Text solche nicht-normierten Konflikte, die auf einen urbanen, von rassistischen Ausschlüssen geprägten Alltag bezogen sind – und nicht etwa *riot* als reine (Protest-)Form. Deshalb liefern wir auch keine Begriffsdefinition und orientieren uns auch nicht an einer internationalen ‚*riot*-Forschung‘, die Ereignisse von Griechenland bis Hong Kong miteinander vergleicht. Und wir beziehen auch nicht andere Ereignisse in Hamburg, die als *riots* diskutiert werden (etwa im Zusammenhang mit dem Schanzenfest oder dem 1. Mai, vgl. Naegler 2014), mit ein.

- [4] Die empirische Haltbarkeit dieser Konzeption ist allerdings zweifelhaft, siehe etwa Manley et al. 2012.
- [5] Die Ereignisse in Frankreich 2005 oder Großbritannien 2011 wurden etwa damit erklärt, dass in den betroffenen Stadtteilen im Gegensatz zu den 1970er und 1980er Jahren keine klassenpolitischen oder antirassistischen Organisationen mehr existierten, die die Wut der Revoltierenden in ‚politische‘ Proteste gegen ‚soziale Probleme‘ und Diskriminierung verwandeln könnten (vgl. etwa Werthschulte 2011; Loch 2010: 98).
- [6] Community Policing wurde ab den 1980er Jahren zuerst im angelsächsischen Raum diskutiert. Diese proaktive Strategie der Kriminalitätsbekämpfung setzt auf nachbarschaftsbezogene Kooperationsstrukturen. Um Kriminalität vorzubeugen und wirksam bekämpfen zu können, sollen die Beziehungen zwischen Polizei und lokaler Bevölkerung verbessert werden. (vgl. Eick 2011).
- [7] So hat ein deutsch-französisches Forschungsprojekt herausgearbeitet, dass die Beziehungen von Polizeikräften und insbesondere ‚ethnisierten‘ Jugendlichen in den deutschen Vergleichsstädten (Köln und Mannheim) wesentlich vertrauensvoller und konfliktfreier als in den französischen Vergleichsstädten (Lyon und Grenoble) sei (vgl. Lukas/Gauthier 2011, Oberwittler/Schwarzenbach/Gerstner 2014). Eine Übersicht zu Studien zum Vertrauen von Jugendlichen unterschiedlicher Nationalität in die deutsche Polizei gibt Lukas 2009: 220ff.
- [8] Gemeint sind hier ausländerrechtliche bzw. aufenthaltsrechtliche Regelungen, die Menschen ungleiche Rechte in Bezug etwa auf Staatsbürgerschaft (u. a. Wahlrecht), Arbeit, Wohnortwahl und Freizügigkeit, Familiennachzug etc. gewähren.
- [9] Kritiker_innen weisen vielfach darauf hin, dass diese bevölkerungspolitische Strategie mit rassistischen Kategorisierungen operiert (vgl. etwa Tsianos 2013, Lanz 2000), Gentrifizierungsprozesse vorantreibt (vgl. Holm 2009, Lees/Butler/Bridge 2012) und damit ihr proklamiertes Ziel systematisch untergräbt.
- [10] „Migrationshintergrund“ wird in den administrativen Statistiken Hamburgs allen zugeschrieben, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen „sowie alle[n] ab 1950 von außerhalb Deutschlands Zugewanderten unabhängig von ihrer Nationalität“ und deren Nachkommen (Statistikamt Nord 2014: 3). Es handelt sich also um eine rassistisch differenzierende Kategorisierung von ‚Anderen Deutschen‘ und ‚Nicht-Deutschen‘.
- [11] Mit diesem städtebaulichen Rechtsinstrument sollen Luxussanierungen sowie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen eingeschränkt und so Gentrifizierungsprozesse reguliert werden (vgl. Vogelpohl 2013). Zur Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung vgl. auch die Stadtteilprofile (Statistikamt Nord 2016).
- [12] Für den vorliegenden Artikel wurden insgesamt 27 Texte analysiert, die zwischen dem 11. Juli 2013 und dem 2. September 2013 erschienen sind und in denen der Konflikt in Hamburg-Altona thematisiert wurde (Zeitungartikel, Pressemitteilungen sowie das Transkript einer Video-Dokumentation eines unabhängigen Filmteams, vgl. Anhang). Methodisch haben wir uns an der Wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Reiner Keller orientiert (vgl. Keller 2011a; 2011b) und greifen auf entsprechende heuristische Instrumentarien zurück, wie die Unterscheidung von Deutungsmustern, Klassifikationen und narrativen Strukturen. Diese stellen Konzepte dar, um Diskurse auf der Ebene ihrer inhaltlichen Strukturierung zu erschließen (vgl. u. a. Keller 2011a: 97ff.). Als Strukturierungselemente bilden sie gemeinsam das diskurspezifische Interpretationsrepertoire (vgl. Keller 2011b: 240). Dieses enthält Diskursbausteine, welche als Handlungs- und Wahrnehmungsstrukturierung und -anleitung fungieren (ebd). Interpretationsrepertoires und Deutungsmuster überlappen sich zum Teil und sind im Diskurs nicht immer in der hier dargestellten Klarheit voneinander abzugrenzen. Ihre kategoriale Trennung hat dementsprechend analytischen Charakter.

- [13] Othering bedeutet die Hervorhebung von Andersheit durch Differenzmarkierung(en). Stuart Hall bezeichnet diesen Prozess als „Repräsentationspraktik“ (Hall 2004: 116). Differenz hat hierbei verschiedene Dimensionen wie ‚race‘, Geschlecht, Sexualität oder Klasse (vgl. ebd.).
- [14] Zur polizeilichen Definition ihrer ‚Klientel‘ vgl. zuletzt sehr aufschlussreich Künkel 2014.
- [15] Auch in anderen Momenten der Gegenerzählung zum Interpretationsrepertoire „kriminelle Jugendliche (mit Migrationshintergrund)“ werden Integrationsargumente angeführt – etwa wenn thematisiert wird, dass den Jugendlichen im Stadtteil zunehmend Entfaltungsräume und Spielplätze genommen würden und allgemein kommunale Freizeitangebote fehlten.
- [16] Die Polizeieinsätze, die mittels einer kontrollintensiven Präsenzstrategie gegenüber den ‚verdächtigen Jugendlichen‘ kompromisslos Autorität zu demonstrieren versuchten, machen dabei auch deutlich, dass sich hiesige Polizeistrategien keinesfalls per se von französischen oder britischen unterscheiden. Ein Unterschied besteht aber möglicherweise darin, dass die lokale Polizei in Altona-Altstadt recht schnell in der Lage war, zwischen community-orientierten und autoritär-repressiven Strategien ‚umzuschalten‘.
- [17] Wir können diesen Zusammenhang an dieser Stelle leider nicht weiter diskutieren, vereinzelt fanden sich in der Auseinandersetzung aber ganz explizite Bezüge auf die Aufwertungspolitik im Stadtteil: In der taz bringt etwa ein „Elternvertreter“ die Kontrollstrategie der Polizei mit der umstrittenen Ansiedlung eines Möbelhauses in Verbindung – seitdem bekämen „Ausländer hier in Altona keine Wohnungen mehr“ (t4).
- [18] Die Altonaer Ereignisse lassen sich etwa als Teil jener Auseinandersetzung verstehen, die in Deutschland zuletzt vermehrt um rassistische Polizeipraktiken und *racial profiling* ausgetragen wurden (vgl. Friedrich/Mohrfeldt 2013): in Hamburg etwa um die auf Mitglieder der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ gerichteten Kontrollen in den Hamburger Stadtteilen St. Georg und St. Pauli oder in Bezug auf die Kriminalisierung von ‚Drogendealern‘ zwischen Schanzenviertel und Hafenstraße.

Autor_innen

Julia Mücke ist Kulturwissenschaftlerin in Hamburg und Tübingen. Sie promoviert zur Konstruktion von ‚race‘ im (medialen) Diskurs zu städtischen Aufständen in den USA 2014/2015 und beschäftigt sich mit Protest- und Bewegungsforschung, Cultural Studies und Diskursforschung.

julika.muecke@uni-tuebingen.de

Moritz Rinn ist Politikwissenschaftler in Hamburg. Arbeitsschwerpunkte sind Städtische Konflikte, Stadtentwicklungspolitik, Politiken des Sozialen und Sozialstaatlichkeit.

moritz_rinn@uni-due.de

Literatur

Altenried, Moritz (2012): Aufstände, Rassismus und die Krise des Kapitalismus. Münster: edition assemblage.

Bareis, Ellen (2007): Warum zünden „sie“ „ihre eigenen“ Schulen an. Zur Konstruktion der gefährlichen Vorort-Klasse. In: Karin S. Amos / Helga Cremer-Schäfer (Hg.): Saubere Schulen. Vom Ausbrechen und Ausschließen Jugendlicher. Baden-Baden: Nomos Verlag, 89-104.

Bareis, Ellen / Bescherer, Peter / Grell, Britta / Kuhn, Armin / Riedmann, Erwin (2010): Die Stadt in der Revolte. In: Das Argument, 52/289, 795-805.

Bezirksamt Hamburg-Altona (2012): Begründung Erlass einer Sozialen Erhaltungsverordnung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch im Stadtteil Altona-Altstadt (Soziale Erhaltungsverordnung Altona-Altstadt), <http://www.hamburg.de/contentblob/4345146/data/begruendung-erlass.pdf> (letzter Zugriff am 25.2.2016).

- Bukow, Wolf-Dietrich / Preissig, Sonja (2010): „Wir sind kölsche Jungs“. Die „Kalker Revolte“. Der Kampf um Partizipation in der urbanen Gesellschaft. In: Angela Pilch Ortega / Andrea Felbinger / Regina Mikula / Rudolf Egger (Hg.): Macht – Eigensinn – Engagement. Lernprozesse gesellschaftlicher Teilhabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Drucksache 20/8655, 19. 7. 2013: Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Antje Möller (GRÜNE) vom 12.07.13 und Antwort des Senats.
- Della Porta, Donatella / Gbikpi, Bernard (2012): The Riots: A Dynamic View. In: Seraphim Seferiades / Hank Johnston (Hg.): Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State. Farnham: Ashgate, 87-100.
- Dzudzek, Iris / Müller, Michael (2013): Der Lärm des Politischen. Die Londoner riots 2011 und ihre politischen Subjekte. In: s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung 1/2, 17-40.
- Eick, Volker (2011): Lokale Kriminal- und Sicherheitspolitik. In: Heinz-Jürgen Dahme / Norbert Wohlfahrt (Hg.): Handbuch Kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 294-305.
- Farwick, Andreas (2007): Soziale Segregation in den Städten. Von der gespaltenen Gesellschaft zur gespaltenen Stadt. In: Detlef Baum (Hg.): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 111-122.
- Friedrich, Sebastian / Mohrfeldt, Johanna (2013): „Das ist normal“. Mechanismen des institutionellen Rassismus in polizeilicher Praxis. In: Opferperspektive e.V. (Hg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 194-203.
- Friedrichs, Jürgen (2010): Welche soziale Mischung in Wohngebieten? In: Annette Harth / Gitta Scheller (Hg.): Soziologie in der Stadt- und Freiraumplanung. Analysen, Bedeutungen und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 319-334.
- Hall, Stuart (2013): Das Spektakel des Anderen. In: Stuart Hall; Juha Koivisto; Andreas Merckens; Kristin Carls (Hg.): Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. 4. Aflg. Hamburg: Argument, 108-166.
- Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin (2012): Lässt sich konzentrierte städtische Armut überwinden? Erfahrungen aus den USA. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 40/3, 399-420.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): Mechanismen der Eskalation. In: taz – die tageszeitung, 25. 8. 2011.
- Hess, Sabine / Binder, Jana / Moser, Johannes (Hg.) (2009): No Integration? Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript Verlag.
- Hess, Sabine / Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: s u b \ u r b a n. zeitschrift für kritische stadtforschung 2/2, 11-34.
- Holm, Andrej (2009): Soziale Mischung. Zur Entstehung und Funktion eines Mythos: In: Forum Wissenschaft 26/1, 23-26.
- Hradil, Stefan (2006): Brennende Vorstädte – auch in Deutschland? In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik Nr. 1, S. 9-12.
- Janicki, Jill Jana / Kasiske, Florian (2013): „Morgen werdet ihr sehen!“ Antimuslimischer Urbanismus und Widerstand in Hamburg-Altona. In: ak – Analyse & Kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis 22/585.
- Jobard, Fabien (2008): Ethnizität und Rassismus in der gesellschaftlichen Konstruktion der gefährlichen Gruppen. Polizeikultur und -praxis in den französischen Vororten. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 34/2, 261-280.
- Keller, Carsten (2011): Französische Zustände überall? Segregation und die Dispersion von Konflikten in europäischen Städten. In: Bernd Belina / Norbert Gestring / Wolfgang Müller / Detlev Sträter (Hg.): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 231-249.
- Keller, Carsten / Schultheis, Franz (2008): Jugend zwischen Prekarität und Aufruhr: Zur sozialen Frage der Gegenwart. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 34/2, 239-260.
- Keller, Reiner (2011a): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen (4. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, Reiner (2011b): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms (3. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kollektiv Rage (Hg.) (2009): Banlieues. Die Zeit der Forderungen ist vorbei. Berlin und Hamburg: Assoziation A.

- Köster-Eiserfunke, Anna / Reichhold, Clemens / Schwiertz, Helge (2014): Citizenship zwischen nationalem Status und aktivistischer Praxis. Eine Einführung. In: Lisa-Marie Heimeshoff / Sabine Hess / Stefanie Kron / Helen Schwenken / Miriam Trzeciak (Hg.): Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven. Berlin und Hamburg: Assoziation A, 177-196.
- Künkel, Jenny (2014): Cop Culture Reloaded? Wandel und Persistenz schutzpolizeilicher Macht. In: *Kriminologisches Journal* 46/4, 264-283.
- Lanz, Stephan (2000): Der Staat verordnet die Zivilgesellschaft. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 20/78, 39-51.
- Lees, Loretta / Butler, Tim / Bridge, Gary (2012): Introduction: Gentrification, social mixing and mixed communities. In: Gary Bridge / Tim Butler / Loretta Lees (Hg.): *Mixed communities: Gentrification by stealth?* Bristol: Policy Press, 1-14.
- Liebig, Steffen (2014): Soziale Unruhen als nicht-normierte Konflikte. Das Beispiel der englischen Riots von 2011. In: *PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 44/175, 271-287.
- Loch, Dietmar (2009): Immigrant youth and urban riots: A comparison of France and Germany. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35/5, 791-814.
- Loch, Dietmar (2010): Gesellschaftliche Entsolidarisierung gegenüber den banlieues. Städtische Segregation und Stadtpolitik in Frankreich. In: Dietmar Hüster (Hg.): *Frankreichs Empire schlägt zurück. Gesellschaftswandel, Kolonialdebatten und Migrationskulturen im frühen 21. Jahrhundert.* Kassel: University Press, 95-121.
- Lukas, Tim (2007): Why are there no riots in Germany? Vortrag an der Ecole des hautes études en sciences sociales, Paris, <http://academic.shu.ac.uk/aces/franco-british-riots/attachments/Why%20are%20there%20no%20riots%20in%20Germany%20%28final%29.pdf> (letzter Zugriff am 25. 2. 2016).
- Lukas, Tim (2009): Why are there no riots in Germany? Interactions and mutual perceptions between police forces and minority adolescents. In: David Waddington / Fabien Jobard / Mike King (Hg.): *Rioting in the UK and France.* Cullompton: Willan Publishing, 216-228.
- Lukas, Tim / Gauthier, Jérémie (2011): Warum kontrolliert die Polizei (nicht)? Unterschiede im Handlungsrepertoire deutscher und französischer Polizisten. In: *Soziale Probleme* 22/2, 174-206.
- Manley, David / van Ham, Maarten / Doherty, Joe (2012): Social mixing as a cure for negative neighbourhood effects: Evidence based policy or urban myth? In: Gary Bridge / Tim Butler / Loretta Lees (Hg.): *Mixed Communities: Gentrification by Stealth?* Bristol: Policy Press, 151-167.
- Nachbarschaftsversammlung (2013): Offene Erklärung der AnwohnerInnen. <http://www.rechtaufstadt.net/recht-auf-stadt/altona-altstadt-offene-erklaerung-der-anwohnerinnen> (letzter Zugriff am 14. 6. 2015).
- Naegler, Laura (2014): The ritual of insurrection and the 'thrill seeking youth'. An instant ethnography of inner city riots in Germany. In: Francis Pakes / David Pritchard (Hg.): *Riot, Unrest and Protest on the Global Stage.* Basingstoke und New York: Palgrave Macmillan, 151-168.
- Oberwittler, Dietrich / Schwarzenbach, Anina / Gerstner, Dominik (2014): Polizei und Jugendliche in multiethnischen Gesellschaften. Ergebnisse der Schulbefragung 2011 „Lebenslagen und Risiken von Jugendlichen“ in Köln und Mannheim. Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht.
- Piven, Frances Fox / Cloward, Richard A. (1991): Collective protest: A critique of Resource Mobilization Theory. In: *International Journal of Politics, Culture, and Society* 4/4, 435-458.
- Polizei Hamburg (2013): Widerstand und Landfriedensbruch in Hamburg-Altona, <http://www.presseportal.de/pm/6337/2512835/pol-hh-130712-3-widerstand-und-landfriedensbruch-in-hamburg-altona> (letzter Zugriff am 16. 2. 2015).
- Ronneberger, Klaus / Tsianos, Vassilis (2009): Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.): *No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa.* Bielefeld: transcript Verlag, 137-152.
- Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH (steg) (2013): Integrierte Stadtteilentwicklung in Altona-Altstadt (Stand September 2013), <http://www.altona-altstadt.de/konzept/gesamtkonzept.html> (letzter Zugriff am 16. 2. 2015).
- Statistikamt Nord (2014): Statistik informiert Spezial, Nr. IX: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2013, https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistik_informiert_SPEZIAL/SI_SPEZIAL_IX_2014_komplett.pdf (letzter Zugriff am 17. 6. 2015).

- Statistikamt Nord (2016): Interaktive Karten für Hamburg und historische Stadtteildatenbank, <https://www.statistik-nord.de/daten/datenbanken-und-karten/interaktive-karten-fuer-hamburg-und-historische-stadtteildatenbank/> (zuletzt abgerufen am 22. 1. 2016)
- Tsianos, Vassilis (2013): Urbane Paniken. Zur Entstehung des antimuslimischen Urbanismus. In: Duygu Gürsel / Zülfükar Çetin / Allmende e.V. (Hg.): Wer Macht Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster: Edition Assemblage, 22-42.
- Utopie TV (2013): Polizeieinsatz in Altona Altstadt: Pfeffer, Knüppel gegen Jugendliche? <https://www.youtube.com/watch?v=5cLmmM7-mA> (letzter Zugriff am 15. 6. 2015).
- Vogel, Meike (2010): Unruhe im Fernsehen. Protestbewegung und öffentlich-rechtliche Berichterstattung in den 1960er Jahren. Göttingen: Wallstein.
- Vogelpohl, Anne (2013): Mit der Sozialen Erhaltungssatzung Verdrängung verhindern? Zur gesetzlichen Regulation von Aufwertungsprozessen am Beispiel Hamburg. Arbeitspapier, https://www.geo.uni-hamburg.de/geographie/dokumente/personen/publikationen/vogelpohl/vogelpohl_soziale-erhaltungssatzung.pdf (letzter Zugriff am 24. 2. 2016).
- Werthschulte, Christian (2011): „Die Entfremdung ist überall spürbar“. Interview mit Jeremy Gilbert. In: taz – die tageszeitung, 13. 8. 2011

Übersicht Datenkorpus

Hamburger Abendblatt

Kennung	Datum	Titel	Autor_in
H1	12.7.13	Massenaggression: Jugendliche schildern ihre Sicht im Video	dpa und HA
H2	13.7.13	30 Jugendliche greifen Polizisten an – 150 Anwohner applaudieren	k.A.
H3	13.7.13	Erneute Krawallnacht mit brennenden Autos	André Zand-Vakili/ Dania Maria Hohn
H4	14.7.13	Randale in Altona: Nacht zum Sonntag bleibt relativ ruhig	nas
H5	20.7.13	Nach Krawall-Nacht: Demo gegen Vorgehen der Polizei	dsa
H6	25.7.13	520 Straftaten am Brennpunkt Holstenstraße in sechs Monaten	nsa
H7	26.8.13	Polizei warnt vor neuen Krawallen in Altona	Oliver Schirg/ André Zand-Vakili

BILD

Kennung	Datum	Titel	Autor_in
B1	12.7.13	Wütender Mob geht auf Hamburger Polizisten los	k.A.
B2	14.7.13	Drei Nächte Randale in Hamburg- Altona	k.A.
B3	15.7.13	Runder Tisch soll Randale in Altona beenden	k.A.

Hamburger Morgenpost (MoPo)

Kennung	Datum	Titel	Autor_in
M1	12.7.13	Gewalt in Altona: Massenkrawalle nach Polizeieinsatz	k.A.
M2	13.7.13	Erneute Krawalle und brennende Autos in Altona	Anastasia Iksanov
M3	15.7.13	Woher kommt dieser Hass?	Anastasia Iksanov/ Marius Röhler

die tageszeitung (taz)

Kennung	Datum	Titel	Autor_in
t1	12.7.13	Anwohner beklagen Polizeigewalt . Tumulte in Altona	Kai von Appen/ Lena Kaiser
t2	14.7.13	Eskalation in Hamburg-Altona. „Sind wir gefährlich?“	Lena Kaiser/ Kristiana Ludwig
t3	15.7.13	Lösungen in Altona. Eltern suchen Gespräch	Lena Kaiser
t4	16.7.13	Anwohner Hüsein Göktas über Altonaer Unruhe. „Das Problem kennen wir“	Lena Kaiser/ Kristiana Ludwig
t5	19.7.13	Konflikt in Hamburg-Altona: Migranten präventiv durchsucht	Lena Kaiser/ Kristiana Ludwig

Die Welt

Kennung	Datum	Titel	Autor_in
W1	12.7.13	Polizisten liefern sich Kampf mit Menschenmenge	dpa/fröh
W2	15.7.13	Wieder schwere Krawalle in Altona	André Zand-Vakili

Sonstige Dokumente

Kennung	Datum	Titel	Medium, Autor_in
S1	11.7.13	Polizeieinsatz in Altona Altstadt: Pfeffer, Knüppel gegen Jugendliche?	Utopie TV, k.A.
S2	12.7.13	POL-HH: 130712-3: Widerstand und Landfriedensbruch in Hamburg-Altona	Polizei Hamburg, Pressestelle
S3	12.7.13	DPolG verurteilt exzessive „Altona-Randale“ gegen unsere Kolleginnen und Kollegen auf das Schärfste! – Polizisten kein Freiwild für frustrierte, gelangweilte und aggressionsgeladene Jugendliche	Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft, k.A.
S4	15.7.13	Altona-Altstadt: Offene Erklärung der AnwohnerInnen	AnwohnerInnen-Versammlung Altona-Altstadt
S5	17.7.13	Aufruf zur Solidarität mit Jugendlichen of Color – Schluss mit rassistischer Polizeigewalt in Hamburg-Altona, Berlin und bundesweit!	Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) und Migrationsrat Berlin & Brandenburg e.V., k.A.
S6	2.9.13	Die üblichen Verdächtigen	Der Spiegel 36/2013, 44-45, Özlem Gezer/ Maximilian Popp
S7	25.7.13	Kontrollgang im Stolperviertel	Jungle World 30/2013, Andreas Blechschmidt

No Riots in Germany? The Events of Altona-Altstadt/Hamburg, Summer 2013

Are there really no riots in German cities (yet)? And compared to suburbs or inner cities in northwestern Europe and in the USA: is it really as peaceful in Germany as the debates in local social sciences suggest? Against these findings, in this contribution we ask which elements of those urban conflicts usually labeled as riots come into sight in German cities as well. Until now, such parallels to urban conflicts in France, Great Britain or the USA either haven't been explicitly taken into account or have been obscured by a focus on ‚urban disintegration‘. In our investigation, we take a close look at a conflict that occurred in Altona-Altstadt/Hamburg in the summer of 2013, and especially on space-based ‚stop-and-search‘ policing practices and the specific manifestation of racism in urban everyday life. We especially take into account the discursive struggles over the interpretation of the occurrences.

„Riot – warum denn riot? Gibt es keinen deutschen Begriff dafür?“

Fabien Jobard
Philippe Greif

Für s u b \ u r b a n sprach Philippe Greif mit dem französischen Politikwissenschaftler Dr. Fabien Jobard über den Begriff *riot*, städtische Gewalt und Konfliktlinien im aktuellen Forschungsstand zu diesen Themen. Fabien Jobard ist *Directeur de recherche* am *Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS)* und derzeit als Gastforscher am *Zentrum Marc Bloch* in Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Soziologie der Polizei und die Rechtsprechung. Zusammen mit David Waddington und Mike King ist er Herausgeber des 2013 erschienenen Sammelbandes *Rioting in the UK and France. A comparative analysis*.

Philippe Greif: *Sie unterscheiden städtische Gewalt von revolutionärer Gewalt, die auf eine nachhaltige Veränderung oder das Umstürzen herrschender Verhältnisse wie sozialer Ungleichheit abzielt. Können Sie uns Ihr Verständnis von städtischer bzw. urbaner Gewalt erläutern?*

Fabien Jobard: Städtische Gewalt scheint immer immer eruptiv zu sein und an ein unvorhergesehenes Ereignis angebunden. Klassischerweise handelt es sich dabei um eine gewaltvolle Auseinandersetzung mit der Polizei, einen von der Polizei verursachten Todesfall oder um ein entsprechendes Gerücht. Das ist das klassische Muster der städtischen Gewalt, wie sie sich in den USA, in Großbritannien, in Frankreich und in Belgien entfaltet. Interessant ist es, dabei zu bemerken, dass es sich um Länder handelt, die einen kolonialen Hintergrund bzw. eine Geschichte haben, die sehr stark von Segregation oder Sklaverei geprägt ist. Den Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und urbanen Aufständen sehe ich in den Zielen der Teilnehmer_innen. Nämlich in der Tatsache, dass die Teilnehmenden von *riots* oder urbanen Aufständen es meistens nicht zum Ziel haben, die Macht zu erobern, die Machthabenden zu stürzen oder an der Macht bzw. an der politischen Herrschaft teilzuhaben. Die Jugendlichen, die Steine auf die Polizei werfen, sind an institutioneller Politik im Grunde nicht interessiert. Denen ist es in erster Linie wichtig, ihrer Wut Ausdruck zu verleihen, Präsenz und Stärke zu zeigen und Widerstand zu leisten. Sie suchen also nicht unbedingt eine Anknüpfung an städtische

Politik. Es gibt natürlich Leute, die unter solchen Umständen versuchen, eine Verknüpfung zur Politik aufzubauen. Das hat man bei den Aufständen 2005 in Frankreich ganz gut beobachten können. Es gab in diesem Herbst 2005 in Clichy-sous-Bois einen Unterschied zwischen Nacht und Tag. Tagsüber gab es konventionelle Politik, also Demonstrationen, Friedensmärsche, Unterschriftensammlungen, Kundgebungen und Diskussionsrunden mit oder ohne den etablierten Parteien. Auch wurde versucht, Kontakt mit der Polizei aufzunehmen. In der Nacht herrschten andere Handlungsformen vor. Dass die Personen, die tagsüber an den Aktionen teilgenommen haben, dieselben waren, wie die, die nachts teilgenommen haben, ist unwahrscheinlich. Aber es gab häufige Kontakte zwischen Teilnehmer_innen, die nachts aktiv waren, und denen, die sich tagsüber zu Wort gemeldet haben. Das heißt, die Grenzen zwischen gewalttätiger Politik und gewaltloser oder konventioneller Politik sind unscharf bzw. können unscharf sein.

PG: *Unterscheiden Sie riots von städtischer Gewalt?*

FJ: Die Frage muss ich eigentlich euch stellen. Ich habe den *Call for Papers* dieses Themenheftes gelesen und da taucht immer dieser englische Begriff auf: *riot*. Warum denn *riot*? Gibt es in der deutschen Sprache keinen Begriff dafür? Als ob es eine fremde Erfahrung wäre.

PG: *Mein Eindruck ist, dass es im Französischen, im Deutschen und im Englischen einen unterschiedlichen Umgang mit einem eher diffusen Phänomen gibt, was sich auch in der Begrifflichkeit widerspiegelt.*

FJ: Sowohl in England als auch in den USA ist *riot* in der Umgangssprache der Begriff schlechthin. In der Literatur in Frankreich gibt es zudem die unscharfen Begriffe von „Proto-Politik“ und „Vor-Politik“. Loic Wacquant, Gérard Mauger und Michel Kokoreff sprechen beispielsweise häufig davon. Sie beziehen sich damit auf Hobsbawm und Thompson. Vor allem Hobsbawm hatte von „Proto-Politik“ gesprochen. Dieser Begriff setzt aber voraus, dass bestimmte Handlungsformen eine Vorstufe zu Politik sind. Da gibt es also eine bestimmte evolutionistische Lektüre der politischen Handlung oder Tätigkeit. Bei der Idee, sich erst an *riots* zu beteiligen und später, wenn die Voraussetzungen da sind, in der etablierten Politik weiter zu machen, handelt es sich um eine Vermutung, die sich empirisch nicht unbedingt belegen lässt. Ich denke, bei den jugendlichen Teilnehmern der Aufstände könnte es sich auch um Jugendliche handeln, die überhaupt gar kein Interesse an der Politik zeigen oder sich sogar von ihr fernhalten möchten. Und das in vielerlei Hinsicht: Erstens haben die Jugendlichen von ihren Vätern, Onkeln bzw. älteren Brüdern gehört, dass Politik ein schmutziges Geschäft ist. Und sie haben von der Erfahrung des *Marche pour l'égalité et contre le racisme*[1] Anfang der 1980er Jahre gehört, die von der etablierten Politik „betrogen“ wurden. Das wollen sie nicht, deswegen möchten sie sich von der Politik fernhalten. Und das ist im Nachhinein eine Legitimierung der *disruptive politics*, wie Richard Cloward und Frances Fox-Piven das nennen. *Disruptive politics* werden dadurch legitimiert, dass die vorherige Generation von „der Politik“ betrogen wurde.

Die zweite Haltung ist eine bestimmte religiöse Haltung, die man nicht nur bei Muslim_innen, sondern auch bei Christ_innen oder Buddhist_innen beobachten kann, und die besagt: Politik ist an sich schmutzig. Man muss die Reinheit seiner Seele pflegen, sich um das Wohl seiner Familie, die Tugend und die Erziehung seiner Kinder, die Tugend seiner Frau und seiner selbst kümmern, anstatt sich in diese weltlichen Tätigkeiten einzumischen. Ob diese Haltung richtig religiös informiert ist und so im Koran bzw. in der Bibel nachgelesen werden kann, ist natürlich sehr fraglich. Aber diese Teilung zwischen „was hier auf der Erde“ und „dort oben im Himmel“ los ist, diese Unterscheidung zwischen „hier“ und „dort“, ist sehr präsent. Die Angst oder die Befürchtung betrogen zu werden, ist der Nährboden für die Legitimierung einer bestimmten religiösen Entfernung von der Politik.

Aber ich möchte noch einmal die Frage stellen: Warum *riot*, ein Begriff aus der englischen Sprache, im Deutschen verwenden? Es ist interessant, dass auch der französische Begriff *banlieue* sich in der deutschen Umgangssprache mittlerweile durchgesetzt zu haben scheint.

Warum *riot* im Deutschen verwenden?

PG: *Im Deutschen gibt es keinen äquivalenten Begriff für riot. Es gibt die Begriffe Aufstand oder Revolte, wobei Revolte stärker politisch gefärbt ist.*

FJ: Revolte wäre in meinem Verständnis eher ein Begriff, der von der Linken verwendet wird. So wie auch in Frankreich, wo die Linke versucht, nicht mehr den Begriff *émeute*[2], sondern *révolte urbaine* zu verwenden. Sobald sich eine Person zu Wort meldet, weiß man, je nachdem welche Bezeichnung verwendet wird, welche politische Orientierung sie hat.

PG: *Im Kreis der Herausgeber_innen haben wir darüber diskutiert, was mit dem Begriff riot bezeichnet wird und was nicht bzw. welche anderen Begriffe in diesem Zusammenhang noch eine Rolle spielen. Wir konnten und wollten diese Frage letztlich nicht beantworten, sodass sie auch einen Gegenstand der Auseinandersetzungen in diesem Heft darstellt.*

FJ: Okay, dann liegt es also an uns, Antworten auf eure Fragen zu finden und eure Konfliktlinien zu lösen. Interessant wäre es, sich die Frage zu stellen, ob auch Phänomene, die hier in Deutschland zu beobachten sind oder waren, als urbane Aufstände oder urbane *riots* gekennzeichnet werden oder gekennzeichnet werden können. Gestern wurden am Rande einer PEGIDA-Demonstration Autos angezündet. Ist das ein *riot*? Ist das ein urbaner Aufstand? Ist das städtische Gewalt (*violences urbaines*)? Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und andere kollektive gewalttätige Angriffe auf Asylbewerberheime – waren das *riots*? Waren das Aufstände? War das städtische Gewalt (*violences urbaines*)? Um was für Phänomene handelt es sich da? Die Revolutionäre 1. Mai-Demo in Kreuzberg – ist das ein *riot*, oder nicht? Was ist das für ein Phänomen? Ist das schon revolutionäre Gewalt? Die Reichspogromnacht am 9. November 1938 – war das ein *riot*? War das urbane Gewalt? Was war das? Oder die Halbstarken-Krawalle in verschiedenen westdeutschen Städten? Also: Die Frage kann und will ich so direkt nicht

beantworten. Aber offensichtlich müssen formal drei Elemente vorhanden sein, damit in der Umgangssprache der Begriff *violences urbaines* oder *émeutes* auftaucht: Erstens muss die Polizei teilnehmen, zweitens muss es eine subkulturelle Gruppe geben und drittens muss eine gewisse Anzahl an Personen vor Ort sein.

Halten wir also zunächst fest, dass es sich bei den Begriffen *émeutes*, *violences urbaines* und städtische Gewalt um Versuche handelt, einen fremdsprachigen Begriff in die deutsche Sprache zu überführen. Aber es sind, wie Tilly sagte, Begriffe, die aus der Umgangssprache stammen und in die sozialwissenschaftliche Sprache übernommen wurden.

In den USA versucht man mit den Begriffen *protest politics*, *contentious politics* oder *disruptive politics* eine wissenschaftliche Begrifflichkeit zu begründen. Der Begriff *riot* wird in den USA oft zusammen mit einem weiteren Zusatz verwendet: *police riots*, *race riots* oder *urban riots*, die auch als *urban violence* bezeichnet werden. Doch Begriffe sind notwendigerweise umstritten, sowohl in der Umgangssprache als auch in der Wissenschaftssprache. Denn Sprache ist lebendig, unscharf und interpretationsbereit. Die deutsche sprachliche und gesellschaftliche Situation ist deswegen besonders, weil erstens immer vermutet wird, dass es in Deutschland keine *riot*-ähnlichen Situationen gäbe und zweitens kein üblicher Begriff für *riot* in der Umgangssprache existiert. Folglich ist die Bereitschaft groß, Begriffe aus dem Englischen zu übernehmen, was wiederum Debatten wie jene nach sich zieht, die wir gerade führen.

PG: Wenn der Begriff *riot* aus der Umgangssprache stammt, wäre es dann nicht sinnvoller, empirisch zu schauen, welche massenhaften Ausschreitungen es gibt und wann diese von wem als *riots* bezeichnet werden, und wann nicht? Wenn wir zum Beispiel an die rassistisch motivierten bzw. rechtsextremen Ausschreitungen 2015 in Heidenau und Freital denken...

FJ: Genau. Der Begriff soll nicht einschüchtern. Wenn man von *riot* spricht, handelt es sich um Gewalt, die sich gegen Güter und/oder gegen die Polizei richtet. *Riot* ist aber auch der übliche Begriff für gewaltsame Ausschreitungen in Indien, und diese Angriffe werden von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft gegen Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten unternommen, nämlich von Hindus gegen die Moslem_innen oder gegen Sikhs. Diese schon fast traditionellen Ausschreitungen wurden von den Brit_innen während der Kolonialzeit als *communal riots* bezeichnet, und dieser Begriff ist bis heute im indischen Englisch üblich. Aber man sollte sich immer die Frage stellen, ob bestimmte Situationen nicht den Begriff *riot* wert wären. Es wäre beispielsweise interessant, sich Hoyerswerda, Rostock und die Reichspogromnacht unter diesen Gesichtspunkten anzuschauen. Demnach wären Rostock und Hoyerswerda also im engsten Sinne *communal riots*. In gewisser Weise sind die ethnischen Konflikte in Indien und Ostdeutschland vergleichbar, wenn gleich selbstverständlich nicht im gleichen Ausmaß. Warum dann den Begriff *riot* nicht auch im Deutschen gebrauchen?

Wir können also festhalten, dass es sich beim *riot*-Begriff um einen sehr unscharfen Begriff handelt, der aus der Umgangssprache kommt. Gleiches gilt im Übrigen für die französischen Begriffe *violences urbaines* und *émeutes*.

Die räumliche Dimension von *riots*

PG: Sie messen der Kategorie Raum für die Entstehung und den Verlauf von urbanen Aufständen eine grundlegende Bedeutung bei. Warum?

FJ: Raum ist eine Kategorie, die für unsere Diskussion ganz wesentlich ist. Wir sprechen hier von *violences urbaines*, also von urbaner bzw. städtischer Gewalt. Das für diesen Raum Wesentliche, sprich seine urbane Form, seine Urbanität, spielt als Auslöser der Gewalt und für deren Formen und Verlauf eine bestimmende Rolle. Warum kann man beispielsweise in Frankreich seit Beginn der 1990er Jahre immer wieder die gleichen Formen und Abläufe beobachten? Das ist absolut faszinierend. Es gibt eine_n Tote_n, eine_n Verletzte_n bzw. entsprechende Gerüchte in Bezug auf die Polizei. Im Anschluss daran findet sich eine gewaltbereite Gruppe zusammen und es werden Autos in Brand gesetzt. Dabei handelt es sich wohlgerne um ganz bestimmte Autos, nicht um alle. Dann kommen die CRS[3], die Bereitschaftspolizei, die Gendarmerie, Polizei etc. Es kommt zu einer Konfrontation zwischen diesen beiden Gruppen, die in der Regel ein bis zwei Nächte andauert. Das Faszinierende daran ist, dass sich während dieser Konfrontationen keine der beiden Gruppen nennenswert vom Fleck bewegt. Dabei handelt es sich um Konfrontationen in oder am Rande von Wohnsiedlungen, die sich niemals in das Stadtzentrum verlagern. Daran lässt sich bereits erkennen, dass wir es hier nicht mit einer Revolte revolutionären Charakters zu tun haben. Die Gewalt richtet sich nicht gegen die nahegelegene Gemeindeverwaltung, sie verlagert sich noch nicht einmal vor das Rathaus der entsprechenden Vorstadt.

Darüber hinaus ist Raum bei diesen gewaltvollen Konfrontationen auch eine strategische Ressource für die Polizei. Denn was macht die Polizei? Sie postiert sich zunächst an allen Ein- und Ausgangspunkten der Wohnsiedlung, die zum Zentrum bzw. zum Rest der Vorstadt führen. Die Unterschiede, die im Alltag der Bewohner_innen zwischen den *cités*[4] und dem (Vor-)Stadtzentrum bestehen, spielen in der ausgeführten Taktik der *émeutes* eine erhebliche Rolle. Die Orte, an denen die Polizist_innen alltäglich Identitätskontrollen durchführen, von den Jugendlichen Checkpoints genannt, sind die Orte, an denen sich die Polizei postiert, um zu verhindern, dass sich der Aufstand weiter ausbreitet. Die Jugendlichen auf der anderen Seite haben nicht das geringste Interesse daran, das vertraute Terrain ihrer Wohnsiedlung zu verlassen, das sie so gut kennen. Sie wissen ganz genau, bei welchen Nachbar_innen sie im Zweifelsfall klingeln müssen, die sie dann ohne zu fragen in ihre Wohnung lassen, um sich dort vor der Polizei zu verstecken. Die Jugendlichen kennen jeden Keller und jedes Versteck in ihrer Wohnsiedlung, weshalb sie genau dort die Konfrontation mit der Polizei suchen.

PG: Vielleicht handelt es sich für die Jugendlichen dabei eben nicht nur um ein Terrain, sondern um „ihr“ Territorium?

FJ: Ja, aber ich möchte die symbolische Interpretation hier zunächst außen vor lassen. Aber sicher ... die Autos beispielsweise oder die Bibliotheken: Warum zündet man Bibliotheken an? Weil es sich dabei um eine öffentliche Einrichtung handelt, an der die Fahne der französischen Republik hängt. Man

zündet die öffentlichen Einrichtungen an, die in direkter Nähe sind. Wenn man ein Kommissariat in der Wohnsiedlung hätte, würde man dieses sicher auch anzünden, doch so etwas gibt es meistens nicht. Die Tatsache, dass Bibliotheken in Brand gesetzt werden, ist auch ein Beweis dafür, dass sich der Staat nicht völlig aus den Vororten zurückgezogen hat, dass es Bibliotheken, Schulen und Kitas gibt. Und warum zündet man sie an? Weil es die Polizei in erster Linie verhindert, woanders hinzugehen, um dort sprichwörtlich Feuer zu legen. Warum zündet man Autos an? Na, man zündet Autos an, weil es eben ganz einfach ist, Autos anzuzünden. Man muss nur einen in brennbare Substanz getunkten Lappen auf die Reifen legen und los geht's, es brennt! Ein brennendes Auto ist sehr schön, das ist ein faszinierendes Schauspiel. Es ist faszinierend zu beobachten, wie viele Kolleg_innen bereit sind, hier sofort nach einer interpretativen Symbolik zu suchen und dabei außer Acht lassen, was sich konkret bei einem urbanen Aufstand (*émeute*) abspielt. Ein Aufstand (*émeute*) heißt: Du willst einen Aufstand machen, dann machst du ihn hier und nicht woanders. Da muss man ganz genau hinschauen und unterscheiden, denn in London lief es ganz anders. In London waren die Aufständischen die ganze Zeit in Bewegung, von einem Punkt zum anderen. Das ließ sich in Echtzeit über Twitter und Facebook verfolgen. In Frankreich kann man das nicht, dort finden solche Ausschreitungen immer vor Ort statt.

Hugues Lagrange hat in diesem Zusammenhang etwas sehr Interessantes aufgezeigt, nämlich dass sich die Aufstände tendenziell in Städten ausgebreitet haben, die nicht zu den größeren Agglomerationen gehören, sondern vergleichsweise kleine Städte sind. Es kam vor allem in Städten der erweiterten Pariser Peripherie – wie beispielsweise in Villiers-le-Bel oder in Grigny im Département Essonne – zu Aufständen. Lagrange hat gezeigt, dass es an diesen Orten eine hohe Präsenz von neu Zugewanderten gab, die den Aufstand als Protestmittel für sich entdeckt haben. Man hat später ganz klar gesehen, dass es sich dabei um Aufstände in einem semi-ländlichen bis ländlichen Milieu handelt. Und das konnte man auch nach 2005 weiterhin beobachten.

PG: *Sie sind in den 1970er Jahren selbst in der nördlichen Pariser banlieue aufgewachsen. Im Vergleich zu Großbritannien ist die geographische Distanz vieler Pariser Vorstädte zum Zentrum größer. Inwiefern spielen diese Unterschiede eine Rolle?*

FJ: In der Alltagsgeographie eines Jugendlichen aus einer *banlieue* ist sein Zentrum das Zentrum eben dieser Stadt. Und dieses Zentrum kann von der Plattenbausiedlung weit entfernt sein oder nicht, das hängt sehr stark von den verschiedenen Städten ab. Raum spielt da eine sehr wichtige Rolle. Und es ist faszinierend zu beobachten, dass daraus eine Polizeitaktik entsteht, während daraus zugleich auf Seiten der Jugendlichen eine rebellische Taktik hervorgeht. Und beide stehen in vollem Einklang miteinander. Deswegen auch diese Rituale. Man versteht sich. Ich würde auch die These vertreten, dass die relative Abgeschiedenheit der Plattenbausiedlungen einen Einfluss auf die Wahrnehmung des Möglichen hat. Wenn man nicht raus kann aus dem Kaff, wenn sich der Horizont des Zerstörbaren, des Gegners, auf die formierten Reihen der Polizei beschränkt, dann denkt man nicht unbedingt daran, „drüben“ eine Revolution zu betreiben, dann betreibt man eben „Revolution“ vor Ort.

Riots in der Forschung

PG: *Welche Konfliktlinien und Leerstellen sehen Sie in der Erforschung von riots bzw. städtischer Gewalt?*

FJ: Die Frage, ob es sich bei den Aufständischen um Plündernde handelt – also eine Lesart der Aufstände als bloße Erscheinungen von Kleinkriminalität –, hat in England eine große Rolle gespielt. Solche kriminalisierenden Auffassungen hat David Cameron von Anfang an unterstützt. Und nicht ohne Grund, denn im Unterschied zu den Franzosen schienen die jungen rebellischen Brit_innen mehr Wert darauf zu legen, Läden und kleine Geschäfte zu plündern, als die Konfrontation mit der Polizei zu suchen. Da muss man sich schon die Frage nach möglichen politischen Beweggründen stellen. Die Plünderungen können auch ein Mittel gewesen sein, um eine gewalttätige Auseinandersetzung mit der Polizei zu suchen. *Foot Locker* als politisches Ziel, also die Aneignung der Schuhe von *Foot Locker* als politische Botschaft zu lesen, ist hingegen schwierig.

Aber warum soll es keine politische Handlung sein, anlässlich eines durch die Polizei verursachten Todes auf die Straße zu gehen und Autos anzuzünden? Und auch der Begriff des Proto-Politischen, der eigentlich kein Begriff, sondern ein Nicht-Begriff ist, kann keine Antwort darauf sein. Wenn man sagt „Ich kann etwas nicht definieren, also erfinde ich mit proto-politisch einen Begriff zwischen politisch und unpolitisch“, dann ist nicht nur die Antwort falsch, dann verstehe ich bereits die Frage nicht.

Wichtig wäre es in meinen Augen, die Auswirkungen der *riots* in den Blick zu nehmen. Clichy-sous-Bois und Montfermeil haben ganz klar von den *riots* profitiert. Und wie! 30 Jahre lang hat der Bürgermeister von Clichy-sous-Bois ein Polizeirevier für die Stadt gefordert. 30 Jahre lang hat sich nichts bewegt. Dann wurden tausende Autos geplündert und angezündet und die größte *riot*-Welle Frankreichs nahm dort ihren Ausgangspunkt. Und dann haben sie doch ihr Polizeirevier bekommen. Und nicht nur das: Es wurde auch ein Abkommen mit der Pariser Elitehochschule *Sciences Po*[5] geschlossen. Das gleiche gilt für Montfermeil. Und da sehe ich die These von Piven und Cloward bestätigt: *Disruptive politics* sind für bestimmte Bevölkerungsschichten das beste Mittel, um Zugang zu öffentlichen Mitteln zu bekommen.

PG: *Wobei an diesem Punkt auch zu überlegen wäre, wie die riots bzw. émeutes entstanden sind: wer daran beteiligt war und wer hingegen dieses Polizeirevier gefordert hat. Das waren unterschiedliche Akteur_innen mit unterschiedlichen Interessen.*

FJ: Aber sie haben ja nicht nur ein Polizeirevier bekommen, sondern auch Schulen, öffentliche Gelder, Sportplätze und Turnhallen. Es ist schließlich Aufgabe der Sozialwissenschaften, konkret zu untersuchen, welche Auswirkungen öffentliche Ausgaben und Politiken tatsächlich haben; da kommen wir gleich noch einmal drauf zurück. Man weiß, dass die Nachfrage nach Polizei in diesen Vierteln sehr groß ist. „Die Nachfrage“ nach Polizei ist sehr groß? – Ein fünfzehnjähriger Junge wird ganz sicher niemals nach einer zusätzlichen Polizist_in fragen. Aber seine Mutter schon, seine Schwester auch, sein

großer Bruder vielleicht auch. Er macht sich auch keinen Kopf darum, ob er eine Wohnung findet etc., aber seine Familie schon. Eine weitere Tatsache ist, dass viele der Jugendlichen, die sich nachts in Clichy-sous-Bois an den Aufständen beteiligt haben, tagsüber einer Erwerbsarbeit in der Pariser Agglomeration nachgegangen sind, wofür sie auf den Bus, die Metro und den Regionalzug angewiesen sind. Es gibt in Clichy-sous-Bois staatliche Präsenz in der Öffentlichkeit, sei es die Polizei, die Schule, was auch immer. Es gibt auch Wohlstand, die Möglichkeit vor Ort zu arbeiten und öffentliche Verkehrsmittel.

Für den Aufstand in Clichy-sous-Bois sind mehrere Dinge verantwortlich. Es gab die zwei Toten. Sofort kam es zu der Entsendung von Einheiten der Bereitschaftspolizei *CRS*, die den Jugendlichen gegenüber von Beginn an sehr provokativ auftraten. Bei diesen *CRS*-Einheiten handelte es sich nicht um ortskundige Polizist_innen. Schließlich wurde eine Tränengasgranate von der *CRS* in eine Moschee gefeuert. Mit einer lokalen Polizeieinheit wäre das niemals passiert, nicht in der gleichen Form.

Nehmen wir die ersten Aufstände (*émeutes*) in den 1980er Jahren, die sogenannten „heißen Nächte“ von Lyon, von Vénissieux, von der *Cité* „Les Minguettes“, die im Endeffekt zu dem bereits angesprochenen „Marsch für die Gleichheit und gegen Rassismus“ geführt haben. 1981 hatten die Jugendlichen alles, was sie wollten. Sie sind umsonst in den Urlaub gefahren, sie hatten im Sommer alle möglichen Freizeitangebote, sie hatten eine entsprechende Stadtentwicklungspolitik samt eigenem Ministerium für Stadtplanung. Das war ganz erheblich. Und wie kam es dazu? Zum großen Teil dadurch, dass sie gezeigt haben, zu welcher Gewalt sie in der Lage waren.

Die größte Lehre, die die Sozialwissenschaften aus außereuropäischen Fällen von Aufständen gezogen haben, ist die, dass die Grenzen zwischen Aufständen (*émeutes*), politischen Versammlungen, Demonstrationen und Wahlen äußerst fließend sind. Darüber hinaus steckt hinter jeder Demonstration die potentielle Gefahr eines Aufstands. Wahlen bringen immer die Gefahr eines Aufstandes mit sich. Es gibt Gebiete in Frankreich, wo nur fünfzehn Prozent der Bewohner_innen wählen gehen. Das sind Gebiete, mit denen man auf andere Weise Politik macht, und zwar mit Gewalt oder mit der Androhung von Gewalt. Das ist sehr wichtig! Es gibt belegte Fälle aus Städten, in denen der Bürgermeister Jobs an junge Männer vergibt, weil er genau weiß, dass sie, wenn er ihnen diese Jobs nicht gibt, Autos anzünden. Also offensichtlich kann man mit Gewalt schon etwas erreichen. Aufstände sind also auch Momente, die uns daran erinnern, dass die zivilisierte Politik durch Wahlen nur eine Seite der Politik darstellt.

Was die Frage nach den theoretischen Perspektiven angeht, möchte ich hier nur etwas über Frankreich sagen. In Frankreich haben die Soziolog_innen nicht genug auf die Politikwissenschaft eingewirkt. Es ist die politische Anthropologie, die in diesem Fall hilft zu verstehen, was sich abspielt, nicht die Stadtsoziologie oder Richtungen in der Soziologie, die sich dadurch auszeichnen, dass sie sagen, es handele sich um eine legitime Revolte, weil die Jugendlichen die Schnauze voll haben. Lohnenswert erscheint hier, die unscharfen Formen in den Blick zu nehmen, welche die Politik von der „Nicht-Politik“, und damit Konflikte im Privaten von Konflikten in der Öffentlichkeit trennen. Wenn man zum Beispiel das Auto des Nachbarn anzündet, weil man weiß, dass er ein Rassist ist: Da wird es doch interessant. Michel Kokoreff hat gezeigt, dass in Saint-Denis ein ganz

bestimmtes Gymnasium zum Ziel von Gewalt wurde, weil der Schulleiter ein Rassist war bzw. als solcher wahrgenommen wurde.

Meinem Eindruck nach vernachlässigen es viele Kolleg_innen, eine Soziologie der Aufstände mit breiteren soziologischen Perspektiven, wie etwa der Funktionsweise politischer Systeme, zu verknüpfen. Man verbleibt oftmals bei einer Soziologie, die einen geradezu kausalen Charakter hat: Hier kommt es zu Aufständen, weil hier dies und das passiert, fertig. Dabei handelt es sich aller Absicht oder Intention entgegen um keine militante Soziologie, sondern um eine moralisierende Soziologie.

Man könnte genauso gut sagen, dass sie komplett bescheuert sind! Drei Tage fackeln sie Autos ab und veranstalten ein riesiges Geschrei und dann gehen sie nicht einmal wählen?! Also: Wenn man eine verurteilende oder moralisierende Soziologie haben will, dann darf man sich mit dem Urteil auch nicht zurückhalten.

PG: *Als Anlass für dieses Themenheft haben wir die Schwierigkeit in der deutschen Sozialen Bewegungs- und Protestforschung genommen, das Phänomen riots oder städtische Gewalt zu begreifen und zu analysieren. Macht es überhaupt Sinn, aus der Perspektive Sozialer Bewegungs- bzw. Protestforschung riots zu erforschen?*

FJ: Ja und nein. Es ist deswegen sinnvoll, weil die Soziale Bewegungsforschung bestimmte Fragen stellt und Aspekte in den Blick nimmt, die für die Erforschung von *riots* nicht unwichtig sind. Es ist sehr wichtig und interessant zu überprüfen, welche Menschen das sind, die auf die Straße gehen, um sich an *riots* zu beteiligen. Eine sehr wichtige Frage, die in der französischen Sozialen Bewegungsforschung auch gestellt wird, ist die Frage nach den individuellen politischen Lebensläufen, also wie der oder die Einzelne sich politisch engagiert, ob sie oder er dabei auf die Straße geht oder nicht. Wie beginnt jemand sein politisches Engagement, und wie hört sie oder er damit unter Umständen wieder auf? Das sind interessante Aspekte.

Es aber andererseits weniger sinnvoll, dass die Soziale Bewegungsforschung sich mit *riots* beschäftigt, weil sie soziale Bewegungen einteilt und voneinander abgrenzt, wie beispielsweise die *gay rights*-Bewegung von solchen Bewegungen, die sich für Schwarze als Minderheit einsetzen. Bei *riots* gibt es aber keine entsprechende Bewegung. Es handelt sich dabei in erster Linie um eine Handlungsform ohne Organisation im klassischen Sinne. Man versucht immer, bestimmte Organisationen herauszufinden und sie zu kennzeichnen, aber das geht bei *riots* nicht so einfach. Und es macht auch deswegen keinen Sinn, weil sich der größte Teil der Sozialen Bewegungsforschung nicht die Frage nach der Inklusion der sozialen Bewegungen in das politische System stellt. Die Erforschung der unscharfen Trennungslinien zwischen konventioneller und unkonventioneller Politik erscheint mir vielversprechender zu sein.

Riots und Politik

PG: *Wie verhält es sich mit dem Verhältnis von riots, dem Politischen und Politik? Waren die Aufstände 2005 in Frankreich nicht auch eine Initialzündung für die Politisierung von Individuen und die Formierung von*

politischen Gruppen und Assoziationen, die seither versuchen, sich auf lokaler und – darüber hinaus – auf überregionaler Ebene nachhaltig in die Politik einzubringen?

FJ: Aufstände sind Momente, in denen Alltag oder die alltäglichen Verhältnisse einen politischen Sinn gewinnen. Es sind Momente, die Fragen aufwerfen, die Diskussionen in Gang bringen, die politisches Bewusstsein erzeugen. Das ist richtig. Bestimmte Ereignisse führen aber auch zu Aufständen, weil es vorher bereits ein politisches Bewusstsein vor Ort gab. Daher ist die linke Bezeichnung der *émeute* als Revolte nicht falsch. In der einschlägigen französischen Literatur gibt es auch einige Dinge, die nur schwer verständlich sind, zum Beispiel dass die *rioter* stumm seien, dass sie nichts sagen würden. Um dies zu behaupten, muss man tatsächlich in einer Welt leben, die von der *rioter* abgekoppelt ist. Die melden sich doch ständig zu Wort! Oder man blendet den Rap aus, als ob man nie davon gehört hätte, und auch Youtube und Diskussionsforen im Internet.

PG: *Und es gibt auch Graffiti.*

FG: Ja, natürlich, na klar. Und vor den Hochhäusern wird die ganze Zeit diskutiert. Man muss schon wirklich völlig blind oder taub sein, um all diese Gruppen nicht zu hören. Diese Vorstellung von Aufständen mit Transparenten ist ein Hirngespinnst, das sich mir jeglichem Verständnis entzieht. Es stimmt aber, dass die Aufstände in Frankreich zwei wichtige politische Bewegungen hervorgebracht haben: Bei der ersten handelt es sich um den *marche des beurs*, den Marsch für die Gleichheit. Dieser war sehr wichtig. Bei der zweiten Bewegung handelt es sich um die Assoziation *AC le Feu*[6]. Haben diese beiden etwas erreicht? Man spricht oft vom Scheitern der Generation des „Marsches für die Gleichheit“. Aber mit diesem Marsch haben sie es zumindest geschafft, die städtische Frage und die Einwanderungsfrage auf die politische Agenda zu setzen. Die Frage nach der Nationalität war zu dieser Zeit eine sehr wichtige. Vorher hatte es niemand geschafft, diese tatsächlich in den Mittelpunkt zu rücken. *AC le Feu* hat es sich zur Aufgabe gemacht, das politische Bewusstsein der Jugendlichen in den Vorstädten zu fördern. Ist *AC le Feu* gescheitert? Das ist schwierig einzuschätzen, weil sich *AC le Feu* der politischen Parteiform verweigert. Dadurch hat man keine konkreten politischen Resultate, die man messen könnte. Schließlich hat Mohamed Mechmache, Mitbegründer und lange Zeit Vorsitzender von *AC le Feu*, landesweit eine hohe mediale Bekanntheit erlangt. Das ist wichtig, denn wenn etwas passiert, dann äußern sich nicht nur die Rechte, die Linke und die Polizeigewerkschaft, sondern auch Mohamed Mechmache.

In diesen Vierteln spielt auch die Bevölkerungsgeographie eine große Rolle. Es gab all diese Maßnahmen im Rahmen des Programms der urbanen Erneuerung, in dessen Folge sich große Teile der Vorstadtbevölkerung neu verteilt haben. Man selbst wohnt dort, aber die eigenen Kinder dann nicht mehr. Die einzigen, die bleiben, sind die Bewohner_innen der Vorstadtzentren. Es ist die lokale Bourgeoisie, die dort bleibt und die öffentlichen Ämter wie das

Bürgermeister_innenamt oder die Sitze im Gemeinderat unter sich verteilt. Unter diesen Umständen ist es kompliziert, Politik zu machen.

Sicher haben die Aufstände von 2005 zu einer Politisierung beigetragen. Sie haben beispielsweise im Rap große Spuren hinterlassen. Ich denke aber, dass sie auch dazu beigetragen haben, bestehendes Misstrauen gegenüber der etablierten Politik weiter zu verstärken. Bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 gab es eine breite Wahlbeteiligung. Und dann: Niederlage! Einen Monat später haben sie sich nicht mal mehr an den Wahlen der Abgeordneten beteiligt. Sie haben sich ein Jahr später 2008 nicht mehr an den Gemeindewahlen beteiligt, das war es. Es war zu Ende. Dabei handelt es sich um eine Politisierung, die letztlich zu einem Misstrauen gegenüber der Politik geführt hat, weil die Politik nicht zufriedenstellend war. Ich denke, dass nichts schlimmer ist, als Stille und Apathie. Also ist ein kleiner Aufstand von Zeit zu Zeit ganz gut. Das nötigt die gesamte Gesellschaft dazu, sich Fragen zu stellen, auch in Bezug auf die Politikverdrossenheit.

PG: *Ich habe zum Schluss noch eine Frage zu der These, die Aufständischen seien stumm und es gäbe keine Botschaft. Sie haben ja bereits gesagt, es gäbe den Rap, Graffiti und solche Dinge. Ist das nicht auch eine Kritik an der Sozialen Bewegungsforschung, die, überspitzt formuliert, wenn sie keine Transparente und Plakate sieht, zu dem Schluss kommt, es gäbe keine Agenda und keine Ziele?*

FJ: Zu sagen, die Aufständischen seien stumm, heißt in erster Linie, dass man sie nicht hört bzw. nicht versteht. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob es von solchen Stellungnahmen ausgehend sinnvoll ist, Aussagen über die Soziale Bewegungsforschung in Deutschland zu treffen. Aber zu sagen „Die haben keine Botschaft.“ verkennt, dass die Aufständischen für ihre Würde und für den Sinn ihres Lebens kämpfen. Man erschießt nicht einfach so einen Jugendlichen auf der Straße, man lässt nicht einfach zwei Kinder in ein Hochspannungstrafohaus laufen und sich in die Luft sprengen. Die Reaktionen auf solche Vorfälle sollen nicht politisch sein? Als ob Unterschriftensammlungen an den Bildungsminister in der Rue Grenelle in Paris die einzige Form der politischen Mobilisierung Jugendlicher wären!

Übersetzung aus dem Französischen von Philippe Greif

Endnoten

- [1] Mit dem „Marsch für Gleichheit und gegen Rassismus“, auch „Marsch der *beurs*“ genannt, werden verschiedene antirassistische Demonstrationen zwischen dem 15.10.1983 und dem 03.12.1983 bezeichnet. *Beurs* heißen in Frankreich geborene Nachkommen maghrebischer Einwanderer. (Anmerkung von Philippe Greif).
- [2] *Émeute* steht im Französischen für Unruhe, Aufstand, Krawalle.
- [3] Bei der *Compagnies Républicaines de Sécurité* (CRS) handelt es sich um einen kasernierten Polizeiverband, der speziell für den Einsatz bei Großveranstaltungen und Demonstrationen gegründet wurde (Anmerkung von Philippe Greif).
- [4] Mit der Bezeichnung „*cités*“ werden im Kontext französischer Vorstädte größere Plattenbausiedlungen bezeichnet, bei denen es sich zumeist um Sozialwohnungen handelt.

- [5] Pariser Institut für Politische Studien.
- [6] Bei der *Association collectif liberté égalité fraternité ensemble unis (AC le Feu)*, handelt es sich um eine zivilgesellschaftliche Assoziation, die sich in Folge der Aufstände von 2005 in dem Pariser Vorort Clichy-sous-Bois gegründet hat und die sich für die Belange der Bewohner_innen französischer Vorstädte einsetzt (Anmerkung von Philippe Greif).

Autor_innen

Fabien Jobard ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich mit Rechtssoziologie, Polizei-soziologie und Gewaltforschung.
fj@cmb.hu-berlin.de

Philippe Greif ist Soziologe mit Interesse an urbaner Marginalität, Ethnographie, Intersek-tionalität/sozialer Ungleichheit und Geschlechterforschung. Er forscht aktuell zum Alltag von Jugendlichen in Pariser Banlieues.
phi.greif@googlemail.com



Frankreich dekolonialisieren!

Politik und Aktivismus in Pariser *Banlieues*

Franco Lollia

Mehdi Meftach

Philippe Greif

Der massive Abbau von Arbeitsplätzen im industriellen Sektor infolge neoliberaler Wirtschaftsmaßnahmen seit den 1970er Jahren besiegelte das Schicksal der sogenannten ‚roten Vorstädte‘ als traditioneller Bastion der Gewerkschaften und der kommunistischen Partei in Frankreich. Heutzutage werden mit dem Stereotyp ‚*banlieue*‘ überwiegend Politikverdrossenheit, Unorganisiertheit und mangelndes politisches Interesse beziehungsweise Engagement verknüpft. Doch gerade die landesweiten Aufstände von 2005, die mit dem Tod der beiden Jugendlichen Zyed Benna und Bouna Traoré in Clichy-sous-Bois ihren Ausgang nahmen, führten zu der Gründung einer Vielzahl an politischen Assoziationen und Initiativen. Im Oktober 2015 jährten sich die Aufstände zum zehnten Mal. Zeit zurück zu blicken. Eine Bestandsaufnahme aus Sicht von Aktivisten des Kollektivs *Brigade Anti-Nérophobie* (BAN) und der *Parti des Indigènes de la République* (PIR) aus Paris.

Interview mit Franco Lollia, dem Pressesprecher des Kollektivs *Brigade Anti-Nérophobie* aus Paris.

Philippe Greif: *Hat sich Ihrer Meinung nach heute, 10 Jahre nach den landesweiten Aufständen von 2005, etwas Wesentliches an der Situation in den Vorstädten verändert?*

Franco Lollia: Nein, im Wesentlichen hat sich an der Situation in den Vorstädten nichts geändert. Äußerlich scheint das vielleicht der Fall zu sein, und viele Jugendliche aus den Vorstädten haben jetzt einen größeren Zugang zu verschiedenen materiellen Dingen, aber strukturell hat sich nichts wirklich verändert. Betrachten wir beispielsweise die Justiz. Man sagt zwar generell, dass die Mühlen der Justiz langsam mahlen, aber in manchen Fällen bekommt man den Eindruck, dass dies auch nicht von ungefähr kommt. In dem Fall von Zyed und Bouna wird dies besonders deutlich. Beide Jugendlichen wären mittlerweile 25 und 27 Jahre alt. Zehn Jahre hat es gedauert, bis es durch die verschiedenen Instanzen hindurch schließlich zu einem Urteil

im Prozess gegen die beiden Polizisten wegen unterlassener Hilfeleistung gekommen ist. Und dann wurden sie auch noch freigesprochen! Was bleibt zehn Jahre nach der größten Aufstandswelle in Frankreich von dieser legitimen Wut übrig? Zeit ist das beste Mittel, jedes revolutionäre Potential und jeden Protest zu schwächen und zum Schweigen zu bringen. Wenn man auf der anderen Seite die jüngsten Attentate in Frankreich nimmt, da hat es keine drei oder vier Jahre gedauert, um eine Entscheidung zu treffen und den Ausnahmezustand zu verhängen. Man sieht also, dass bestimmte Entscheidungen von der Justiz unterschiedlich getroffen werden, je nachdem wie es ihr am besten passt. Viele Leute, die sich an der Revolte beteiligt haben, dachten, dass sich etwas ändern würde, wenn sie sich massenhaft erheben. Wir denken, dass das nicht ausreicht, sondern dass man die kolonial geprägten Denk- und Wahrnehmungsmuster in den Köpfen der Menschen ändern muss, die dieses Macht- und Herrschaftsverhältnis erst möglich machen.

PG: *Hatten die Aufstände auch eine Bedeutung für Ihr Kollektiv Brigade Anti-Nérophobie (BAN)?*

FL: Die *Brigade Anti-Nérophobie* (BAN) ist eine Gruppe, die sich im Verlauf des Jahres 2005 als Reaktion auf verschiedene Fälle von anti-schwarzem Rassismus gegründet hat. Zum einen handelte es sich dabei um mehrere Fälle von Häuserbränden, bei denen insgesamt 52 Personen umgekommen sind, darunter 33 Kinder, die mehrheitlich aus Subsahara-Afrika stammten. Ein anderer Grund war der Tod von Zyed und Bouna infolge einer rassistisch motivierten Polizeikontrolle. Bouna war Schwarzer und Zyed Araber, beide stellen damit emblematische Figuren der Kolonisation in Frankreich dar. Das Phänomen des *racial profiling*[1] ist Ausdruck und Bestandteil einer unausgesprochenen rassistischen Logik. Das gleiche gilt für die Häuserbrände, die ich zuvor erwähnt habe. Bei den 52 Personen handelte es sich um Familien, die eigentlich nur provisorisch in stark heruntergekommenen und renovierungsbedürftigen Häusern der Pariser Stadtverwaltung untergebracht werden sollten. Nur dauerte diese ‚provisorische‘ Maßnahme mehrere Jahre, was wiederum Ausdruck rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist. Hinter den Rauchschwaden dieser Brände verbirgt sich eine noch viel perversere und perfidere Logik.

Der dritte bedeutsame Vorfall für die Gründung der BAN war die Verurteilung von Marc-Olivier Fogiel, eines in Frankreich sehr bekannten Fernsehmoderators, durch die französische Justiz wegen rassistischer Beleidigung und Anstiftung zur Volksverhetzung[2]. Das sind Ausdrücke aus dem juristischen Fachvokabular, es handelt sich dabei jedoch auch um Akte von Negrophobie[3]. Hier möchte ich ausdrücklich präzisieren, dass es uns nicht darum ging beziehungsweise geht festzustellen, auf welche exakte Weise sich diese Person rassistisch geäußert hat, sondern darum, dass die französische Justiz gegen ihn ein Urteil ausgesprochen hat. Denn jedes Mal, sei es nun im Fall der 52 verbrannten Personen oder im Fall des Todes von Zyed und Bouna, wird unser Protest auf paternalisierende Weise als emotional abgetan. Dieser rassistischen Logik nach werden wir damit zu großen Kindern gemacht, die die Dinge nicht objektiv einschätzen können. Das Urteil gegen Fogiel trug zu einer Objektivierung unserer Forderungen bei. Man konnte nicht mehr

einfach behaupten, es sei unsere Emotionalität, die aus uns spreche, denn es war schließlich die französische Justiz, die diesen Fall von Rassismus festgestellt und verurteilt hat. Da wir uns durch diesen Fall bestätigt sahen, wollten wir unseren Kampf gegen anti-schwarzen Rassismus weiter festigen und haben das *Kollektiv Anti-Nérophobie* gegründet.

PG: *Wie definieren Sie Rassismus für Ihre Arbeit?*

FL: Unser inhaltlicher Schwerpunkt liegt zwar primär auf der Frage des Rassismus, doch bei der BAN handelt es sich nicht ausschließlich um eine anti-rassistische Gruppe. Wir kämpfen insbesondere gegen die Kolonisation. Unsere gesellschaftskritische Perspektive ist explizit de-kolonial. Bei Anti-Rassismus handelt es sich nur um einen Bestandteil de-kolonialer Kämpfe. Unsere radikale Kritik zielt auf die koloniale Struktur der französischen Gesellschaft. Unserer Auffassung nach gibt es zwei Typen von Kolonisation: Bei dem ersten, historisch gesehen älteren Typ handelt es sich um ein im physischen Sinne gewaltvolles Verhältnis, das darauf angelegt ist, Individuen einer kolonialen Verwaltung zu unterwerfen. Der zweite, bis heute andauernde Typ ist wesentlich schwerer wahrzunehmen; wir nennen ihn die ‚Kolonisierung des Inneren‘[4]. Dieser Typ von Kolonialisierung prägt eine bestimmte vorherrschende Weltsicht und ist gezeichnet durch eine Propaganda, die letztlich darauf abzielt, rassistisches Verhalten und rassistische Ausdrücke zu normalisieren. Dies verlangt von uns, zwischen den Zeilen zu lesen. Wir kämpfen insbesondere gegen diese Form des Kolonialismus des Inneren, und damit vor allem gegen staatlichen Rassismus. Was wir hingegen vermeiden wollen, ist, Rassismus zu personalisieren, nach dem Motto, es gäbe ‚einen großen Bösewicht‘ wie Jean-Marie Le Pen, der dann den Rassismus in Frankreich symbolisiert. Wir finden, dass dies eine sehr verkürzte und beschränkte Sicht auf Rassismus ist. Der Staat ist zu großen Teilen für den strukturellen Rassismus verantwortlich, was ihm ermöglicht, seine Macht beziehungsweise die Kolonialität seiner Macht aufrechtzuerhalten.

PG: *Mit dem Stereotyp ‚der banlieues‘ werden oft Politikverdrossenheit, Unorganisiertheit und mangelndes politisches Interesse bzw. Engagement verknüpft. Können Sie uns als BAN von Ihren alltäglichen Erfahrungen vor Ort erzählen?*

FL: Bei dem allgemein vorherrschenden Bild von ‚der banlieue‘ handelt es sich um ein kolonial geprägtes Hirngespinnst. Das Gesicht der ‚banlieue‘ ist das eines Schwarzen oder eines Arabers, was in großen Teilen nicht der Realität entspricht. Dieser Stereotyp ist stark an Frankreichs koloniale Vergangenheit geknüpft. Ein großes Problem in den Vorstädten ist *racial profiling* durch die Polizei. Es ist durch historische Fakten belegt, dass die Polizei als Repräsentantin der kolonialen Herrschaft die ‚Kolonisierten‘ oder ‚Indigenen‘ anders behandelt hat als weiße, sogenannte ‚Herkunftsfranzosen‘[5]. Die heutige Polizei, die vorgibt, republikanisch zu sein und alle gleich zu behandeln, geht nach demselben Muster vor. Man muss den Hintergrund für dieses ungleiche Verhalten der Polizei untersuchen. Auch wenn es vielleicht nicht die bewusste Absicht des individuellen Polizisten ist, die koloniale

Herrschaft aufrechtzuerhalten, kann man doch erkennen, dass auf institutioneller Ebene ein gewisser Wille da ist, bestimmte äußerliche Unterschiede zur Aufrechterhaltung einer rassistischen Hierarchie zwischen ‚den Weißen‘ und ‚den Schwarzen‘ stark zu machen. In Frankreich ist *racial profiling* ein Ausdruck von kolonialem Rassismus und Instrument einer Logik, nach der versucht wird, den ‚minderwertigen Schwarzen‘ eine generelle Schuldhaftigkeit und den ‚überlegenen Weißen‘ eine generelle Unschuld anzuheften. Ohne jeglichen Anlass werden immer wieder die gleichen Personen verhaftet, das passiert uns selbst. Es bedarf schon einer bestimmten politischen Zurichtung, wenn man automatisch denkt, dass es schon seine Gründe haben muss, wenn da ein Schwarzer oder ein Araber verhaftet wird. Selbst wir denken, wenn wir einen Schwarzen sehen, der die Beine gespreizt an der Wand steht, im ersten Moment automatisch erst mal, dass das nicht unbegründet ist. Wenn man sieht, wie er durchsucht wird, sich ausziehen muss et cetera, vermittelt das den wirkmächtigen Eindruck, dass diese Person schon etwas angestellt haben muss. Sobald dieses Bild erst einmal im Kopf ist, wird es ständig wiederholt. Auf diese Weise wird die Wahrnehmung ‚der banlieue‘ durch ein negatives Stereotyp geprägt, für den in großen Teilen der französische Staat mit seiner unsichtbaren kolonialen Logik verantwortlich ist. Wir glauben, dass es heute eine Form der Kolonisation gibt, die man Neo-Kolonisation nennt, also die heutige Einflussnahme des französischen Staates im sogenannten Französisch-Afrika[6]. Dabei handelt es sich um eine brutale Neo-Kolonisation, die man in Frankreich selbst nicht wahrnimmt, weil man sich nicht dafür interessiert, was außerhalb des Landes geschieht. Innerhalb Frankreichs gibt es hingegen eine weniger sichtbare Form der Kolonisierung, die von der Polizei, dem Bildungssystem, den Medien und der Politik aufrechterhalten wird.

PG: *Sie haben im Zusammenhang mit den Aufständen von 2005 von einem revolutionären Potential gesprochen. Anderen Lesarten nach handelt es sich dabei schlicht um kriminelle Gewalt. Welche Hintergründe sehen Sie für die Aufstände?*

FL: Das größte revolutionäre Potential gibt es in den Vorstädten. Aus diesem Grund werden diese Viertel derart überwacht und mit Polizeipräsenz versehen. Deswegen gibt es dort so viele Fälle von *racial profiling*. Und weil der Staat das weiß, werden auch unsere Botschaft und unsere Arbeit missachtet und kolonisiert. Weil man weiß, dass uns nichts aufhalten könnte, wenn sich diese weiterverbreiten würden. Deswegen unterscheiden wir zwischen einer Kolonisierung des Inneren und einer Kolonisierung des Äußeren. So wie der afrikanische Kontinent unter dem Joch einer ununterbrochenen Kolonisierung leidet, damit er sich nicht erheben kann, werden die *banlieues* einer anderen Form der Kolonisierung unterworfen. Deswegen sieht man in jedem x-Beliebigen direkt einen potentiell systemfeindlichen Kriminellen. Wenn es sich dabei um einen potentiellen Revolutionär handelt, dann um jemanden, der nicht weiß, wie er seine Wut und seine Unzufriedenheit ausdrücken soll, und der sich für materielle Dinge interessiert. Wenn jemand versucht eine Bank zu überfallen, versucht er damit ein Jemand zu sein. Das hat er selbst aber noch nicht verstanden, weil er kein politisches Bewusstsein

hat, das es ihm erlauben würde zu verstehen, wie er Jemand werden kann. Das größte revolutionäre Potential liegt in den Vorstädten und in allen kolonisierten Zonen. Jeder imperialistische Staat weiß, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis sich dieses entlädt, und dass er dieses ungerechte System nicht für immer aufrechterhalten kann.

PG: *Können Sie uns erklären, wie Sie organisiert sind und welche Handlungs- und Aktionsformen dabei eine Rolle spielen?*

FL: Es geht uns vor allem um die Hintergründe gesellschaftlicher Strukturen, darum, diese aufzuzeigen und für andere verständlich beziehungsweise nachvollziehbar zu machen. Deswegen müssen wir auch auf praktische Weise zur Tat schreiten und öffentlichkeitswirksame Aktionen machen. Solche politischen Interventionen haben uns letztlich bekannt gemacht. Es hat schon immer anti-koloniale Kämpfe gegeben, aber die offizielle Geschichtsschreibung versucht dies zu negieren und auszublenden. Warum werden wir wohl besser verstanden als andere, die vor uns oder gleichzeitig mit uns diese Kämpfe geführt haben? Weil wir auf kreative Weise zur Tat schreiten, damit die Leute auch Lust bekommen, uns zu verstehen. Dabei handelt es sich um einzelne politische Aktionen, bei denen zugleich nie aus den Augen verloren wird, dass es darüber hinaus um mehr, nämlich um gesellschaftliche Strukturen geht. Bei unseren Aktionen geht es darum, Fälle von vermeintlich unsichtbarem Rassismus aus der Deckung zu holen.

Ein Beispiel war unsere jüngste Intervention zu der Ausstellung *Exhibit B*. Das war eine Ausstellung von einem südafrikanischen Künstler, der explizit vorgab, anti-rassistisch zu sein[7]. Da haben wir uns dann selbst eingeladen, um ihm klarzumachen, dass seine Ausstellung entgegen seiner eigenen Überzeugung von einem Rassismus durchsetzt ist, der letztlich nur wesentlich schwieriger zu lesen ist. So etwas nennen wir Negrophobie: Wenn es explizit Schwarze betrifft. In seiner Ausstellung hat er Körper von Schwarzen ausgestellt, um Negrophobie und Rassismus anzuprangern. Dabei handelte es sich um verstümmelte Körper, Körper, die Opfer von verbrecherischer Sklaverei und kolonialen Verbrechen wurden. Allerdings gab es in der gesamten Ausstellung keinerlei Hinweise auf die Täter. Es handelte sich nur um einen Teil der Geschichte, nämlich um Schwarze als passive Opfer, die auf voyeuristische Weise zur Schau gestellt wurden. Wie es uns die offiziellen Geschichtsbücher glaubhaft machen wollen. Hierbei handelt es sich um ein Beispiel für strukturellen Rassismus, der seinen Ausdruck in der Arbeit eines Individuums findet, das zudem noch glaubt, dabei etwas Gutes zu tun[8].

PG: *Wie waren die Reaktionen auf Ihre Intervention?*

FL: Aktionen wie diese richten sich gegen eine bestimmte Art der Erinnerung an die ‚Abschaffung‘ der Sklaverei. Wenn ich das Wort ‚Abschaffung‘ hier in Anführungszeichen setze, dann deswegen, weil ich damit ausdrücken möchte, dass wir noch immer nicht in Freiheit leben und der französische Staat, der uns versklavt hat, diese Tatsache durch den sogenannten Humanismus zu verschleiern versucht. Wenn man die historischen Umstände betrachtet, wird jedoch klar, dass für diese Entwicklung in erster Linie kapitalistische

Interessen verantwortlich sind und nicht der Humanismus. Während dieser Ausstellung zur Abschaffung der Sklaverei haben wir versucht vor Ort Präsenz zu zeigen. Doch bei solchen Aktionen scheint die französische Polizei jedes Mal den Befehl zu bekommen, uns daran gewaltsam zu hindern und nach Möglichkeit festzunehmen. In einem Land, das vorgibt demokratisch zu sein und die Meinungsfreiheit propagiert, scheinen *négrophobie* und die ‚*question noire*‘ ein enormes Problem darzustellen.

PG: *Warum ist das so?*

FL: Wenn man sich die Grundlagen kapitalistischer Strukturen anschaut, wird deutlich, dass diese direkt mit dem anti-schwarzen Rassismus zusammenhängen. Erst die Sklaverei von Schwarzen hat es den imperialistischen Staaten ermöglicht, in das industrielle Zeitalter einzutreten. Unser Verständnis von Rassismus beschränkt sich nicht auf zwischenmenschliche Beziehungen, sondern ist wesentlich komplexer. Wir glauben, dass in der staatlichen Gestaltung des Bildungssystems eine Strategie steckt, die die Menschen daran hindert, eine stark hierarchisierte Welt zu erkennen, in der die Schwarzen unten und die Weißen oben gehalten werden. Stattdessen gibt es diese ganze Augenwischerei, die uns glauben lassen soll, dass wir alle gleich seien. Doch diese Herrschaftsstrukturen werden von den einzelnen Individuen verinnerlicht und damit aufrechterhalten. Deshalb erschöpft sich unser Ziel nicht darin zu sagen, dass einzelne Personen rassistisch sind. Es gilt stattdessen, die staatlichen Strukturen zu bekämpfen, die dafür verantwortlich sind.

PG: *Wenn sich Negrophobie ausschließlich gegen ‚die Schwarzen‘ richtet, frage ich mich, ob es nicht auch andere Gruppen oder Assoziationen wie die BAN gibt, die beispielsweise für die Rechte ‚der Araber‘ kämpfen. Wenn ja, gibt es da eine politische Zusammenarbeit?*

FL: Bei der Negrophobie handelt es sich um Rassismus, der auf Schwarze abzielt. Vergleiche hinken zwar oftmals, aber wenn man als Arzt effektiv arbeiten will, muss man sich auch spezialisieren, beispielsweise in der HIV-Forschung oder der Krebsforschung. Mit dem Rassismus ist das ähnlich. Man kann nicht gegen Rassismus kämpfen, ohne anzuerkennen, dass dieser aus verschiedenen Bestandteilen und Formen besteht. Die Negrophobie ist eine davon. Um das Phänomen Rassismus effektiv anzugehen, muss man zunächst eine Diagnose stellen. Wir begrüßen es, wenn andere Gruppen, die ebenfalls von Rassismus betroffen sind, die jeweils spezifische Form benennen. Die Negrophobie hat, genau wie der anti-arabische Rassismus, ihren eigenen kolonialen Werdegang. Doch obwohl beide Entwicklungen den gleichen Ursprung haben, handelt es sich um verschiedene rassistische Ausdrucksformen und Stereotype, die man nicht mit den gleichen Mitteln bekämpfen kann. Was den Aspekt der Zusammenarbeit angeht, ist es uns wichtig, nicht unter uns Schwarzen zu bleiben, uns abzukapseln und nur für unsere Ziele zu kämpfen. Wir befürworten einen intersektionalen Ansatz in unserer politischen Praxis. Aber um gemeinsame Kämpfe zu führen, bedarf es zunächst einer Diskussion, aus der die gemeinsamen

Aspekte herausgearbeitet werden müssen, um davon ausgehend einen gemeinsamen Fahrplan zu erstellen. Nur weil es verschiedene Formen der Unterdrückung gibt, heißt das noch nicht, dass man automatisch miteinander verbündet ist.

PG: *Sie haben den Ausnahmezustand ja bereits erwähnt. Man hat den Eindruck, dass dieser hier in Frankreich zunehmend kritisch diskutiert wird. Wie schätzen Sie die Auswirkungen dieser Debatte ein?*

FL: Der Ausnahmezustand und seine Verlängerung sind aktuell Gegenstand vieler Debatten. Erst vergangenen Sonntag, den 31. Januar 2016 gab es eine Demonstration gegen die Verlängerung des Ausnahmezustands, an der sich viele verschiedene soziale und ethnische Gruppen beteiligt haben. Dabei handelt es sich um eine ähnliche Grundsatzdebatte wie die zur Rechtfertigung der Sklaverei durch die imperialistischen Staaten. Es wird vermeintlich immer mit den besten Absichten gehandelt, um das nicht zu Rechtfertigende zu rechtfertigen. Die Anschläge waren etwas Schreckliches, das steht außer Frage. Aber es sind auch schon andere schreckliche Dinge geschehen, die von denen begangen wurden, die heute vorgeben, angegriffen worden zu sein. Die in diesen Fällen betroffenen Menschen haben nicht annähernd so viel Mitgefühl erfahren. Auch in dieser unterschiedlichen Wahrnehmung wird eine rassistische Logik offenbar.

Im Zusammenhang mit den Anschlägen ist immer wieder die Rede von ‚der Demokratie‘ und dass es sich dabei um einen Angriff auf unser Lebensmodell handelt. Aber ich frage mich, von welchem Lebensmodell da die Rede ist. Von dem, das uns versklavt und kolonisiert hat? Als die Weißen in Afrika eingefallen sind, wurde da diskutiert? Man muss diese einseitige Empörung in Frage stellen. An dem aktuell diskutierten Vorschlag des Entzugs der Staatsbürgerschaft wird diese Doppelmoral besonders deutlich. Soll ich Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, was Sklaverei bedeutet hat? Da wurden Afrikaner auch ihrer Staatsbürgerschaft beraubt, die sie bis heute nicht wiedergefunden haben. Aber dies spielt in der aktuellen Debatte zum Entzug der Staatsbürgerschaft keine Rolle! Stattdessen werden in dieser oberflächlichen Debatte die Menschen, denen es nicht erlaubt ist, ihre ursprüngliche Nationalität anzunehmen, völlig ignoriert. Das ist purer Rassismus. Wenn man diese Fragen stellt, wird man direkt in eine radikale und ‚rassistische‘ Ecke der ‚*mangeurs des blancs*‘^[9] gestellt. Dabei sind wir schlicht Menschen, die selbst denken und versuchen gewisse Dinge aufzuzeigen. Vielleicht liegen wir damit auch manchmal falsch, und wir wollen auch nicht sagen, dass wir immer Recht haben. Aber warum nicht auch mal über die Fragen nachdenken, wie wir sie uns stellen? Warum sollen wir immer nur über die Fragen nachdenken, die uns vorgesetzt werden? Der Ausnahmezustand macht letztlich deutlich, dass es immer eine legitime Gewalt in der Gestalt der Polizei und des Strafvollzugssystems gibt. Das heißt aber nicht zwangsläufig, dass diese legitime staatliche Gewalt auch gerecht ist. Denn die Kolonisierung, die Sklaverei und die Neo-Kolonisierung waren beziehungsweise sind ungerecht. Wenn wir revoltieren, ist das eine illegitime Gewalt. Das ist letztlich eine rassistische Lesart von Gewalt. Gewalt gilt als gerecht, wenn sie vom Staat ausgeht. Ich spreche hier nicht von dem, was

bei den Attentaten geschehen ist. Das ist ein anderes Thema, das ich nicht anschneiden möchte. Was dort geschehen ist, war schrecklich. Dennoch sollte man nicht einfach bei dieser Feststellung stehen bleiben, sondern sich auch fragen, was dazu geführt hat, dass Menschen so etwas tun. Man muss sich eben auch schwierige Fragen stellen und versuchen, darauf Antworten zu finden. Sonst gibt es keine Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens.

Übersetzung aus dem Französischen von Philippe Greif

Interview mit Mehdi Meftach, dem Pressesprecher der *Parti des Indigènes de la République* (PIR) aus Paris.

Philippe Greif: *Hatten die Aufstände von 2005 eine Bedeutung für ihre Bewegung?*

Mehdi Meftach: Ja, natürlich. Der Aufruf der *Indigènes de la République*^[10] wurde einige Monate vor den Aufständen veröffentlicht. Wir waren die ersten, die nach den Aufständen ein Treffen zu diesem Thema organisiert haben. Wir denken, dass diese Aufstände eine politische Dimension hatten, die ganz Frankreich auf den Kopf gestellt hat. Drei Wochen lang dauerten die Aufstände in den Vorstädten. Und die Antwort der Regierung war, Minister_innen mit Migrationshintergrund für das Kabinett zu benennen. Das war Augenwischerei, denn es war eine Art zu sagen: Ihr habt eine psychische Verletzung und wir werden für euch einen Ausgleich schaffen, wir werden das Problem lösen, indem wir symbolisch einige bekannte Gesichter zu Minister_innen ernennen. Zum Beispiel die Justizministerin Rachida Dati. Wir sind nicht nur wegen der Anerkennung in der Politik. Wir sind dort, damit es einen Umbruch im Herzen der französischen Gesellschaft gibt, im Herzen ihrer Institutionen und ihrer Macht.

Die Aufstände waren ein Umsturz in der französischen Gesellschaft. Eines der Probleme ist, dass sie bis jetzt keine politische Form finden konnten. Es gab einfach hier und dort Aufstände. Sie waren politisch bedeutsam, weil ihre Botschaft an Frankreich war: „In der Theorie und laut der Verfassung sind wir Franzosen wie ihr, aber in Wirklichkeit werden wir immer noch aus dem Bildungssystem ausgeschlossen, sind bei der Arbeit Diskriminierung ausgesetzt, ebenso wie wir Polizeikontrollen und rassistische Verbrechen der französischen Polizei ertragen müssen – Verbrechen, die ungestraft bleiben, oder sogar vom französischen Gerichtswesen unterstützt werden“. Es war sehr wichtig, dass die Aufstände mit dem republikanischen Mythos gebrochen haben. Dem Mythos, dass in der französischen Gesellschaft alle gleich sind und dass wir deshalb kein Problem haben, weil das Problem in der Verfassung geregelt worden ist. Dieser offizielle Mythos ist auch in dem Aufruf der *Indigènes de la République* als Fiktion entlarvt worden. Zusammen mit anderen Mobilisationsformen hat er dafür gesorgt, dass die Menschen sich jetzt selbst autonom organisieren. Mit diesen Mobilisationsformen überlassen sie niemand anderem die Möglichkeit, an ihrer Stelle zu sprechen.

PG: *Was war das Ziel dieses Aufrufs?*

MM: Ziel des Aufrufs war es eine öffentliche Debatte zur kolonialen Frage in Frankreich durchzusetzen. Diese Frage ist für uns keine Frage der Vergangenheit, sondern eine, die zur „Vergangenheitsgegenwart“ Frankreichs gehört. Dem Aufruf folgend haben wir einen großen Marsch organisiert, den „Marche des Indigènes de la République“, der am 8. Mai 2005 stattfand. Als symbolträchtiges Datum wurde der 8. Mai gewählt. Das ist der Tag der Befreiung Frankreichs [im Zweiten Weltkrieg, Anm. PG] und auch der Tag, an dem Frankreich ein koloniales Massaker in den algerischen Städten Sétif, Guelma und Kherrata[11] begangen hat. Das Datum ist auch symbolisch, da es [von Seiten des Staates und der Gesellschaft, Anm. PG] ein bestimmtes Verhalten gegenüber Französischen und Franzosen gibt, die der Kolonisation und der Sklaverei entstammen[12]. Diese Doppelmoral, diese zwei unterschiedlichen Arten, jemanden zu behandeln, haben für uns nichts mit einem Rassismus zu tun, der daraus entsteht, dass eine Unterscheidung zwischen sich selbst und dem Anderen gemacht wird und Unkenntnis oder Misstrauen gegenüber dem Anderen herrscht. Einem Rassismus, der mit der Zeit vorbeigeht. Nein, der Rassismus, den wir meinen, hat seine materiellen Wurzeln in der Kolonial- und Sklavereigeschichte Frankreichs. Frankreich hat nie mit der kolonialen Vergangenheit gebrochen – weder, was die staatlichen Praktiken, noch was die Institutionen anbelangt. Deshalb haben wir die Bewegung der *Indigènes de la République* gegründet. Eine politische Organisation für die Menschen zu schaffen, die nach wie vor von diesen kolonialen Praktiken betroffen sind, ist für uns der beste Weg, wirklich eine gesellschaftliche Veränderung durchzusetzen. Denn wir stellen fest, dass die anderen politischen Parteien sich dieser Fragen nicht annehmen – was in den meisten Fällen damit zu tun hat, dass sie weiß sind.

PG: *Wie begegnen Sie dieser Ignoranz?*

MM: Wir sind als politische Partei organisiert. Der wichtigste Unterschied ist, dass Personen, die zu den Betroffenen gehören, die Organisation leiten. Wir brechen dadurch mit dem, was die anderen politischen Parteien Frankreichs tun. Sie sprechen zwar von Rassismus, Sexismus, usw., aber die durch diese Strukturen Betroffenen bleiben ausgeschlossen. Unsere Partei besteht hauptsächlich aus Araber_innen und Schwarzen. Wir agieren mit politischen Mitteln wie Meetings und Demonstrationen. Und wir wollen den Menschen zu Hilfe kommen, die Hilfe brauchen. Zum Beispiel sind wir zu Fragen von Polizeiverbrechen gut organisiert. Wir handeln zusammen mit den Familien der Opfer von Polizeigewalt. Auch mobilisieren wir für die palästinensische Frage und für das Problem der Islamophobie. Nach dem Aufruf der *Indigènes de la République* haben wir uns 2006 in eine Bewegung verwandelt. Wir wollen mit der Illusion brechen, die etablierten politischen Parteien in Frankreich transformieren zu können. Doch dazu müssen wir zunächst ein ausreichend hohes politisches Gewicht entwickeln. Um auszudrücken, dass nur wir selbst uns unserer Fragen annehmen können, haben wir uns 2010 entschieden, die Form einer Partei anzunehmen.

Es gibt bereits eine soziale Kraft innerhalb der Gesellschaft. Aber diese soziale Kraft muss sich auch als politische Macht ausdrücken. Zum Beispiel haben wir nach den Attentaten im Januar ein großes Treffen gegen Islamophobie veranstaltet. Das war die erste Aktion, die sich gegen die rassistische Offensive der französischen Regierung und vieler politischer Parteien richtete. Wenn wir uns nicht zuvor als Partei organisiert hätten, wäre es schwer gewesen, gegen diesen Angriff anzugehen. Wir haben uns beispielsweise an dem Marsch für die Würde und gegen Rassismus beteiligt, der von dem migrantischen Frauenkollektiv MAFED[13] organisiert wurde. Es waren ausschließlich migrantische Organisationen, die über den politischen Inhalt dieser Demonstration bestimmt haben. Andere französische politische Parteien konnten diese Demonstration unterstützen, wenn sie wollten. Aber eben unterstützen und nicht an unserer Stelle über alles entscheiden, was sie bisher immer getan hatten. Es war ein sehr großer Marsch und für die Organisationen, die es nicht gewohnt sind, miteinander zu arbeiten, eine super Sache. Im Prozess des Aufbaus dieser politischen Kraft, von der ich sprach, war das sehr wichtig.

PG: *Politikverdrossenheit, mangelnde Organisation, mangelndes Interesse und politisches Engagement gehören zu den negativen Klischees der banlieues. Die PIR scheint genau das Gegenteil davon zu sein. Können Sie uns Ihre Erfahrungen in diesem Zusammenhang beschreiben?*

MM: Die Leute sind politikverdrossen, weil die politischen Organisationen sich nicht für sie einsetzen. Das haben wir bei den letzten Wahlen gesehen. Die Mehrheit der Franzosen ist nicht zum Wählen gegangen. Das hat eine politische Bedeutung. In den Vorstädten ist diese Verdrossenheit noch signifikanter. Die Bevölkerung und die Jugend der Vorstädte erkennen sich in einer politischen Ausdrucksweise nur dann wieder, wenn sie den Eindruck haben, dass ihren Forderungen, ihren Wünschen auch Rechnung getragen wird. Wir haben uns niemals abgesprochen, aber es stellte sich heraus, dass 2005 drei Organisationen quasi gleichzeitig entstanden sind. Die *Brigade Anti-Nérophobie*, das CCIF[14], ein Kollektiv, das erfolgreich gegen Islamophobie kämpft, und die Organisation der *Voix des Roms*[15]. Die Tatsache, dass die *Indigènes de la République* gemeinsam mit anderen Organisationen anfangen, sich dieser Fragen anzunehmen und die Bewohner_innen der Vorstädte weiter zu politisieren, ist bedeutsam. Aber der Weg wird lang sein, denn indigene Politik[16] ist in Frankreich etwas Neues. Es gibt sie erst seit knapp dreißig Jahren. Seit dreißig Jahren wollen wir Frankreich verändern. Und es wird noch viele Jahre dauern, mit Fortschritten und Rückschlägen. Aber dieser Weg ist für uns der Königsweg für eine wirkliche Veränderung in der französischen Gesellschaft und für die Beseitigung einer rassistischen Gesellschaftsordnung, die unser Leben untergräbt.

PG: *Denken Sie, dass sich die Situation in den Vorstädten heute, zehn Jahre nach den Aufständen, verändert hat?*

MM: Ich würde nicht sagen, dass sich die Dinge nicht verändert haben. Es gibt Dinge, die sich verschlechtert haben und es gibt Dinge, die sich ein wenig

zum Besseren gewandelt haben. Aber wir stellen insgesamt mehr Rassismus, Repression und Marginalisierung durch staatliche Politik fest. Die einzigen politischen Antworten sind Klientelismus und Repression. Jedes Mal, wenn es einen Aufstand gibt, ist die Antwort die, die Leute zu inhaftieren. Das haben wir bei den Demonstrationen für Palästina gesehen. Die jungen Leute aus den Vorstädten, die von der Polizei verhaftet wurden, haben alle Gefängnisstrafen ohne Bewährung bekommen. Zuletzt nach den Attentaten gab es Hausdurchsuchungen bei mehreren Personen, die nichts damit zu tun hatten, aber Araber_innen oder Muslim_innen waren. Die Polizei hat die Türen eingetreten und alles zerstört, was ihnen im Weg stand. Sie haben dabei ganze Familien beleidigt. Dieses koloniale Verhalten ist leider nach wie vor die Behandlung, die die Regierung den Menschen in den Vorstädten zukommen lässt.

PG: *Nach den Aufständen von 2005 wurden eine Vielzahl von politischen Organisationen und Assoziationen gegründet. Wo genau liegen die Schwierigkeiten politischer Arbeit in den Vorstädten bis heute?*

MM: Die erste Schwierigkeit sind die mangelnden Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Wenn man marginalisiert ist, wenn man unterdrückt wird, dann hat man keine Mittel. Und wenn wir es manchmal schaffen, Mittel zu bekommen, dann ecken wir mit den Ordnungskräften an oder müssen uns gegen ihre politischen Attacken wehren. Seien es die Kommunen, sei es die Regierung selbst, die uns nicht die nötigen Mittel geben, um die Probleme der Menschen, die in den Vorstädten leben, wenigstens teilweise zu beseitigen. Ich erinnere mich, dass zu der Zeit mehrere Organisationen Beschwerdebücher eingeführt haben, die sie auch im Parlament eingereicht haben. Aber das hatte keine realen Folgen, außer der, dass auch noch ihre Räumlichkeiten zerstört wurden. Hinter diesen Zerstörungen steht der Wille zu verhindern, dass Menschen sich erfolgreich unabhängig politisch organisieren können. Man muss sie auseinander treiben, damit sie sich nicht zu einer selbstorganisierten Masse zusammenfinden. Der Staat befürchtet, dass unabhängig von ihm kollektive Antworten auf Probleme gefunden werden, die uns die gegenwärtige politische Ordnung aufzwingt.

PG: *Die Verlängerung des Ausnahmezustands, mit dem die Regierung auf die Attentate vom 13. November 2015 reagiert hat und die damit einhergehende temporäre Aussetzung der Grundrechte stehen zunehmend in der Kritik. Wie bewerten Sie diese Maßnahmen und ihre Konsequenzen?*

MM: Diese Maßnahmen existierten schon vorher. Aber sie existierten gewissermaßen in Führungszeichen und wurden nicht so genannt. Auch wenn es keinen Ausnahmezustand gab, wurden Leute mehrfach durchsucht. Man beruft sich dabei auf die berühmte „Kartei S“. Das ist eine Kartei, in die jeder beliebige Polizist irgendetwas schreiben kann, ohne dass es kontrolliert wird. Das kann reichen, um jemanden zum Hausarrest zu zwingen, jemanden daran zu hindern, arbeiten zu gehen, normal mit der Familie zu leben oder für den eigenen Unterhalt zu sorgen. Das gab es schon vorher und jetzt gibt es einen gesetzlichen Rahmen dafür, der dies sogar noch ausweitet. Das heißt,

dass die französische Regierung nun dafür gesorgt hat, dass das offizielle Recht dem realen Recht angepasst wird. Wir wussten bereits vorher, dass es für uns doppelte Standards gibt. Man muss sich nur die Hausdurchsuchungen anschauen und die Moscheen, die vom Staat geschlossen werden. Sie gehen in die Moscheen rein und schmeißen den Koran auf den Boden. Sie benutzen Worte des Hasses und Beleidigungen. Es ist wirklich eine Erniedrigung, es gibt einen Willen zur Erniedrigung. Und die Polizisten bewegen sich jetzt in einem Zustand der absoluten Straflosigkeit.

Übersetzung aus dem Französischen von Janna Frenzel

Endnoten

- [1] *Racial profiling* ist der auch im Deutschen gebräuchliche Ausdruck für „*contrôle au faciès*“.
- [2] Im französischen Original: „injure à caractère raciale et incitation à la haine raciale“.
- [3] Der französische Ausdruck „*nérophobie*“ bezeichnet die explizite Form des Rassismus gegen Schwarze.
- [4] Im französischen Original: „la colonisation de l’intérieur“.
- [5] Im französischen Original: „Français de souche“.
- [6] Im französischen Original: „Françafrique“.
- [7] Weitere Informationen zu der Ausstellung: <http://www.104.fr/programmation/evenement.html?evenement=358> (letzter Zugriff am 19.02.16).
- [8] Presseartikel zu der Aktion der *Brigade Anti-Nérophobie*: <http://www.slate.fr/story/95219/exhibit-b-raciste> (letzter Zugriff am 19.02.2016).
- [9] Wörtliche Übersetzung: „Weißenfresser“
- [10] Deutsch: „Die Indigenen der Republik“.
- [11] Am 8. Mai demonstrierte die aufgelöste „Partei des algerischen Volkes“ (PPA) anlässlich des Kriegsendes in Europa in Sétif gegen die Kolonialherrschaft und für ein unabhängiges Algerien. Die Demonstration entwickelte sich zu einem Aufstand, der mit einer ‚Befriedungsaktion‘ der französischen Kolonialtruppen und französischen Siedler gewaltsam niedergeschlagen wurde. Mehrere tausend Menschen wurden dabei getötet.
- [12] Im französischen Original: „français issus de la colonisation“
- [13] „Marche des femmes pour la dignité“. Deutsch: „Marsch der Frauen für die Würde“.
- [14] „Collectif Contre l’Islamophobie en France“. Deutsch: „Kollektiv gegen die Islamophobie in Frankreich“.
- [15] Deutsch: „Stimme der Roma“.
- [16] Im französischen Original: „politique indigène“.

Autor_innen

Franco Lollia ist Pressesprecher des Kollektivs Brigade Anti-Nérophobie aus Paris.

Mehdi Meftach ist Pressesprecher der Parti des Indigènes de la République (PIR) aus Paris.

Philippe Greif ist Soziologe mit Interesse an urbaner Marginalität, Ethnographie, Intersektionalität/sozialer Ungleichheit und Geschlechterforschung. Er forscht aktuell zum Alltag von Jugendlichen in Pariser Banlieues.

phi.greif@googlemail.com



ARCHIPLEX DREAMS – CITY rIOT

Alex Gürten



Autor_innen

Alex Gürten beschäftigt sich mit Design & Mathematik (www.contralex.com); zudem ist er Hobby-Stadtentwicklungs-Historiker.
alex@contralex.de



„I wouldn't start from here“

Rezension zu Cathy L. Schneider (2014): *Police Power and Race Riots. Urban Unrest in Paris and New York*. Philadelphia, PA: University of Pennsylvania Press.

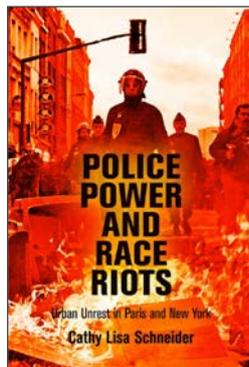
Volker Eick

Dieses Buch wirkt wie der Begleitband zu einer Reise, die ausweislich der Autorin mehr als 15 lange Jahre gedauert hat. Es erhebt den Anspruch, von den *riots* der 1920er Jahre bis zu denen in den Pariser Banlieues (und darüber hinaus) im Jahr 2005 einen umfassenden Überblick zu den Konfrontationen zwischen (weißer) Polizei und urbanen Minderheiten in den USA und Frankreich zu geben, um sodann Paris und New York genauer in den Blick zu nehmen. Tatsächlich beginnt der Band mit dem *riot* im New York des Jahres 1935 und der tödlichen Hetze gegen Algerier in Paris im Jahre 1961. Auf diese Weise eröffnet das Buch etwas disparat. Zudem wird der (vermeintliche) Beginn der Erzählung in den 1920er Jahren^[1] nicht begründet und wirkt daher etwas willkürlich gewählt – mit Folgen (vgl. dazu unten). Zusammengefasst und einen anderen politischen Reisebericht zitierend: *I wouldn't start from here* (Mueller 2008). Doch der Reihe nach.

In vier Kapitel und eine 40-seitige Einleitung untergliedert, kommt der Band mit drei Seiten zur Methodik aus: Basierend auf Interviews, teilnehmender Beobachtung und beobachtender Teilnahme, selektiver Konsultation von Sekundärliteratur und Aktivismus in beiden Ländern habe sie ihre Ergebnisse erarbeitet. Die Autorin kümmert sich, anders als etwa Abu-Lughod in ihrem Band zu *race riots* in Los Angeles, New York und Chicago (2007), auch weniger um demographische Entwicklungen in ihren Untersuchungsländern und -städten, sondern will den Lesenden einen Eindruck von ‚vor Ort‘ vermitteln. Das gelingt insbesondere in den Beschreibungen der diversen Basisinitiativen in beiden Städten. Schneider treiben drei zentrale Fragen um:

1. Warum behandeln die Polizeien Frankreichs und die der USA ihre jeweiligen Minderheiten in den sonst so unterschiedlichen Ländern (mit Blick auf Geschichte, Kultur, Zusammensetzung der Minderheiten und Polizeistrukturen) in so ähnlicher Art und Weise?
1. Wie ist es zu erklären, dass *riots* eine so verbreitete Antwort auf diese spezielle polizeiliche Behandlung in den 1960er Jahren in den USA und im Jahr 2005 in Frankreich (außer Marseille) waren?
1. Warum gab es seit den 1970er Jahren vergleichsweise wenige *riots* in den USA, insbesondere in New York, dafür aber umso mehr

Abb. 1 Titelseite des Buches
(Quelle: University of Pennsylvania Press)



in Frankreich – wo doch in beiden Ländern Polizeigewalt gegen Minderheiten und Tote durch die Polizeigewalt bis heute einen alltäglichen Sachverhalt darstellen?

Ihre Antwort auf die erste Frage, im ersten und zweiten Kapitel jeweils für die USA bis 1993 und für Frankreich bis 2002, beginnt sie nicht etwa mit Unterschieden, sondern mit sozioökonomischen Gemeinsamkeiten beider Länder. Die USA und Frankreich seien entlang rassi(sti)scher Linien strukturiert, in Frankreich allerdings geprägt durch eine größere muslimische *community* und einen so eher religiös konnotierten Rassismus. Gleichwohl führten die kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Ungleichheitsstrukturen zusammen mit den Anforderungen der jeweils herrschenden Klasse an ‚ihre‘ Polizei zu „erstaunlich ähnlichen Interaktionen zwischen Polizei und Teilen der Minderheitsgesellschaft“, die auf der Kategorie Rasse basieren (2014: 8). Die Konstruktion und gegebenenfalls Aktivierung von kategorialen Grenzen basiere dabei auf ähnlichen (und eben nicht unterschiedlichen, wie die erste Frage suggeriert) sozioökonomischen Entwicklungslinien, nämlich zuvörderst dem Bedarf an männlichen Lohnarbeitern. Die Konsequenzen der Massenmigration in den Norden der USA, die um 1870 begann – von „umfangreiche[n] Wellen schwarzer Migranten“ schreibt Schneider (ebd.: 39) –, sind dabei ein Ausgangspunkt. Ein weiterer ist für sie Mobilisierung von 300.000 Algeriern, Marokkanern, Tunesiern und weiteren 175.000 „schwarzen afrikanischen Soldaten“ für den Ersten Weltkrieg durch die französische Kolonialmacht sowie von zusätzlich „200.000 Kolonialarbeitern“ für den dem Krieg nachfolgenden Arbeitskräftebedarf (ebd.: 92).

Dass Frankreich (Kolonialmacht) und die USA (Kolonie) eine gemeinsame, wenn auch widerstrebende Kolonialgeschichte verbindet, wird von Schneider nicht thematisiert, doch sie zeigt, dass und wie Rasse die zentrale Ausschlusskategorie in beiden Ländern geworden und auch geblieben ist. Sie verweist dabei auf die zunehmende Segregation, urbane Armut und Ghettoisierung in beiden Ländern – jeweils orchestriert durch verschiedene Wohnungsbau- und Abrissprogramme in den USA seit den 1930er und in Frankreich seit den 1950er Jahren. Dass sich in den USA die zu ‚gefährlichen Klassen‘ stilisierten Gruppen vor allem in verödenen Stadtzentren, in Frankreich jedoch am Stadtrand konzentrierten, wird die Autorin wissen; zum expliziten Thema macht sie das nicht.

Polizeigewalt und die Gegenmobilisierungen der Minderheiten führten in beiden Ländern in den nachfolgenden Jahrzehnten zu intensivierten rassistisch motivierten Konfrontationen und *riots* gegen eine mehr oder weniger rein weiße Polizei. In den USA wurden etwa zwischen 1964 und 1968 zwischen 200 und 500 *riots* gezählt, bei denen für 190 Tote insbesondere die Nationalgarde verantwortlich war: Watts (1965) mit 28 toten Schwarzen, Newark (1967) mit 24 und Detroit (1967) mit 36, um einige Zahlen zu nennen. Der *riot* in Los Angeles (1992) forderte insgesamt 53 Tote und war mit einem Sachschaden von 1 Mrd. US-Dollar einer der ökonomisch destruktivsten der jüngeren Vergangenheit (Gilje 1996: 158ff.). Lesenswert für den französischen Kontext ist etwa der kurze Abschnitt, in dem Schneider schildert, wie französische Polizei und Sicherheitsdienste am 17. Oktober

1961 protestierende Algerier nicht nur niederknüppelten, erschossen und folterten, sondern, so malträtiert, gefesselt in die Seine warfen (2014: 106ff.).

Wie zu erklären ist, dass *riots* in den USA in den 1960er Jahren und in Frankreich 2005 ‚die‘ Antwort auf die anhaltenden Diskriminierungen zu sein schienen, ist für Schneider klar: Die Aktivierung von auf Rasse basierenden Grenzen sei dafür verantwortlich, also „jene seltenen, einzigartigen Momente, in denen jegliche soziale Interaktion sich einzig nur noch um die Grenze von wir/sie dreht“ (2014: 25). Die daraus resultierenden *riots* fänden ihre Grundlage in eben der ignorierten und, mehr noch, offiziell geforderten Polizeigewalt. Gleichzeitig sei in beiden Städten den Polizeioptionen der Zugang sowohl zu juristischen Verfahren als auch eine juristische Wahrnehmung versagt worden (ebd.: 30f.).

Für die Stadt New York im Jahre 1964 kämen als zusätzliche Zutaten für die *riots* hinzu, dass die schwarzen und puertoricanischen Nachbarschaften durch die *white flight* ebenso ökonomisch geschwächt und entleert, wie ihre bauliche Infrastruktur durch die sogenannten urbanen Erneuerungsprogramme und den Bau von Schnellstraßen und Autobahnen verwüstet worden seien. Im Paris desselben Jahres hätten die unterdrückten Debatten über rassistische Dynamiken von Polizei und Mehrheitsgesellschaft mit der Leerformel der *égalité républicaine* sowie der Niedergang revolutionärer Organisationen – wie der Algerischen *Front de Libération Nationale* (FLN) – für das Ausbrechen von *riots* einen ähnlich grundlegenden Effekt gehabt (Kapitel 3 und 4).

Was die Antwort auf die dritte Frage angeht – warum anhaltende Polizeigewalt in New York nicht zu mehr *riots* führte –, dürfte sie wohl die umstrittenste sein. Denn in New York, so Schneider, seien die Entwicklung spezifischer sozialer Bewegungen seit den 1970er Jahren und „die Möglichkeit zum Zugang zum Recht“ (2014: 164) dafür verantwortlich. New Yorks soziale Bewegungen und Nachbarschaftsnetzwerke hätten begonnen, ein gewaltfreies „standardisiertes kollektives Aktionsportfolio“ (ebd.: 252) auf- und auszubauen, das aus Protestmärschen, Anträgen, Petitionen und Berufungsgerichtsverfahren auf Distriktebene bestanden hätte. Zusätzlich sei die Bundesebene legislativ zu Interventionen aufgefordert, Zivilklagen angestrengt und die Gründung von *grassroots*-Organisationen gegen Polizeigewalt forciert worden – alles Dinge, die nach Schneider in Paris und insgesamt in Frankreich deutlich unterentwickelt seien. Unter französischen Städten, inklusive der Pariser Banlieues, wo soziale Bewegungen und mit New York vergleichbare Bewegungsrepertoires fehlten (dafür aber Islamophobie viel verbreiteter sei), stelle nur Marseille eine Ausnahme dar. Dort seien die sozio-ökonomischen Disparitäten nämlich „nicht durch rassische oder räumliche Grenzen verstärkt worden“ (ebd.: 223). Zudem sorgten „dort die Mafia und eine eng mit ihr verbundene politische Maschinerie“ (ebd.: 222) dafür, dass die Stadt nicht in dem Moment in Flammen aufgeht, wenn rassische Grenzen aktiviert werden.

Es ist wohl wahr, dass die Nachbarschaften in New York ihre je eigene Geschichte mit kollektiven Erinnerungen und tief eingeschriebenen Kulturen haben, wie Schneider sie mit großer Sympathie beschreibt. Warum dann aber die „auffallend ähnlichen“ Pariser Banlieues (2014: 199) kein solches territoriales Selbstverständnis mit entsprechender Identität ausgebildet haben

sollen (Fassin 2013), bleibt Schneiders Geheimnis. Mehr noch: Gerade daraus könnte sich der Wille entwickelt haben, seine *pockets of poverty* gegen sogenannte Fremde – und in Sonderheit gegen die verhasste Polizei – mit, nennen wir es, *riotösen* Mitteln zu verteidigen.

Dass Schneiders Buch zu einer Zeit erschienen ist, in der nahezu wöchentlich in den USA unbewaffnete Schwarze von der mehrheitlich weißen Polizei am helllichten Tag hingerichtet werden (und wurden), hat dem Buch ein gewisses Maß an medialer Aufmerksamkeit beschert. Einige Fragen an die analytische Tiefe des Bandes aber bleiben. Zwar erwähnt sie richtigerweise die Entscheidungen des Supreme Court, die zu einer gewissen zivilisatorischen Einhegung der Polizei ab den 1960er Jahren beigetragen, unterschätzt aber systematisch ihren historischen und strukturellen Zusammenhang mit der Polizei und der Nationalgarde des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die die *white race riots* systematisch mitgetragen hatten und zu einem Instrument der herrschenden Klasse im Zuge der Industrialisierung geworden waren.

Dass verglichen mit Frankreich der Staat in den USA in Protesten nur selten adressiert wird und dieser Umstand den Rückgang von *riots* im Zuge der Neoliberalisierung erklären könnte, wird bei Schneider nicht diskutiert. Der in den 1960er Jahren in den USA beginnende *war on crime*, der nachfolgende *war on drugs* sowie die jeweils nachfolgenden Masseninhaftierungen Farbiger und die Militarisierung des Polizeiapparats könnten ebenfalls zur „Ruhe an der Heimatfront“ beigetragen haben (Balko 2013), aber Schneider zieht solche Verbindungslinien nicht. Dass seit Erscheinen des Bandes die Zahl der *riots* in den USA wieder anzusteigen scheint – nicht zuletzt, weil immer wieder beschieden wird, es seien keine Gerichtsverhandlungen gegen schießende Polizeikräfte anzuberaumen (Drehle 2015) –, verweist darauf, wie wenig das Phänomen *riots* insgesamt noch verstanden ist und kann Schneider vernünftigerweise nicht vorgeworfen werden. Schließlich, wie nicht zuletzt Katz (2012) argumentiert, könnte auch eine spezifische Form von und Zugang zu Massenkonsum zu einer Entpolitisierung von Konflikten nicht nur in ‚gesättigten‘ Suburbs, sondern gerade in globalen „Schaufenster-Städten“ wie New York, beigetragen haben. Obwohl Schneider die Arbeiten von Katz (Schneider 2014: 22ff.) diskutiert, nimmt sie dessen Überlegungen zu diesem Punkt nicht auf.

Es dürfte sich insgesamt also eher um ein Bündel von Ursachen handeln, die die Konjunkturen von *riots* erklären können, zu denen die Kategorie Rasse sicher auch gehört. Aus dieser Perspektive hat Schneider ein facettenreiches Buch geschrieben. Allerdings verdeckt die erwähnte mediale Einbettung zwei Schwächen des Buchs, wobei eine noch ins Positive gewendet werden kann.

Mehr aus Versehen, so scheint es, ist nämlich eine zentrale These des Buchs, dass heute gut organisierte soziale Bewegungen und Nachbarschaftsinitiativen wie die in New York maßgeblich dafür verantwortlich sind, dass *riots* eine Marginalie im rassistischen Alltag geworden sind, ohne dass allgegenwärtiges *racial profiling*, Polizeischikanen und Todesschüsse durch den Staat in Uniform aufgehört hätten – eher schon im Gegenteil. Wenn eine solche Beobachtung zutrifft – und zumindest für das Polizeiverhalten dürfte sie unstrittig sein –, dann spräche sie auch dafür, etwa die Folgen einer Verrechtlichung sozialer Konflikte in den Blick zu nehmen, ohne damit *riots* zu verklären.

Die zweite Schwäche des gleichwohl übersichtlich strukturierten Reiseberichts ist der Wunsch und die Suche nach ‚der einen großen Erzählung‘, die alles erklären möge, und die Entscheidung, diese Erzählung (vermeintlich) in den 1920er Jahre beginnen zu lassen. Nach Schneiders Empirie sind *riots* gleich *race riots*, für die Minderheiten verantwortlich zeichnen. Hätte sie ihren Band und ihre Recherchen ein paar Jahrzehnte früher einsetzen lassen, dann wären besagte *race riots* in den USA nicht nur eine vorwiegend weiße Angelegenheit der Mehrheitsgesellschaft gewesen, die als *street justice* juristische Unterstützung und juridische Weihen bekam, sondern auch viel häufiger – und weitaus tödlicher – auftraten als etwa in den 1960er Jahren. Allein zwischen 1828 und 1861 zählte etwa Grimsted (1998) 1.218 *riots*, von denen allein 147 im Jahr 1835 stattfanden. Der als „East St. Louis Massaker“ bezeichnete *riot* von 1917, um ein Beispiel näher an den 1920er Jahren zu nennen, hinterließ 43 Tote, davon 39 Schwarze, von denen die meisten auf offener Straße und unter den Augen der Polizei gelyncht wurden (McLaughlin 2005); eine vergleichbar hohe Zahl von Toten gab es nur in Los Angeles des Jahres 1982.

Eine institutionalisierte Polizei befand sich in der Mitte des 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert noch in einem embryonalen Zustand und entwickelte sich erst im Laufe der nachfolgenden Jahrzehnte zu dem, was man(n) heute eine professionell organisierte staatliche Institution mit Gewaltlizenz nennt. Dass eben diese US-amerikanische Polizei seit den 1960er Jahren entlang einer militärischen Logik nicht nur materiell aufgerüstet, sondern auch taktisch, strategisch und ideologisch an Kapitalinteressen ausgerichtet wurde und dabei dem rassistischen Kanon verhaftet blieb, kann heute sehen, wer den Blick etwa nach Ferguson richtet oder ein Buch dazu aufschlägt (Fogelson 1971, Balko 2013, für Frankreich Mucchielli 2008). Aus einer auf Kontinuität fokussierenden Perspektive wurde die Lynchjustiz auf offener Straße unter Duldung einer weißen ‚Polizei im Aufbau‘ sukzessive ersetzt durch einen professionalisierten und militarisierten Polizeiapparat, dessen Alltagspraxis auf die Fortsetzung der Lynchjustiz in Uniform hinausläuft. Wer freilich dazu etwas lesen möchte, sollte in historischer Perspektive etwa Texte von Elkins (hier: 2014) oder Graham und Gurr (1969) konsultieren, die diese Kontinuitäten betonen. Ein solcher Blick würde eher für einen ‚Etappensieg‘ eines weißen Repressionsapparats sprechen, der dann in Frankreich weitgehend noch ausstünde. Er würde auch die Frage aufwerfen, ob der ‚Sonderfall‘ Marseille dann nicht ganz anders erklärt werden müsste. Es mangelt also nicht an Fragen.

Endnoten

- [1] Keine ihrer Erzählungen beginnt im Jahr 1920, wie die jeweiligen Kapitelüberschriften behaupten; Kapitel 1 heißt gleichwohl „Policing Racial Boundaries and Riots in New York (1920-1993)“, Kapitel 2 „Policing Racial Boundaries and Riots in Paris (1920-2002)“.

Autor_innen

Volker Eick ist Politikwissenschaftler. Seine Forschungsschwerpunkte sind urbane Sicherheitsregime, Kommerzialisierung von Sicherheit und Workfare.
eickv@zedat.fu-berlin.de

Literatur

- Abu-Lughod, Janet L. (2007): *Race, Space, and Riots in Chicago, New York, and Los Angeles*. Oxford: Oxford University Press.
- Balko, Radley (2013): *Rise of the Warrior Cop*. New York: PublicAffairs.
- Drehle, David von (2015): *In the Line of Fire*. In: *Time* Vol. 185(14), 18-23.
- Elkins, Alex (2014): ‚At Once Judge, Jury, and Executioner‘: *Rioting and Policing in Philadelphia, 1838-1964*. In: *Bulletin of the German Historical Institute*, 27(54), 67-90.
- Fassin, Didier (2013): *Enforcing Order: An Ethnography of Urban Policing*. New York: Polity Press.
- Fogelson, Robert M. (1971): *Violence as Protest: A Study of Riots and Ghettos*. Garden City, NY: Doubleday.
- Gilje, Paul A. (1996): *Rioting in America*. Bloomington: Indiana University Press.
- Graham, Hugh Davis / Gurr, Ted Robert (1969): *The History of Violence in America: Historical and Comparative Perspectives*. New York: F.A. Praeger.
- Grimsted, David (1998): *American Mobbing, 1828-1861: Toward Civil War*. New York: Oxford University Press.
- Katz, Michael B. (2012): *Why Don't American Cities Burn?* Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- McLaughlin, Malcom (2005): *Power, Community, and Racial Killing in East St. Louis*. New York: Palgrave.
- Mucchielli, Laurent (2008): *La frénésie sécuritaire*. Paris: La Découverte.
- Mueller, Andrew (2008): *I Wouldn't Start From Here. The 21st Century and where it all went wrong*. London: Portobello Books.

Auf dem Weg zu einer wissenssoziologischen Architektursoziologie?

Rezension zu Silke Steets (2015): *Der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt*. Berlin: Suhrkamp.

Anna-Lisa Müller

Silke Steets zielt mit ihrem Buch *Der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt* auf eine Untersuchung der „Rolle von Dingen und Gebäuden für die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit“ (58) und damit auf eine systematische Analyse, wie Wissen und Materialität in Gesellschaften zusammenhängen. Nicht zuletzt geht es ihr dabei auch darum, die seit einiger Zeit vor allem im deutschsprachigen Raum vorliegenden Versuche, eine neue Architektursoziologie zu formulieren, aufzuarbeiten, zu kontextualisieren und wissenssoziologisch zu fassen.

Der theoretische Rahmen, in den ihre Arbeit eingebettet ist, wird schon aus dem Titel deutlich: „Der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt“ ist eine Übertragung des Titels „Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt“, einer Arbeit von Alfred Schütz aus dem Jahr 1932, auf den Untersuchungsgegenstand der gebauten Welt, insbesondere auf die Architektur. Alfred Schütz ist es dann auch, der zusammen mit George Herbert Mead sowie Peter L. Berger und Thomas Luckmann den zentralen theoretischen Bezugspunkt für Steets darstellt. Ähnlich wie Schütz, aber auch Berger und Luckmann, geht es Steets um eine phänomenologisch orientierte, grundsätzlich aber wissenssoziologisch ausgerichtete Analyse von Gesellschaft (9). Während Schütz die Interaktionen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder fokussiert und Berger und Luckmann (1969) die gesellschaftliche Herstellung einer je spezifischen Wirklichkeit untersuchen, verfolgt Steets das Ziel, der Bedeutung von Dingen für die gesellschaftlich konstruierte Wirklichkeit nachzugehen. Im besonderen Fokus stehen dabei Gebäude und die damit verbundenen Prozesse des Entwerfens dieser Architektur, ihrer Materialisierung als Gebäude und des Bewohnens durch unterschiedlich sozialisierte Individuen. Das zentrale Anliegen der Arbeit ist es, das Nutzen und Aneignen von Gebäuden unter Verwendung des Konzeptes der Internalisierung theoretisch fassbar zu machen.

Dass sich die Soziologie – und die Sozialwissenschaften insgesamt – der gebauten Umwelt zuwenden sollten, lässt sich aus einer von Steets im Kontext der Analyse des architektonischen Entwurfsprozesses formulierten These schließen: „[Die gebaute Umwelt] verstehe ich als Beitrag zur Hervorbringung der menschlichen Kultur und Gesellschaft.“ (108)

Abb. 1 Titelseite des Buches (Quelle: Suhrkamp Verlag)



Mit dieser Annahme zur Beziehung von Materialität und Sozialität reiht sich Steets ein in eine Vielzahl jüngst erschienener architektursoziologischer Arbeiten (z. B. Delitz 2005, 2010; Fischer/Delitz 2009; Jones 2011; Müller/Reichmann 2015). Damit steht sie auch stellvertretend für ein sich in den Sozialwissenschaften immer stärker etablierendes Verständnis von Gesellschaft als etwas, das nicht allein aus sozialen (Interaktions-) Prozessen entsteht und darüber unter anderem Artefakte hervorbringt. Vielmehr wird Gesellschaft zunehmend als ein komplexes Gebilde verstanden, in dem sowohl Interaktionen zwischen Menschen und sozialen Gruppen als auch zwischen Menschen und Dingen konstitutiv sind (z. B. Knorr Cetina 2001, Reckwitz 2002, Latour 2007). Mit der Fokussierung von Gebäuden nimmt Steets zudem eines der konstitutiven Elemente urbaner Umwelten in den Blick, womit ihre Arbeit gerade auch für Stadtforscher_innen und Architekturtheoretiker_innen von großer Bedeutung ist.

Steets geht in ihrem Buch in einem argumentativen Dreischritt vor: Mithilfe der von Berger und Luckmann übernommenen Konzepte der Externalisierung, Objektivierung und Internalisierung zeigt sie, wie Gebäude als sinnstiftende Elemente in und für Gesellschaften konzipiert werden können. Dem Dreischritt entspricht eine dreifache, auf die Architektur bezogene Analyse des Entwurfs, des Gebäudes und schließlich der Nutzung.

Für die Externalisierung dient das architektonische Entwerfen als Beispiel. Berger und Luckmann zufolge liegt, so Steets, dem Konzept der Externalisierung die Annahme zugrunde, dass „[der] Mensch [...] in all seinem Tun und Denken subjektiven Sinn [ausdrückt]“ (109) – beobachtbar also auch im architektonischen Entwurfsprozess. Die Architektur als wissenschaftliche Disziplin und Tätigkeitsfeld weist dabei eine spezifische Sicht auf die Wirklichkeit auf; wissenssoziologisch formuliert stellt sie eine eigene „Subsinnwelt“ (149) dar. Architekt_innen bringen durch ihre Entwürfe diese spezifische Sicht auf die Wirklichkeit und damit auf die Gesellschaft nach außen – sie wird externalisiert. Historisch, gesellschaftsspezifisch und entsprechend dem Selbstverständnis der Architektin oder des Architekten lassen sich für die Disziplin der Architektur unterschiedliche Verständnisse von Gesellschaft identifizieren, die etwa in unterschiedlichen Entwürfen von Küchen resultieren. Die Küche dient Steets als Beispiel einer Alltagsarchitektur, anhand derer sie die Konsequenzen unterschiedlicher Externalisierungen zeigt – etwa wenn im Fall der von Walter Gropius entworfenen Küche Funktionalität und Effizienz im Vordergrund steht, während die vom *raumlaborberlin* entworfene Küche dagegen eher auf das Ermöglichen sozialer Interaktionen abzielt. Nicht zuletzt mithilfe dieser Beispiele wird deutlich, wie stark „sich das materielle Handeln der Architekten und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für dieses Handeln wechselseitig beeinflussen“ (163).

Die Transformation der Vorstellung in eine, „mit Durkheim gesprochen, soziale Tatsache“ (169) baut auf der Externalisierung auf und folgt, im konkreten Fall, auf den Prozess des architektonischen Entwerfens. Im Zuge dieser Objektivierung entsteht ein Gebäude als Wissensspeicher, der von einer Gesellschaft kollektiv gedeutet werden kann. Als Folge ist es den Gesellschaftsmitgliedern möglich, vom Einzelgebäude zu abstrahieren und einen habitualisierten Umgang mit Gebäuden, ihrer spezifischen Materialität sowie den Anordnungen der einzelnen Elemente zu entwickeln. Sobald eine

Gesellschaft eine solche routinemäßige Umgangsweise entwickelt hat, kommt der Architektur eine zentrale Rolle bei der Konstitution von Wirklichkeit zu. Dies kann, wie Steets ausführt, nicht zuletzt die Art und Weise betreffen, in der Hotels und Casinos, etwa auf dem Strip in Las Vegas, wahrgenommen und gesellschaftsspezifisch verstanden werden.

Steets betont bei der Beschreibung des Prozesses der Objektivation zum einen die Rolle des Körpers für die Erfahrung von und den Umgang mit Architektur. Indem der Umgang mit den Gebäuden körperlich-leiblich erlernt und habitualisiert wird, entsteht die Selbstverständlichkeit im Umgang mit der gebauten Umwelt. Diese verweist auf einen spezifischen Wissensvorrat, der unter anderem in der gebauten Umwelt gespeichert wird und über die Zeit hinweg und über den architektonischen Einzelfall hinaus den Gesellschaftsmitgliedern zugänglich ist.

An dieser Stelle wendet sich die Arbeit nun einerseits explizit der Bedeutung von Materialität für eine Gesellschaft zu. Die Materialität weist einen konstitutiven Charakter für Körpertechniken auf und symbolisiert außerdem außeralltägliche Erfahrungen, wie es etwa religiöse Gebäude tun. Zum anderen unternimmt Steets mithilfe der Objektivation einen Versuch, „die spürbaren Aspekte, die von Gebäuden ausgehen“ (180) und die über die reine Materialität und Visualität der Gebäude hinausgehen, zu erklären.

Der dritte Argumentationsschritt wird von Steets schließlich anhand der Internalisierung ausgeführt, welcher der für ihr Anliegen wichtigste Teil der Berger-Luckmann'schen Theorie ist. Bezogen auf die Architektur geht es dabei um das Nutzen und Aneignen von Gebäuden. Das alltagspraktische Beispiel, das Steets, ihrer Logik sehr schlüssig folgend, wählt, ist das Wohnen in der Bauhaussiedlung Dessau-Törten. Wie ihre eigene empirische Arbeit vor Ort gezeigt hat, werden im Prozess der Internalisierung von den Gesellschaftsmitgliedern spezifische Formen des Umgangs mit Architektur erlernt, die in spezifischen Situationen angewandt werden und sich als Habitualisierungen in den Körper einschreiben. Eine Konsequenz davon ist, dass Gebäude im Speziellen und Dinge im Allgemeinen eine zentrale Rolle für die Stabilisierung von (kollektiven) Identitäten spielen. Diese Mensch-Ding-Interaktion, die Steets auch für den Umgang mit Gebäuden konstatiert, ist sowohl gesellschafts- als auch klassen-, bildungs- und gender-spezifisch. Für das Wohnen heißt dies, dass über die Sozialisation spezifische Techniken des Wohnens entwickelt werden, die einen Einfluss darauf haben, wie in einem konkreten Gebäude gewohnt und wie sich das Gebäude angeeignet wird – und diese „Aneignung der Architektur [führt schließlich, d. A.] zu verschiedenen Formen der Bindung an diese“ (231).

Über den Prozess von Externalisierung über Objektivation zu Internalisierung wird die, potentiell widerständige, Rolle von Architektur für die Gesellschaft und ihre Bedeutung für die „gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ (Berger/Luckmann) immer deutlicher. Geht es im Fall der Externalisierung vor allem darum, wie dem zu realisierenden Gebäude Sinn zugeschrieben wird, und im Fall der Internalisierung um die kollektiven Einschreibungen von Sinn in Gebäude, so treten im Prozess der Objektivation die „Eigenlogik“ (Berking/Löw 2008) der spezifischen materiellen und materiell-räumlichen Struktur und ihr konstitutiver Charakter für Praktiken des Umgangs mit Architektur in den Vordergrund.

Steets' Beschreibung der Internalisierung von Gebäuden endet mit einem konzeptionellen Bogen hin zur aktuellen Wissens- und Wissenschaftssoziologie und zur Verknüpfung der eigenen Arbeit mit dem Konzept der „Wissenskulturen“ von Karin Knorr Cetina: Nach Steets lässt sich auch die spezifische Mensch-Architektur-Interaktion als Wissenskultur beschreiben, welche auf eine „Dialektik von Dingkonstitution und Identitätsbildung“ (240) verweist.

Es ist nun gerade der Teil des Buches, der sich der Internalisierung widmet, der Anknüpfungspunkte für zukünftige Arbeiten bietet und eine vielversprechende Weiterführung von Steets' Theorie verspricht. Bislang vorliegende empirische Arbeiten über die Wirkung von Architektur auf Praktiken der Aneignung und des Umgangs mit der Architektur legen nahe, dass sowohl die Primär- als auch die Sekundärsozialisation durch sie entscheidend mitkonstituiert werden. So zeigt beispielsweise Theresia Leuenberger (2015) in ihrer empirischen Arbeit, wie sich die Körpertechniken von Berufsschüler_innen im Umgang unter anderem mit dem Bregenzer Kunsthaus entsprechend ihrer beruflichen Sozialisation unterscheiden und zu einer je spezifischen Aneignung des Gebäudes führen. Magdalena Łukasiuk und Marcin Jewdokimow (2015) arbeiten in ihrer Studie heraus, wie sich spezifische Techniken des Wohnens bei Arbeitsmigrant_innen in Polen in Reaktion auf die materiell-räumliche Anordnung von Wohnungen ausbilden, die für Wohngemeinschaften genutzt werden. Beiden Arbeiten ist gemein, dass sie architektursoziologische Überlegungen mit Ansätzen der *science and technology studies* verbinden, welche auch in Steets' systematischer Darstellung der existierenden soziologischen Konzeptionalisierungen der Ding-Mensch-Interaktionen (Kap. 1) berücksichtigt werden.

Dem Titel des Buches folgend legt Steets ihren Schwerpunkt insgesamt auf die Art und Weise, wie Gesellschaften der sie umgebenden gebauten Umwelt Sinn zuschreiben. Betrachtet man die Beziehung von Gesellschaft und Architektur als eine sich wechselseitig bedingende, liegt der Fokus in dieser Arbeit auf der Gesellschaft und auf der Art und Weise, wie sich eine Gesellschaft unter anderem mithilfe von Gebäuden Wirklichkeit(-en) schafft. Steets reiht sich damit ein in die Reihe derjenigen Arbeiten, die sich dem ko-konstitutiven Charakter von Architektur widmen und derzeit eine wichtige Rolle für die Weiterentwicklung der Architektursoziologie spielen (z. B. Gieryn 2002, Jenkins 2002, Jacobs 2006, Rentetzi 2008). Diese Neujustierung der Architektursoziologie ist dabei neben der prominent von Martina Löw (2001) vorgenommenen Neuformulierung der Raumsoziologie ein wichtiger Schritt, um die Wechselwirkung von Gesellschaft und gebauter Umwelt angemessen verstehen und erklären zu können. Mit Steets' Arbeit liegt nun ein weiterer theoretisch-konzeptioneller Beitrag vor, der zukünftige Forschung zum Verhältnis von Gesellschaft und Architektur inspirieren und anleiten kann. Die Einnahme einer explizit wissenschaftlichen Perspektive auf Architektur ermöglicht es, das Denkmodell der Internalisierung auf die Analyse der gebauten Umwelt zu übertragen und damit der Rolle von Architektur für Gesellschaften auf den Grund zu gehen, ohne in der Spiegel- oder Wechselverhältnis-Metaphorik zu verharren. Weiterhin trägt diese Arbeit auch dazu bei, der bislang von der Raumsoziologie unbeantworteten Frage, welche Rolle den Gebäuden als

materielle Elemente des Sozialen bei der Konstitution von Räumen zukommt, theoretisch fundiert nachzugehen.

Es wäre allerdings sinnvoll gewesen, herauszuarbeiten, inwieweit eine spezifische architekturbezogene Wissenskultur, wie Steets sie skizziert, als charakteristisch für die Spätmoderne gelten kann, wie es das von Knorr Cetina entwickelte Wissenskulturen-Konzept sowie ihre Theorie der „postsozialen Vergesellschaftung“ nahelegen. Steets' Ausführungen lassen dagegen eher darauf schließen, dass sich für alle – und eben nicht nur die spätmodernen – Gesellschaftsformen spezifische Arten des Wissens von und des Umgangs mit Architektur identifizieren ließen.

Problematisch ist schließlich der von Steets verwendete und von Jürgen Hasse entlehnte Atmosphären-Begriff, der nahelegt, dass Atmosphären eine Eigenschaft von Gebäuden sind. Als solche würden sie ihnen immer anhaften und sich den Nutzenden offenbaren, sobald das Gebäude wahrgenommen wird. Da es Steets aber um die Interaktion von Menschen und Gebäuden geht, wäre hier vielmehr ein Rückgriff auf das von Gernot Böhme entwickelte Konzept der Atmosphären sinnvoll gewesen. Böhme (1995, 2001) beschreibt Atmosphären als das „Dazwischen“ zwischen Subjekt und Objekt, in diesem Fall: zwischen Nutzer_in der Architektur und der Architektur selbst. Dieses „Dazwischen“ entsteht in der Interaktion zwischen dem Gebäude und der Person und haftet dem Gebäude nicht quasi-äußerlich an. Ein solches Konzept von Atmosphäre wäre, so meine ich, konsistenter mit Steets' grundsätzlicher Argumentationslinie.

Abschließend bleibt zu wünschen, dass nach diesem von Steets vorgenommenen und sehr gelungenen Vorhaben, „das Einschreiben der gesellschaftlich hergestellten materiellen Umwelt in den Körper“ (201f.) nachzuzeichnen und theoretisch-konzeptionell zu fassen, (empirische) Arbeiten entstehen, die der Wirkung der Architektur auf den Leib und auf die Körpertechniken nachgehen und so weitere Hinweise auf die Prozesse nicht zuletzt des Einschreibens der Materialität in den Körper geben können. Hier könnte sich, wie auch von Steets angedeutet, die Architektursoziologie von den zahlreichen Arbeiten aus dem Umfeld der *science and technology studies* inspirieren lassen (exemplarisch Johnson 1988, Latour 1993, Mol 2002). Den Fokus auf die Widerständigkeit und den Eigensinn konkreter Architekturen und damit auf die Konstitution von Gesellschaft durch die gebaute Umwelt zu legen, sollte daher Thema zukünftiger Arbeiten sein. Eine „Sortierung bisher vorgelegter architektursoziologischer Positionen“ (246) sowie ein Vorschlag, wie „die Rolle von Dingen und Gebäuden für die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit“ (58) theoretisch gefasst werden kann, liegen mit Steets' Arbeit nun vor und ist ein konstruktiver Referenzrahmen für Folgestudien.

Autor_innen

Anna-Lisa Müller beschäftigt sich mit Humangeographie, Stadtsoziologie, Stadtforschung und Architektursoziologie sowie Migrationsforschung und qualitativen Methoden der Sozialforschung.

anna-lisa.mueller@uni-bremen.de

Literatur

- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Berking, Helmut / Löw, Martina (Hg.) (2008): Die Eigenlogik der Städte: Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Böhme, Gernot (1995): Atmosphäre als Grundbegriff einer neuen Ästhetik. In: Ders.: Atmosphäre. Essays zu einer neuen Ästhetik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 21-48.
- Böhme, Gernot (2001): Ästhetik. Vorlesungen über Ästhetik als allgemeine Wahrnehmungslehre. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Delitz, Heike (2005): Architektur als Medium des Sozialen. Ein Vorschlag zur Neube-gründung der Architektursoziologie. In: Sociologia Internationalis 1-2, 1-25.
- Delitz, Heike (2010): Gebaute Gesellschaft: Architektur als Medium des Sozialen. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Fischer, Joachim / Delitz, Heike (Hg.) (2009): Die Architektur der Gesellschaft: Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: Campus.
- Gieryn, Thomas F. (2002): What buildings do. In: Theory and Society 31/1, 35-74.
- Jacobs, Jane M. (2006): A geography of big things. In: Cultural Geographies 13/1, 1-27.
- Jenkins, Lloyd (2002): Geography and architecture 11, Rue du Conservatoire and the permeability of buildings. In: Space and Culture 5/3, 222-36.
- Johnson, Jim (1988): Mixing humans and nonhumans together: The sociology of a door-closer. In: Social Problems 35/3, 298-310.
- Jones, Paul (2011): Sociology of Architecture. Liverpool: Liverpool University Press.
- Knorr Cetina, Karin (2001): Postsocial relations: Theorizing sociality in a postsocial environment. In: George Ritzer / Barry Smart (Hg.): Handbook of Social Theory. London u.a.: Sage, 520-37.
- Latour, Bruno (1993): Der Berliner Schlüssel. Erkundungen eines Liebhabers der Wissen-schaften. Berlin: Akademie-Verlag.
- Latour, Bruno (2007): Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Leuenberger, Theresia (2015): The emergence of architecture-transformations: An exami-nation of architecture experiences from the perspective of the sociology of space and the actor-network-theory. In: Anna-Lisa Müller / Werner Reichmann (Hg.): Architecture, Materiality and Society. Connecting Sociology of Architecture with Science and Technology Studies. Basingstoke und New York: Palgrave Macmillan, 69-98.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Lukasiuk, Magdalena / Jewdokimow, Marcin (2015): The mutual influence of architecture and the social in a non-home. In: Anna-Lisa Müller / Werner Reichmann (Hg.): Architecture, Materiality and Society. Connecting Sociology of Architecture with Science and Technology Studies. Basingstoke und New York: Palgrave Macmillan, 48-68.
- Mol, Annemarie (2002): The Body Multiple: Ontology in Medical Practice. Durham: Duke University Press.
- Müller, Anna-Lisa / Reichmann, Werner (Hg.) (2015): Architecture, Materiality and Society. Connecting Sociology of Architecture with Science and Technology Studies. Basingstoke und New York: Palgrave Macmillan.
- Reckwitz, Andreas (2002): The status of the 'material' in theories of culture. From 'social structure' to 'artefacts.' In: Journal for the Theory of Social Behaviour 32/2, 195-217.
- Rentetzi, Maria (2008): Configuring identities through industrial architecture and urban planning: Greek tobacco warehouses in late nineteenth and early twentieth century. In: Science Studies 21/1, 64-81.
- Schütz, Alfred (1974 [1932]): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

